

«WIPE OUT WEF!» – ODER DOCH NICHT?

Die Kontroverse um das World Economic Forum 1998–2005 als Folge von
sozialem Wandel und neuem Strukturwandel der Öffentlichkeit

Abhandlung
zur Erlangung der Doktorwürde
der Philosophischen Fakultät
der
Universität Zürich

vorgelegt von
Franz Egle
von Emmen/Luzern

Angenommen im Frühjahrssemester 2009 auf Antrag von
Herrn Prof. Dr. Kurt Imhof
und
Herrn Prof. Dr. Heinz Bonfadelli

Bern, 2009

«WIPE OUT WEF!» – ODER DOCH NICHT?

Die Kontroverse um das World Economic Forum 1998–2005 als Folge von
sozialem Wandel und neuem Strukturwandel der Öffentlichkeit

Abhandlung
zur Erlangung der Doktorwürde
der Philosophischen Fakultät
der
Universität Zürich

vorgelegt von
Franz Egle
von Emmen/Luzern

Angenommen im Frühjahrssemester 2009 auf Antrag von
Herrn Prof. Dr. Kurt Imhof
und
Herrn Prof. Dr. Heinz Bonfadelli

Bern, 2009

VORWORT

Der Anstoss zur vorliegenden Arbeit entstand aus dem Bedürfnis, einen Prozess, den ich selber nahe mitverfolgt hatte, aus wissenschaftlicher Perspektive nachzuvollziehen und zu analysieren. Als regelmässiger Teilnehmer des Annual Meeting des World Economic Forum seit 1993 und als Berater der Leitung des Forums seit 2000, habe ich eine Innensicht der Kontroverse um das Weltwirtschaftsforum. Die vorliegende Analyse hat mein Bild teilweise bestätigt, im Wesentlichen aber erweitert und vertieft.

Diese Arbeit hätte nicht geschrieben werden können ohne die vielfältige Hilfe, die ich dazu erfahren durfte:

Prof. Kurt Imhof hat mich motiviert, die Arbeit überhaupt zu schreiben, er ist mir mit Ideen und Anregungen zur Seite gestanden und hat mir freundlicherweise auch den Datensatz des fög (Forschungsbereich Öffentlichkeit und Gesellschaft der Universität Zürich) zur Verfügung gestellt. Gemeinsam mit Prof. Dr. Heinz Bonfadelli hat er das Resultat der Tätigkeit begutachtet und bewertet. Wenn ich jeweils im Verlauf der Forschungstätigkeit nicht mehr weiter wusste, hat Dr. phil. Mark Eisenegger, Leiter Observatorium am fög, mir immer wieder souverän Wege aus dem Nebel gezeigt. Lic. phil. Sabine Alder hat mich in vielerlei Hinsicht unterstützt. Nicht nur hat sie mir zahlreiche Hinweise und Inputs bei der Eingrenzung der Fragestellung gegeben. Sabine hat wesentlich mitgeholfen, das Kategoriensystem für die Inhaltsanalyse zu entwickeln und zudem in aufwändiger Kleinarbeit die Datenerhebung (Artikelcodierung) durchgeführt.

Ihnen allen gilt mein ausdrücklicher Dank!

Bedanken möchte ich mich aber auch bei meiner Familie, von der ich mich regelmässig zurückzog, um an der Arbeit zu schreiben. Es stellt tatsächlich eine spezielle Erfahrung dar, über 20 Jahre nach Ende der Studienzeit, mitten im (nichtwissenschaftlichen) Berufsleben stehend, nebenbei eine akademische Arbeit zu verfassen.

Ich bereue es nicht!

Bern, im Frühjahr 2009

Franz Egle

Inhaltsverzeichnis

	Vorwort	III			
1.	Einführung	1	3.3.1	Mediale Exponiertheit des AM/WEF: Entwicklung zum Kommunikationsereignis	77
1.1	Die Kontroverse um das World Economic Forum als Untersuchungsgegenstand	1	3.4	«Window of opportunity» für Demo-Aktivist:innen	83
1.2	Erkenntnisinteresse, konzeptioneller Rahmen und Struktur	5	4.	Empirischer Teil	85
1.3	Zur Geschichte des World Economic Forum/Annual Meeting	11	4.1	Methode	85
2.	Theoretische Grundlagen	19	4.1.1	Fragestellung	85
2.1	Zur Theorie des sozialen Wandels	19	4.1.2	Untersuchungsgegenstand	86
2.2	Öffentlichkeit und medienöffentliche Kommunikation	27	4.1.3	Mediensample	87
2.2.1	Strukturen und Funktionen von Öffentlichkeit	27	4.1.4	Untersuchungszeitraum	88
2.2.1.1	Öffentlichkeitsstrukturen	31	4.1.5	Datengrundlage	88
2.2.1.2	Öffentlichkeitsfunktionen	33	4.2	Qualitativ-quantitative Inhaltsanalyse als empirisches Verfahren	89
2.2.2	Medienöffentliche Kommunikationsprozesse	37	4.2.1	Das Kategoriensystem	91
2.2.2.1	Neuer Strukturwandel der Öffentlichkeit	39	4.3	Erhebungsergebnisse	95
2.2.2.2	Medialisierungseffekte	46	4.3.1	Dynamik des AM/WEF-Diskurses	95
2.2.2.3	Skandalisierung	50	4.3.1.1	Dynamik des AM/WEF-Diskurses mit Bezug zur Kontroverse	102
2.2.2.4	Reputation	52	4.3.1.1.1	Resonanzstruktur Themencluster «Aktivitäten gegen das AM/WEF»	106
2.2.2.5	Selektions- und Darstellungslogiken des Mediensystems	56	4.3.1.1.1.1	Resonanzstruktur Themencluster «Demonstrationen»	109
2.2.2.6	Resonanzchancen und -strategien von Öffentlichkeitsakteuren	58	4.3.1.1.1.1.1	Resonanzstruktur Themencluster «Debatten innerhalb der AM/WEF-kritischen Bewegung»	112
2.2.2.7	Soziale Bewegungen, Medienöffentlichkeit und Gewalt	59	4.3.1.1.1.2	Resonanzstruktur Themencluster «Gegenveranstaltungen»	113
3.	Historischer Fokus: Gesellschaftliche und medienöffentliche Prozesse als Voraussetzungen für das Aufkommen der AM/WEF-kritischen Bewegung	65	4.3.1.1.1.3	Resonanzstruktur Themencluster «Einzelaktionen gegen das AM/WEF»	116
3.1	Neoliberale Erwartungsstrukturen	66	4.3.1.1.2	Resonanzstruktur Themencluster «Sicherheit»	118
3.2	Nicht-intendierte Folgen des neoliberalen Wirtschaftskonzeptes	71	4.3.1.1.2.1	Resonanzstruktur Themencluster «Öffentliche Sicherheit»	122
3.3	Das medienöffentliche Umfeld als Katalysator der AM/WEF-kritischen Bewegung	75	4.3.1.1.2.1.1	Resonanzstruktur Themencluster «Kontroversen um Massnahmen der Behörden»	126
			4.3.1.1.3	Exkurs I: Zoff ist Stoff – Zur medienöffentlichen Eskalation der Kontroverse um das AM/WEF	129
			4.3.1.1.4	Exkurs II: Eskalation – Kulmination – Deeskalation: Die beiden zentralen Themencluster «Demonstrationen» und «Öffentliche Sicherheit» in ihrem Kontext	135

4.3.1.1.5	Resonanzstruktur Themencluster «Vermittlung zwischen den Kontrahenten»	146
4.3.1.1.6	Resonanzstruktur Themencluster «Diskussion über Nutzen/Schaden des AM/WEF»	148
4.3.1.1.7	Resonanzstruktur Themencluster «Medienberichterstattung»	150
4.3.1.2	Dynamik des AM/WEF-Diskurses ohne Bezug zur Kontroverse	152
4.3.1.2.1	Resonanzstruktur Themencluster «Annual Meeting»	153
4.3.1.2.2	Resonanzstruktur Themencluster »World Economic Forum«	154
4.3.1.3	Aktionsresonanz – Deliberationsresonanz – Substanzresonanz: Der AM/WEF-Diskurs 1998 bis 2005	156
4.3.2	Dynamik der Akteurs- und der Aussageinhalteresonanz	157
4.3.2.1	Struktur der Resonanz erzeugenden Akteure	158
4.3.2.1.1	Resonanzstruktur Akteurscluster «Etablierte politische Akteure»	164
4.3.2.1.1.1	Resonanzstruktur Akteurscluster «Parlamentarier»	168
4.3.2.1.1.2	Resonanzstruktur Akteurscluster «Behörden»	169
4.3.2.1.2	Resonanzstruktur Akteurscluster «Nicht etablierte politische Akteure»	170
4.3.2.1.2.1	Resonanzstruktur Akteurscluster «Demo-Organisatoren»	174
4.3.2.1.2.2	Resonanzstruktur Akteurscluster «Gegenveranstaltungs-Organisatoren»	176
4.3.2.1.3	Resonanzstruktur Akteurscluster «Wirtschaft»	178
4.3.2.1.4	Resonanzstruktur Akteurscluster «Medien»	179
4.3.2.1.5	Resonanzstruktur Akteurscluster «AM/WEF-Organisation»	181
4.3.2.1.6	Resonanzstruktur Akteurscluster «Übrige gesellschaftliche Akteure»	182
4.3.2.2	Resonanzstruktur Aussageinhalte	183
4.3.2.2.1	Resonanzstruktur Positionsobjekte (Themen)	184
4.3.2.2.2	Resonanzstruktur Positionen zu den Objekten (Haltungen)	187
4.3.2.2.3	Resonanzstruktur Positionsbegründungen	190
4.3.2.2.4	Struktur Positionen der Akteure zu Positionsobjekten	192
4.3.2.2.4.1	Resonanzstruktur Positionen etablierter politischer Akteure	195
4.3.2.2.5	Relevanz Partizipationsverhalten	197
4.3.3	Reputationsentwicklung AM/WEF und AM/WEF-Kritiker	201

5.	Diskussion der Ergebnisse	205
5.1	Zum inhaltlichen Verlauf des AM/WEF-Diskurses 1998–2005	206
5.2	Zur Resonanz der in der Kontroverse relevanten Akteure	211
5.3	Zu den Reputationsentwicklungen des AM/WEF und der AM/WEF-Kritiker	215
5.4	Zur Konfrontation als Ziel	216
5.5	Ausblick	222
	Nachwort	225
	Literatur	227
	Annex	240

Abbildungsverzeichnis

Abb. 1: Resonanz AM/WEF 1971–2002	96
Abb. 2: Resonanz AM/WEF 1998–2005	98
Abb. 3: Resonanz mit bzw. ohne Bezug zur Kontroverse	99
Abb. 4: Resonanz mit bzw. ohne Bezug zur Kontroverse quartalsweise	101
Abb. 5: Thematische Struktur Resonanz Kontroverse um das AM/WEF	103
Abb. 6: Struktur Themencluster «Aktivitäten gegen das AM/WEF»	107
Abb. 7: Gesamtentwicklung Themencluster «Demonstrationen»	109
Abb. 8: Entwicklung Themencluster «Demonstrationen» strukturiert	110
Abb. 9: Inhaltliche Schwerpunkte Themencluster «Debatten innerhalb der AM/WEF-kritischen Bewegung»	112
Abb. 10: Struktur Themencluster «Gegenveranstaltungen»	113
Abb. 11: Struktur Themencluster «Einzelaktionen gegen das AM/WEF»	116
Abb. 12: Struktur Themencluster «Sicherheit»	118
Abb. 13: Struktur Themencluster «Öffentliche Sicherheit»	122
Abb. 14: Struktur Themencluster «Öffentliche Sicherheit» quartalsweise	123
Abb. 15: Themencluster «Kontroversen um Massnahmen der Behörden»	126
Abb. 16: Struktur Themencluster «Kontroversen um Massnahmen der Behörden» quartalsweise	127
Abb. 17: Themencluster «Demonstrationen» und «Öffentliche Sicherheit» quartalsweise	135
Abb. 18: Struktur Themencluster «Vermittlung zwischen den Kontrahenten»	146
Abb. 19: Struktur Themencluster «Diskussionen über Nutzen/Schaden AM/WEF» monatsweise	148
Abb. 20: Themencluster «Medienberichterstattung» quartalsweise	150
Abb. 21: Struktur Resonanz AM/WEF ohne Bezug zur Kontroverse	152
Abb. 22: Struktur Resonanz Annual Meeting	153
Abb. 23: Resonanzumfang World Economic Forum	154
Abb. 24: Struktur Resonanz World Economic Forum	155
Abb. 25: Resonanz sämtlicher Akteure	159
Abb. 26: Struktur Akteursresonanz	160
Abb. 27: Struktur Akteursresonanz quartalsweise	161

Abb. 28: Struktur Resonanz etablierte politische Akteure	164
Abb. 29: Struktur Resonanz etablierte politische Akteure quartalsweise	166
Abb. 30: Struktur Resonanz Parlamentarier quartalsweise	168
Abb. 31: Struktur Resonanz Behörden quartalsweise	169
Abb. 32: Struktur Resonanz nicht etablierte politische Akteure	171
Abb. 33: Struktur Resonanz nicht etablierte politische Akteure quartalsweise	172
Abb. 34: Resonanz Demo-Organisatoren inkl. Gewerkschaften	174
Abb. 35: Struktur Resonanz Gegenveranstaltungs-Organisatoren quartalsweise	176
Abb. 36: Struktur Resonanz Wirtschaft quartalsweise	178
Abb. 37: Struktur Resonanz Medien quartalsweise	179
Abb. 38: Artikeltypus bei Aussageträger Medien	180
Abb. 39: Resonanz AM/WEF-Organisation quartalsweise	181
Abb. 40: Resonanz übrige gesellschaftliche Akteure	182
Abb. 41: Positionsobjekte (Themen)	184
Abb. 42: Resonanz Positionsobjekte (Themen) quartalsweise	185
Abb. 43: Positionen zu Objekten (Haltungen)	187
Abb. 44: Positionen zu Objekten (Haltungen) nach Jahren	188
Abb. 45: Übersicht Positionsbegründungen	190
Abb. 46: Positionsabgründungen	191
Abb. 47: Positionen der Aussageträger zu Positionsobjekten	193
Abb. 48: Positionen etablierter politischer Akteure (Übersicht)	195
Abb. 49: Positionen etablierter politischer Akteure	196
Abb. 50: Partizipationsverhalten (Übersicht)	198
Abb. 51: Zusammenhang Haupt-Akteursgruppenzugehörigkeit und Partizipationsverhalten	198
Abb. 52: Zusammenhang Akteursgruppenzugehörigkeit und Partizipationsverhalten	199
Abb. 53: Zusammenhang Position und Partizipationsverhalten	200
Abb. 54: Bewertungstendenz AM/WEF	201
Abb. 55: Bewertungstendenz AM/WEF-Kritiker	202
Abb. 56: Reputationsentwicklung AM/WEF und AM/WEF-Kritiker	203

Tabellenverzeichnis

Tab. 1: Untersuchte Medien	87
Tab. 2: Anzahl erhobener Artikel pro Zeitung	88
Tab. 3: Schematische Darstellung des Kategoriensystems	94
Tab. 4: Anteile Berichte mit und ohne Bezug zur Kontroverse	99
Tab. 5: Themencluster «Kontroverse um das AM/WEF»	104
Tab. 6: Themencluster «Aktivitäten gegen das AM/WEF»	107
Tab. 7: Themencluster «Demonstrationen»	110
Tab. 8: Themencluster «Öffentliche Sicherheit»	122
Tab. 9: Resonanz erzeugende Akteursgruppen	160
Tab. 10: Resonanzstruktur «Etablierte politische Akteure»	164
Tab. 11: Resonanzstruktur «Parlamentarier»	168
Tab. 12: Resonanzstruktur «Behörden»	169
Tab. 13: Resonanzstruktur «Nicht etablierte politische Akteure»	171
Tab. 14: Resonanzstruktur «Demo-Organisatoren»	174
Tab. 15: Resonanzstruktur «Gegenveranstaltungs-Organisatoren»	176
Tab. 16: Resonanzstruktur «Wirtschaft»	178
Tab. 17: Resonanzstruktur «Medien»	179
Tab. 18: Resonanzstruktur «Übrige gesellschaftliche Akteure»	182
Tab. 19: Resonanzstruktur «Positionsobjekte»	184
Tab. 20: Resonanzstruktur «Positionsbegründungen»	192
Tab. 21: Bewertungstendenz AM/WEF	202
Tab. 22: Bewertungstendenz AM/WEF-Gegner	202
Tab. 23: Inhaltliche Dimensionen auf Artekelebene	258
Tab. 24: Inhaltliche Dimensionen auf Aussageebene	260

1. EINFÜHRUNG

1.1 Die Kontroverse um das World Economic Forum als Untersuchungsgegenstand

Das Erkenntnisinteresse dieser Arbeit richtet sich auf die Frage, wie es geschehen konnte, dass die während rund 30 Jahren keinerlei Kontroversen auslösende Institution World Economic Forum Ende der 1990er/Anfang der 2000er Jahre unversehens in einen Strudel ausserordentlicher, oft gewalttätiger Auseinandersetzungen auf der Strasse und damit während mehrerer Jahre zum Objekt harter politischer Kontroversen in der Öffentlichkeit geriet, um sich nach einigen Jahren weitgehend unbeschadet wieder aus dieser Situation weg zu entwickeln.

Was war passiert? Seit 1971 treffen sich im Graubündner Bergdorf Davos jeweils zu Beginn des Jahres die höchsten Führungskräfte internationaler Unternehmen sowie Regierungsmitglieder und Vertreter der Zivilgesellschaft aus der ganzen Welt zur Analyse und Diskussion aktueller Herausforderungen von Weltwirtschaft und Politik. Bis 1999 fand der jährliche Anlass statt, ohne dass sich die Medien oder die weitere Öffentlichkeit dafür speziell interessierten. In Davos und in der Schweiz war man es längst gewohnt, dass sich während jeweils fünf Tagen im Januar eine hochkarätige Gesellschaft in informellem Rahmen zur Erörterung anstehender Probleme traf. Das Davoser Gewerbe profitierte von der Veranstaltung, die Sicherheitskontrollen waren minimal, ohne weiteres konnte man bekannte Wirtschaftsführer im Dorf oder gar auf der Skipiste antreffen. Die Davoser Bevölkerung war stolz, Gastgeberin der Weltelite zu sein; zu Aufregungen führten allenfalls der Limousinenstau und falsch geparkte Autos. Darüber hinaus wurde kein Aufheben gemacht, trotz der beeindruckenden Dichte prominenter Persönlichkeiten aus der ganzen Welt – von einer Opposition gegen die Veranstaltung schon gar nicht zu sprechen. «Davos» war eine Tagung von Spezialisten und somit eher innen-orientiert. Es blieb primär den internationalen Wirtschaftsmedien vorbehalten, über die komplexen Tagungsthemen wie internationale Währungspolitik, regionale Herausforderungen der Wirtschaftspolitik oder über die wirtschaftlichen Folgen technologischer Entwicklungen zu berichten. Der eigentliche Wert dieses Treffens wurde in breiteren Kreisen gar nicht zur Kenntnis genommen. Dabei hatte Klaus

Schwab, Gründer und Executive Chairman des World Economic Forum, im Ausland mit zahlreichen Auszeichnungen dekoriert, in ehrsamer Arbeit und mit einem untrüglichen Gespür für relevante Themen und Akteure während drei Jahrzehnten mit dem «Annual Meeting»¹ des World Economic Forum die weltweit bedeutendste Stakeholderplattform geschaffen.

Schlagartig – und zwar im wörtlichen Sinn – wurde der Kongress in den Graubündner Bergen Ende der 1990er/Beginn der 2000er Jahre Auslöser teilweise sehr gewalttätiger Demonstrationen. Die über Nacht entstandene, international sich schnell entwickelnde globalisierungskritische Bewegung machte in der Schweiz den Kampf gegen das Jahrestreffen des World Economic Forum ab 1998 zu ihrem Fokuspunkt bzw. zur Legitimationsbasis ihrer Aktionen. Vor allem mit der Anwendung von Gewalt erreichten AM/WEF-Gegner während mehrerer Jahre ein ausserordentlich grosses Medienecho und stellten die Schweizer Politik vor komplexe neuartige Herausforderungen. Die Intensität der Auseinandersetzungen kam für die herausgeforderten Akteure überraschend und führte anfangs zu Ratlosigkeit bzw. Überforderung insbesondere der Behörden. Das harsche Vorgehen der Polizei auch gegen friedliche Demonstranten zu Beginn der Auseinandersetzungen führte innenpolitisch zu starken Polarisierungen.

Die Heftigkeit der Auseinandersetzungen auf der Strasse und darauf in den Parlamenten stellte bald die Durchführbarkeit der Veranstaltung grundsätzlich in Frage. Im Oktober 2001, auf dem Höhepunkt der Kontroverse, wählte eine grosse Schweizer Tageszeitung das «WEF vor dem Aus». Drei Monate bevor er stattfinden sollte, schien der politische Rückhalt für die Durchführung des traditionellen internationalen wirtschaftspolitischen Grossanlasses in der Schweiz definitiv nicht mehr gegeben zu sein.

Ende 2001 war die Lage tatsächlich völlig verfahren: Die Behörden wurden von breiten Kreisen – auch bürgerlichen – kritisiert, mit ihrem radikalen Vorgehen die Rechte auf

1 Das «Annual Meeting» (AM) ist das Jahrestreffen der Mitgliedfirmen des World Economic Forum. Es findet seit 1971 im Januar in Davos statt. Der Begriff «World Economic Forum» (oder «WEF») bezeichnet die Institution, welche das «Annual Meeting» durchführt. Da im allgemeinen Sprachgebrauch wie auch in der Medienberichterstattung die Begriffe «Annual Meeting» und «World Economic Forum» bzw. «WEF» gleichwertig bzw. austauschbar verwendet werden, bzw. mit «World Economic Forum» oder «WEF» in der Regel das «Annual Meeting» in Davos gemeint ist, wird in dieser Arbeit das «Annual Meeting» mit «AM/WEF» bezeichnet. Das World Economic Forum als Institution wird hier als «World Economic Forum» oder als «WEF» bezeichnet.

freie Meinungsäusserung und Demonstrieren zu stark einzuschränken, die politische Unterstützung für den polizeilichen Schutz der bevorstehenden Veranstaltung und der Bevölkerung von Davos war in der Folge nicht mehr gegeben, ein Ausweg aber nirgendwo in Sicht, da ständig mit Gewalttaten von AM/WEF-Gegnern gerechnet werden musste.

Auf dem Höhepunkt der Spannungen wurde der Austragungsort des Jahrestreffens vom Januar 2002 kurzfristig von Davos nach New York verlegt – als Zeichen der Solidarität mit der von Terroristen angegriffenen Stadt und mit dem Nebeneffekt, in der innenpolitischen Patt-Situation in der Schweiz eine Entkrampfung zu ermöglichen. Diese in der Geschichte des AM/WEF einmalige «Davos-Pause» zeigte Wirkung: Die befürchtete grosse Konfrontation zwischen Gegnern und Polizei im Januar 2002 in der Schweiz blieb aus, die Lage entspannte sich vorerst, erstmals wurde nicht nur über das Vorgehen von Polizei und Demonstranten, sondern über Sinn und Nutzen des AM/WEF diskutiert. Die Behörden in der Schweiz nutzten die einjährige «Kampfpause», um das zum Schutz von Teilnehmern und Bevölkerung notwendige Sicherheitsdispositiv für das AM/WEF des Folgejahres 2003 polizeitaktisch nun effektiv vorzubereiten, und vor allem, um dieses in den föderalen Strukturen der Schweiz abzustützen und sich so den notwendigen politischen Rückhalt zu schaffen bzw. Kontroversen innerhalb der etablierten politischen Akteure um die Sicherheitsmassnahmen den Boden zu nehmen.

2003 wurde in der Folge – es war dies die Hauptforderung breiter politischer Kreise in der Schweiz – erstmals eine (von einem grossen Polizeiaufgebot gesicherte) bewilligte Demonstration in Davos durchgeführt. Erleichternd war dazu gekommen, dass sich das Publikum nach 9/11 und anderen Terroranschlägen vorab islamistischer Gruppierungen in verschiedenen Teilen der Welt daran zu gewöhnen begann, dass international zusammengesetzte Veranstaltungen mit einem massiv erhöhten Sicherheitsaufwand verbunden sind. Dieser erhöhte Aufwand hat(te) seinen Preis: Die Sicherheitskosten für das AM/WEF schnellten in der Folge von Demonstrationen und Terrorrisiken von CHF 200'000.– vor 1998 auf über CHF 13 Millionen im Jahre 2003 hoch. Dennoch: Das 2003 erstmals angewendete Sicherheitsdispositiv brachte die Wende. Ausschreitungen konnten verhindert werden, ohne dass die Meinungsäusserungsfreiheit eingeschränkt

wurde – das Vorgehen der Polizei erhielt entsprechend die notwendige Unterstützung von Politik und weiterer Öffentlichkeit.

Zu den ergriffenen Massnahmen gehörten, neben der Einführung eines neuen, politisch breit abgestützten Sicherheitskonzeptes Anfang 2003, die vermehrte Öffnung des AM/WEF für Globalisierungskritiker und Medienschaffende sowie die Einführung des Open Forum Davos in Zusammenarbeit mit dem Schweizerischen Evangelischen Kirchenbund und verschiedenen NGOs als öffentlich zugängliche Parallel-Veranstaltung des AM/WEF. Zudem änderte sich ab 2003 auch die Wahrnehmung des AM/WEF selber: Durch die Anwesenheit von Secretary of State Colin Powell sowie diverser Regierungsvertreter aus Europa und dem mittleren Osten wurde das AM/WEF im Januar 2003 – damals wurde erstmals in Davos eine Demo bewilligt und die innenpolitischen Spannungen waren ausserordentlich hoch – zu einer «Begegnung der letzten Hoffnung» vor dem Einmarsch der US- und mit ihnen verbündeter Streitkräfte im Irak, der ja wenig später erfolgte. Das AM/WEF konnte nun nicht mehr nur als die «Hochburg der Globalisierung» dargestellt werden, es konnte sich (wieder) vermehrt als Plattform geo- und wirtschaftspolitischer Akteure etablieren. Diese Wahrnehmungsänderung wurde verstärkt, nachdem das AM/WEF vermehrt sozial-, entwicklungs- und umweltpolitische Themen sowie Kritiker in sein Programm aufnahm. Auf der andern Seite begann sich die Debatte um den «Neoliberalismus» und «Globalisierung» im Kreise zu drehen, die globalisierungskritische Bewegung etwa um das World Social Forum brachte keine konkreten Ergebnisse oder überzeugenden Ansätze zu Veränderung der kritisierten Verhältnisse hervor.

Mit dem Ausbleiben der Konfrontationen auf der Strasse verloren in der Folge die Auseinandersetzungen um das AM/WEF bzw. die AM/WEF-kritische Bewegung mediale Resonanz und damit an Relevanz. Füllten die AM/WEF-Gegner zur Jahrtausendwende noch seitenweise Spalten bzw. ausführlich Sendezeiten und gaben Stoff für hitzige Debatten, klang die Kontroverse um den Event in Davos nach 2004 ebenso schnell wieder ab wie sie aufgekommen war. Die Berichterstattung reduziert sich seither auf Scharmützel am Rande.

1.2 Erkenntnisinteresse, konzeptioneller Rahmen und Struktur

Wie eingangs erwähnt richtet sich das Erkenntnisinteresse dieser Arbeit auf die Frage, wie es kam, dass das während Jahrzehnten in keiner Weise umstrittene oder kritisierte World Economic Forum um die Jahrtausendwende plötzlich zum Anlass teilweise gewalttätiger Auseinandersetzungen und damit verbundener heftiger politischer Kontroversen wurde, sich schliesslich davon aber wieder weitgehend unbeschadet erholen konnte.

Den konzeptionellen Rahmen zur Beantwortung dieser Frage bildet in dieser Arbeit das *Ineinandergreifen zweier Prozesse*: Die Kontroverse um das AM/WEF und deren Dynamik wird hier erklärt aus dem Zusammenwirken der *Veränderungen im gesellschaftlichen Umfeld* einerseits mit den *Entwicklungen im Mediensystem* andererseits.

Zu den Veränderungen im gesellschaftlichen Umfeld: In den 1990er Jahren waren in der Folge des Zusammenbruchs des kommunistischen Blocks in den «alten» kapitalistischen Ländern ausgiebig der Internet- und insbesondere der damit verbundene und breite Kreise ansteckende Börsenhype gefeiert worden. In jener Zeit erschienen plötzlich nicht mehr traditionelle Werte wie Fleiss, Zuverlässigkeit und Seriosität als Schlüssel zum individuellen Erfolg. Es liess sich nun auf andere Art schnell und sagenhaft reich werden. Jung-«Unternehmer», die dank Börsengängen über Nacht zu Millionären wurden – oft ohne ein markttaugliches Produkt vorzuweisen – machten es vor. Der Kollaps des sozialistischen Systems Ende der 1980er Jahre hatte eine Zeit des ungehemmten Kapitalismus – oder besser: der ungehemmten persönlichen Bereicherung – eingeläutet und damit letztlich die Ära der sozialen Marktwirtschaft beendet. «New Economy» hiess das Stichwort, wer sein Geld durch Arbeit und nicht durch «Leverage» an der Börse machte, war offenbar selber schuld. Geiz wurde «geil», Gier normal, Solidarität und soziale Verantwortung begannen als nicht in Gewinnzahlen messbare Grössen an Bedeutung zu verlieren. Die Verheissungen waren endlos, man musste nur richtig handeln.

Ende der 1990er Jahre jedoch kippte der Hype. Die Börsen-Blase platzte, die «neoliberal» verortete und über einige Jahre gepriesene Vorrangstellung der Wirtschaft vor der Politik wurde jetzt vehement in Frage gestellt. Breite Kreise insbesondere des Mittel-

standes bekamen zunehmend das Gefühl, an der wirtschaftlichen Entwicklung nicht (mehr) in angemessenem Umfang zu partizipieren. Sie sahen, wie eine kleine Minderheit von Wirtschaftsführern sich einen überproportional grossen Anteil am allgemeinen Reichtum sicherte, zu dessen Erarbeitung sie ja alle beitrugen. Ende der 1990er Jahre verbreitete sich der generelle Eindruck, die wirtschaftliche Entwicklung schaffe mehr Verlierer als Gewinner. «Golden Handshakes», «Abzockersaläre», «Versager-Räte», «Steuersenkungen für Reiche», aber auch «Working Poor», «Rentenklaue» usw. waren die Begriffe der Zeit und wurden als die Folgen von «Neoliberalismus» und «Globalisierung» interpretiert. Sie führten nicht nur bei Linken zu Empörung: Die Selbstbedienungsmentalität vorab von Chefs international tätiger Konzerne wurde systematisch skandalisiert und führte zu Reaktionen auf der Strasse wie in Parlamenten. Die Reputation von Wirtschaftsführern entwickelte sich vermehrt ins Negative. In der selben Zeit wurden durch die internationale Politik neue Weltmärkte zugänglich gemacht, was eine Veränderung der Warenströme, ja die Verlagerung ganzer Produktionsstandorte zur Folge hatte. In der Wahrnehmung breiter Kreise zu jener Zeit bezahlten der Mittelstand und die «Kleinen» vorab in der entwickelten Welt den Preis für diese Entwicklung.

Als Reaktion gegen diese – durch die etablierten Akteure in Politik und Wirtschaft geschaffenen bzw. geförderten – Entwicklungen formierte sich eine – politisch nicht etablierte – globalisierungskritische Bewegung. Sie hatte sich – wenn auch weitgehend diffus und mit zahlreichen internen Widersprüchen behaftet – den Kampf gegen die negativen Folgen auf Gesellschaft und Umwelt einer «rücksichtslosen Globalisierung» auf die Fahnen geschrieben. Diese neue Bewegung wies eine grosse Mobilisierungskraft auf, denn sie thematisierte ein Unbehagen, das von breiten Teilen der Bevölkerung geteilt wurde.

In der Schweiz formierte sich der Kampf der Globalisierungskritiker um das Jahres-treffen des World Economic Forum. Es war von den Aktivisten dieser neuen globalen Bewegung zum Symbol einer vorab wirtschaftlich ausgerichteten, soziale wie ökologische Anliegen an den Rand drängende, letztlich als menschenfeindlich angeprangerten Globalisierung erkoren und in den Mittelpunkt des Kampfes gesetzt worden.

Zur Rolle der Medien: Sie spielten bei der Entwicklung und Dynamik der hier analysierten Kontroverse die entscheidende Rolle. Soziale Bewegungen sind – mangels Zugang zu Entscheidungsmechanismen – grundsätzlich angewiesen auf mediale Aufmerksamkeit. Nur durch die Berichterstattung wurden denn auch die AM/WEF-Kritiker und ihre Aktionen bekannt und konnten ihre Forderungen in die institutionalisierten politischen Entscheidmechanismen einfließen lassen. Anders gesagt: Ohne Berichterstattung wären die AM/WEF-Kritiker nicht wahrgenommen worden und hätten entsprechend keinerlei Wirkung entfalten können. Um das für sie notwendige mediale Echo zu erreichen, hatten die AM/WEF-Kritiker ihre Aktionen also auf die Selektions- und Verarbeitungslogiken der Medien auszurichten. Diese hatten sich in Folge des ständig zunehmenden kommerziellen Drucks im Verlauf der Zeit gewandelt. Im speziellen haben der zunehmende Wettbewerb und die Ausrichtung auf Konsumentenbedürfnisse die Selektionsmechanismen der Medien nachhaltig verändert.

Um den (auf den kommerziellen Erfolg ausgerichteten) Selektionsmechanismen gerecht zu werden, veranstalteten die AM/WEF-Kritiker medienrätliche Events wie Demonstrationen, Mahnwachen, Gegenveranstaltungen wie das Public Eye on Davos oder luden mit Prominenz behaftete Globalisierungskritiker wie José Bové nach Davos ein. Von Beginn an griffen die AM/WEF-Gegner (wie die Globalisierungskritiker vor ihnen beispielsweise im Oktober 1999 in Seattle) aber auch zum Mittel der Gewalt. Da sie dies systematisch taten, hatte die Gewaltanwendung auch starke Rückwirkungen auf die Bewegung selber. Dabei etablierte sich ein verhängnisvoller Mechanismus: Immer wenn die Bewegung Gewalt anwendete, wurde über die Gewaltanwendung und ihre Auswirkungen ausführlich berichtet. Die weitgehend von Gewaltanwendungen und Gewalt(abwehr-)vorbereitungen beherrschte Berichterstattung führte zu einer Verhärtung des innenpolitischen Klimas und stellte die Behörden auf allen Ebenen unter hohen Handlungsdruck. Diesem Druck – einerseits zu erwartende Ausschreitungen zu verhindern, andererseits der jeweiligen Lage angemessen («verhältnismässig») zu handeln – zeigten sich die Behörden zu Beginn der Auseinandersetzungen nicht gewachsen und gerieten massiv in die öffentliche Kritik.

Aus der anfänglichen Kontroverse um das AM/WEF entwickelte sich so schnell faktisch eine zweite – wie zu zeigen sein wird, die eigentliche – Kontroverse, nämlich jene um die

Polizeieinsätze, die weit in bürgerliche Kreise hinein drang und in den diversen städtischen, kantonalen sowie im Bundesparlament und natürlich in den Medien ausgetragen wurde. Wie bereits ausgeführt, wurden mit der erfolgreichen Einführung einer neuen Sicherheitsstrategie ab 2003 die innenpolitischen Spannungen gelöst und das Thema verlor an Resonanz.

Zusammengefasst lässt sich festhalten:

- Das Erkenntnisinteresse der vorliegenden Arbeit gilt der Frage, wie das World Economic Forum um die Jahrtausendwende unversehens zum Objekt einer harten innenpolitischen Kontroverse werden (und sich wieder daraus weg entwickeln) konnte.
- Den konzeptionellen Rahmen zur Beantwortung der Frage bildet das Ineinandergreifen von Veränderungen im gesellschaftlichen Umfeld und von Entwicklungen im Mediensystem.
- Bei den Veränderungen im gesellschaftlichen Umfeld steht im Vordergrund die Krise neoliberaler Werte und Zielvorstellungen in den entwickelten Ländern, die sich aus dem Übergang der sozialen zur neoliberalen Marktwirtschaft mit den entsprechenden Folgen seit den 1990er Jahren ergab und welche die gesellschaftliche Akzeptanz globalisierungskritischer Äusserungen und Aktionen förderte.
- Bei den Entwicklungen im Mediensystem sind die umfassenden Umwälzungen in Richtung Kommerzialisierung gemeint, welchen das Mediensystem unterworfen ist, und die dessen Selektions- und Darstellungslogiken grundlegend verändert haben.

Auf der Basis dieses dualen Erklärungsansatzes zur Beantwortung der Frage nach den Ursachen der Kontroverse um das World Economic Forum umfasst die Arbeit zwei – methodisch unterschiedlich ausgerichtete – Analyseteile: Die erwähnten gesellschaftlichen Entwicklungen, welche hier eine der beiden Ursachen der Entwicklung der Kont-

roverse darstellen, werden nach ihrer Verortung in der Theorie des sozialen Wandels in einem historisch ausgerichteten Fokus konkret aufgezeigt (Kap. 3). Im *empirischen Teil* werden dann im speziellen die Folgen der Entwicklungen im Mediensystem, also des neuen Strukturwandels der Öffentlichkeit am Beispiel AM/WEF erfasst und überprüft: Mittels einer Inhaltsanalyse ausgewählter nationaler Leitmedien werden die Darstellung und damit die öffentliche Wahrnehmung der Dynamiken des AM/WEF bzw. der Kontroverse um das AM/WEF 1998–2005 rekonstruiert (Kap. 4).

Die inhaltliche Gliederung der vorliegenden Arbeit ergibt sich somit wie folgt:

Kapitel 1 stellt Untersuchungsgegenstand, Erkenntnisinteresse, Konzeption und Aufbau der Arbeit vor. Um die Bedeutung des AM/WEF im Hinblick auf die weiteren Analysen zu verstehen, werden im Rahmen von Kapitel 1 zudem die im hier interessierenden Kontext relevanten Aspekte von dessen Organisationsform, Geschichte und Tätigkeiten seit der Gründung 1971 vorgestellt (S. 11ff.).

In Kapitel 2 werden die theoretischen Voraussetzungen der Arbeit vorgestellt. Entsprechend dem hier angewendeten Ansatz zur Erklärung der Kontroverse um das AM/WEF, wird mit dem kommunikationstheoretischen Modell des sozialen Wandels die Grundlage geschaffen zur Erklärung der in diesem Kontext interessierenden gesellschaftlichen Entwicklungen. Im Anschluss daran werden die Zentralität der Öffentlichkeit und die strukturellen Determinanten medienöffentlicher Kommunikation in modernen Gesellschaften herausgearbeitet. Im speziellen werden dabei die mit dem Konzept des neuen Strukturwandels der Öffentlichkeit erklärten Folgen auf die Selektions- und Darstellungslogiken des Mediensystems bzw. die Folgen davon auf die Resonanzchancen nicht etablierter politischer Akteure wie sozialer Bewegungen dargelegt, um den methodischen Zugriff in Form einer Berichterstattungsanalyse zu plausibilisieren (S. 27ff.).

In Kapitel 3 werden die in Kapitel 2 theoretisch fundierten *gesellschaftlichen Entwicklungen* dargelegt, die zum Legitimationsdefizit des neoliberalen Wirtschafts- und Gesellschaftsmodells führten bzw. die gesellschaftlichen Voraussetzungen für die Entwicklung der globalisierungs- und der AM/WEF-kritischen Bewegung schufen (S. 65ff.). Zudem wird die Entwicklung des World Economic Forum als *Kommunikationsereignis*

analysiert und daraus plausibilisiert, wie in der Folge das AM/WEF zum Schweizer Angriffspunkt der hohe Mobilisierungskraft aufweisenden internationalen globalisierungskritischen Bewegung werden konnte (S. 77ff.). Methodisch sind die Analysen in Kapitel 3 mit einem *historisch ausgerichteten* Fokus versehen.

Kapitel 4 beschreibt die methodischen Elemente sowie die Ergebnisse des empirischen Teils dieser Arbeit. Es handelt sich um die Analyse der Berichterstattung von Schweizer Leadmedien über das AM/WEF 1998 bis 2005. Erhoben wurden die in Kapitel 2 theoretisch hergeleiteten Regularitäten der medialen Darstellungs- und Vermittlungsleistungen in der Folge des sozialen Wandels und insbesondere des neuen Strukturwandels der Öffentlichkeit. Analysiert wurden dabei

- die Dynamiken der medialen Perzeption und Aufmerksamkeitsstruktur des Diskurses um das AM/WEF 1998–2005
- die Akteurs- und die Aussageinhalteresonanz des Diskurses um das AM/WEF 1998–2005
- die Reputationsdynamik von AM/WEF und von AM/WEF-Kritikern in diesem Zeitraum.

Kapitel 5 schliesslich rekapituliert und diskutiert die Ergebnisse der Arbeit und bietet einen Ausblick auf mögliche weitere Entwicklungen. Geprüft wird auch, inwiefern die Ergebnisse Aussagen zur Frage zulassen, weshalb es den Gegnern des AM/WEF nicht gelang, ihre Forderung nach Abschaffung des AM/WEF durchzusetzen. (S. 205ff.)

1.3 Zur Geschichte des World Economic Forum/Annual Meeting

Um ein besseres Verständnis für die Bedeutung des AM/WEF in der Schweizer Öffentlichkeit zu erhalten, wird im Folgenden dessen historische Entwicklung seit der Gründung 1971 kurz dargelegt. Dabei werden die historischen Wendepunkte gezeigt und in den Kontext relevanter zeitgleicher wirtschaftlicher, politischer oder sozialer Ereignisse gestellt².

Das World Economic Forum ist eine Stiftung mit Sitz in Cologny/Genf. Es beschäftigt rund 290 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.³ Vor allem bekannt ist das jeweils im Januar in Davos stattfindende Annual Meeting (AM) der Mitglieder des World Economic Forum. Daneben führt das Forum jährlich rund ein Dutzend regionaler Wirtschaftstreffen auf der ganzen Welt durch. Zu seinen Aktivitäten gehören auch Initiativen sowie Task Forces, welche den wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt weltweit gezielt fördern sollen, Analysen im Zusammenhang mit der Wettbewerbsfähigkeit von Volkswirtschaften, eine dreijährige Master's Ausbildung «Global Leadership Fellows» sowie die Entwicklung von Industriepartnerschaften⁴. Als Mitglieder umfasst das World Economic Forum im wesentlichen die 1000 grössten Unternehmen der Welt.

Der Ursprung des World Economic Forum geht zurück auf das Jahr 1971. Damals führte Professor Klaus Schwab⁵ erstmals das «European Management Symposium» in Davos durch. Aus diesem überschaubaren Managertreffen entwickelte Schwab im Verlauf dreier Jahrzehnte die weltweit führende Plattform, in deren Rahmen höchste Entscheidungsträger und Experten aus Wirtschaft, Politik und Zivilgesellschaft Probleme und Herausforderungen der Weltgesellschaft erörtern und Lösungen diskutieren. Im we-

2 Die Angaben in diesem Kapitel basieren auf der Arbeit von Sabine Alder (2005: 6–11), welche die Geschichte des World Economic Forum auf Grund eigener Recherchen im Wirtschaftsarchiv Basel, aus der WEF-Website und aus Zeitungsarchiven nachgezeichnet hat, auf der Arbeit von Michelle Beyeler (2005) sowie auf eigenen Recherchen.

3 Stand 1.4.2007

4 Aktuelle Informationen zum World Economic Forum finden sich auf www.weforum.org.

5 Geb. 30.3.1938 in Ravensburg (D); Doktor als technischer Ingenieur an der ETH, Doktor der Wirtschaftswissenschaft an der Universität von Fribourg, MBA an der Harvard University, 1972–2004 Professor für Betriebswirtschaft an der Universität von Genf; Träger zahlreicher akademischer und nationaler Würden; vgl. Munzinger Personenarchiv.

sentlichen verfolgte Klaus Schwab zwei Ziele, als er 1971 Unternehmensführer nach Davos zu einem Symposium einlud, das er neben einer part-time Professur organisierte: Erstens hatte er bei einem längeren Aufenthalt in den USA amerikanische Managementmethoden kennen gelernt, die er europäischen Wirtschaftsverantwortlichen vermitteln wollte. Zweitens ergaben sich aus der sich abzeichnenden wirtschaftlichen Integration Europas Herausforderungen aus unternehmerischer Perspektive, welche analysiert werden mussten, und die nach einer gemeinsamen Strategie verlangten. Nach diesem ersten und erfolgreichen «European Management Symposium» gründete Klaus Schwab die Stiftung «European Management Forum» mit Sitz in Chur und später in Genf. Sie sollte Trägerorganisation sein für weitere jährliche Kongresse in Davos. Als Stiftung war die Organisation nicht gewinnorientiert und der Stiftungsaufsicht des Bundes unterstellt.

In den folgenden Jahren bestimmte vor allem die sich abzeichnende europäische Integration als Kernthema die Zielgruppen des Symposiums: Es waren die Wirtschaftsführer aus dem europäischen Raum, deren Unternehmen aufgrund ihrer Grösse an die Grenzen ihres jeweiligen nationalen Marktes stiessen, jedoch (noch) nicht als transnationale Konzerne bezeichnet werden konnten. Die Frage nach der Positionierung im sich abzeichnenden gemeinsamen europäischen Markt war für diese Unternehmen von zentraler Bedeutung. Die Unternehmensführer profitierten vom Input der Referate und Präsentationen von Wirtschaftswissenschaftlern, Politikern und EG-Spitzenfunktionären wie auch vom informellen Meinungs- und Erfahrungsaustausch.

Die thematischen Schwerpunkte der ersten Symposien bildeten primär die Auswirkungen der politischen und wirtschaftlichen Entwicklung Europas auf mittelgrosse europäische Firmen. Im Verlauf der 1970er Jahre rückten vermehrt Krisen, Einbrüche und Umwälzungen im Weltwirtschaftssystem thematisch ins Zentrum der jährlichen Davoser Meetings. Im speziellen ging es dabei erstens um den Zusammenbruch des Währungssystems von Bretton Woods mit der folgenden Einführung flexibler Wechselkurse und der darauf einsetzenden Liberalisierung der Finanzmärkte. Zweitens wurden die Volkswirtschaften der entwickelten und erdölimportierenden Industriestaaten durch die Ölkrise 1973/74 stark erschüttert, als die OPEC-Staaten nach dem Nahost-Krieg Erdöl als politisches Druckmittel einzusetzen begannen und mittels Lieferembargos und Preiserhöhungen den Ölpreis auf das Vierfache ansteigen liessen. Dieser Preisanstieg führte

zu starken Veränderungen in den Zahlungsbilanzen der erdölimportierenden Länder, so dass deren flexible Währungen in der Folge nur noch schwer zu kontrollieren waren, was die Forderung nach Mechanismen und internationaler Abstimmung zur Begrenzung der Währungsvolatilität verstärkte. Drittens liess die Erdölkrise die OECD-Staaten ab 1974 in eine Rezession mit steigenden Inflations- und Arbeitslosenzahlen schlittern. Da die auf das erste Symposium folgenden Davoser Treffen weniger Resonanz fanden, erweiterte Klaus Schwab vor dem Hintergrund der aufgeführten einschneidenden Entwicklungen den thematischen Rahmen und rückte vermehrt wirtschaftspolitische und politische Fragen in den Mittelpunkt. Die erwähnten Entwicklungen förderten gleichzeitig unter den Unternehmensführern das Bedürfnis nach einer Diskussionsplattform; zunehmend nutzten aber auch Regierungsmitglieder aus dem europäischen Raum sowie Vertreter der Europäischen Gemeinschaft angesichts der neuen Herausforderungen das European Management Forum als Konsultationssystem.

1976 wurde die Stiftung in eine Mitgliederorganisation erweitert. Seither finanziert sie sich vollumfänglich durch die Beiträge ihrer 1000 Mitglieder und durch die Teilnahmegebühren. Als Mitglieder werden ausschliesslich Unternehmen aufgenommen, während Wissenschaftler, Politiker und weitere Persönlichkeiten aus dem öffentlichen Leben, ebenso wie die Medien, als Teilnehmer, Gäste und Referenten zu den Jahrestreffen eingeladen werden. 1973 begann das Forum zudem in verschiedenen europäischen Ländern und später auch in Übersee Treffen durchzuführen.

Ab Ende der 1970er Jahre richteten sich die Davoser Meetings zunehmend global aus: In steigendem Masse nahmen nun auch japanische und amerikanische Verantwortliche aus Politik und Wirtschaft am Annual Meeting teil. 1979 war erstmals eine chinesische Delegation anwesend, um China als sich reformierende und öffnende Volkswirtschaft zu profilieren, bzw. vom Angebot des European Management Forum (EMF) zu profitieren, internationale Wirtschaftsbeziehungen zu knüpfen. Der saudische Ölminister Scheich Jamani nutzte 1980 im Anschluss an den zweiten Ölschock die Gelegenheit, hier energiepolitische Fragen aus der Sicht der OPEC-Staaten darzulegen. Das EMF erweiterte in der Folge sein Programm zusätzlich, um weitere Akteure aus dem politisch-öffentlichen Leben zur Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung integrieren zu können: Während der Meetings fanden nun auch informelle Treffen statt, an welchen

das EMF u.a. Regierungsmitglieder verschiedener Länder mit Verantwortlichen internationaler Organisationen zusammenbrachte oder Treffen zwischen Wirtschafts- und Handelsministern arrangierte.

Die 1980er Jahre waren vor allem geprägt vom aus den USA ausgehenden wirtschaftlichen Aufschwung in den OECD-Staaten. Parallel dazu wurde ab Ende der 1970er Jahre die herrschende wirtschaftspolitische Philosophie eines interventionistischen Staates zur Nachfragesteuerung zwecks Aufrechterhaltung der Konjunktur in Anlehnung an Keynes' Modell allmählich von der neoklassischen Lehrmeinung abgelöst, welche Eingriffe im wirtschaftlichen Gefüge hauptsächlich in Form einer Angebotssteuerung durch monetaristische Massnahmen propagiert und ansonsten primär auf die Effizienz sich selber regulierender Märkte baut. Zudem wurden durch die Deregulierung der Finanzmärkte, Entwicklungen in der Kommunikationstechnologie, sinkende Transportkosten und die trotz stockender GATT-Verhandlungen sich liberalisierenden Handelsströme Ansätze dessen sichtbar, was später in den 1990er Jahren unter dem Begriff «Globalisierung» subsumiert werden sollte. An diesen Prozess war bald auch die Frage der Integration wirtschaftlich schwächer entwickelter Länder in das System der Weltwirtschaft gekoppelt.

Auch diesen Entwicklungen trug das European Management Forum Rechnung: Die Stiftung unterstrich ab 1987 ihre globale Ausrichtung, indem sie sich in «World Economic Forum» umbenannte. Zu diesem Zeitpunkt waren die Annual Meetings der Mitglieder in Davos bereits zu einem Forum geworden, in dessen Rahmen immer mehr wirtschaftliche Themen von globaler Relevanz diskutiert wurden. Entsprechend wurden auch vermehrt Delegationen von Entwicklungs- und Schwellenländern in das Forum integriert, was wiederum zu einer weiter gefassten Themenpalette führte, denn es musste auf die spezifischen Problematiken dieser Wirtschaftsregionen vertieft eingegangen werden können.

Die sich verstärkende europäische Integration sowie der globale Strukturwandel der Wirtschaft führten zu neuen ökonomischen Interdependenzen unterschiedlichster Arten und Formen. Entsprechend wuchs das Interesse der Regierungsvertreter am Forum weiter. Denn die politischen Führer standen (und stehen) im Spannungsfeld interna-

tionaler ökonomischer Interdependenzen und nationaler Autonomien – einem Spannungsfeld, das durch die Störungen des Weltwirtschaftssystems in den 1970er Jahren weiter verschärft wurde. Das Management der damit verbundenen Herausforderungen auf internationaler Ebene mittels Koordination der nationalen Politiken war der Ausgangspunkt für die Gründung der Weltwirtschaftsgipfel (heute G-8) 1975 (vgl. Putnam/Bayne 1985: 1–33). Analog dazu bot das World Economic Forum eine Plattform zur Diskussion, Regulierung und allenfalls Aushandlung dieser Konflikte, allerdings nicht nur im Rahmen von acht Regierungen: Im Gegensatz zu den G-8- oder WTO- und IMF-Treffen ermöglicht das World Economic Forum informelle Begegnungen und Diskussionen zwischen auf ihre nationalwirtschaftlichen Interessen bedachten Regierungen und zunehmend global und selbständig agierenden Wirtschaftsvertretern wie auch Vertretern beispielsweise der Wissenschaft. Diese Schnittstelle vor allem zwischen Wirtschaft und Politik veranlasste zudem zahlreiche Politiker, im Rahmen des Annual Meeting für verstärkte Investitionsaktivitäten im eigenen Land zu werben. Denn das Motiv der Politiker an einer Teilnahme am Forum ist im wesentlichen in ihrer Verantwortung begründet, optimale Rahmenbedingungen für eine funktionierende bzw. prosperierende Volkswirtschaft zu gewährleisten. Im Konfliktfeld zwischen wirtschaftlicher Interdependenz und nationaler Autonomie sind sie auf internationale und intersektionale Konsultationsplattformen angewiesen, um diesen an sie gestellten Ansprüchen gerecht zu werden.⁶ Den Wandel vom Managerkongress zum Weltwirtschaftsforum illustrieren auch die von den Organisatoren formulierten Zielsetzungen: Das Leitmotiv der 1970er und 1980er Jahre setzte den Schwerpunkt auf die Förderung des wirtschaftlichen Fortschritts, später wurde zusätzlich zum ökonomischen auch der soziale Fortschritt als Zielsetzung betont. Mitte der 1990er Jahre fügte das WEF seinem Logo den Slogan «Committed to improving the state of the world» an.

Durch die Teilnahme von immer mehr Regierungschefs und ranghohen Politikern am Jahrestreffen entwickelte sich das Forum auch zu einer Bühne für friedenspolitische Höhepunkte, welche ihrerseits dessen Bekanntheitsgrad weiter steigerten. Einer dieser Höhepunkte fand 1988 statt, als der griechische Premier Papandreu und der türkische

6 Neben den Erläuterungen von Putnam/Bayne (1985) gibt es eine umfangreiche Literatur über Weltwirtschaftsgipfel als Konsultationsplattformen, beispielsweise Hellmann (1982) oder Bornschier (1998: 424ff.), sowie über das Problem der Interdependenzen, besonders Cooper (1984).

Premier Özal gemeinsam «Die Deklaration von Davos» als Schritt zur Versöhnung im Zypernkonflikt unterzeichneten. Im Jahr darauf folgte das erste Treffen auf Ministerebene zwischen Vertretern Süd- und Nordkoreas. Aufsehen erregte 1990, kurz nach dem Fall der Berliner Mauer, das Treffen von Bundeskanzler Helmut Kohl mit dem Premier der DDR, Hans Modrow, in Davos. Zu nennen ist weiter das Treffen zwischen de Klerk, Mandela und Buthelezi 1992. Legendär wurde der gemeinsame Auftritt von Israels Aussenminister Shimon Peres und PLO-Chef Yassir Arafat 1994 als symbolischem Akt des gemeinsamen Friedenswillens. Nicht erfolgreich war der Versuch der AM/WEF-Organisatoren, 1996 Vertreter der nordirischen Konfliktparteien zu Friedens-Verhandlungen zu animieren.

Ende der 1980er Jahre implodierte das sozialistische Lager, in der Folge wurden die osteuropäischen sozialistischen Staaten zu demokratischen und marktwirtschaftlich orientierten Gesellschaften transformiert und deren Integration in die Weltwirtschaft eingeleitet. Privatisierung, Liberalisierung und Deregulierung führten in den alten wie auch in den neuen kapitalistischen Ländern länderübergreifend zu neuen Handels-, Finanz- und Produktionsregimes, welche als Effekte des ökonomischen Strukturwandels unter dem Begriff «Globalisierung» ab Mitte der 90er Jahre zum gesellschaftlich relevanten Thema avancierten.

Globale Trends und Entwicklungen zu thematisieren oder gar zu antizipieren gehört zu den Ansprüchen der Verantwortlichen des AM/WEF. Bereits 1992 nahmen sie sich der globalen Entwicklungen in der Wirtschaft an, als sie «Global Cooperation and Mega-competition» zum Leitthema des damaligen Annual Meeting in Davos machten.

Früh erkannten die AM/WEF-Verantwortlichen, dass die «Globalisierung» gesellschaftlich relevante Schattenseiten hat. Auch diese dysfunktionalen Aspekte sollten thematisch aufgearbeitet werden. Das Leitthema des Jahrestreffens 1996 lautete denn auch «Responsible Globality: Managing the Impact of Globalization», jenes des Jahrestreffens 1999 «Responsible Globality».

1996 hatten die Forumsorganisatoren diverse negative Entwicklungen im Zusammenhang mit der Reorganisation der weltweiten ökonomischen Strukturen identifiziert.

In der International Herald Tribune vom 1. Februar 1996 sowie im Report des AM machten sie unter anderem auf die Destabilisierung des gesellschaftlichen Gefüges in der westlichen Welt durch arbeitsplatzbedrohende Restrukturierungen sowie auf die sich verbreitende Wahrnehmung einer zunehmenden Diskrepanz zwischen den Globalisierung-Gewinnern und -Verlierern aufmerksam und hielten fest: «In the famous process of «creative destruction», only the «destruction» part seems to be operating for the time being.»⁷ Aus der Sicht der Autoren galt es, die Globalisierung verträglicher zu gestalten. Und zwar obwohl sie die Überzeugung vertraten, dieser immense ökonomische Umstrukturierungs- und Umverteilungsprozess werde der Weltgemeinschaft einen deutlichen Zuwachs an Prosperität bringen. So schrieben sie weiter: «Public Opinion in the industrial democracies will no longer be satisfied with articles of faith about the virtues and future benefits of the global economy. It is pressing for action.» Davos als Treffpunkt führender Akteure aus Wirtschaft, Regierungen und Internationalen Organisationen bot sich als ideale Plattform an, Strategien und Lösungsansätze angesichts der perzipierten Problematiken zu entwickeln. Dieser Problematisierungsdiskurs der Globalisierung in Form von Appellen richtete sich an die Moral und Selbstverantwortung der Unternehmensführer sowie der politisch Verantwortlichen, Veränderungen im strukturellen bzw. Regulierungsumfeld wurden weder gefordert noch ausgeschlossen.

Trotz seines formulierten Bestrebens, zu einer nachhaltigen und sozial ausgerichteten Gestaltung des Globalisierungsprozesses beizutragen, erklärte die u.a. in den USA und in westeuropäischen Ländern seit 1999 an Boden gewinnende globalisierungskritische Bewegung in der Schweiz das AM/WEF zur Zielscheibe zahlreicher sehr oft gewalttätiger Manifestationen und Aktionen. Seit 1999 kann das Jahrestreffen nur dank enormen Sicherheitsaufwendungen, getragen durch die Gemeinde Davos, den Kanton Graubünden, die Eidgenossenschaft und durch das WEF selber, durchgeführt werden.⁸ In den Jahren 2000 bis 2004 gehörte die Durchführung des AM/WEF zu den dominierenden innenpolitischen Themen der Schweiz.

⁷ Klaus Schwab und Claude Smadja in der International Herald Tribune vom 1.2.1996: «Start Taking the Backlash Against Globalization Seriously».

⁸ Zu den Risiken durch randalierende Demonstranten kamen nach 9/11 jene terroristischer Gruppen, die teilweise neuartige Sicherheitsvorkehrungen nötig machten.

Seit Ende der 1980er Jahre hat das AM/WEF die Tore für Vertreter der Zivilgesellschaft systematisch geöffnet, im speziellen für Akteure aus ökologischen, sozialen und humanitären Bereichen. Es vertiefte auch die Partnerschaften unter seinen Mitgliedern mit Vertretern aus Wissenschaft, Regierungen, internationalen Organisationen, Gewerkschaften, Medien, Nicht-Regierungs-Organisationen und Religionen, um gemeinsam strategische Themen und Bereiche zu identifizieren und Entscheidungsträgern eine Plattform zur Entwicklung konkreter Massnahmen zu bieten. Diese Partnerschaften schlugen sich in verschiedenen Task Forces und Initiativen nieder, in denen jeweils die Stakeholder vertreten sind: Im Rahmen der «Automotive Industry and Global Climate Change Initiative» wird beispielsweise nach Entwicklungs- und Einführungsmöglichkeiten umweltgerechter Antriebe für Autos gesucht. Die «Agricultural Trade Task Force» sucht nach neuen Wegen zur Bekämpfung der Armut in Entwicklungsländern durch Förderung der einheimischen Landwirtschaften. Weiter haben auch die AM/WEF-Organisatoren den Vertrauensverlust der Gesellschaft in die multinational tätigen Konzerne anerkannt und zur Förderung sozialverantwortlichen Handelns ihrer Mitgliedsunternehmen die «Global Corporate Citizenship Initiative» lanciert.

In den letzten Jahren hat die globalisierungskritische Bewegung stark an Kraft und damit an Wirkung verloren, gleichzeitig konnte das AM/WEF seine Positionierung als führende Plattform der Welt, welche die relevanten Stakeholder aus den verschiedenen Bereichen zusammenführt, weiter festigen. Die Durchführung des Annual Meeting ist heute in der Schweiz kein innenpolitisches Issue mehr.

2. THEORETISCHE GRUNDLAGEN

2.1 Zur Theorie des sozialen Wandels

Die Ursachen der Kontroverse⁹ um das AM/WEF werden in dieser Arbeit im Ineinandergreifen von Veränderungen im gesellschaftlichen Umfeld und Entwicklungen im Mediensystem verortet. Zur Erklärung der Entwicklungen im gesellschaftlichen Umfeld orientiert sich die vorliegende Arbeit an der Theorie des sozialen Wandels von Imhof (2006) und Imhof/Romano (1996).

Die kommunikationstheoretischen Elemente der durch Imhof (2006) entwickelten Theorie des sozialen Wandels basieren wesentlich auf der durch Jürgen Habermas (1981) vorgenommenen kommunikationstheoretischen Weiterentwicklung der Lebenswelttheorie. Der in der phänomenologischen Soziologie festgelegte Begriff Lebenswelt referenziert auf die soziale Wirklichkeit, welche als Wissenshorizont von der Welt den Rahmen für die Handlungen sozialer Akteure setzt. Die Lebenswelt bzw. soziale Wirklichkeit ist ihrerseits selber Produkt sozialer Handlungen (vgl. Berger/Luckmann 1980). Intersubjektivierungsprozesse, in welchen die Akteure kommunikativ auf die Wirklichkeit referenzieren und sie gleichzeitig permanent reproduzieren bzw. adaptieren, begründen entsprechend die «gesellschaftliche Konstruktion der Wirklichkeit» (ebenda).

Auf der Basis dieser theoretischen Vorgaben erklärt Imhof (2006) sozialen Wandel moderner Gesellschaften als «Abfolge von Gesellschaftsmodellen, an deren Beginn und an deren Enden Krisenphasen hoher Kontingenz stehen, die das jeweils Bestehende geschaffen haben und das Neue schaffen werden» (ebenda: 211).

⁹ In dieser Arbeit umfasst «Kontroverse» – sofern nicht präziser beschrieben – als Sammelbegriff die Gesamtheit der Aktivitäten gegen das AM/WEF sowie deren Vor- und Nachbereitungen und damit in Zusammenhang stehenden Handlungen in den diversen politischen, juristischen und medialen Arenen. Als «Konflikt» werden unüberbrückbare Gegensätze im Rahmen der Kontroverse bezeichnet. Ein Konflikt bestand beispielsweise in den ersten Jahren der AM/WEF-kritischen Bewegung bezüglich des AM/WEF generell oder auch bezüglich der polizeilichen Massnahmen. Einzelne Konflikte lösten Einzelkontroversen aus, die in ihrer Gesamtheit hier wie erwähnt als Kontroverse um das AM/WEF verstanden werden.

Er geht in seiner phänomenologischen Grundlegung von der Konstruiertheit gesellschaftlicher Wirklichkeit wie auch von einer latenten Krisenhaftigkeit moderner Gesellschaften aus. Waren die Wertesysteme vormoderner Gesellschaften noch wesentlich durch transzendental-religiös bestimmte Weltbilder geprägt, basieren moderne Gesellschaften nicht mehr auf krisenresistenten Ideensystemen. Der Wegfall universell gültiger, religiös basierter Leitsysteme macht moderne Gesellschaften systematisch Orientierungsbedürftig. Entsprechend übernehmen ideologiefundierte Gesellschaftsmodelle als Bündel kulturell verankerter Erwartungsstrukturen über die Erfolg versprechende Entwicklung in Staat, Politik, Wirtschaft und Gesellschaft auf Zeit die Funktion gesellschaftlicher Orientierungsstiftung und schaffen Legitimität sowie gesellschaftliches Vertrauen in eine grundsätzlich offene Zukunft. Vertrauen in die Zukunft fördert Investitionen in das ökonomische Wachstum, dieses ermöglicht soziale Innovationen, was gesellschaftliche Modernisierungsschübe von hoher Intensität auslösen kann.

Erwartungen wie auch Handlungen der Mitglieder einer Gesellschaft werden über Gesellschaftsmodellen inhärente Leitbilder koordiniert. Diese schaffen gesellschaftsinhärente Sinnhorizonte, die alternative Weltinterpretationen nur bedingt zulassen. Gesellschaftsmodelle unterscheiden sich weniger in den jeweiligen Entwicklungszielen als vielmehr in den Entwicklungswegen, d.h. in den Mitteln und Massnahmen, die zur Erreichung der Ziele ergriffen werden. Die Entwicklungsziele sind seit der Aufklärung fest in der Entwicklungsprogrammatik moderner Gesellschaften verankert (Münch 1995: 44ff.). Im Zentrum stehen dabei Werte wie Freiheit, Gleichheit und Wohlstand.

Um sozialen Wandel, verstanden als Folgen von Aufbau wie auch Erosion sozialer Strukturen, kommunikationstheoretisch zu erfassen, erklären Imhof/Romano (1996) soziale Strukturen als Erwartungsstrukturen und binden diesen Begriff in seine lebenswelttheoretische Argumentation ein. Strukturen ordnen demzufolge kommunikative Handlungen indem sie je singulär-situative Handlungen im Handlungsablauf über die Zeit verknüpfen und gleichsam die Auswahl möglicher Handlungsverknüpfungen einschränken. Vor dem Hintergrund gesamtgesellschaftlicher Sinnhorizonte erklären Erwartungsstrukturen die Handlungskoordination sozialer Akteure. Soziale Akteure können im Sinne eines Vorgriffs erfolgversprechende Handlungsoptionen zur Bewältigung erwarteter Situationen selektieren, indem der Sinnhorizont sozialer Akteure ihnen

in Form einer Vorinterpretation die Antizipation des Kommenden ermöglicht. Erwartungen wirken somit als Einschränkung möglicher Handlungsverknüpfungen.

Erwartungen gewinnen jedoch nur an sozialer Relevanz und somit an Strukturwert, wenn sie intersubjektiv Wirksamkeit entfalten, wenn also Akteure davon ausgehen können, ihre eigenen Erwartungen seien deckungsgleich mit jenen anderer Akteure. Denn erst über die Intersubjektivität von Erwartungen werden die Orientierung und Zielgerichtetheit komplexer Handlungsabläufe mehrerer Akteure kongruent. Intersubjektivität diesbezüglich reproduziert sich in dem Moment, in dem handelnde Akteure untereinander Intersubjektivität voraussetzen. Für die Stabilität kollektiver Erwartungsstrukturen von zentraler Bedeutung sind gesellschaftlich geteilte Deutungskonfigurationen. Deutungskonfigurationen lassen sich verstehen als vernetzte Interpretationsgefüge, welche es sozialen Akteuren ermöglichen, die Welt zu erklären bzw. zu erschliessen und dadurch ihr Handeln zu strukturieren. Ihre interpretative Kraft erlaubt den Akteuren die Vornahme einer Informationsselektion. Sie wirken so in einer prinzipiell kontingenten Welt komplexitätsreduzierend.

Intersubjektiv geteilte Deutungskonfigurationen wie auch kollektive Erwartungsstrukturen werden durch kommunikative Prozesse stabilisiert. Deutungskonfigurationen können unterschiedliche Intersubjektivitätsgrade aufweisen und somit von kollektiven Akteuren auf der Aggregatsebene der Gesamtgesellschaft generell geteilt oder aber bestimmten sozialen Gruppen zugeordnet werden. Entsprechend diesem Verständnis umfassen Deutungskonfigurationen Erwartungszusammenhänge innerhalb jener Grenzen von Sinnwelten, in denen die Intersubjektivitätsvoraussetzungen gewährleistet sind. Auf der Basis dieser Begriffsdefinition von Deutungskonfigurationen unterscheiden Imhof/Romano (1996) soziale Krisen und strukturzentrierte Phasen. Solange die Gesellschaftsmitglieder davon ausgehen können, dass sich die vorgegebenen Entwicklungsziele realisieren lassen, also vorwiegende Erwartungssicherheit herrscht, befindet sich die Gesellschaft in der strukturzentrierten Phase. Diese zeichnet sich aus durch gesellschaftliche Orientierungssicherheit und Vertrauen in die (grundsätzlich offene) Zukunft. Wie Münch (1995: 17) feststellt, gehört es zur Paradoxie der Moderne, dass im Vergleich zu idealen Gesellschaftsmodellen die soziale Wirklichkeit früher oder später defizitär erscheint. In strukturzentrierten Phasen werden kollektive Erwartungsstruk-

turen durch die Dominanz der Deutungskonfiguration einer Sinnwelt stabilisiert und dissente Sinnwelten peripherisiert. Krisenphasen sind hingegen durch die Konkurrenz alternativer Sinnwelten und ihren je eigenen Angeboten an Deutungskonfigurationen geprägt (Imhof/Romano 1996: 64ff., 168ff., 288f.).

Rasch ablaufende wirtschaftliche Entwicklungen bzw. Modernisierungsprozesse generell, v.a. wenn sie von hoher Intensität sind, schaffen mithin gesellschaftliche Spannungen und können Krisenphasen einleiten. Früher geweckte Erwartungen werden dann von breiten Schichten oft als nicht oder ungleich erfüllt wahrgenommen. Möglich ist auch, dass das einst Erwartete an Wert verliert, weil beispielsweise Status verleihende Güter an Distinktionswert einbüßen. Der strukturzentrierten Phase folgt die Krisenphase ohne allgemein akzeptierte Orientierungslinien, die Zukunft wird als grundsätzlich offen und unsicher wahrgenommen. In solchen Phasen um sich greifender Orientierungslosigkeit steigen die Resonanzchancen alternativer Leitbilder und ihrer Träger. Diese treten über die autonomen Öffentlichkeiten hinaus, dringen in die Arenen herrschender Sinnzirkel ein und beginnen, die öffentliche Kommunikation mitzubestimmen. Damit kann die Krise eine Phase der «kreativen Destruktion» schaffen, durch die Entwertung bestehender Erwartungsstrukturen entsteht wiederum Freiraum für Neues (vgl. Imhof 2003b: 158ff.).

Zur Erklärung der Erosion einst stabiler Erwartungsstrukturen – also der Einleitung von Krisenphasen – greifen Imhof/Romano auf das Konzept der nicht-intendierten Folgen absichtsvollen Handelns zurück. Solcherart nicht-intendierte Folgen des sozialen Wandels können bisher handlungsleitende Leitbilder verblassen lassen. Vormalis akzeptierte Erwartungsstrukturen werden hinterfragt, die Welt erscheint (wieder) als form- und veränderbar. Dieser Effekt nicht erfüllter Erwartungen mit seinen entsprechenden gesellschaftlichen Reaktionen stellte einen der zentralen Treiber der Kontroverse um das AM/WEF dar (vgl. Kap. 3).

Erwartungsstrukturen lassen sich in modernen Gesellschaften zeitlich nur begrenzt stabilisieren. Im Vergleich zu vormodernen Gesellschaften mit ihren transzendent unhinterfragbar abgeschlossenen zentrierten Sinnhorizonten, zeichnen sich moderne Gesellschaften durch die «Absenz letzter Gewissheiten» aus und sind «in einem grund-

sätzlichen Sinne orientierungsbedürftig» (Imhof/Romano 1996: 12–129 sowie 271; Habermas 1981; Weber 1989). Erwartungsstrukturen sind entsprechend verzeitlicht und stehen gleichsam wie die sie bedingenden Ideologien und Leitbilder permanent unter Bewährungsdruck. An etablierten Erwartungsstrukturen orientiertes Handeln kann im Zuge der gesellschaftlichen Entwicklung und der Modernisierungsprozesse (insbesondere während sehr starker ökonomischer Wachstumsphasen) nicht-intendierte Effekte zeitigen, welche den Glauben an die Einlösung kollektiver Erwartungen unterminieren und in der Folge etablierte Erwartungsstrukturen in Frage stellen und sogar entwerten. Sind nicht schon innerhalb des kollektiven Deutungszusammenhangs Begründungen für solche Erwartungsenttäuschungen antizipiert worden, erodieren die etablierten Wertesysteme und lösen Orientierungsunsicherheiten aus, wodurch die diffundierten Deutungskonfigurationen weiter destabilisieren. In dem Masse, in dem sich nicht-intendierte Effekte ausserhalb des kollektiven Realitätshorizonts entfalten, können sie «die Welt auf eine Weise verändern, dass sie sich den Erwartungen nicht mehr umstandslos fügt» (Imhof/Romano 1996: 292). Indem die in den Erwartungsstrukturen aufgehobenen Sinnzusammenhänge hinterfragt werden, entdinglicht sich die vormalis als verdinglichte Realität wahrgenommene konstruierte Wirklichkeit (Imhof/Romano 1996: 171–179; 292).

Vorangetrieben wird dieser Prozess der Entdinglichung massgeblich durch die Verbreitung von Deutungskonfigurationen jener alternativen Sinnwelten, die zuvor peripherisiert wurden. In strukturzentrierten Phasen werden die etablierten Deutungskonfigurationen im Sinne öffentlicher Meinung laufend reproduziert und aktualisiert durch die dominierende Sinnwelt, den Sinnzirkel. Zum Sinnzirkel gehören die medialen Kommunikationszentren (gedruckte und elektronische Medien), die politischen Kommunikationszentren (Parteien und Verbände) sowie die ökonomisch-kommerziellen Kommunikationszentren (PR-Agenturen, Marketingabteilungen, Presse- und Medienstäbe). Peripherisierte Sinnwelten sind von diesen Kommunikationszentren «separierte Milieus eigenständiger Lebensweltproduktion» (Imhof/Romano 1996: 290). In der Terminologie dieses von Imhof/Romano entworfenen Modells der Kommunikationsstruktur moderner Gesellschaften sind jene separierten Sinnwelten autonome Öffentlichkeiten. In dem Masse wie etablierte Deutungskonfigurationen zerfallen, diffundieren alternative Deutungskonfigurationen von autonomen Öffentlichkeiten, die bisher keine oder wenig

Chancen hatten, das öffentliche Raisonement zu beeinflussen und ihre eigenen Relevanzstrukturen einzubringen. Vorangetrieben werden sowohl die Problematisierungen bislang gültiger, jedoch aus ihrer Sicht entwerteter Erwartungsstrukturen als auch die Entwicklung und Diffusion neuartiger Deutungskonfigurationen zur Realitätsinterpretation, etwa durch subkulturelle Akteure, Intellektuellenkreise oder marginalisierte politische Gruppen, die nun von autonomen Öffentlichkeiten zu sozialen Bewegungen expandieren und/oder solche ideell alimentieren.

Insofern soziale Bewegungen und Protestorganisationen bzw. -parteien verstreute anomische Spannungspotentiale¹⁰ mittels ihrer alternativen Deutungskonfigurationen abzubauen vermögen und ihnen gleichzeitig ein Zugewinn an Definitionsmacht gelingt, sind sie in der Lage, sukzessive Einfluss zu nehmen auf das öffentliche Raisonement, d.h. es gelingt ihnen, in die Kommunikationszentren moderner Gesellschaften einzudringen. Die unterschiedlichen Deutungsangebote konkurrieren nun untereinander, was den äusserst kontingenten Charakter sozialer Krisen begründet, denn der Ausgang einer Orientierungskrise ist offen. Der soziale Konflikt um Definitionsmacht geht nun auf den Höhepunkt zu und erzeugt eine Verdichtung und Polarisierung der öffentlichen Kommunikation, wodurch die Restabilisierung der Orientierungskrise eingeleitet wird. Die vielfältigen konfliktiven Themen reduzieren sich im Verlauf der Kommunikationsverdichtung auf einige zentrale Konfliktlinien. Diese werden zur Zuspitzung der Kommunikationspolarisierung von einer sich reduzierenden Anzahl konfligierender Gruppen möglichst aktiv bewirtschaftet. Diese Prozesse reduzieren die Konfliktkomplexität insgesamt, der Restabilisierungsprozess erfolgt nunmehr letztlich über Sieg oder Niederlage der konfligierenden Parteien oder über gegenseitige Anpassungen. Aus diesen Restabilisierungsprozessen resultiert schliesslich die Diffusion neuer konsensfähiger Deutungskonfigurationen und gesellschaftlicher Leitbilder, die sich wiederum in den Kommunikationszentren moderner Gesellschaften etablieren (Imhof/Romano 1996: 200–292).

Imhof (2006: 198ff.) weist darauf hin, dass sich in den Debatten um Gesellschaftsbegriffe drei Differenzierungsprozesse erkennen lassen: Erstens die Veränderung der

¹⁰ Anomische Spannungspotentiale werden hier als Folge erodierter Erwartungsstrukturen verstanden.

Sozialstruktur in ihrer funktionalen Differenzierung (Erosion der neokorporativen, sozialmarktwirtschaftlichen Institutionen zwischen Wirtschaft und Politik und die Ausbildung eines eigenständigen Handlungssystems Medien mit seinen eigenen Logiken und den damit verbundenen neuen Interdependenzen zwischen den Teilsystemen). Zweitens eine tief greifende Veränderung der Sozialstruktur in ihrer stratifikatorischen Differenzierung durch neue Ungleichheiten hinsichtlich ökonomischer, sozialer und kultureller Ebenen, die zu neuen Fragilisierungen der Erwartungssicherheit hinsichtlich Betätigungs- und Einkommenschancen führen. Drittens die Veränderung der Sozialstruktur in ihrer segmentären Differenzierung durch die äussere und innere Tangierung des nationalstaatlichen Ordnungsprinzips in Form der «Globalisierung» der Wirtschaft und wachsenden Legitimitätsdefiziten supranationaler Wirtschaftsinstitutionen wie WTO, IMF usw.

Entwicklung und Zerfall von Deutungskonfigurationen im neoliberalen Kontext bilden eine der zentralen Ursachen des Entstehens der globalisierungskritischen bzw. der AM/WEF-kritischen Bewegung (vgl. Kap. 3.2). Ihren Beginn nahm die Krise der neoliberalen Rezepturen 1997/98 mit der Asienkrise: Sie begann im Juli 1997 in Thailand und griff auf die sogenannten Tigerstaaten über. Die am stärksten betroffenen Länder waren Indonesien, Südkorea und Thailand. Ursache der Krise waren die zu hohen Renditeversprechen an ausländische Investoren, die sich durch Investitionen in den Ländern nicht mehr refinanzieren liessen. Deswegen und aufgrund des fehlenden Wechselkursrisikos (feste Wechselkursbindung an den US-Dollar) strömte im Vorfeld der Krise viel kurzfristiges Kapital in die Länder. Durch Herdenverhalten kam es infolge erster Krisensymptome zu einem massiven Kapitalabzug aus den Ländern, der dort eine mehrjährige Wirtschafts- und Finanzkrise auslöste und die Fragilität der globalisierten Wirtschaft aber auch die Begrenztheit der Steuerung der Weltwirtschaft aufzeigte. Im März 2000 kam es darüber hinaus in vielen Industrieländern zum Platzen einer Spekulationsblase, die insbesondere die so genannten Dotcom-Unternehmen betraf. Dabei kam es zu einem gefühlten Vermögensrückgang und dadurch bedingt zu einer Kaufzurückhaltung, die zu rezessiven Tendenzen in zahlreichen Ländern führte.

In Phasen erhöhter Fragilität gesellschaftlicher Leitbilder erhöhen sich die Resonanzchancen alternativer Akteure. Als Reaktion auf die krisenhaften Entwicklungen des

neoliberalen Weltbildes Ende der 1990er/Anfang der 2000er Jahre, konnten nicht etablierte Akteure schnell und mit grosser Breitenwirkung die «globalisierungskritische» Bewegung initiieren, indem sie dem wachsenden Unbehagen gegenüber den negativen Folgen neoliberaler Ideen (propagiert durch die etablierten Akteure in Politik und Wirtschaft) nicht nur eine Stimme verliehen, sondern auch Möglichkeiten zum aktiven Protest schufen, etwa durch die Organisation von Demonstrationen.

Soziale Diskontinuität lässt sich auch beschreiben als Abfolge von Gesellschaftsmodellen, in denen Erwartungs-, Aufmerksamkeits- und Gesellschaftsstrukturen auf Zeit verknüpft werden. Als Folge der Diskontinuität sozialen Wandels müssen die Voraussetzungen zielorientierten Handelns in komplexen Reorientierungsprozessen immer wieder neu geschaffen werden. Da die soziale Ordnung immer wieder neu der Legitimation bedarf, drängt sich eine Theoriestrategie auf, welche die Sozialtheorie kommunikationstheoretisch begründet, um eben den sozialen Wandel im Modus der Erwartungssicherheit und der Legitimität sowie im Modus der Unsicherheit und des Legitimationsdefizits analysieren zu können. Eine Theorie des sozialen Wandels, welche Sinnstiftung nicht als transzendent gegeben versteht, muss sich der kommunikativen Infrastruktur zuwenden. Zu analysieren sind die kommunikative Infrastruktur und die Arenen und Vektoren der öffentlichen Kommunikation, in denen die komplexitätsreduzierenden, handlungsorientierenden und damit die Zukunft erschliessenden Sinnangebote um Resonanz kandidieren und über Konflikt Lernprozesse auslösen. Denn nur durch die öffentliche Kommunikation ist die Gesellschaft beobacht- und steuerbar, über ihre Analyse lassen sich Aufbau und Zerfall sozialer Ordnung begreifen, mithin Perioden des Zerfalls von Gesellschaftsmodellen und ihrer Konstitution nachvollziehen (Imhof 2006: 190f.). Gesellschaftsweite öffentliche Kommunikation ist das primäre Medium von Orientierung, Integration und Identität (ebenda: 201). Die Bedeutung von Öffentlichkeit und von medienöffentlicher Kommunikation für den gesellschaftlichen Wandel soll im folgenden Kapitel erörtert werden.

2.2 Öffentlichkeit und medienöffentliche Kommunikation

Ausgehend von den oben beschriebenen gesellschaftlichen Entwicklungen sollen im Folgenden die Bedeutung von Öffentlichkeit in diesem Kontext, die Bedeutung der Medien als Provider von Öffentlichkeit sowie die Rahmen- bzw. Produktionsbedingungen, innerhalb derer die Medien ihre Funktionen wahrnehmen, und deren Wandel, vertiefter beschrieben werden. Daran anschliessend wird aufgezeigt, wie nicht etablierte Akteure diese Entwicklungen und Mechanismen nutzbar machen, um mediale Resonanz für sich bzw. ihre Ziele zu erreichen.

2.2.1 Strukturen und Funktionen von Öffentlichkeit

In ihrer Grundstruktur lassen sich moderne Gesellschaften beschreiben als funktional differenzierte Gesellschaften. Ihre Entstehung ist gekennzeichnet durch eine Umstellung des Strukturmusters von stratifikatorischer auf funktionale Differenzierung. Modernisierung kennzeichnet die Auflösung einer nach Ständen gegliederten, vertikal differenzierten Struktur, stabilisiert durch eine Kultur, die in Form von Religion die Rechtmässigkeit der hierarchisch gegliederten Ordnung fundiert, durch das Prinzip funktionaler Differenzierung. Funktionale Differenzierung meint die Differenzierung einer Gesellschaft in Teilsysteme, die ihrerseits eigene Sinnorientierungen und Strukturen aufweisen und auf unterschiedliche Bezugsprobleme der Gesellschaft ausgerichtet sind. Dazu gehören Wirtschaft, Wissenschaft, Politik, Kunst usw. Zwecks Stabilisierung entwickeln die Systeme spezifische Sinnzusammenhänge als jeweiligen Rahmen der Handlungsorientierung (vgl. Gerhards/Neidhardt 1993: 54).

Die Entwicklung moderner Gesellschaften und ihr Funktionieren sind eng verbunden mit der Entwicklung der Öffentlichkeit. Öffentlichkeit nimmt bei der Etablierung von Gesellschaftsmodellen eine zentrale Rolle ein. Sie diffundiert die Leitbilder, welche die Erwartungen der Gesellschaftsmitglieder hinsichtlich der Lösung aktueller bzw. des sozialen Grundproblems – der Sicherstellung von Gerechtigkeit in Form von Chancengleichheit und Wohlstand für möglichst grosse Bevölkerungsschichten – in eine bestimmte Richtung konditionieren. Gerhards/Neidhardt (1993: 58ff.) bezeichnen Öff-

fentlichkeit als das zwischen gesellschaftlichen Subsystemen vermittelnde Medium. Informationen werden gesammelt, verarbeitet und angewendet. Informationssammlung bezieht sich auf den Input des Systems Öffentlichkeit, Informationsverarbeitung bezeichnet den Throughput und Informationsanwendung schliesslich ergibt den Output. Das System dient dem Austausch von Informationen und Meinungen.

Nach Gerhards (1994: 83) zeichnet sich Öffentlichkeit als spezifisches Teilsystem aus durch die Spezialisierung auf eine Funktion, die Entwicklung einer spezifischen Sinnstruktur, die strukturelle Absicherung durch spezifische Leistungsrollen und deren Einbindung in Organisationen einerseits sowie die Ausdifferenzierung von Publikumsrollen andererseits sowie die Verknüpfung der verschiedenen Teilsysteme durch Leistungsbezüge zwischen ihnen. Die Besonderheit des Kommunikationssystems Öffentlichkeit besteht in seiner grundsätzlichen Offenheit für alle Mitglieder einer Gesellschaft und seiner Laienorientierung. Der grundsätzlich freie Zugang ist eine zentrale Voraussetzung der Entstehung von Öffentlichkeit. Die Entstehung einer allgemeinen Öffentlichkeit ist in diesem Sinne unmittelbar verbunden mit der Entstehung einer modernen, funktional differenzierten Gesellschaft – und vice versa.

Imhof (2005: 72ff.) bezeichnet Öffentlichkeit als jenen zentralen gesellschaftlichen Bereich, in dem mittels Kommunikationsprozessen die Intersubjektivitätsleistung moderner Gesellschaften stattfindet. Indem der normative Anspruch an die Öffentlichkeit die aktive oder reaktive Teilnahme aller Gesellschaftsmitglieder voraussetzt und indem dieser soziale Raum gesamtgesellschaftliche Intersubjektivierungsprozesse gewährleistet, ist Öffentlichkeit nicht nur gesellschaftskonstitutiv, sondern auch «das Medium der *Selbstreferenz* der Gesellschaft» (Imhof/Romano 1996: 203; Hervorhebung im Original). In der Öffentlichkeit erfahren sich gesellschaftliche Akteure als Mitglieder einer Gesellschaft, welche sich selbst wiederum in dieser Öffentlichkeit spiegelt. «Die Öffentlichkeit und die öffentliche Meinung bilden ... in Kommunikation und Rezeption immer auch das Medium, das die moderne Gesellschaft jenseits ihrer Differenzierung zusammenhält» (Imhof 2006: 192). In diesem Sinne bildet die Sphäre der Öffentlichkeit das Medium, das die Gesellschaft jenseits ihrer Differenzierung umklammert: «Sowohl Differenzierung als auch Integration manifestieren sich in der öffentlichen Kommunikation, die gleichzeitig Agens von Differenzierung und Integration ist» (ebenda: 193).

Weil Öffentlichkeit die gesamte Gesellschaft durchwirkt, ist sie von allen strukturwirksamen Differenzierungsprozessen betroffen. Die öffentliche Kommunikation ist das gesellschaftsrelevante Medium von Integration und Orientierung. Gesellschaft ist ohne Öffentlichkeit nicht denkbar. «Ausschliesslich die Öffentlichkeit macht für die Subjekte einer Gesellschaft das Kollektivsubjekt «Gesellschaft» beobachtbar und ermöglicht damit die Vorstellung, dass man sich diesem Kollektivsubjekt als solchem zuwenden könne» (ebenda: 203). Entsprechend bezeichnet Imhof gesellschaftsweite öffentliche Kommunikation als das «primäre Medium von Orientierung, Integration und Identität» (ebenda: 201).

In der Folge lässt sich Öffentlichkeit beschreiben als eine komplexe Verwebung von *Kommunikationsflüssen*, welche die Arenen der funktional, stratifikatorisch und segmentär differenzierten Gesellschaft miteinander verbinden (vgl. Imhof 2006: 202; Habermas 1992: 399–467; Peters 1993: 322–365; Wessler 1999; Imhof 1990: 55–90; Imhof 1993; Imhof 2006: 192ff.). «Öffentliche Kommunikation beteiligt alle funktionalen Teilbereiche, Schichten und Segmente, und gleichzeitig sehen wir in ihr kollektive wie individuelle Akteure in ihren verschiedenen Rollen im Wettbewerb um Resonanz und Definitionsmacht» (Imhof 2006: 202). Massgeblich geschaffen und bestimmt wird diese Kombination von Kommunikationsflüssen und Arenen durch die wichtigsten Kommunikationszentren der kommunikativen Infrastruktur, der Organisationen der zentralen Handlungssysteme Politik, Ökonomie und Medien sowie nicht etablierter zivilgesellschaftlicher Akteure. Öffentlichkeit wird also wesentlich im historisch variablen Interdependenzverhältnis der auf Publizität angewiesenen Organisationen aus diesen Teilsystemen generiert. Neben diesen Akteuren werden auch Wissenschaft, Religion und Kunst als wesentliche Elemente der kommunikativen Infrastruktur der modernen Gesellschaft zugeordnet. Die am Staatsbürgerpublikum orientierten politischen Organisationen, die an den Teilnehmern der verschiedenen Märkte interessierten Unternehmen sowie die an den Interessen und Bedürfnissen der Medienkonsumenten ausgerichteten Medien befinden sich in einem spannungsreichen wechselseitigen Abhängigkeitsverhältnis. Sie sind ökonomisch wie bezüglich der Herstellung von legitimen Entscheidungen, Bekanntheit und Reputation aufeinander angewiesen.

In der Literatur werden oft drei Ebenen von Öffentlichkeit unterschieden (Donges/Imhof 2001: 106ff.). Die erste, die *«Encounter»-Ebene* beschreibt die spontane öffentliche Kommunikation auf der Strasse, am Arbeitsplatz, im Wohnbereich usw. Öffentlichkeit ist auf dieser Ebene ein einfaches Interaktionssystem ohne Differenzierung in Leistungs- und Publikumsrolle, d.h. jeder Teilnehmer einer solchen Form von Öffentlichkeit kann gleichzeitig als Sender/Sprecher wie auch als Empfänger/Publikum agieren. Die Encounter-Ebene zeichnet sich u.a. aus durch fließende Übergänge zwischen privater und öffentlicher Kommunikation. Die zweite Ebene umfasst die *Themen- oder Versammlungsöffentlichkeit*. Darunter werden thematisch zentrierte Interaktions- oder Handlungssysteme wie z.B. Veranstaltungen oder Demonstrationen verstanden. Die Differenzierung von Leistungs- bzw. Publikumsrollen ist in der Themen- und Versammlungsöffentlichkeit ausgeprägter als auf der Encounter-Ebene, d.h. Sprecher, Vermittler sowie Publikum wechseln seltener ihre Rollen.

Am folgenreichsten vollzieht sich öffentliche Kommunikation auf der dritten Ebene, der *Medienöffentlichkeit*. Massenmedien gewährleisten die Kontinuität öffentlicher Kommunikation. Als Organisationen sind Medien langfristig existent, die Differenzierung von Leistungs- und Publikumsrollen ist hier am ausgeprägtesten: Die Herstellung und Verbreitung der Themen erfolgt durch professionelle Institutionen; da Medien potenziell alle Mitglieder der Gesellschaft erreichen, haben sie ein mehr oder weniger dauerhaft vorhandenes Publikum. Innerhalb der Medienöffentlichkeit lassen sich Leitmedien identifizieren. Sie nehmen in einzelnen Arenen der Öffentlichkeit eine führende Stellung ein und ermöglichen Anschlusskommunikation. Welche Medien als Leitmedien fungieren, ist abhängig von der jeweiligen Arena.

Öffentlichkeit stellt somit jene Sphäre dar, in der kollektive Aufmerksamkeitsbezüge aufgebaut werden und wieder zerfallen, die Agenda der politisch zu bearbeitenden Problemfelder festgelegt wird, die Mitglieder einer Gesellschaft das Bewusstsein von Gesellschaft aufbauen, Macht und Herrschaft kontrolliert werden, entsprechend wirkmächtige Deutungsgefüge oder Ideologien interpretative Kraft erlangen oder verlieren.

Zur präziseren Erfassung der sozialen Dimension von Öffentlichkeit in modernen Gesellschaften sollen im Folgenden Strukturen und Funktionen von Öffentlichkeit ent-

lang systemtheoretischer und handlungstheoretischer Argumentationslinien dargestellt werden.

2.2.1.1 Öffentlichkeitsstrukturen

Systemtheoretisch begründete Modelle beschreiben moderne Gesellschaften als funktional in Teilsysteme differenzierte Gesellschaften (Luhmann 1984). Den Übergang von der Vormoderne zur Moderne charakterisiert aus systemtheoretischer Perspektive die Auflösung der religiös legitimierten, nach Ständen gegliederten, vertikal differenzierten Gesellschaftsordnung. An deren Stelle tritt allmählich eine horizontal ausgerichtete, in interdependente, mehr oder weniger autonome Teilsysteme wie Wirtschaft, Politik oder Kunst differenzierte Gesellschaft. Teilsysteme moderner Gesellschaften orientieren ihre jeweilige Handlungslogik nach systemeigenen Rationalitäten und sind autonom in diesem Sinne. Die drei charakteristischen Merkmale ausdifferenzierter Teilsysteme lassen sich auf die Öffentlichkeit übertragen und diese entsprechend in systemtheoretischer Perspektive beschreiben (Gerhards 1994: 82ff.):

1. Durch die Bearbeitung und Lösung historisch entstandener Bezugsprobleme übernehmen Teilsysteme spezifische Funktionen für die Gesellschaft als Gesamtsystem. Beispielsweise stellt die Wirtschaft für die Gesamtgesellschaft die Produktion von Gütern und Dienstleistungen sicher, die Wissenschaft stellt die permanente Weiterentwicklung von Wissen und Erkenntnissen sicher, usw.
2. Nach innen sind Teilsysteme durch eigene Sinnstrukturen gekennzeichnet, welche generalisierte Handlungsorientierungen innerhalb der Teilsysteme bieten. Die Sinnstruktur wird über die teilsystemspezifischen Leitdifferenzen aufrechterhalten. Dies ermöglicht eine Autonomisierung der systemeigenen Kommunikation. (Der Kunstdiskurs beispielsweise orientiert sich an Kunstkriterien, nicht an religiösen oder wissenschaftlichen.)

3. Teilsysteme stellen nicht situativ bestehende, sondern auf Dauer angelegte Ausdifferenzierungen funktionaler Sinnzusammenhänge dar. Gewährleistet wird diese Kontinuität durch die Ausdifferenzierung von Leistungs- und Publikumsrollen, wobei die Publikumsrolle die Stabilisierung von Teilsystemen sowie deren Verknüpfung untereinander sicherstellt.

Aus handlungstheoretischer Sicht lässt sich Öffentlichkeit «als ein Netzwerk für Kommunikation von Inhalten und Stellungnahmen, also von Meinungen beschreiben; dabei werden die Kommunikationsflüsse so gefiltert und synthetisiert, dass sie sich zu themenspezifisch gebündelten öffentlichen Meinungen verdichten» (Habermas 1992: 436). In dieser Vorstellung wird Öffentlichkeit in den erwähnten unterschiedlichen Ebenen modelliert und als Aggregatsprodukt von Akteuren verschiedener Teilsysteme (Politik, Wirtschaft, Kunst usw.) sowie nicht etablierter, zivilgesellschaftlicher Akteure verstanden (Imhof 2002b: 16f.). Auch in räumlicher und thematischer Hinsicht besteht Öffentlichkeit aus einer «Vielzahl von überlappenden internationalen, nationalen, regionalen, kommunalen, subkulturellen Arenen» und nach «funktionalen Gesichtspunkten, Themenschwerpunkten, Politikbereichen» gegliederten Teilöffentlichkeiten (Habermas 1992: 452).

Die handlungstheoretische Perspektive verweist auf den Ausdifferenzierungsprozess der Öffentlichkeit, welche letztlich alle sozialen Schichten im Mediensystem einschließt. Anders als bei systemtheoretischen Ansätzen erweitert sich bei der handlungstheoretischen Sicht der Fokus auf Gesellschaftsstrukturen, welche die Partizipationsmöglichkeiten an öffentlichen Kommunikationsprozessen determinieren. In dieser Sichtweise wird Öffentlichkeit zur *Kommunikationsstruktur moderner Gesellschaften überhaupt* (Imhof/Romano 1996: 200–270). Die Gliederung der Gesellschaft bildet eine «nicht spannungsfreie Kommunikationsstruktur» (Imhof/Romano 1996: 207), innerhalb welcher um Definitionsmacht über die Realität gerungen wird.

Die solcherart verstandene Struktur von Öffentlichkeit gliedert sich in *Zentrum* und *Peripherie*, die unterschiedlich mit Machtpotentialen ausgestattet sind. Zum Zentrum gehören die politischen, wirtschaftlichen sowie medialen Kommunikationszentren, die ökonomisch sowie hinsichtlich der Herstellung von legitimen Entscheidungen,

Bekanntheitsgrad, Sozialprestige und Prominenz in einem spannungsvollen Interdependenzverhältnis stehen. Von diesen *etablierten Akteuren* lassen sich einerseits die in der Semiperipherie angesiedelten Spezialöffentlichkeiten der Wissenschaft, Kunst und Religion abgrenzen. Sie verfügen über eigene Kommunikationsräume, Expertenkulturen und Medien. Andererseits befinden sich in der Peripherie *nicht-etablierte Akteure* wie soziale Bewegungen, NGOs, Protestgruppen und weitere schwach ausdifferenzierte Gruppierungen der Zivilgesellschaft. Sie sind in der Regel weder an den Verfahren der Machtallokation innerhalb des politischen Systems beteiligt noch an das ökonomische oder an das Mediensystem gekoppelt und verfügen nicht über ein tradiertes Sozialprestige. Ihre Zutrittschancen in die Öffentlichkeit sind im Vergleich zu jenen von Akteuren der Kommunikationszentren begrenzt.

Sowohl handlungs- (oder diskurstheoretische) wie systemtheoretische Ansätze konvergieren in der Definition von Öffentlichkeit als einer intermediären Struktur, die über Kommunikationsprozesse zwischen den verschiedenen Teilsystemen der Gesellschaft vermittelt und damit eine zentrale integrative Funktion in modernen Gesellschaften wahrnimmt (vgl. Habermas 1992; Gerhards 1994). Dem Mediensystem kommt in beiden Ansätzen eine zentrale, öffentlichkeitsstrukturierende Rolle zu. Während systemtheoretische Perspektiven in erster Linie die Beziehungen des Mediensystems zu anderen Teilsystemen der Gesellschaft thematisieren, analysieren handlungstheoretische Ansätze die strukturell unterschiedlichen Machtpotentiale und damit verbundenen Zugangsmöglichkeiten von Akteuren zur medial vermittelten Öffentlichkeit.

2.2.1.2 Öffentlichkeitsfunktionen

Soll Öffentlichkeit moderner Gesellschaften bezüglich ihrer Funktionen analysiert werden, unterscheiden sich Öffentlichkeitstheorien stark hinsichtlich der normativen Ansprüche, die sie an die Funktionen knüpfen (vgl. Imhof 2002b: 15). Zur Funktionsbestimmung von Öffentlichkeit lässt sich ebenfalls differenzieren zwischen *systemtheoretischen* und *handlungstheoretischen* Ansätzen.

Aus der systemtheoretischen Fokussierung auf Öffentlichkeit in Form von Massenmedien als Teilsystem moderner Gesellschaften ergibt sich eine enge Verknüpfung der

Funktionsbestimmungen von Öffentlichkeit und von Massenmedien. Erst mit der Bildung von Massenmedien gewinnt in systemtheoretischer Perspektive Öffentlichkeit den Charakter eines ausdifferenzierten Systems, denn öffentliche Kommunikation wird damit auf Dauer gestellt, bleibt nicht situativ verhaftet, sondern erfährt eine strukturelle Absicherung durch Rollen. Die primäre Funktion von Massenmedien besteht in systemtheoretischer Perspektive in der Selbstbeobachtung der Gesellschaft und in der Herstellung einer Selbstbeschreibung von Gesellschaft. In diesem «Spiegelmodell» (vgl. Donges/Imhof 2001: 111) von Öffentlichkeit können Akteure als Publikum die Gesellschaft und damit auch sich selbst beobachten. Diese medial geschaffene Öffentlichkeit spiegelt bzw. produziert Vorstellungen über Objekte (Images), die sich der Primärerfahrung der meisten Nutzer von Massenkommunikation im Normalfall verschliessen. Die Medienarena bildet das wichtigste Zugangsportal zur Gesellschaft und ihrer Teilsysteme. Die Gesellschaftsmitglieder schauen in dieses Forum hinein und machen sich ein Bild der Gesellschaft, ihrer Teilsysteme und Akteure. Indem die öffentliche Kommunikation ermöglicht, die Akteure der Gesellschaft aus den verschiedenen Teilsystemen – so auch der Wirtschaft – zu beobachten, ist sie zentrale Voraussetzung für den Prozess der sozialen Zuweisung bzw. des Entzugs von Legitimation und von Reputation (vgl. Kap. 2.2.2.4). Politische Akteure ihrerseits lösen in gewisser Weise die mit jedem sozialen und politischen Handeln verbundenen Ungewissheitsprobleme u.a. durch die Nutzung und die Beobachtung der Öffentlichkeit. Entsprechend nimmt politische Öffentlichkeitsarbeit für Akteure des politischen Systems einen immer wichtigeren Stellenwert ein.

Mit der *Selbstbeobachtungsfunktion* verbunden ist die der Medienöffentlichkeit zugeschriebene *Integrationsfunktion*. Medien beobachten andere Teilsysteme (z.B. Politik, Kunst oder Wirtschaft) und stellen diese Beobachtungen in Form von Informationen der Gesellschaft zur Verfügung. Damit «leisten sie eine gesellschaftliche Inklusion der Bürger in die Gesellschaft insgesamt, die über die teilsystemspezifische Inklusion der anderen Teilsysteme – als Wähler, als Konsument, als Schüler, etc. – hinausreicht.» (Gerhards, 1994: 88). Zudem erfüllt Medienöffentlichkeit für andere Teilsysteme eine *Transparenz-* und *Selektionsfunktion*. Medien beobachten einerseits Teilsysteme wie Politik, Wirtschaft oder Wissenschaft und stellen diese Beobachtungen zur Verfügung. Damit legen sie Ereignisse und Vorgänge aus diesen Teilsystemen zu Handen anderer

Teilsysteme dar und schaffen so Transparenz und gemeinsame Bezugsgrößen (Gerhards/Neidhardt 1993; Gerhards 1994; Imhof 2002b).

Während Spiegelmodelle von Öffentlichkeit der systemtheoretischen Ansätze normativ eher anspruchslos bleiben, sind handlungs- bzw. diskurstheoretisch begründete Funktionsbestimmungen der Öffentlichkeit, wie sie vor allem von Habermas (1990, 1992) vertreten werden, mit hohen normativen Ansprüchen an ihre politisch-rechtlichen, deliberativen und sozialintegrativen Funktionen verbunden. Habermas unterstreicht die Relevanz der normativen Funktionen von Öffentlichkeit als Voraussetzung für die Entwicklung vernünftiger Ergebnisse als Resultat des öffentlichen Diskurses. In dieser Sichtweise erfüllt das Prinzip des allgemeinen Zugangs von Akteuren und Themen zur Öffentlichkeit die (politisch-rechtliche) Transparenzfunktion. «Die bürgerliche Öffentlichkeit steht und fällt mit dem Prinzip des allgemeinen Zugangs. Eine Öffentlichkeit, von der angebbare Gruppen eo ipso ausgeschlossen wären, ist nicht etwa nur unvollständig, sie ist vielmehr gar keine Öffentlichkeit (Habermas 1990: 156). Die Möglichkeit des Bürgers am öffentlichen Diskurs teilzunehmen, gehört für Habermas zu den Grundrechten des Individuums. Die *Validierungsfunktion* betont den deliberativen Aspekt von Öffentlichkeit. Sie ist dann erfüllt, wenn Akteure im diskursiven Verfahren ihre Themen und Meinungen gegeneinander abwägen, um zu einem (handlungsanleitenden) Konsensus zu gelangen, kurz: Wenn sie in der Öffentlichkeit kommunikativ handeln. Kommunikatives Handeln setzt also auf Verständigung und Einverständnis.

Aus den beiden genannten Funktionen lässt sich die (sozialintegrative) *Orientierungsfunktion* ableiten. Aus freier Deliberation, an der sich grundsätzlich alle Staatsbürger beteiligen können, entsteht öffentliche Meinung. An dieser sollten sich das politische System bzw. seine Entscheidungsträger orientieren (vgl. Habermas 1990, 1992; Imhof 2002b: 14–17, Alder 2005: 49ff.). Die *Themensetzungsfunktion* (Selektion und Institutionalisierung von wirkmächtigen Themen, die der gesellschaftlichen Weiterführung der Kommunikation dienen) erklärt wesentlich die herausragende Stellung der Massenmedien in modernen Gesellschaften. Über problemzentrierte Themenselektion und -definition können Medien Handlungsdruck in den Teilsystemen Politik und Wirtschaft ausüben. Dies erfolgt, indem öffentliche Erwartungen an die Teilsysteme zu Erwartungen in den Teilsystemen transformiert werden, sich mithin kommunikative Definitions-

macht in organisatorisches oder institutionelles Entscheidendshandeln verwandelt (vgl. Eisenegger 2005: 53f.). Medien nehmen für Teilsysteme der Gesellschaft zunehmend zentrale Steuerungsfunktionen wahr, indem sie jene Kommunikationsereignisse vorgeben, denen sich die Organisationen verschiedener Teilsysteme anzunehmen haben (Jarren 1996: 81). Innerhalb der Teilsysteme Politik und Wirtschaft werden dadurch die Selektionsregeln des Mediensystems für deren Prioritätenordnung der Themenstrukturen zunehmend bedeutender. Medien lösen nicht soziale Probleme, aber sie lenken Aufmerksamkeit auf sie und zwingen die verschiedenen Teilsysteme sich ihrer anzunehmen. Weiter nimmt die Medienöffentlichkeit die gesellschaftlich zentrale Funktion der Kontrolle von Macht und Herrschaft wahr. Sie validiert die Legitimität von Macht- und Herrschaftspositionen im Blickfeld des Publikums bzw. von Anspruchsgruppen und quittiert sie mit Zuspruch bzw. Entzug gesellschaftlicher Anerkennung (vgl. Eisenegger 2005: 54).

Aufgrund der von ihnen wahrgenommenen *Kritik- und Kontrollfunktion* tendieren die Medien dazu, nicht etablierten Akteuren Resonanz für ihre Anliegen zu geben. Nur durch diese Resonanz können diese sich ausserhalb der Problemlösungsinstitutionen bewegendenden Akteure auf ihre Anliegen aufmerksam machen und entsprechend die institutionellen Mechanismen in Bewegung setzen (vgl. Kap. 2.2.2.7). Dieser Effekt spielte bei der Entstehung der AM/WEF-kritischen Bewegung Ende der 1990er/Anfang der 2000er Jahre eine wesentliche Rolle (vgl. Kap. 4.3.1.1.3). Im hier untersuchten Fall versuchten die AM/WEF-Gegner sozialen Wandel durch Delegitimation wirtschaftlicher und politischer Akteure – jeweils massiert vertreten am AM/WEF – herbei zu führen. Die Themensetzung – als Bedingung zum möglichen späteren Erfolg der Bewegung – erfolgte zu Beginn der Mobilisierungen, als es den AM/WEF-Gegnern weitgehend gelang, das AM/WEF unwidersprochen als Treffpunkt verantwortungsloser, ja zynischer Lenker mächtiger Weltkonzerne und ihrer Helfershelfer in den Regierungen darzustellen und ein vorhandenes Empörungspotenzial zu mobilisieren. Mit der Zeit gelang es jedoch dem AM/WEF die Selbstdefinition in die Hand zu nehmen und das medial vermittelte Bild der Organisation wieder weitgehend zu bestimmen.

2.2.2 Medienöffentliche Kommunikationsprozesse

Auf der Basis dieser Struktur- und Funktionsbestimmung wurde Öffentlichkeit als zentrale Sphäre der «gesellschaftliche[n] Konstruktion der Wirklichkeit» (Berger/Luckmann 1980) beschrieben. Die handlungstheoretischen Ansätze ermöglichen es, einen strukturell weitgefassten Öffentlichkeitsbegriff zu formulieren und entsprechend ein dynamisches Modell von Öffentlichkeit zu beschreiben. In handlungstheoretischen Modellen verweisen in Anlehnung an Habermas (1990, 1992) die normativen Ansprüche an die Funktionen von Öffentlichkeit auf eine politische Bestimmung von Öffentlichkeit. In diesem Sinn wird Öffentlichkeit als Resonanzboden für gesellschaftliche Probleme verstanden, für die das politische System Lösungen zu bieten hat. Dabei nimmt die politische Öffentlichkeit gesamtgesellschaftliche Probleme insofern wahr und thematisiert sie, als sie von «potentiell Betroffenen» – also zwingend von der Zivilgesellschaft – resonant artikuliert werden (Habermas 1992: 441).

Eine solcherart determinierte Öffentlichkeit ist mit dem zentralen Wert der Demokratie eng verknüpft, denn Öffentlichkeit bildet die Voraussetzung dafür, dass Bürgerinnen und Bürger gleichberechtigt auf die Gesellschaft einwirken können. Bestehende Herrschaftsordnungen, institutionelle Regeln und kognitive Regelwerke bedürfen der in der bzw. durch die Öffentlichkeit abgestützten Legitimation. Sie wird durch Kommunikation geschaffen. Voraussetzung dazu ist die permanente Interaktion von Öffentlichkeit und politischem Geltungsbereich. In dieser Sichtweise kommt den nicht-etablierten Akteuren eine wesentliche Rolle zu, die auf Kosten etablierter Akteure in der Lage sind, über mediale Resonanz ihre eigene Interpretation der Welt diffundieren zu lassen. Es lassen sich entsprechend im Prozess des sozialen Wandels dabei die strukturzentrierten Phasen von den Krisen unterscheiden und die Karrieren von Kommunikationsverdichtungen in der Öffentlichkeit erfassen.

Öffentliche Kommunikation vollzieht sich in modernen Gesellschaften massgeblich über die Massenmedien. Weil Massenmedien die Alltagskommunikation bestimmen, lassen sie direkt oder indirekt potentiell alle Mitglieder der Gesellschaft an der Medienöffentlichkeit partizipieren und stellen dadurch einen der «wichtigsten Produzenten sozialintegrativer Wirklichkeit» dar (Eisenegger 2003: 2). Medien, Mediensystem und

Öffentlichkeit befinden sich in modernen Gesellschaften permanent im Wandlungsprozess. Sie sind damit sowohl Indikatoren wie auch relevante Faktoren zur Beschreibung und Analyse des sozialen Wandels. Das Mediensystem wird zur zentralen Infrastruktur der modernen Gesellschaft (vgl. Jarren 1998: 74ff.). Entsprechend werden Medien zur Voraussetzung für die Informations- und Kommunikationspraxis anderer Akteure. Oder anders: Erst durch die publizistischen Medien finden umfassende Kommunikationsprozesse statt zwischen Organisationen und dem allgemeinen Publikum. Entsprechend ist die politische Öffentlichkeit in modernen Demokratien hinsichtlich ihrer Struktur, der Inhalte und der Prozesse weitgehend medial beeinflusst (vgl. Schäfers/Zapf 1998). Somit ergeben sich für alle Akteure, die auf das Fällen allgemein verbindlicher Entscheidungen einwirken, neue Anforderungen. Als System der Umweltbeobachtung begnügen sich Medien oft nicht nur mit der Beschreibung von Ereignissen, sondern werden selber als Öffentlichkeitsakteure aktiv, um auf gesellschaftliche Problemlagen aufmerksam zu machen, soziale Unterstützung zu mobilisieren oder Verantwortlichkeiten an andere Leistungssysteme zu adressieren (vgl. Eisenegger 2003: 1ff.). Hinsichtlich der Zentralität von Massenmedien im modernen Öffentlichkeitsverständnis, beschreiben sowohl systemtheoretische als auch handlungstheoretische Ansätze deren Ausdifferenzierungsprozesse und -logiken. Um medienöffentliche Kommunikationsprozesse verstehen zu können, sind die Selektions- und Darstellungslogiken der Medien zu identifizieren und hinsichtlich der Resonanzchancen und -strategien von Öffentlichkeitsakteuren zu analysieren (Kap. 2.2.2.6).

Das Mediensystem selber unterlag in den letzten Dekaden umfassenden Umwälzungen, welche dessen Selektions- und Darstellungslogiken grundlegend und nachhaltig verändert haben und weiterhin verändern. Diese Prozesse werden im folgenden Kapitel «Neuer Strukturwandel der Öffentlichkeit» beschrieben.

2.2.2.1 Neuer Strukturwandel der Öffentlichkeit

Habermas unterscheidet zwischen einem sozialen Strukturwandel und einem politischen Funktionswandel der Öffentlichkeit. In seinem Strukturwandel der Öffentlichkeit postuliert er eine Verschränkung der im bürgerlichen Öffentlichkeitsverständnis konstitutiven Trennung der öffentlichen von der privaten Sphäre durch die zunehmenden staatlichen Eingriffspotenziale in die Wirtschaft sowie durch die Entwicklung des Sozialrechts und einen schrittweisen Bedeutungsverlust der bislang orientierungsstiftenden Klassenschränken. In Korrelation zu dieser Verschränkung von Öffentlichkeit und Privatheit bestimmt Habermas den politischen Funktionswandel der Öffentlichkeit als Entwicklung von den Versammlungsöffentlichkeiten der Aufklärung und den diese integrierenden Aufklärungsschriften hin zu einer «hergestellten» Öffentlichkeit. Sie löst sich ab vom Publikum und wird in der Perspektive Habermas' durch den Staat, die Parteien sowie insbesondere durch die organisierten Privatinteressen von Wirtschaftsakteuren okkupiert und «vermachtet» (Habermas 1990: 275–342). Dieser «Vermachtungsprozess» hat die Elimination des im Idealtypus bürgerlicher Öffentlichkeit angelegten emanzipativen Gehalts zur Folge, d.h. des herrschaftsfreien Diskurses und seiner Rationalitätspotentiale.

Die Dynamik des neuen Strukturwandels der Öffentlichkeit entwickelte sich zeitlich nach der in der Nachkriegszeit erfolgreich durchgeführten Etablierung nationalstaatlich geregelter, in den europäischen Industrieländern sich ausbildenden sozialen Marktwirtschaften (Münch 1995; Imhof 2003: 25–57; Kamber/Schranz 2002: 347–363). Dieser neue Strukturwandel der Öffentlichkeit lässt sich nach Imhof (2005: 88) als Auflösung des Vermachtungszusammenhangs von Politik, Medien und Ökonomie im neuen neo-liberalen Wirtschafts- und Gesellschaftsmodell verstehen. Dieser Prozess, der sich in den 1980er Jahren (Dualisierung der elektronischen Medien) erstmals akzentuierte, stellt letztlich die *vollständige Ablösung der Medien von ihren politischen und sozialen Bindungen* dar.

Der Prozess hat die Erosion der Parteimilieus (Sarcinelli/Wissel 1998; Schenk 1998) in der programmatischen Annäherung der grossen politischen Parteien im Zeichen des

globalen Dualismus¹¹ des Kalten Krieges zur Voraussetzung und führte zur «Entbettung» der Medienorganisationen, «d. h. zur sozialen und ökonomischen Ablösung der Medien von ihren herkömmlichen, sozialräumlich gebundenen Trägern (Parteien, Verbände, Kirchen), zur Abkoppelung des Verlagswesens von den sozialmoralisch verankerten Netzwerken einer städtisch-bürgerlichen Elite, zur Umstellung familien- und sozialräumlich gebundener Kapitalversorgung privatrechtlicher Medienunternehmen auf beliebiges Investitionskapital, zum Wandel des Publikumsbegriffs vom «Staatsbürger» zum «Medienkonsumenten», und dieser Prozess führt zur Durchdringung der öffentlichen Kommunikation durch neue Selektions-, Interpretations- und Inszenierungslogiken» (Imhof 2005: 88ff.).

Systemtheoretisch läßt sich dieser Prozess des Autonomiegewinns der Medien von ihren politisch-ideellen Bindungen als Ausdifferenzierung eines eigenlogischen Mediensystems mit strikter *Koppelung der Medien an die Logik des Marktes* beschreiben (Imhof 2005: 89ff.). Diese Ausdifferenzierung des Mediensystems vom politischen System und die Koppelung der Medien an die Marktlogik ist mit einer sozialen, politischen und ökonomischen Ablösung der Medienorganisationen von ihren herkömmlichen, sozialräumlich gebundenen Trägern wie Parteien, Verbänden, Verlegerfamilien oder öffentlich-rechtlichen Trägerschaften verbunden (vgl. Jarren 1994). Dieser eigentliche *Deregulationsvorgang* bringt neue Medienorganisationen hervor. Sie werden zu Dienstleistungsunternehmen mit entsprechender Kapitalversorgung und Renditeerwartung (Jarren 2001: 10–19). Diese Medien richten sich nach den Regeln der Publikums- und Werbemärkte und orientieren entsprechend ihre Selektions-, Interpretations- und Präsentations-/Inszenierungslogiken an den (antizipierten) Aufmerksamkeitsbedürfnissen des anvisierten Publikums. Entsprechend werden sie politisch-ideologisch offener. Sie richten ihre Produkte bzw. Inhalte nach marketingorientierten Zielgruppenkonzeptionen aus. Es entwickelt sich entsprechend ein *hochgradig wettbewerbsorientiertes Mediensystem*. Die Suche nach marktfähigen Themen ist verbunden mit der Popularisierung von Medieninhalten. Politische Themen konkurrieren verschärft miteinander und mit unpolitischen, die Medien stehen untereinander im Konkurrenzkampf um die Aufmerksamkeit des Publikums. In der Folge unterliegt die Kommunikation einer

verstärkten *Personalisierung, Emotionalisierung* sowie *Skandalisierung* bzw. *Moralisierung* (Prokop 1974; Sennet 1983; Soeffner 1992; Imhof 1994, 1997, 1999; Jarren 1994a und b, 1996; Kepplinger 1993a und b, 1996; Hitzler 1996; Pöttker 1996; Imhof/Schulz 1998). Im Zuge dieser sozialen und ökonomischen Autonomisierung unterliegen die Medienmärkte und -organisationen zudem einem raschen Wachstums- aber auch einem ausgeprägten Konzentrationsprozess (Müller-Doohm 1998).

Die Auswirkungen des neuen Strukturwandels der Öffentlichkeit sind vielfältig, teilweise widersprüchlich und können hinsichtlich ihrer Auswirkungen insbesondere auf die Herstellung politischer Öffentlichkeit und die politischen Kommunikationsstrukturen höchstens partiell abgeschätzt werden. Jarren (1998) identifiziert folgende Kernaspekte des jüngsten Strukturwandels:

Verstärkte Ökonomisierung des Mediensystems: Darunter wird die Ausweitung des ökonomischen Systems auf Felder verstanden, die ursprünglich anderen Systemimperativen unterlagen. Nachdem die Presse sich schon früher von parteiideologischen Leitlinien zu lösen begann, wird seit einiger Zeit auch der Rundfunk zunehmend als Wirtschaftsgut angesehen. In der Folge wurde kommerziellen Akteuren der Zutritt zum Rundfunkbereich geöffnet und im Bereich der elektronischen Medien hat sich ein Markt entwickelt, der nach ökonomischen Regeln funktioniert. Die fortschreitende Ökonomisierung mit nachlassender gesellschaftlicher Verpflichtung wirkt sich direkt auf das inhaltliche Angebot der Medien aus: Die Orientierung an den Interessen des Publikums- bzw. des Werbemarkts gewinnt noch mehr Überhand gegenüber kulturellen oder politischen Faktoren.

Internationalisierung: Sie äusserst sich vor allem in der Bildung international agierender Medienkonzerne, weltweit verfügbarer gleicher Informations- und Unterhaltungsangebote sowie in zunehmenden Unternehmensverflechtungen.

Technischer Wandel: Der Innovationsrhythmus in den Bereichen Medientechnik sowie Informations- und Kommunikationstechnologien ist sehr hoch. Zu erwarten ist ein Zusammenwachsen von Individual- und Massenkommunikation.

11 Zur innenpolitischen Bedeutung des Ost-West-Dualismus vgl. Imhof/Kleger/Romano 1996, 1999.

Neue Medientypen: Die Ausdifferenzierung des Mediensystems führt zur Herausbildung von drei Medientypen: Programmmedien, Sparten- oder Zielgruppenmedien sowie Informations- und Kommunikationsnetzwerken. Für die Empfänger vermehren sich die Möglichkeiten des selektiven Zugriffs auf Programme und Angebote und es ergeben sich Möglichkeiten zur Interaktion.

Wandel der Medienkultur: Radio und Fernsehen haben in den 50 Jahren seit ihrer Einführung eine überragende soziokulturelle Position in der Gesellschaft erreicht: TV gilt als Leitmedium. Die räumliche und soziale Reichweite des Rundfunks wächst global ständig weiter, während gleichzeitig dessen Unabhängigkeit von gesellschaftlichen Organisationen permanent zunimmt und in der Folge die medieneigenen Selektionsstrukturen und -mechanismen an Bedeutung gewinnen.

Vor allem die Dominanz der elektronischen Medien und die weiter zunehmende Ausrichtung auf Publikumsbedürfnisse führten zu einem verstärkt ereignisbezogenen und sensationsorientierten Journalismus. Tendenziell werden weniger Handlungen und Entscheidungen institutioneller Funktionsträger zum Auslöser für Berichterstattung als vielmehr Konflikt- und Personenorientierung sowie die Möglichkeit zur Visualisierung. Daraus ergeben sich verschiedene Trends in der politischen Berichterstattung wie ein zunehmender Unterhaltungscharakter der politischen v.a. TV-Berichterstattung, zunehmende «Intimisierung», Verkürzung von Sachverhalten, Bedeutungsgewinn von Nachrichtenwerten wie Aktion, Sensation, Emotion, Konflikt, Gewalt, Skandal. Statushohe und prominente Akteure dominieren zudem weiterhin die Medienberichterstattung. Dadurch tragen die Medien selber bei zur Polarisierung des politischen Klimas.

Die verstärkte Konkurrenz zwischen den Medien und deren zunehmende Orientierung am Kunden führt im übrigen dazu, dass

- bei der Selektion von Themen weniger die Absenderwünsche als erwartete Publikumsbedürfnisse relevant werden,
- die Formen und Inhalte der Auseinandersetzung politischer Akteure zusehend bestimmt werden durch deren «Medienträchtigkeit»,
- auch kleinste Gruppen Berücksichtigung in der Berichterstattung erhalten,

wenn sie die Medienregeln beherrschen, also zu medienwirksamen Regel- und Tabubrüchen fähig sind (vgl. Kap. 2.2.2.7).

Der neue Strukturwandel der Öffentlichkeit führt zu neuen politischen Öffentlichkeitsformen¹², wobei die Öffentlichkeit ihre relative Stabilität im Sinne von Vorhersehbarkeit in dem Masse verliert, als die nicht-medialen Informations- und Kommunikationsleistungen gesellschaftlicher Organisationen an Bedeutung verlieren und die Medien sich zwar am Publikum orientieren, dessen Nutzungsverhalten sich gleichzeitig aber zusehends individualisiert. Für politische Akteure heisst dies u.a. (Jarren 1998: 93):

- Gewissheiten sind rar,
- die Veränderungsdynamik ist aufgrund von Modernisierungs- und Globalisierungstendenzen stark,
- die Adressaten sind selbstbestimmter und immer schwerer zu erreichen,
- die Konkurrenz um öffentliche Aufmerksamkeit als Bedingung für öffentliche Akzeptanz nimmt weiter zu.

Der neue Strukturwandel in der öffentlichen Kommunikation hat im weiteren Anpassungsleistungen der kommunikativ erschlossenen gesellschaftlichen Systeme Politik und Wirtschaft insbesondere an die Inputbedürfnisse der Medien zur Folge, die auch im hier untersuchten Zusammenhang um das AM/WEF von Bedeutung sind. In diesen Veränderungsprozessen in der öffentlichen Kommunikation widerspiegeln sich *Differenzierungsdynamiken*, welche die Allokation von Aufmerksamkeit, Definitionsmacht und Reputation neu festlegen (vgl. Imhof 2005: 90ff.):

- Zum einen kann, wie erwähnt, eine stetig zunehmende Bedeutung nicht-etablierter Akteure beobachtet werden. Der neue Strukturwandel der Öffentlichkeit vermittelt den medienwirksamen Aktionsformen nicht-etablierter Akteure wesentlich bessere Resonanzchancen als die noch verstärkt durch (partei-)politische Selektions- und Interpretationslogiken gesteuerte öffentliche Kommunikation zuvor.

¹² Dirk Baecker spricht von «oszillierender Öffentlichkeit». In: Maresch (1996: 89–107).

- Zu beobachten ist zweitens die Entwicklung spezifischer Techniken des Aufmerksamkeitsmanagements: Es lässt sich eine starke Zunahme medienwirksamen «Eventmanagements» konstatieren, damit verbunden eine deutlich gestiegene Bedeutung von Konfliktinszenierungen. Speziell hervorzuheben ist die damit verbundene starke Zunahme von Skandalisierungen in der öffentlichen Kommunikation (vgl. Kap. 2.2.2.3).
- Drittens lassen sich eine wachsende Privatisierung des Öffentlichen und Personalisierung der politischen Kommunikation konstatieren (vgl. Imhof 1999b). Feststellbar ist eine Zunahme von Human-Interest-Geschichten, Betroffenheits-, Thesen- und Moraljournalismus sowie die Etablierung neuer unterhaltender Nachrichtenformate in Radio und speziell in Fernsehen. Politikdarstellung gleicht sich in der Tendenz strukturell und inhaltlich der Unterhaltung an, die Darstellung von Vertretern des politischen Systems der Darstellung der Gesellschaftsprominenz, politische Argumente werden durch Charakterdarstellungen im privaten Lebensraum und medienattraktive Konfliktinszenierungen ergänzt, wenn nicht gar ersetzt (Sarcinelli 1987, 1994; Schmitt-Beck/Pfetsch 1994, S. 106–138; Hitzler 1996: S. 265–288; Jarren 1996: S. 79–96; Jarren 1998: S. 74–96). Durch Ereignisproduktion (z.B. Homestories) schaffen die medialen Inszenierungsmuster auch in der Politik ein Starsystem (Peters 1994: S. 191–213).
- Viertens lässt sich eine deutliche Verschiebung in der intermedialen Themen- und Meinungsresonanz feststellen. Mit dem Rückgang des öffentlichen demokratischen Streits zwischen den (parteipolitisch gebundenen) Leitmedien verkürzt sich die Themen- und Meinungsresonanz auf eine Themenresonanz und der deliberative Kernbereich des politischen Systems, die Auseinandersetzungen im Parlament, findet in der medienvermittelten politischen Kommunikation weniger bzw. vermehrt personalisierte Resonanz.
- Fünftens zeichnet sich eine Umkehrung der Vermittlungslogik der politischen Kommunikation ab. Bei der Festlegung der Prioritätenordnung politischer Probleme spielen die Selektions- und Interpretationslogiken des Mediensystems eine zunehmend wichtige Rolle. Die Aufmerksamkeitsregeln resonanzorientier-

ter Politik drücken auf die Entscheidungspolitik durch (Sarcinelli 1994). Dies bedeutet, dass die Medienorganisationen selbst oder Akteure des politischen Systems über die Medien in wachsendem Mass die Agenda des politischen Systems bestimmen oder zumindest beeinflussen.

Der neue Strukturwandel der Öffentlichkeit hat aber nicht nur Veränderungen in der politischen Berichterstattung und entsprechende Anpassungsleistungen des politischen Systems zur Folge, welche die demokratische Meinungsbildung und Entscheidungsfindung grundlegend tangieren. Parallel dazu lässt sich eine Angleichung der Selektions-, Interpretations- und Inszenierungslogiken der *Wirtschaftsberichterstattung* an jene der politischen Berichterstattung feststellen (vgl. Szyszka 1999; Röttger 2001; Altmeppen/Röttger/Bentele 2004; Eisenegger/Imhof 2004; Heinrich/Lobigs 2004; Tobler 2004; Eisenegger 2004 und 2005). Der neue Strukturwandel der Öffentlichkeit hat verschiedene Effekte auf die Wirtschaftsberichterstattung, die noch bis in die 1980er Jahre hinein weitgehend durch Verlautbarungskommunikation bestimmt war (Eisenegger/Imhof 2004; Eisenegger 2005; Schranz 2005; Alder/Tobler 2005):

- Im Zuge der Personalisierung auch der Wirtschaftsberichterstattung wurde die (unpersönliche) Form der Berichte über Unternehmen und volkswirtschaftliche Phänomene oder Prozesse abgelöst durch eine auf Personen ausgerichtete Darstellung, welche die Reputation von Unternehmen bisweilen durch die Bewertung ihrer Führungsfiguren ersetzt. Führungspersönlichkeiten werden vorgestellt und deren Kompetenzen (durch Medienschaffende) beurteilt. Entsprechend hat sich auch in der Wirtschaftsberichterstattung ein eigentliches Starsystem durchgesetzt. Dabei werden die Protagonisten durch die Medien gerne entweder als Helden oder als Bösewichte dargestellt, bzw. oft zuerst als Stars «aufgebaut», anschliessend zu Bösewichten erklärt und fallen gelassen. Nicht zuletzt hat dieser Effekt seine Wirkung bei der Anprangerung der «Abzocker» und «Versager» in den Führungsetagen der Wirtschaft getan.¹³

¹³ Als Beispiele aus der Schweiz seien hier genannt: Corti, Honegger (Swissair), Affolter (Kuoni), Mühlemann (Credit Suisse), Barnevik, Lindahl (ABB) oder aus der Politik: Aliesch, Hess, Borer.

- Die im Kontext der Ausdifferenzierung des Mediensystems sukzessive geschundene Auseinandersetzung zwischen den Medien über die Interpretation und Bewertung von Vorgängen zu Gunsten einer gesteigerten gegenseitigen Übernahme von Themen mitsamt den Interpretationen sowie die tendenzielle Angleichung der Selektions-, Interpretations- und Inszenierungslogiken der Wirtschaftsberichterstattung an jene der politischen Berichterstattung führen zu einer *Gleichförmigkeit nachrichtenwertgesteuerter Berichterstattung* über Institutionen, Organisationen und Personen auch des Wirtschaftssystems einerseits und zu einer tendenziellen *Verwischung der Ressortgrenzen zwischen Politik und Wirtschaft* vor allem bei den elektronischen und den nicht-tagesaktuellen Printmedien andererseits (vgl. Imhof 2005: 101).

2.2.2.2 Medialisierungseffekte

Der mit dem neuen Strukturwandel der Öffentlichkeit verbundene verschärfte Wettbewerb um Aufmerksamkeit setzt insbesondere die politischen Organisationen einer inneren und äusseren, strukturverändernden Medialisierung aus. Mit diesem Begriff wird nach Donges/Imhof (2001: 121ff.) implizit oder explizit ein grundsätzlicher Wandel der Sozialintegration moderner Gesellschaften postuliert, in dessen Verlauf die herkömmlichen norm- und wertsetzenden sowie Zugehörigkeit definierenden Institutionen wie Schule, Kirche, Parteien usw. im Verlauf der funktionalen Differenzierung und Individualisierung an Bedeutung und Einfluss verlieren und durch sinn(re)produzierende Medien überformt werden. In dieser Perspektive sind die Medien sowohl Mitursache wie Lösung des Problems der Sozialintegration moderner Gesellschaften. In diesem Sinne bezeichnet Strukturwandel der Öffentlichkeit die fortschreitende Medialisierung der Gesellschaft auf Kosten sozialmoralisch integrierend wirkender Institutionen (vgl. Giddens 1992, Imhof 1990, Pfetsch 1998). Medialisierung meint entsprechend die generelle *Zunahme der Bedeutung medienvermittelter Kommunikation* für etablierte politische Akteure als Folge der Erosion der klassischen Parteimilieus sowie versammlungsdemokratischer Institutionen, bzw. die zunehmende Bedeutung des medial geförderten Aktualitätsdrucks auf die Entscheidungsfindungsprozesse im politischen System. Als Folge dieser weit gehenden Medialisierung bedarf es seitens der politischen Akteure

besonderer Anstrengungen, um den Erfordernissen des Mediensystems gerecht zu werden, denn im Wettbewerb um mediale Aufmerksamkeit kommen weder die politischen Akteure (inklusive Exekutiven und Behörden) noch die ökonomischen Akteure an der Entwicklung medienwirksamer Darstellungsformen vorbei (vgl. Sarcinelli 1986 und 1994, Kriesi 1994, Ladner 1999, Wilke 2000).

Die Medialisierung drückt sich auch aus im Zugewinn der Medien an Autonomie und in der Folge die Erlangung eines eigentlichen *Akteurstatus*. Medien entwickeln eigene Handlungslogiken bezüglich Umweltbeobachtung und Publikumsbezug bzw. verfolgen selbstgesetzte Ziele entsprechend ihrer ökonomischen Orientierung. In ihrem Selbstverständnis sind die Medien immer weniger Vermittler anderer Organisationen als zunehmend Dienstleister eines Publikums, woraus sie ihre Vermittlerrolle selber definieren. Als eigenständige Akteure beeinflussen sie die Handlungsmöglichkeiten politischer, wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Akteure, da sie zu einem wesentlichen Bestandteil des intermediären Systems moderner Gesellschaften geworden sind (hier und im folgenden: Jarren 1998: 85ff.). Zum intermediären System gehören auch Kirchen, Gewerkschaften, Interessenorganisationen und soziale Bewegungen. Sie sorgen dafür, dass gesellschaftliche Interessen aufgegriffen und artikuliert, an das politische System gerichtet und letztlich von diesem entschieden werden. Damit tragen sie wesentlich bei zum sozialen Wandel. In diesem intermediären System nehmen die Medien eine spezifische Stellung ein: Sie repräsentieren nicht spezifische Mitgliederinteressen oder ein politisches Programm und wenden sich auch nicht an ein politisch klar abgrenzbares Publikum. Sie agieren vielmehr als Resonanzboden oder als Filter für externe Themen und Anliegen.

Gemäss Donges/Imhof (2001: 122f.) entfalten die eigenständigen Vermittlungsformen der Medien Wirkungen auf vier Dimensionen: In der *Sozialdimension* verlieren Parteien, parlamentarische Fraktionen und andere etablierte politische Akteure ihre Vermittlungsorgane und gleichzeitig ihre eigenen Publikumssegmente, während die Agenden der Politik mehr denn je von Medien beeinflusst bzw. bestimmt werden. In der *Sachdimension* müssen sich die Akteure der Produktionslogik der Medien, im speziellen dem «Siegeszug der Visualität» beugen. In der *Zeitdimension* muss sich die auf interne Prozessfristen ausgerichtete Politik dem von den Medien diktierten Aktualitätstempus

beugen. In der *sozialräumlichen Dimension* entkoppeln sich die medial neu erschlossenen Räume von den Geltungsräumen der territorial gebundenen Institutionen.

Die Befunde zum neuen Strukturwandel der Öffentlichkeit lassen sich nach Imhof (2005: 95ff.) in eine Beschreibung seiner *Medialisierungseffekte*¹⁴ überführen und zusammenfassen. Demnach führt der neue Strukturwandel der Öffentlichkeit zu folgenden Medialisierungseffekten:

Medialisierungseffekte in der Dimension funktionaler Differenzierung: Die Ausdifferenzierung eines eigenständigen Mediensystems führt zu einer grundlegenden Veränderung der kommunikativen Infrastruktur, zu neuen «entbetteten» Medienorganisationen, neuen, aber auch gleichartigen Selektions-, Interpretations- und Inszenierungslogiken, dem Durchbruch der Visualität und des Narrativen, weiter zu einer ausgeprägten Exekutivorientierung und einer ebenso starken Zunahme der Skandalisierungskommunikation. Sie führt zu neuen Interdependenzen zwischen den zentralen Teilsystemen und deren Organisationen und hat organisationsinterne Ausdifferenzierungen und Rollen Anpassungen zur Folge, da die Parteien, parlamentarischen Fraktionen und Verbände mit ihren direkten Vermittlungsorganen auch ihre eigenen Publikumssegmente verlieren. Gleichzeitig werden Regierung und Behörden mit einer Medienarena konfrontiert, die sich an den Agenden der politischen Willensbildung und Entscheidung nur selektiv orientiert, diese Agenden im Rahmen von Kampagnenjournalismus «medienplebiszitär» beeinflusst und die auf die auf Koordinations- und Verfahrensprozesse geeichte Politik systematisch unter «Reaktionsstress» gegenüber dem medialen Aktualitätsrhythmus setzt. Imhof (2005: 96) sieht darin «eine Neukonstitution des primären Mediums der Steuerung und Integration moderner Gesellschaften: der öffentlichen politischen Kommunikation».

Medialisierungseffekte in der Dimension stratifikatorischer Differenzierung: Hierzu werden die Folgen der nationalen und internationalen Konzentrationsprozesse im Medien-

14 Lance/Entman 2001; Kepplinger, Hans Mathias (2002): Mediatization of Politics: Theory and Data. *Journal of Communication* 52, no. 4, 972–986; Schulz, Winfried (2004): Reconstructing Mediation as an Analytical Concept. *European Journal of Communication* 19, no. 1, 87–101; Krotz, Friedrich (2002): Die Mediatisierung von Alltag und sozialen Beziehungen und die Formen sozialer Integration. S. 168–183. In: Imhof/Jarren/Blum 2002; Pfetsch, Barbara (1998): Bürger – Publikum. S. 406–413. In: Jarren/Sarcinelli/Saxer 1998; Giddens, Anthony (1992): *Kritische Theorie der Spätmoderne*. Wien.

wesen gezählt¹⁵, die Anpassungen an plebiszitäre Medienmacht, die identitätsbildende Funktion lebensstilgruppen- und szenespezifischer Medien¹⁶ wie auch die Akzentuierung der Ungleichheitsrelationen durch die Differenzierung des Medienangebots und der Mediennutzung gemäss unterschiedlichem ökonomischem, sozialem und kulturellem Hintergrund (z.B. Digital Divide, Media Malaise)¹⁷. Dieser Prozess wird nach Imhof (ebenda: 96) akzentuiert durch eine migrationsbedingte Unterschichtung aus Immigrant*innenpopulationen meist ohne oder allenfalls mit reduzierten politischen Rechten und Kommunikationsfähigkeiten bei deutlich intensiver Versorgung durch Medien ihrer «Herkunftskultur». Dies hat unterschiedliche Zugangschancen zur politischen Öffentlichkeit und damit verbundene Wissens- und Partizipationsklüfte zur Folge.

Medialisierungseffekte in der Dimension segmentärer Differenzierung: Imhof (2005: 97) spricht von einer «äussere(n) und innere(n) Tangierung des nationalstaatlichen Ordnungsprinzips in Gestalt einer Entschränkung von politischem Geltungsbereich und medial erschlossenen Räumen.» Dies trifft zunächst auf nationalstaatlicher Ebene zu, schafft «entöfentlichte» politische Institutionen in ertragsschwachen lokalen Räumen und schafft zugleich – entsprechend der Absatzkriterien – medial neu erschlossene Räume mit wenig Bezug zu (föderalen) politischen Geltungsbereichen. Die Verschränkung von politischem Geltungsbereich und Öffentlichkeit findet nicht (mehr) statt, die Öffentlichkeit wächst der Globalisierung von Ökonomie und Politik nicht nach. Dieses Auseinanderdriften von Politik und Öffentlichkeit innerhalb wie ausserhalb des natio-

15 Trappel, Josef; Meier, Werner A.; Schrape, Klaus; Wölk, Michaela (Hg.) (2002): *Die gesellschaftlichen Folgen der Medienkonzentration. Veränderungen in den demokratischen und kulturellen Grundlagen der Gesellschaft*. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag; Siegert, Gabriele (2003): *Medienökonomie*. S. 228–244. In: Bentele/Brosius/Jarren 2003.

16 Giddens, Anthony (1991): *Modernity and Self-Identity. Self and Society in the Late Modern Age*. Cambridge; Schulze, Gerhard (1993): *Die Erlebnisgesellschaft. Kultursoziologie der Gegenwart*. Frankfurt/M.: Suhrkamp; Winter, Carsten, Tanja Thomas, Andreas Hepp (Hg.) (2003): *Medienidentitäten – Identität im Kontext von Globalisierung und Medienkultur*. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.

17 Bonfadelli, Heinz (1994): *Die Wissenskluft-Perspektive. Massenmedien und gesellschaftliche Information*. Konstanz: Ölschläger; Bonfadelli, Heinz (2002): The Internet and Knowledge Gaps. A Theoretical and Empirical Investigation. S. 65–84. In: *European Journal of Communication*, 17/2002; Viswanath, Kasisomayajula, John R. Finnegan (1996): The Knowledge Gap Hypothesis. S. 187–227. In: *Communication Yearbook*, 19/1996; Wirth, Werner (1997): *Von der Information zum Wissen. Die Rolle der Rezeption für die Entstehung von Wissensunterschieden*. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag; Norris, Pippa (2001): *Digital Divide. Civic Engagement, Information Poverty, and the Internet Worldwide*. Cambridge: Cambridge University Press; Marr, Mirko (2004): Wer hat Angst vor der digitalen Spaltung? Zur Haltbarkeit des Bedrohungsszenarios. S. 76–94. In: *Medien & Kommunikationswissenschaft* 52, no.1/2004.

nalstaatlichen Rahmens steht in Widerspruch zu den Voraussetzungen für die Konstitution und Reproduktion eines mehrstufigen Gemeinsamkeitsglaubens.

2.2.2.3 Skandalisierung

Die Ausdifferenzierung des Mediensystems vom politischen System bzw. die konsequente Ausrichtung von dessen Selektions-, Interpretations- und Inszenierungslogiken auf die Bedürfnisse und Anforderungen der Publikums- und Werbemärkte hat – auch im Zusammenhang mit der stark gewachsenen Wirtschaftskommunikation – zu Phänomenen geführt, die für die Erklärung der Berichterstattung über den Kampf der globalisierungskritischen Bewegung gegen das AM/WEF von Bedeutung sind. Gemeint sind die zunehmende Skandalisierung, die damit verbundene moralisch-politische Aufladung der Berichterstattung und v.a. die daraus folgenden Auswirkungen auf die Reputation (sowie in der Folge damit auch auf das Reputationsmanagement) von Unternehmen und Akteuren/Personen.

Traditionell bilden Problematisierungen des Bestehenden, oft eben in Form von Skandalisierungen, die in der öffentlichen Kommunikation genügende Aufmerksamkeit akkumuliert haben, einen wesentlichen Input für das politische System, das dann seine Routinen unterbrechen muss, um eine Lösung für den problematisierten Zusammenhang zu entwickeln. Auf diese Weise wird Aufmerksamkeit – also kommunikative Macht – legitim in politische Macht verwandelt (vgl. Imhof 2002c).

Im Kontext der Zunahme der Skandalkommunikation der letzten Jahre insbesondere in der Wirtschaftsberichterstattung ist eine Veränderung der klassischen tripolaren Struktur des Skandals beobachtbar: Während historisch zu einem Skandal ein Skandalisierer, ein Skandalmedium und ein Skandalisierter gehörten, übernimmt beim modernen Skandal das Skandalmedium im Wettbewerb um die Aufmerksamkeit der Medienkonsumenten gerne auch die Rolle des Skandalisierers, bzw. des «Enthüllers» (vgl. Imhof 2005: 101f. sowie: Neckel 1986; Kepplinger 1996; Imhof 2000: 55–68; Imhof 2002a; Hondrich 2002).

In der Folge des neuen Strukturwandels der Öffentlichkeit ist der Skandal zu einem wesentlichen (Marketing-)Element innerhalb des durch wachsenden Wettbewerb gekennzeichneten Mediensystems geworden. Skandalisierungen stellen einen hohen Wert medialer Tätigkeit dar, bei fehlender Faktenlage werden Skandale auch mal «herbeigeschrieben».¹⁸ Damit medial initiierte Skandalisierungen – als Folge des Strukturwandels der Öffentlichkeit – die aus medialer Sicht gewünschten Reaktionen beim Publikum und in den politischen Zentren auslösen, muss das Publikum das skandalisierte Verhalten tatsächlich als skandalös empfinden. Medien bewirtschaften dazu den (echten oder vermeintlichen) Gap zwischen dem angeprangerten Verhalten von Akteuren und herrschenden Wertvorstellungen. Der soziale Wertewandel schafft die ideelle Basis, auf der das Verhalten von Akteuren als «skandalös» diskreditiert werden kann. Er stellt das jeweils aktuelle Set an Normen korrekten Verhaltens zur Verfügung bzw. lässt das Verhalten der Kritisierten bzw. deren Abweichen vom aktuell als korrekt angesehenen Verhalten zum Skandal machen. Dieser Prozess ist im hier untersuchten Kontext von Bedeutung: In der zweiten Hälfte der 1990er Jahre bekam das vorher lange gepriesene neoliberale Weltbild Risse und seine Protagonisten wurden zu Zielscheiben der Kritik (vgl. 71ff.). Erst dieser Wertewandel als Ausfluss eben des sozialen Wandels ermöglichte es den Medien und Kritikern, das Verhalten von Wirtschaftsführern als skandalös darzustellen und der aufkommenden Kritik am neoliberalen Weltbild breitere Unterstützung zuzuführen.

Skandalisierungen zielen primär auf als moralisch defizitär darstellbare Personen. Entsprechend lässt sich vor dem Hintergrund der Fusions-, Managerlohn-, Pensionskassen-, Ämterkumulations-, Steuerflucht- und Buchhaltungsbetrugsdebatten eine stark wachsende Skandalisierung ökonomischer Führungspersonen beobachten – was wiederum für die Erklärung der hier untersuchten Prozesse von Bedeutung ist.

18 Vgl. die Fälle Aliesch («Pelzmantel-Affäre») oder Borer («Sex in der Botschaft»).

2.2.2.4 Reputation

In der Folge dieser Zunahme der Skandalisierungen ist die Reputation von Personen und von Unternehmen zu einer relevanten Grösse im Wettbewerb geworden. Eisenegger/Imhof (2008) unterscheiden beim Reputationsbegriff eine *kognitive*, eine *normative* und eine *affektive* Dimension. Ausgangspunkt dieses Ansatzes ist die Beobachtung, dass der Modernisierungsprozess eine Ausdifferenzierung von drei Weltsichten erbringt, in denen sich Akteure bewähren müssen, die nach Reputation streben. Gemeint sind die objektive, die soziale und die subjektive Weltsicht (Habermas 1984: 75ff.; Imhof 2006: 185ff.). Jede dieser Weltsichten ist durch eine ihr eigene Beurteilungsrationalität charakterisiert: In der objektiven Welt werden die Akteure danach beurteilt, ob sie kognitiv überprüfbar die ihnen zugeschriebenen Aufgaben erfüllen. In der sozialen Welt ist die ethisch-moralische Korrektheit Beurteilungsmassstab. In der subjektiven Welt wird gefragt, welche emotionale Wirkung das individuelle Wesen als Akteur erzeugt. Was als objektiv wahr, als normativ gut und als subjektiv attraktiv zu gelten hat, ist in der Moderne Gegenstand eines fortwährenden, weltlichen Aushandlungsprozesses, der massgeblich von spezialisierten Experten und Institutionen mit einem kognitiven, ethisch-normativen oder emotional-ästhetischen Weltzugang beeinflusst wird (Imhof 2006: 185ff.).

Unabhängig von ihrem Handlungskontext haben Akteure, die nach Reputation streben, sich in diesen drei Welten zu bewähren. Aus diesem von Jürgen Habermas im Anschluss an Max Weber entwickelten Drei-Welten-Konzept (Habermas 1984: 84ff.) haben Eisenegger/Imhof (2008: 3ff.) den dreidimensionalen Reputationsansatz entwickelt, der auf beliebige Akteure, also auch auf Institutions- und Organisationstypen übertragbar ist:

Objektive Welt des «Wahren» – funktionale Reputation: Die Akteure moderner Gesellschaften müssen sich in einer Welt sachlogisch überprüfbarer Ursache-Wirkungs-Zusammenhänge bewähren. Zweckrationalität ist dabei das Prüfkriterium (Weber 1980: 13). Die Akteure werden danach beurteilt, wie erfolgreich sie bei der Erreichung bestimmter Zwecke und Ziele sind. Sofern die Leistungsziele der Funktionssysteme (z.B. Politik oder Wirtschaft) zum Massstab für die Bewertung von Akteuren werden, sprechen Eisenegger/Imhof (2008) von funktionaler Reputation. Sie ist ein Indikator für

teilsystem-spezifischen Erfolg sowie für Fachkompetenz und wird daran festgemacht, wie gut eine Person die ihr zugewiesene Leistungsrolle ausfüllt oder wie gut eine Organisation oder Institution dem Zweck dient, für den sie geschaffen wurde.

Normative Welt des «Guten» – soziale Reputation: Akteure haben zweitens in einer Welt sozialer Normen und Werte sich zu bewähren. Das Beurteilungskriterium ist hier die Wertrationalität (Weber 1980: 12). Die soziale Welt wird konstituiert durch einen normativen Kontext, der das Handeln der Reputationsträger als mehr oder weniger legitim erscheinen lässt. Reputation ist in der sozialen Dimension der Indikator für moralische Legitimität und Integrität. Damit die Sozialreputation eines Akteurs intakt bleibt, muss er beim Streben nach funktionalem Erfolg gesellschaftliche Normen und Werte genügend berücksichtigen. Entsprechend werden die Akteure gemäss dem Kriterium ethisch-moralischer Korrektheit/Inkorrektheit beurteilt. Reputationsverluste in der sozialen Welt werden als schwerer beurteilt als Reputationseinbussen in der objektiven Welt: Während sich in Frage gestellte Kompetenz korrigieren lässt, sobald sich die funktionalen Erfolge wieder einstellen, ist es deutlich schwerer, einen Ruf wiederherzustellen, der durch moralische Inkorrektheit bestimmt ist.

Subjektive Welt des Schönen – expressive Reputation: Im Zentrum steht dabei die emotionale Attraktivität, welche vom charakteristischen Wesen bzw. von der Identität eines Akteurs ausgehen. Sind in der objektiven Welt eine kognitive und in der sozialen Welt eine normative Bewertungsrationalität bestimmend, ist es in der subjektiven Welt eine emotionale Bewertungslogik. Der Reputationsträger präsentiert sich selbst in der Absicht, eine positive emotionale Wirkung zu erzielen, also attraktiv/sympathisch zu erscheinen. Der Reputationsträger wird also danach beurteilt, welche emotionale Anziehungs- respektive Abstossungskraft von ihm ausgeht. Die expressive Reputation manifestiert sich somit in einer positiv oder negativ besetzten Emotionalität dem Reputationsträger gegenüber. Sie lässt sich an Indikatoren zugestandener bzw. abgesprochener Sympathie, Faszination, Attraktivität und Einzigartigkeit festmachen.

Wird das Konzept mit dem Begriff des *Vertrauens* in Beziehung gesetzt, lassen sich weitere definitionsrelevante Merkmale des Reputationsbegriffs in Form seiner handlungstheoretischen Implikationen gewinnen. Gemeint ist der Zusammenhang zwischen Re-

putation und Vertrauen: Ein Reputationsträger ist «vertrauenswürdig». Die Reputation des «Vertrauen-Empfängers» korrespondiert mit dem Vertrauen des Gebers. Reputation kann somit als Ruf der Vertrauenswürdigkeit bezeichnet werden. Wie lässt sich nun das für die Reputationsbildung elementare Vertrauen gewinnen? Indem Akteure verlässlich Erwartungen wichtiger Bezugsgruppen erfüllen (Bentele 1994: 131f.). Vertrauenswürdigkeit basiert auf der Erfahrung erwartungserfüllten Handelns bei gleichzeitiger Erwartung weiterhin erwartungskonformen Handelns. Wenn ein Akteur die in ihn gesetzten Erwartungen bislang erfüllt hat, können wir ihm vertrauen, d.h. wir gehen davon aus, dass er auch weiterhin unsere Erwartungen erfüllt. Erfüllte Erwartungen schaffen Vertrauen, Vertrauen schafft Reputation. Das soziale Kapital Reputation ist entsprechend dadurch gekennzeichnet, dass es dort speziell sich entwickelt, wo es schon vorhanden ist.

Hier bringen Eisenegger/Imhof (2008: 8) den Begriff der Reputation in die Handlungstheorie ein: Institutionen, Organisationen oder Personen verfügen über Reputation, wenn die Anerkennung zusprechenden Individuen von erwartbaren Handlungen in funktionaler und sozialer Hinsicht ausgehen (können). In funktionaler Hinsicht wird erwartet, dass Reputationsträger ihren Leistungsauftrag erfüllen und in sozialer Hinsicht, dass die Reputationsträger gesamtgesellschaftliche Normen und Werte berücksichtigen. Allerdings: Es reicht aber nicht, sich nur an die Erwartungen der sozialen und funktionalen Aussenwelten anzupassen. Wer lediglich Erwartungen erfüllt, läuft das Risiko, als Opportunist angesehen oder überhaupt nicht wahrgenommen zu werden. Für Eisenegger/Imhof wird deshalb in der expressiven Reputationsdimension Abgrenzung relevant. Wer Reputation wirkungsvoll aufbauen und erhalten will, muss sich abheben bzw. eine unverwechselbare, emotional attraktive Identität schaffen. «Diese Distinktionsbetonung ist die unabdingbare Voraussetzung dafür, dass sich relevante Bezugsgruppen gerade auf diesen und nicht einen anderen Reputationsträger emotional einlassen. Entsprechend basiert erfolgreiche Reputationspflege auf dem schwierigen Balanceakt zwischen funktionaler/sozialer Anpassung und expressiver Abgrenzung, zwischen Erwartungs- und Identitätsmanagement (ebenda: 8).

In Termini der Habermas'schen Sprechakttheorie lassen sich die Voraussetzungen eines guten Rufes somit folgendermassen zusammenfassen: In kognitiver Hinsicht setzt

Reputation die kompetente Erfüllung funktionaler Leistungsanforderungen voraus. In normativer Hinsicht wird die Befolgung sozialmoralischer Ansprüche zur Pflicht. Und in expressiver Hinsicht schliesslich basiert eine positive Reputation auf der Pflege einer emotional attraktiven, unverwechselbaren Identität. Vorbildliches Reputationsmanagement bedeutet dann, funktionale und soziale Erwartungen zentraler Stakeholder zu erfüllen, ohne dabei der eigenen Identität untreu zu werden – und dies relativ besser als die direkten Konkurrenten (Eisenegger 2005: 32).

Heute sehen sich Unternehmen bzw. deren Verantwortliche entsprechend nicht mehr nur mit den Herausforderungen der Märkte konfrontiert, in denen sie tätig sind, sondern in wachsendem Masse auch mit moralisch-ethischen Ansprüchen, die früher ausschliesslich an politische und staatliche Organisationen gerichtet wurden. Die Auflagen und Zuschauerzahlen steigernde *Skandalisierungskommunikation* lädt ökonomisches Handeln moralisch auf und führt zu einer Politisierung des Konsums. Heute hat diese Entwicklung durch die Ausarbeitung diverser «Moralprogramme» wie «Corporate Governance», «Compliance», «Transparency», «Good Citizenship» und «Sozialverträglichkeit» wie auch durch den Einsatz von Moral im Marketing («Fair trade») das Stadium eines sich selbst beschleunigenden Prozesses erreicht (Baringhorst 1998). Das politisch-moralische korrekte Verhalten ist für Unternehmen zu einem Element des Wettbewerbs geworden, das moralische «Gut-Fühlen» zu einem Bestandteil des täglichen Konsums (Heinrich/Lobigs 2004). Die Sozialverträglichkeit von Unternehmen kann gemessen und zertifiziert werden, die moralische Aufladung von Marketing und Konsum führt zu neuen Formen der Selbstverpflichtung, welche die Skandalisierung moralischer Defizienz weiter ermöglichen und fördern («Moralfalle»). Dieser auflagen- und quotensteigernde Prozess hat eine eigentliche *empörungsbewirtschaftende Expertenkultur der Skandalisierung* geschaffen. Auf Unternehmensseite hat er im Bereich der Kommunikation einen spezifischen Professionalisierungsschub ausgelöst. Unter den Stichworten «Reputationskonstitution», «Issues Monitoring», «Issues Management», «Krisenmanagement», «Krisenkommunikation» usw. hat sich eine Expertenkultur mit spezifischen Techniken und Instrumenten entwickelt, welche Unternehmensverantwortlichen bei potentieller oder aktueller Gefährdung der Reputation beratend und operativ zur Seite steht. Zusammengefasst kann festgehalten werden, dass sich im Kontext des neuen Strukturwandels der Öffentlichkeit die Beziehungen zwischen den

Subsystemen Politik, Wirtschaft und Medien grundlegend verändert haben. Der neue Strukturwandel der Öffentlichkeit hat insbesondere einen *verschärften Wettbewerb um Aufmerksamkeit* zur Folge. Er setzt die politischen und wirtschaftlichen Organisationen einer strukturverändernden Medialisierung aus, denn im Wettbewerb um die mediale Aufmerksamkeit kommen weder die politischen Organisationen noch die Unternehmen um umfassende Anpassungen an die Inputlogiken der Medienorganisationen herum. Die Durchsetzungsfähigkeit von Verantwortlichen in Politik und Wirtschaft, aber auch Zivilgesellschaft, wird mit ihrer funktionalen, sozialen sowie expressiven Reputation verknüpft. Damit wird tendenziell die Reputation von der historisch gewachsenen und an Organisationen festgebundenen, funktionalen Reputation zu Gunsten der wesentlich instabileren sozialen Reputationstypen abgelöst. Abgrenzungsmöglichkeiten bietet die expressive Reputation. Dadurch erweitert sich grundsätzlich die Varietät der Entwicklungsmöglichkeiten, die bereits durch die Aufgabe traditioneller Einflusspotentiale auf die Medien zugenommen hat.

2.2.2.5 Selektions- und Darstellungslogiken des Mediensystems

Der beschriebene neue Strukturwandel der Öffentlichkeit bezeichnet die Prozesse und Trends, welchen die Tätigkeiten der Akteure in den Medienbetrieben unterliegen, bzw. welche die Vektoren ihrer Tätigkeit vorgeben. Die Kommunikationswissenschaft stellt in Ergänzung dazu Konzepte und Theorien zur Beschreibung der Einflussgrößen zur Verfügung, welche zur Gewinnung von Medienpräsenz relevant sind. Im Folgenden werden der News-Bias-Ansatz und dann vor allem die Nachrichtenwerttheorie vorgestellt.

Beim *News-Bias-Ansatz* steht die Fragestellung im Zentrum, inwiefern die politischen und ideologischen Präferenzen der Medienschaffenden deren Nachrichtenselektionen und Nachrichtenproduktionen beeinflussen. Die Forschung hat ergeben, dass die Medienakteure über eigene Stellungnahmen in Kommentaren und Leitartikeln hinaus jene Themen und Meinungen als Berichterstattungsinhalte bevorzugen, die ihrer eigenen politischen oder ideologischen Linie entsprechen (Gerhards 1994: 91f).

Die *Nachrichtenwerttheorie* geht davon aus, dass sich Medienakteure bei der Selektion von Berichterstattungsinhalten an deren Nachrichtenwerten orientieren. Unter Nachrichtenwert wird die Eigenschaft einer Information verstanden, Aufmerksamkeit zu erzeugen. Je höher der Nachrichtenwert, desto grösser die Wahrscheinlichkeit, dass das Ereignis als Gegenstand der Berichterstattung ausgewählt wird. Aus system- wie handlungstheoretischer Sicht stellen Nachrichtenwerte den handlungsleitenden Rahmen für Medienakteure dar, wenn sie erfolgreich sein wollen. Als Folge der Ausdifferenzierung eines autonomen Mediensystems, das im Wettbewerb steht und am Markt erfolgreich zu sein hat, müssen Medienakteure bei der Vermittlung von Informationen die Interessen und Bedürfnisse des Publikums antizipieren bzw. die Aufmerksamkeit eines Publikums generieren, dessen Rezeptionsverhalten nicht vollumfänglich voraus gesehen werden kann. In zeitlicher Dimension werden die Nachrichtenwerte einer Information durch ihren Überraschungs- oder Neuigkeitswert bzw. Originalität bestimmt, in der sozialen Dimension durch Konflikthaftigkeit, Normverstösse oder Status und Prominenz der Öffentlichkeitsakteure. In der sachlichen Dimension weisen Themen Nachrichtenwert auf, wenn sie Identifikationsmöglichkeiten oder soziale Nähe bieten oder die Existenz bzw. Veränderung ungewöhnlicher Quantitäten (z.B. eine grosse Anzahl Beteiligter an Demonstrationen) anzeigen. Richten Medienakteure ihre Entscheide nach diesen Kriterien aus, nimmt die Wahrscheinlichkeit zu, dass sie die Aufmerksamkeit des Publikums binden und so hohe Auflagen bzw. Einschaltquoten erreichen.

Nachrichtenwerte bestimmen jedoch nicht nur Selektionslogiken der Akteure im Mediensystem, sondern auch die Darstellungs- und Vermittlungsformen von Informationen, wenn Medienschaffende Berichterstattungsinhalte gleichsam mit Nachrichtenwerten versehen, um deren Attraktivität zu steigern. Medienöffentliche Sachverhalte werden mit Elementen der *Unterhaltung* angereichert. Dazu gehören Emotionalisierung, Konfliktstilisierung oder Skandalisierung, Personalisierung, Betroffenheit und Intimisierung, Konzentration auf Prominenz/Personen mit Sozialprestige. In der Folge des Strukturwandels der Öffentlichkeit haben besonders Boulevardmedien und private elektronische Medien ihre Funktionslogiken entlang diesen Kriterien ausgerichtet (vgl. Gerhards 1994; Jarren 1998: 87ff; Schulz 1997: 68ff.).

2.2.2.6 Resonanzchancen und -strategien von Öffentlichkeitsakteuren

Die Selektions- und Darstellungslogiken der Medien stellen für Öffentlichkeitsakteure Hürden beim Erreichen von Resonanz ihrer öffentlichen Kommunikation dar. Die in Kap. 2.2.2.1 beschriebene Entkoppelung der Medien vom politischen System und die sukzessive Orientierung der Massenmedien am Markt, bzw. einem Publikum, das nach Bildung, Kaufkraft und Lebensstilgruppen segmentiert ist, brachte nicht nur die politischen Selektionskriterien der einstigen Parteipresse zum Verschwinden, sondern auch den vormals exklusiven Zugang etablierter politischer Akteure zur Öffentlichkeit. In der Folge dieses neuen Strukturwandels der Öffentlichkeit stehen beispielsweise etablierte politische Akteure mit Akteuren aus anderen Teilsystemen sowie mit nicht-etablierten Akteuren nunmehr in einem intensiven Konkurrenzkampf um öffentliche Aufmerksamkeit. Die Öffentlichkeitsakteure müssen ihre Strategien zunehmend den Bedingungen des Mediensystems anpassen. In der Folge produzieren sie sehr gezielt medienwirksame Kommunikationsformen und orientieren sich entlang von Nachrichtenwerten wie Konflikt- und Skandalinszenierungen, um Resonanz für ihre Anliegen zu erzeugen (vgl. Schmitt-Beck/Pfetsch 1994; Imhof 1996; Imhof/Eisenegger 1999).

Da die Medien in ihrem Selektionsverhalten nicht frei sind, sondern den vom Wettbewerb diktierten Regeln folgen, ermöglicht ein diesen Regeln konformes Vorgehen politischer wie wirtschaftlicher Akteure die Instrumentalisierung von Medien in ihrem Sinne. Um im Kampf um den Primeur die Nase vor der Konkurrenz zu haben, bieten sich Medien gerne als Plattformen an. So wird beispielsweise der Konkurrenzkampf zwischen den Sonntagszeitungen in der deutschsprachigen Schweiz von Akteuren aus Politik und Wirtschaft systematisch dazu benutzt, für bestimmte Inhalte eine möglichst hohe Breitenwirkung zu erzielen. Dabei sind die Interessen kongruent: Der Akteur erhält ein attraktives Podium, das Medium exklusive News.

Trotzdem etablierte Akteure heute nicht nur Öffentlichkeitsarbeit betreiben, die den medialen Aufmerksamkeitsstrukturen angepasst ist, sondern zunehmend auch medienresonante Ereignisse produzieren, um öffentliche Aufmerksamkeit zu generieren, welche sich den medienwirksamen Aktionsformen nicht-etablierter Akteure angleichen, bestehen hinsichtlich der Resonanzchancen und -strategien zwischen etablierten und

nicht-etablierten Akteuren weiterhin Unterschiede. So weisen die etablierten Akteure den für die Medien relevanten Nachrichtenwert der Prominenz auf (vgl. Kap. 2.2.2.5), zudem finden Nachrichten aus den Machtzirkeln aufgrund der vielfältigen Permeabilität der Systeme Politik und Medien – und zunehmend auch der Systeme Wirtschaft und Medien – schnell Eingang ins Mediensystem.

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass medienöffentliche Kommunikation im Wesentlichen determiniert wird a) durch die Selektions-, Interpretations- und Darstellungslogiken des Mediensystems und b) durch die an diesen Logiken sich orientierenden Kommunikationsleistungen der Öffentlichkeitsakteure.

2.2.2.7 Soziale Bewegungen, Medienöffentlichkeit und Gewalt

Als Folge des neuen Strukturwandels der Öffentlichkeit lässt sich wie erwähnt eine Zunahme der Bedeutung nicht-etablierter Akteure wie z.B. sozialer Bewegungen, Protestparteien und NGOs in der öffentlichen Kommunikation beobachten (vgl. Kap. 2.2.2.1). Nicht-etablierte Akteure zeichnen sich dadurch aus, dass sie weder an den Verfahren der Machtallokation innerhalb des politischen Systems beteiligt noch an das ökonomische sowie an das Mediensystem gekoppelt sind. Resonanzchancen erhalten sie nur, wenn sie ihre Themen medienwirksam in die politische Kommunikation einbringen (Donges/Imhof 2001: 117).

Rucht (1994: 77) definiert soziale Bewegungen als auf gewisse Dauer gestellte und durch kollektive Identität abgestützte Handlungssysteme mobilisierter Netzwerke von Gruppen und Organisationen, welche sozialen Wandel mit Mitteln des Protests – notfalls bis hin zur Gewaltanwendung – herbeiführen, verhindern oder rückgängig machen wollen. Soziale Bewegungen entstehen als Mobilisierungen sozialer Gruppen, weil sich aus ihrer Sicht das politische (oder das wirtschaftliche) System als nicht responsiv für ihre Interessen erweist (vgl. Schmitt-Beck, 1990: 642). Aus der Perspektive des politischen oder wirtschaftlichen Systems sind sie *Herausforderer*, kollektive Akteure, die nicht-institutionalisierte Einflusstechniken anwenden, da ihnen der routinemässige Zugang zu politischen Entscheidungsprozessen versagt ist (vgl. Schmitt 1990: 53–67,

McAdam et al. 1988). Tilly (1978: 52ff.) nennt in seinem Modell Protestbewegungen Herausforderer («challengers») der Regierung. Durch Druck via Medien soll die Regierung gezwungen werden, Entscheide im Interesse der Protestbewegung zu fällen.

Imhof (1996) weist darauf hin, dass soziale Bewegungen einen niedrigen Grad an funktionaler Differenzierung bei hoher emotionaler Bindung ihrer Mitglieder aufweisen. Damit verbunden ist ein hoher innerer Konformitätsdruck, der auch den Habitus und die Sprache der Mitglieder beeinflusst und über ihre Emblematisierung die Sichtbarkeit der Bewegung bestimmt. Soziale Bewegungen kompensieren die schwache Binnendifferenzierung durch eine scharfe Aussendifferenzierung gegenüber dem politischen Gegner. Eine kommunikationstheoretische Perspektive lässt nach Imhof bei sozialen Bewegungen neuartige Aufmerksamkeitsstrukturen und polarisierende ideologische Konstrukte feststellen (Imhof 1996: 168). Soziale Bewegungen fordern von ihren Mitgliedern nicht Unterstützung, sondern Bekenntnis. Diese emotionale Zustimmung wird der Binnendiskussion entzogen, die Interpretationsmuster ziehen sich zu einem geschlossenen Weltbild zusammen, das die Komplexität der Welt auf fundamentale Weise reduziert. Insbesondere Protestbewegungen verwenden erfolgreich eine polarisierende, mit affektiven Schlagworten besetzte Argumentationslogik, während die klassischen Parteien sich generell einer wesentlich komplexeren Argumentationsrationalität bedienen.

Relevanter Faktor für den Erfolg einer sozialen Bewegung ist ihre Möglichkeit, auf ihre Anliegen aufmerksam zu machen und so die institutionalisierten Entscheidungsmechanismen zu beeinflussen. Öffentlichkeit ist deshalb die entscheidende Voraussetzung für den Erfolg einer sozialen Bewegung. Auch wenn Protestbewegungen häufig ein ambivalentes Verhältnis zu den Medien haben und die Berichterstattung kritisieren, sind sie auf diese angewiesen (Rucht 1994b). Denn: «Eine [soziale] Bewegung, über die nicht berichtet wird, findet nicht statt» (Raschke 1985: S. 343). Oder wie Gamson und Wolfsfeld (1993: 116) festhalten: «... a demonstration with no media coverage at all is a nonevent, unlikely to have any positive influence either on mobilizing followers or influencing the target. No news is bad news». Nach Gamson und Wolfsfeld (ebenda: 121) sind Relevanz: Allgemeine Aufmerksamkeit, Häufigkeit, mit der Anliegen wiedergegeben werden, sowie positive Beurteilung.

Donges/Imhof (2001: 124ff.) beobachten seit den 1960er Jahren eine Verstetigung des Phänomens sozialer Bewegungen und Protestparteien. Phasenweise eroberten sie ganze politische Themenbereiche wie Umwelt, Technologiefolgen, Sicherheitspolitik, Frauenpolitik usw. Es gelang ihnen v.a. in der Risikokommunikation eine neue Mensch-Umwelt-Relation normativ und moralisch zu implementieren.

Das Ziel breiter Medienresonanz konfrontiert soziale Bewegungen mit den Selektions- und Interpretationsmechanismen der Medien. Können etablierte Akteure aus Politik und Wirtschaft auf öffentlichkeitsrelevante Ressourcen Sozialprestige und Prominenz zurückgreifen, um auf sich und ihre Themen sowie Meinungen aufmerksam zu machen, verfügen nicht-etablierte Akteure wie soziale Bewegungen, Protestgruppen oder NGOs, die wie beschrieben auf «Öffentlichkeit als Mobilisierungsfaktor» (Rucht 1994) angewiesen sind, um Aufmerksamkeit für ihre Anliegen zu erlangen und Druck auf politische oder wirtschaftliche Entscheidungsträger ausüben zu können, häufig nicht über die Ressourcen Prominenz und Sozialprestige. Um sich mediale Resonanz zu sichern, müssen nicht-etablierte Akteure auf andere Art den Selektionsmechanismen der Medien gerecht werden bzw. deren Interpretationslogiken in ihrem Sinne beeinflussen. Sie müssen die Funktionsmechanismen der Medien antizipieren und aus ihren Anliegen Nachrichten schaffen (vgl. Kielbowicz/Scherer 1986 sowie Kap. 2.2.2.5). Aktivisten sozialer Bewegungen bzw. «moralische Unternehmer» (Giesen 1983) sind entsprechend zur medienwirksamen Profilierung gezwungen, sie müssen Ereignisse mit Nachrichtenwerten produzieren. Oder wie Baringhorst (1996: 16) es ausdrückt: «Moralische Empörung muss telewirksam inszeniert werden.»

Um den Selektions- und Darstellungslogiken der Medien im Kampf um Aufmerksamkeit gerecht zu werden, greifen insbesondere Protestbewegungen in steigendem Masse zum Mittel der Eventinszenierung. Generell gilt für nicht etablierte Akteure, dass sie ihre politische Marginalität in ausgeprägtem Masse über Event-Produktion im öffentlichen Raum substituieren, denn Protestaktionen besitzen grundsätzlich einen hohen Nachrichtenwert für die Medien. Diese bieten einen wirksamen Resonanzboden gerade für unkonventionelle Aktionen und gewähren sozialen Bewegungen Vorteile im Konkurrenzkampf um öffentliche Aufmerksamkeit (Neidhart/Rucht 1993). Damit ein Event im Sinne der Organisatoren als erfolgreich taxiert werden kann, sind verschiedene As-

pekte entscheidend. Dazu gehören das richtige Timing, die Verwendung der richtigen Symbole und Repräsentant/innen bzw. Sprecher/innen, die Fähigkeit, Forderungen in eingängige Parolen zu konzentrieren wie auch die Wahl des Ortes, an dem der Event stattfindet. Der Ort hat symbolische Wirkung und ist bereits selber ein wichtiger Teil der Botschaft.¹⁹

Eine maximale Medienresonanz bedeutet allerdings noch nicht, dass die Anliegen der Event-Organisatoren tatsächlich in die öffentliche politische Kommunikation eingehen oder gar von der Politik oder Teilen davon unterstützt werden. Ist die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit einmal gewonnen, ist der *Verlauf der öffentlichen Debatte* entscheidend dafür, welche Wirkungen erzielt werden (Beyeler, 2005: 38). Medienspektakel aber sind Kommunikationsereignisse, die primär auf die visuelle Wahrnehmung abzielen. Sie tragen zwar wesentlich zur Mobilisierung bei, den Anforderungen einer kritischen Öffentlichkeit mögen sie aber nicht automatisch zu genügen: «Massenmedial organisiert ersetzen sie das Raisonement, den diskursiven, auf den Sieg des besten Arguments angelegten Meinungs- und Willensbildungsprozess durch die symbolisch inszenierte Demonstration von Protest und Mitleid» (Baringhorst 1996: 23). Mit Blick auf aktuelle Bewegungen erklärt Baringhorst (1996) diesen Befund unter anderem damit, dass «die Bereitschaft für Gerechtigkeit einzutreten oder die Umwelt vor Schäden zu bewahren in ihrem selbstlos scheinenden Einsatz für andere oft einen Gewinn an individueller Reputation und Autorität im eigenen sozialen Kontext bringt. Dies gilt insbesondere in einer utilitaristischen und kommerzialisierten Gesellschaft, in der vor allem nach dem Kosten-Nutzen-Prinzip gehandelt wird.» (Baringhorst 1996: 21).

Im Wettbewerb um öffentliche Aufmerksamkeit verbinden soziale Bewegungen Events gerne mit gesellschaftlichen Norm- und Wertverletzungen, Überraschungseffekten und Konfliktinszenierungen. Die Organisatoren laufen damit allerdings Gefahr, dass die Aktionsform an sich die politischen Inhalte verdrängt, die vermittelt werden sollen.

¹⁹ So finden Demonstrationen von nationaler Tragweite in der Schweiz auf dem Bundesplatz in Bern statt, die globalisierungskritische Bewegung wählte für ihre Manifestationen die Orte der Konferenzen, die sie bekämpfte (Seattle, Genf, Turin, regelmässig Davos usw.). Im Kampf der globalisierungskritischen Bewegung gegen das AM/WEF spielte denn auch die Frage des Ortes, an dem eine Demonstration durchgeführt werden konnte – Davos oder eben nicht Davos – eine zentrale Rolle. Die Bewilligung einer Demonstration in Davos wurde im Verlauf der Auseinandersetzungen der eigentliche Beweis dafür, dass die Meinungsäusserungsfreiheit der Kritiker gewährleistet war (Kap. 4.3.1.1.4).

Insbesondere spektakuläre Events haben zwar hohe Resonanzchancen, die beabsichtigte politische Botschaft erhält jedoch oft wenig Beachtung. So weisen Imhof/Eisenegger (1999) bei der Analyse der Berichterstattungen von 15 Protestevents in der Schweiz in den Jahren 1995–1997 nach, dass Events, die gegen formelle oder informelle Normen verstossen und dadurch Überraschungseffekte auslösen, zwar ein probates Mittel darstellen, um die Aufmerksamkeit der Medien zu erregen. Für die untersuchten Events des zivilen Ungehorsams ist jedoch charakteristisch, dass sie in der Regel nur punktuelle Resonanz erzielten. Sie hatten zunächst zwar einen hohen Nachrichtenwert, die Konzentration der Berichterstattung auf die Form der Inszenierung verhinderte jedoch eine Diskussion der politischen Botschaften der Event-Initiatoren.

Insbesondere von *Gewalt* begleitete Events wie eskalierende Demonstrationen sorgen für eine hohe mediale Aufmerksamkeit. Gamson/Wolfsfeld (1993: 121) sind im Zusammenhang mit Gewaltanwendungen an Demonstrationen der Ansicht, dass soziale Bewegungen eine Art Arbeitsteilung eingehen. Während der eine Teil der Bewegung mit radikalen Strategien für Aufmerksamkeit sorgt, übernimmt ein anderer die inhaltliche Arbeit. Da soziale Bewegungen lose organisiert sind, ist nicht davon auszugehen, dass eine solche Arbeitsteilung «Gewalt zur Sicherstellung der Aufmerksamkeit» einerseits und «Argumente zur Überzeugung der Öffentlichkeit» andererseits Folge einer innerhalb der Bewegung festgelegten Strategie ist. Beyeler (2005: 62f.) geht davon aus, dass es sich, falls sie zustande kommt, eher um eine implizite Arbeitsteilung handelt. Sie entsteht dadurch, dass zu einer Bewegung radikale wie gemässigte Gruppen gehören. Während erstere einfacher die Aufmerksamkeit der Medien auf sich und die Bewegung ziehen können, sind letztere eher bereit, die konventionelleren Strategien von Interessengruppen aufzunehmen und somit auch in professionellere Medienarbeit zu investieren, ohne dass zwischen den Gruppen diesbezüglich taktische Absprachen bestehen. Allerdings rücken die Medien Ausschreitungen und damit verbundene Schäden an Sachen und Menschen sowie die Massnahmen der Behörden zur Bekämpfung von Gewalt in den Fokus der Berichterstattung, viel weniger jedoch die politischen Forderungen der Demonstranten und ihrer Sympathisanten.

Von Gewalt begleitete Protestaktionen können deshalb schnell auf Ablehnung stossen und das gesellschaftliche Mobilisierungspotential für die politischen Forderungen un-

terminieren. Konfliktinszenierungen und Normenverstöße, bei denen es zu Gewaltanwendungen kommt, drängen in der Berichterstattung die Anliegen der Organisatoren in den Hintergrund, reduzieren Solidaritätseffekte und lassen Fragen nach der Legitimität der Aktivitäten und der Aktivisten aufkommen (Rucht 1994; Imhof/Eisenegger 1999). Imhof/Eisenegger (1999) kommen in ihrer Analyse zum Schluss, dass Gewalt eine fast vollständig auf die Form des Events fokussierte Medienberichterstattung hervorruft. Gewalt ist ausschlaggebend für eine intensive, lange anhaltende Medienresonanz und führt zu negativen Medienkommentaren. Die Dauer der Medienresonanz wird dabei wesentlich durch die politische und juristische Verarbeitung der Ereignisse bestimmt.

Die aufgeführten Entwicklungen im Mediensystem im Kontext des neuen Strukturwandels der Öffentlichkeit – Orientierung an Publikumsbedürfnissen und damit verbunden Konzentration auf Konfrontation, Klamauk und Personality – beschreiben die medien-system-immanenten Voraussetzungen für das Aufkommen der AM/WEF-kritischen Bewegung. Im Folgenden sollen nun die gesellschaftlichen Veränderungen beschrieben werden, welche – in gegenseitiger Durchdringung mit den erwähnten Entwicklungen im Mediensystem – zum Entstehen der AM/WEF-kritischen Bewegung geführt haben.

3. HISTORISCHER FOKUS: GESELLSCHAFTLICHE UND MEDIENÖFFENTLICHE PROZESSE ALS VORAUSSETZUNGEN FÜR DAS AUFKOMMEN DER AM/WEF-KRITISCHEN BEWEGUNG

Das im vorherigen Kapitel skizzierte Modell des sozialen Wandels stellt in dieser Arbeit Kombination mit dem Konzept des neuen Strukturwandels der Öffentlichkeit und seinen diversen Folgen für medienöffentliche Kommunikationsprozesse den Erklärungsrahmen für das Aufkommen der globalisierungskritischen Bewegung und ihre zu gewissen Zeiten erfolgreichen Mobilisierungen für eine «andere Welt» bzw. gegen das AM/WEF zur Verfügung. In Teil III werden in Form einer historischen Darstellung auf der Basis dieser Modelle die Prozesse im gesellschaftlichen und im medienöffentlichen Umfeld dargestellt, welche eine Voraussetzung für das Entstehen der Kontroverse um das AM/WEF darstellten.

Wie in Kap. 2.1 ausgeführt, haben Gesellschaftsmodelle orientierungsstiftende Wirkung, sie prägen die Relevanzstrukturen der öffentlichen Kommunikation und zentrieren somit die Erwartungen und das Handeln (Neckel/Sighard 2005, Tobler 2004). Die «gesellschaftliche Konstruktion der Wirklichkeit» (vgl. Berger/Luckmann 1980) erfolgt über intersubjektivierungsprozesse, in welchen die handelnden Akteure kommunikativ auf diese Wirklichkeit Bezug nehmen und sie gleichzeitig reproduzieren. Die von Gesellschaftsmodellen abgeleiteten Leitbilder und Zielvorstellungen manifestieren gesellschaftliche Erwartungsstrukturen. Von ihnen werden Anleitungen erwartet zur Realisierung gesellschaftlicher Grunderwartungen wie soziale Gerechtigkeit, Chancengleichheit sowie Wohlstand für breite Bevölkerungsschichten. Im Prozess der Reputationskonstitution stellen solche *Leitbilder* zentrale Ressourcen dar. In Phasen erfüllter bzw. als erfüllbar wahrgenommener Erwartungen verhelfen Leitbilder zu Reputationsgewinnen der dominierenden Eliten bzw. sie konsolidieren deren Reputation. Umgekehrt führen enttäuschte Erwartungen, also die Wahrnehmung nicht erfüllter bzw. nicht erfüllbarer Verheissungen zu Reputationsverlusten für jene Eliten, die das jeweilige Gesellschaftsmodell propagiert haben und/oder repräsentieren. Diese durch den sozialen Wandel gesteuerte Reputationsdynamik lässt sich idealtypisch am neoliberalen Gesellschaftsmodell aufzeigen, das um die Jahrtausendwende in die Krise geriet (vgl. Eisenegger 2005: 79). In diesem Prozess war denn auch die Legitimation des Protestes gegen das AM/WEF angelegt.

3.1 Neoliberale Erwartungsstrukturen

Bereits ab Ende der 1970er Jahre wurde in der öffentlichen Diskussion dem Modell des interventionistischen Staates zur Nachfragesteuerung bzw. Aufrechterhaltung der Konjunktur in Anlehnung an Keynes ein Modell neoklassischer Lehre entgegengestellt, welches Eingriffe im wirtschaftlichen Gefüge in erster Linie in Form einer Angebotssteuerung durch geldpolitische Massnahmen propagierte, im übrigen weitgehend die Effizienz der sich selber regulierenden Märkte unterstrich. In den USA unter Präsident Ronald Reagan und in Grossbritannien unter Premierministerin Margret Thatcher wurden neoliberale Modelle offizielle Wirtschaftspolitik. Mit dem Zusammenbruch der Sowjetunion und der anschliessenden Transformation der osteuropäischen staatswirtschaftlich organisierten Länder zu demokratisch und marktwirtschaftlich verfassten Gesellschaften in den 1990er Jahren war nicht nur der Kalte Krieg beendet, sondern es wurde recht eigentlich der historische Triumphzug des kapitalistischen Wirtschaftssystems eingeläutet. In den westeuropäischen Staaten wurde das auf Ausgleich bedachte Gesellschaftsmodell der sozialen Marktwirtschaft zumindest tendenziell durch eine neoliberal ausgerichtete Wirtschaftspolitik abgelöst. Privatisierung, Liberalisierung und Deregulierung wesentlicher Bereiche der Wirtschaft als Kernelemente des neoliberalen Modells versprachen auch in den «alten» marktwirtschaftlich verfassten Ländern neues Wachstum und Wohlstand und führten zu neuen Handels-, Finanz- und Produktionsregimes.

Der Begriff «Neoliberalismus» lässt sich nicht klar definieren. In der Literatur wird wiederholt auf die Schwierigkeit hingewiesen, eine geschlossene Definition zu formulieren, weil der Neoliberalismus als Denkschule eine Fülle von Literatur hervorgebracht hat, der es an konsequenter Einheitlichkeit fehlt: «Neoliberales Gedankengut ist ... nicht widerspruchsfrei. Im Gegenteil – je schärfer die Linseneinstellung, desto unschärfer das Bild.» (Schui/Blankenburg 2002: 75).

Eine zentrale, öffentlichkeitsrelevante Dimension erhielt der Begriff des Neoliberalismus im Zusammenhang mit der Globalisierungsdebatte²⁰. Wurde bereits ab 1947 im

Rahmen des GATT (Allgemeines Zoll- und Handelsabkommen) von Industriestaaten der Abbau tarifärer und nichttarifärer Handelshemmnisse mit dem Ziel der Liberalisierung des internationalen Handels angestrebt, wurde in den 1970er Jahren von einer «Internationalisierung» der ökonomischen Prozesse gesprochen, was sich vorerst auf eine quantitative Intensivierung des Welthandels bezog. Die Liberalisierung der Finanzmärkte, die Entwicklungen in der Kommunikationstechnologie sowie sinkende Transportkosten lösten in der Folge einen qualitativen Strukturwandel der ökonomischen Prozesse im Zuge der Integration der Weltwirtschaft aus, den Dicken (1998) als «Globalisierung» definiert. Ein wesentlicher differenzieller Aspekt bestand nunmehr in der zusätzlichen Internationalisierung der Herstellung von Gütern wie auch von Dienstleistungen (Backhaus 1999: 106ff.). Weitere Definitionen von Globalisierung in der Literatur unterstreichen vor allem die Vielzahl der Prozesse und Phänomene, die mit diesem Begriff in Verbindung gebracht werden und benennen primär die Komplexität von Verbindungen, Querverbindungen, Interdependenzen zwischen Volkswirtschaften, Staaten und Bereichen der Weltgemeinschaft, die über den rein wirtschaftlichen Bereich hinaus gehen und auch wissenschaftliche, kulturelle oder private Dimensionen aufweisen können (Backhaus 1999). Als «neoliberale Globalisierung» wird ein den neoliberalen Werten von Wirtschaftsliberalisierung und Wettbewerbslogik folgender Globalisierungsprozess verstanden (Alder 2005: 22f.).

Eine wesentliche Rolle im Konzept des Neoliberalismus kommt den *transnationalen Unternehmen* zu. Mit der sukzessiven Umsetzung liberaler Wirtschaftspolitik in den westlichen Volkswirtschaften und der wachsenden weltwirtschaftlichen Integration folgen Unternehmen zunehmend einer global wirkenden Wettbewerbslogik: Zur Verbesserung ihrer globalen Wettbewerbsfähigkeit kommt es vermehrt zu Fusionen, Produktionsauslagerungen und Restrukturierungen und damit verbunden mit einer steigenden Lösung von nationalen Einbindungen. Auch der *Nationalstaat* erfährt im Konzept der neoliberalen Globalisierung einen Funktionswandel, insbesondere bezüglich der Beziehungen zwischen Politik und Wirtschaft. Die Aufgabe der Politik wird im Konzept des Neoliberalismus im Wesentlichen reduziert auf die ordnungspolitische Erhaltung eines funktionierenden Wettbewerbs sowie auf die finanzpolitische Erhaltung monetärer Stabilität (vgl. Alder 2005: 25ff.).

20 Zu den Konzepten und Definitionen von Globalisierung: Beck 1997 und 1998, Backhaus 1999, Müller 2002.

Die sich in den 1980er und 1990er Jahren durchsetzende Wahrnehmung der grundsätzlichen Überlegenheit der freien, kapitalistischen Marktwirtschaft verhalf den neoliberalen Leitbildern und damit verbundenen Erwartungsstrukturen zum Durchbruch. In diesem Prozess der sich entfaltenden neoliberalen Vorstellungen rückten das ökonomische System sowie dessen Logik ins Zentrum der Gesellschaftskonzeption vor. Die Wirtschaft wurde zum zentralen Referenzsystem, sie und nicht etwa die Politik sollte den Fortschrittszielen Freiheit, Gleichheit und Wohlstand zum Durchbruch verhelfen. Entsprechend diesem sich verbreitenden Primat der Ökonomie wurden gesellschaftliche Anerkennungsprozesse nun in erster Linie durch ökonomischen Erfolg gesteuert. Institutionen und Organisationen der Wirtschaft avancierten Ende der 1990er Jahre zu primären Reputationsträgern (vgl. Eisenegger 2005: 80).

Die neuen Aufmerksamkeitsstrukturen dieses wirtschaftsliberalen Antietatismus (vgl. Ptak 2005; Nollert 2005) brachten auch eine neue Semantik hervor: «Liberalisierung», «Privatisierung», «Deregulierung», «Flexibilisierung», «Marktprinzip», «Globalisierung», «Steuer- und Standortwettbewerb» sowie die Dichotomisierung von «Freiheit versus Staat» lauteten die Leitbegriffe dieses wirtschaftspolitischen Programms. Die Wirtschaftstheorie des sozialmarktwirtschaftlichen Gesellschaftsmodells, der «Keynesianismus», wurde zur «Voodoo-Ökonomie» erklärt, die «Volkswirtschaft» hiess neu «Wirtschaftsstandort», die Institutionen des Sozialstaates wurden systematisch hinterfragt. Die Semantik der neoliberal ausgerichteten Argumentation ist eine Semantik der Sachzwänge: Die klassische Aufgabe demokratischer Politik, die «gemeinsamen Dinge» zu gestalten, drohte zu Gunsten einer Politik unausweichlicher Sachzwänge unterzugehen und die demokratische Selbstbestimmung zusätzlich zu entwerten (vgl. Imhof 2005: 103).

Folgende *Leitbilder* machen den Kern neoliberaler Gesellschaftsformation aus (vgl. Eisenegger 2005: 81ff.):

- Das beste Mittel zur Schaffung von Wachstum und damit von Wohlstand sowie zur Garantierung gleicher Chancen ist die von staatlichen Vorgaben möglichst befreite Marktwirtschaft. Im Zentrum steht dabei das Versprechen, dass die vom Staat freigesetzte Ökonomie Ungleichheit bekämpft und Gerechtigkeit erst ermöglicht (vgl. Beck 1997: 30ff, Beck 1999, Müller 2002).

- Markt und Moral werden deckungsgleich gedacht (Imhof 2002b: 75). Im Wettbewerb der freien Marktwirtschaft entsteht von selbst eine effiziente Ordnung, die jeder staatlichen Konstruktion überlegen ist. Entsprechend sind Eingriffe des Staates in das wirtschaftliche Gefüge im neoliberalen Konzept auf monetaristische Massnahmen zu reduzieren.
- Die Realisierung erwarteter Fortschrittsziele wird an eine möglichst uneingeschränkte Autonomie des «homo oeconomicus» gekoppelt. Der ökonomische Erfolg in Form von Besitz und Reichtum entwickelt sich zum primären Kriterium des Reputationserwerbs.
- Zu diesem Zweck werden eine weitreichende Deregulation der Wirtschafts- und Sozialordnung zugunsten von Standort- und Steuerwettbewerb, bzw. Privatisierung und Liberalisierung öffentlicher Bereiche der Wirtschaft in der Erwartung angestrebt. Dahinter steckt die Erwartung, dass Organisationen am effizientesten und erfolgträchtigsten wie private Unternehmen zu führen seien (Beck 1997: 27).
- Entsprechend werden auch die nicht für die Privatisierung vorgesehenen Teile der öffentlichen Verwaltung vom neoliberalen Geist erfasst. Das Zauberwort heisst hier «New Public Management». Es verheisst Effizienzsteigerung und Kosteneinsparung in der öffentlichen Verwaltung durch Abbau von bürokratischem Ballast, Kostentransparenz und die Einführung einer kundenzentrierten Dienstleistungsmentalität beim Personal anstelle des herkömmlichen «Beamten-tums».
- Im Zuge des Steuer- und Standortwettbewerbs werden die Steuergesetzgebung angepasst, deren Umverteilungsmoment reduziert, der Wettbewerb um Kapital und Steuersubstrat verschärft.
- Das Ziel der Wohlstandsmehrung soll bzw. kann letztlich nur im Weltmassstab realisiert werden. Die Globalisierung der liberalisierten Wirtschaft soll durch internationale Arbeitsteilung und die Erschliessung neuer Märkte mittels Abbau von Handelsschranken nicht nur in den industrialisierten Volkswirtschaft-

ten sondern vor allem auch in den Entwicklungsländern Wachstum und somit Wohlstand generieren und die wirtschaftliche Ungleichheit zwischen Industrie- und Entwicklungsländern abzubauen helfen. In der Folge entstehen global neue Handels-, Finanz- und Produktionsregimes, die wirtschaftsliberale Politik und die fortschreitende quantitative sowie qualitative Integration der Weltwirtschaft konvergieren in einen Globalisierungsprozess, der die immanente Marktideologie des Neoliberalismus expandiert und dynamisiert.

- Das Shareholder-Value-Prinzip, d.h. der möglichst grosse finanzielle Ertrag für Unternehmenseigner (und ihre Manager) wird zum obersten Ziel bzw. zur Bedingung erfolgreichen wirtschaftlichen Handelns. Die vorrangige Befriedigung der Interessen der Kapitaleigner wird zur Voraussetzung für Effizienz, Produktivität und Rentabilität erklärt, welche in der Folge den grösstmöglichen Nutzen auch für die Beschäftigten und weitere gesellschaftliche Anspruchsgruppen bietet. Somit werden Rationalisierungs-, Effizienzsteigerungs- und Kostensenkungsmassnahmen legitim, Personalabbaumassnahmen und Unternehmenszusammenschlüsse zum systembedingten und akzeptierten Handlungsmuster. Vermehrt werden nun kurzfristige Renditeziele ins Zentrum gerückt, der Börsenkurs wird zum ultimativen Mass der Dinge. Dieser Erfolgsmassstab verlagert den Blick vom substanziellen Wert der Unternehmen auf den Marktwert der Aktien, deren Entwicklung nicht von tatsächlich realisierten, sondern von erwarteten Erträgen bestimmt wird. In diesem euphorischen Umfeld ständig steigender Börsenkurse und erfolgreicher IPOs wurden Ende der 1990er/Anfang der 2000er Jahre immer riskantere Unternehmensstrategien eingeschlagen und mittels gewagter und kapitalintensiver Übernahmen umgesetzt.
- Eines der neuen Zauberworte hiess New Economy – eine vorwiegend virtuelle Wirtschaft zwar, aber, wenn auf Internet basierend, mit immensen auf die Zukunft ausgerichteten Gewinnerwartungen versehen. Die Zahl spektakulärer Börsengänge bzw. Übernahmen vor allem junger IT-orientierter Unternehmen nahm stark zu, für Preise von Firmen, die zwar keine Gewinne machten, aber enormes Potential haben sollten, schien es keine Grenzen mehr zu geben. Die märchenhaften Entwicklungen der Aktienkurse übten eine starke Sogwirkung

auch auf private Anleger aus. Die ständig steigenden Kurse, hervorgerufen durch die Teilnahme auch von Kleinanlegern an den Aktienmärkten, bewirkten die erfolgreiche Popularisierung neoliberaler Erwartungsstrukturen. Damit wurde das Denken in neoliberalen Kategorien auch unter Kleinaktionären salonfähig. Der Erwerb von Aktien verschaffte – solange die Kurse weiter stiegen – breiten Massen Anschluss an die neoliberalen Verheissungen und der Nachweis ökonomischen Erfolgs wurde zu einer zentralen Reputationsressource auch in den Binnenräumen privater Alltagswelten.

Diese Erwartungsstrukturen prägten die rund zehnjährige neoliberale Hochphase. In dieser Zeit erfuhren jene ökonomischen Organisationen bzw. deren verantwortlichen Akteure Reputationsgewinne, die glänzende Erfolgsbilanzen auswiesen und damit allfällige Mahner Lügen strafte. Staatliche Institutionen mussten Reputationseinbussen hinnehmen.

3.2 Nicht-intendierte Folgen des neoliberalen Wirtschaftskonzeptes

Gegen Ende der 1990er Jahre machten sich allerdings in wachsendem Mass nicht-intendierte Folgen der ökonomischen Deregulierung gemäss der neoliberalen Konzeption bemerkbar. Sie begannen die skizzierte gesellschaftliche Reputationsdynamik zu bremsen und teilweise sogar in ihr Gegenteil zu verkehren. In der Folge büssten eben noch bewunderte wirtschaftliche Akteure, Organisationen und Institutionen ihre Reputationszuwächse ein, während die Politik, der Staat und die sog. Zivilgesellschaft neue Bedeutung erlangten. Verschiedene dem neoliberalen Gesellschaftsmodell zugeschriebene und nicht-intendierte Effekte führten bald zu einem Umschwung in der Wahrnehmung und Beurteilung und begannen zunehmend die Logik gesellschaftlicher Anerkennungsprozesse zu bestimmen (Imhof 2002b: 75; Imhof/Eisenegger 2003: 40–41; Eisenegger 2005: 83ff.):

- Statt der erwarteten wachsenden Chancengleichheit und einem sich verbreitenden Wohlstand wurde nun immer mehr eine Umverteilung «von unten nach oben», das heisst von mittleren und tieferen Einkommensschichten zugunsten

einer schmalen, abgehobenen und sich bereichernden Manager- und Eignerschicht wahrgenommen. Diese Sichtweise etablierte sich sowohl im globalen wie im nationalen Zusammenhang.

- An als exorbitant beurteilten Managementlöhnen setzte sich das Bild einer die Gesellschaft «abzockenden» Wirtschaftselite fest, die angemessene Gewinne den Kleinaktionären vorenthält. Treiber dieser Empörungswellen verursachenden Wahrnehmungen waren sog. «Golden Parashutes» für «Versager-Manager» und «Versager-(Verwaltungs-)Räte».
- Im Gefolge der 1997/98 breit debattierten Asien-, Lateinamerika- und Russland-Krisen begann sich das Deutungsmuster eines akzentuierenden Wohlstandsgefälles zwischen der Ersten und der Zweiten/Dritten Welt zu entwickeln. Die diesen Prozess vermeintlich vorantreibenden Institutionen IMF und Weltbank gerieten unter öffentlichen Beschuss. Sie wurden beschuldigt, mit neoliberalen Deregulationstherapien die Krisen erst ausgelöst zu haben.
- Durch die Internationalisierung der ökonomischen Prozesse und die damit verbundene tendenzielle Auflösung nationaler Einbindungen, die Befolgung einer auf globaler Ebene spielenden Wettbewerbslogik und die dadurch notwendig gewordene Mobilität von Unternehmen, sind die Nationalstaaten untereinander in einen Standortwettbewerb geraten (Alder 2005: 26). Ihre binnenwirtschaftlichen Interessen verfolgend, gingen sie dazu über, mittels Steuersenkungen, Verringerung der Staatsquote, Optimierung der Investitionsbedingungen insbesondere für ausländische Investoren oder Lockerungen von Arbeitsgesetzen, die Attraktivität des Standortes zu fördern. Diese sich im Verlauf der 70er und 80er Jahre entwickelnde neoliberale Wirtschaftspolitik bekam durch die globalisierungsbedingte sog. «Sachzwangsthese» (Ulrich 1997) eine zusätzliche politische Dynamik. In der Sicht der Globalisierungs- und Neoliberalismuskritiker verlor die nationalstaatlich gebundene Politik zusehends ihre Geltungsansprüche an die Wirtschaft, was von diesen als Argument verwendet wurde (vgl. Bischoff/Deppe/Kisker 1998; Hirsch 1999; Shui 2002).

- Die sukzessive Auflösung der Bindungen zwischen Wirtschaft und Politik sowie die vermehrte Orientierung an einer kurzfristigen ökonomischen Logik führten zur Wahrnehmung einer Erosion sozialmoralischer Standards seitens Teilen der Wirtschaft, insbesondere multinational tätiger Konzerne, beispielsweise in Bezug auf die Höhe vertretbarer Einkommen und Abfindungen. Es wurde vermehrt ein eigentliches Defizit an Sensibilität gegenüber gesellschaftlichen Normen und Werten bzw. die ausschliessliche Orientierung an Kriterien der Wirtschaftsreputation unter Vernachlässigung der Sozialreputation durch die Unternehmensverantwortlichen wahrgenommen. Entscheide über Massentlassungen durch Fusionen und Restrukturierungen oder Schliessungen einheimischer Betriebe wegen der Verlegung an profitablere Produktionsstandorte, gefällt durch hochbezahlte Manager, wurden nun vehement mit sozialmoralisch begründeten Argumenten und Aktionen wie etwa Demonstrationen hart kritisiert und bekämpft. Entsprechend stieg der Druck auf die gesamte Wirtschaft, soziale Verantwortung bzw. «Social Responsibility» wahrzunehmen.
- Indem der Shareholder-Value oft als Manager-Value wahrgenommen wurde, gerieten die hoch bezahlten Verantwortlichen von in Schwierigkeiten geratenen Grossunternehmen zum Objekt systematischer Skandalisierung.
- Schliesslich liess das Platzen der New-Economy-Blase die einst euphorischen Zukunftserwartungen breiter Bevölkerungsschichten einbrechen, die im Glauben an die ständig steigenden Börsenkurse Aktien gekauft hatten.

Vor dem Hintergrund dieser dysfunktionalen Effekte verbreitete sich in zunehmendem Masse die Wahrnehmung, dass das neoliberale Gesellschaftsmodell wenigen viel brachte, die überwiegende Mehrheit aber die Zeche dafür zu bezahlen habe. Diese Wahrnehmung einer wachsenden Ungleichheit auf nationaler wie transnationaler Ebene begann die Idee zu unterminieren, wonach eine weitgehend liberalisierte Wirtschaft Wachstum und damit Wohlstand für alle generiere. Mit andern Worten: *Die Erwartungsstrukturen an das neoliberale Modell begannen sich aufgrund nicht-intendierter Folgen zu entwerthen, die bis anhin gemeinsam geteilten Referenzbereiche der Wirklichkeit wurden zur Debatte gestellt* (vgl. Kap. 2.1 und 3.1).

Als die öffentlichen Debatten über Managementlöhne, Abfindungen, Buchhaltungsbe-trügereien, Ämterkumulationen aber auch Massenentlassungen usw. das Stadium ma-ximierter Resonanz erreicht hatten, begann das gesellschaftliche Werte-Pendel zurück zu schwingen.

Das Primat der Ökonomie wurde zusehends in Frage gestellt, es begann sich ein Neu-Orientierungsprozess zu entfalten, in dessen Rahmen alternative Deutungskonfigura-tionen in die breitere Öffentlichkeit diffundierten und mit den etablierten Deutungs-konfigurationen zu konkurrenzieren begannen (vgl. Kap. 2.1). Da die Regulierung der Ökonomie mittels der Politik im neoliberalen Gesellschaftsmodell offensichtlich nicht mehr gelang, entwickelte sich eine *Politisierung und Moralisierung der Wirtschaft durch die Öffentlichkeit* mit einem eigentlichen Wettbewerb der Betroffenheiten auf der Basis einer Auflagen wie Quoten steigernden Empörungskommunikation. Die beschrie-benen nicht-intendierten Effekte förderten in der Folge eine *moralisch argumentierende Re-Regulierung der Privatwirtschaft und des Mediensystems* mit negativen Konsequen-zen für die Reputation des gesamten Wirtschaftssystems (Imhof 2002b: 75). Während sich die öffentlich-moralische Regulation in den 1980er Jahren primär auf ökologi-sches Fehlverhalten konzentriert hatte, wurde in den 1990er Jahren die neoliberale Handlungslogik in den Fokus der öffentlichen Kritik gerückt und als moralisch defizi-tär dargestellt (Eisenegger 2005: 85). In der Folge konnten staatliche bzw. öffentliche Einrichtungen, forciert durch eine politisch breit abgestützte Service-Public-Debatte, wieder Reputationsgewinne verbuchen.

Gesellschaftlich-moralische Kriterien wie Forderungen nach Transparenz und neu- en Regulierungen gewannen an Gewicht. *Moral* erwies sich «nicht nur als Geschäft der Medien und als Kostenquelle für die Wirtschaft, sondern auch als Bedingung der Wiederherstellung von Erwartungssicherheit über Prozesse der Vertrauensbildung in Regulationen. Allerdings ist dieser Preis ausserordentlich hoch: Verschärft sich die- se Re-Moralisierung und damit Re-Politisierung der Wirtschaft, dann wird auf ei- gentümliche Weise der wichtigste Fortschritt des vorangegangenen sozialmarktwirt- schaftlichen Wirtschafts- und Gesellschaftsmodells eliminiert und die Fragilität der Vertrauen sichernden Ressource Reputation massiv erhöht. Im sozialmarktwirtschaftli- chen Gesellschaftsmodell gelang es einst, die Wirtschaft zu entpolitisieren, indem der

Klassenkampf in eine Sozialpartnerschaft verwandelt wurde. Dies war neben anderen Leitkonzepten dieses Gesellschaftsmodells entscheidend für den nach wie vor nachhal- tigsten ökonomischen Aufschwung in der Moderne während der 50er und 60er Jahre des 20. Jahrhunderts.» (Imhof 2005: 107f.).

3.3 Das medienöffentliche Umfeld als Katalysator der AM/WEF-kritischen Bewegung

Entscheidungsfindungsprozesse von gesamtgesellschaftlicher Bedeutung brauchen eta- blierte Aufmerksamkeitsstrukturen. Sie heben Kommunikationsereignisse²¹ hervor, zwingen die betroffenen Akteure zur Stellungnahme und können bei diesen Akteuren Sozialisations- und Lerneffekte auslösen. Zwischen Erwartungs- und Gesellschafts- strukturen stehen Aufmerksamkeitsstrukturen (vgl. Kap. 2.2). Etablierte Aufmerksam- keitsstrukturen stabilisieren Kommunikation und helfen Gegenstandsbereiche zu sele- gieren. Aufmerksamkeitsstrukturen öffentlicher Kommunikation sind Produkte eines Selektionsprozesses, der nur bestimmten Kommunikationsereignissen eine Karriere ermöglicht (Imhof 2006: 202f).

In der medienöffentlichen Kommunikation vermitteln sich *Kommunikationsereignisse* über eine chronologische Abfolge von Medienberichten, die sich auf einen einheitlichen Objektbereich beziehen, bzw. welche im Hauptschwerpunkt der zugehörigen Beiträge an denselben Kommunikationsgegenstand anschliessen (hier und im Folgenden: Eisen- egger 2003, 2005). In diesem Sinne können Kommunikationsereignisse als diskursive, thematisch zentrierte Sinneinheiten mit aktuellen Bezügen verstanden werden. Kom- munikationsereignisse müssen eine minimale Lebensdauer vorweisen, um als solche wahrgenommen zu werden. Entsprechend gilt die Regel, dass mindestens drei Beiträ- ge zum gleichen Objektbereich in verschiedenen Ausgaben desselben Mediums erfasst werden müssen. Der Objektbereich erschliesst sich meist durch eine Hervorhebung in besonders gekennzeichneten Passagen wie Titel, Lead oder Zwischentitel, oder aber

21 Eisenegger definiert Kommunikationsereignisse oder Issues als «thematisch zentrierte Sinneinheiten un- terschiedlichen Abstraktions- und Aktualitätsgrades in Form von Beitragsfolgen öffentlicher Kommuni- kation, die fortlaufend anschlussfähige Beiträge differenzieren [...]» (2005: 136).

durch Etikettierungen, die dem Kommunikationsereignis seine Identität und dadurch Wiedererkennbarkeit verleihen und damit die Aufmerksamkeit binden.

Kommunikationsereignisse lassen sich gemäss Eisenegger (2005: 137ff.) jeweils entlang einer Sach-, Zeit-, Sozial- und Raumdimension beschreiben. In der *Sachdimension* beschreiben Kommunikationsereignisse ein bestimmtes Thema und determinieren gleichsam «worum es geht». Je nach Abstraktionsgrad beziehen sie sich dabei auf Einzelereignisse, Ereignisketten oder Vorgänge, kontroverse Diskussions- oder Verhandlungsgegenstände oder aber auf abstrakte Bezugsprobleme von hohem Komplexitätsgrad. Die *Zeitdimension* beschreibt die Aufmerksamkeitszyklen der Kommunikationsereignisse in Abhängigkeit von ihrer Medienresonanz, die durch unterschiedliche Diskursintensitäten und -qualitäten charakterisiert sind. Ereignisse wie das AM/WEF oder die Kontroverse um das AM/WEF können dabei zu einer laufenden Geschichte werden. Die *Sozialdimension* von Kommunikationsereignissen wird durch die Akteursstrukturen gekennzeichnet, welche die Dynamik und Dramaturgie des Diskussionsgegenstandes determinieren, indem deren Stellungnahmen, Aktivitäten und Interaktionen wiedergegeben werden. Die im Kommunikationsereignis auftretenden Akteure legen auch die *Raumdimension* des Kommunikationsereignisses fest. Die Raumdimension grenzt den Geltungsraum des Themas in der beobachteten Welt fest.

Entlang dieser Dimensionen lassen sich Kommunikationsereignisse in unterschiedliche Typen differenzieren. In der Sachdimension kann je nach Abstraktionsgrad des Diskussionsgegenstandes zwischen episodischen, kontroversen und reflexiven Kommunikationsereignissen unterschieden werden. *Episodische Kommunikationsereignisse* rekurren auf abgeschlossene Vorgänge, wie einen Unglücksfall oder einen Anlass. *Kontroverse Kommunikationsereignisse* definieren sich über strittige Bezugsprobleme oder öffentliche Streitfragen. *Reflexive Kommunikationsereignisse* haben einen überzeitlichen Charakter, sind relativ aktualitätsfern und behandeln Themen auf hohem Abstraktionsniveau, wie etwa die «Globalisierung» oder den «Service Public».

Anhand der Dimensionen von Kommunikationsereignissen lassen sich Abspaltungen neuer Kommunikationsereignisse aus bestehenden feststellen. Zentrale Indizien dafür

sind vor allem in der Sozialdimension zu verorten, wenn sich etwa die Struktur der beteiligten Akteure ändert oder der Geltungsraum sich erweitert.

3.3.1 Mediale Exponiertheit des AM/WEF: Entwicklung zum Kommunikationsereignis

Die mediale Exponiertheit des AM/WEF hat sich seit seiner Gründung 1971 als Ergebnis von Wechselwirkungen öffentlichkeitsrelevanter Kongressinhalte, AM/WEF-eigener Inszenierungsleistungen, zunehmender Prominenz sowie der Funktionslogik des Mediensystems als Folge des neuen Strukturwandels der Öffentlichkeit (vgl. Kap. 2.2.2.1) herausgebildet und es so zum (jährlich wiederkehrenden und entsprechend mit jeweils neuen Inhalten versehenen) langfristigen Kommunikationsereignis mit zahlreichen Unter- und Teil-Kommunikationsereignissen werden lassen. Die Verantwortlichen des AM/WEF haben es verstanden, den Kongress im Verlauf der Jahre als Bühne für Ereignisse und Akteure von hoher politischer Relevanz zu inszenieren – und wurden in der Folge konfrontiert mit den Medialisierungseffekten, welche solche Inszenierungsleistungen zur Folge haben können. Diese Entwicklung, die das AM/WEF zu einem öffentlichen Ereignis und in der Folge davon zur Zielscheibe der Globalisierungskritiker werden liess, soll hier kurz nachgezeichnet werden²².

Indem sich das AM/WEF ab Ende der 1970er Jahre über die europäischen Grenzen hinaus öffnete, seine thematischen Schwerpunkte von betriebswirtschaftlichen zusehends in Richtung wirtschaftspolitischer und politischer Issues verschob und sich für die wirtschaftliche Zusammenarbeit auf globalem Niveau einzusetzen begann, leitete es schon in den 1970er Jahren seine Etablierung als internationale Plattform für Akteure aus Politik und Wirtschaft ein. Entsprechend vermochte es bereits zu jener Zeit eine gewisse, allerdings noch sehr geringe Aufmerksamkeit schweizerischer und internationaler Medien auf sich zu ziehen (vgl. Abb. 1, S. 96).

²² Die Entwicklung vom öffentlich wenig beachteten Managerkongress 1971 bis 2002 zur Plattform der Chefs der 1000 grössten Unternehmen und der politischen Führer der Welt bzw. deren Auswirkungen auf die öffentliche Perzeption des AM/WEF hat Alder (2004) in ihrer Analyse ausführlich nachgezeichnet (vgl. Abb. 1, S. 96). Die hier gemachten Angaben stützen sich auf die Arbeit von Alder sowie auf eigene Recherchen.

In den frühen 1980er Jahren erfolgte der Durchbruch neoliberaler Leitlinien in führenden Volkswirtschaften. Entsprechend erlebten neoliberale Leitwerte im öffentlichen Diskurs ihren Höhenflug (vgl. Kap. 3.1). Dies spiegelte sich auch in den Kongressthemen sowie in der Berichterstattung über die Kongressinhalte des AM/WEF wieder. Kritisch zu neoliberalen Werten ausgerichtete Positionen bildeten in der medienöffentlichen Kommunikation über das AM/WEF zu jener Zeit die Minderheit.

Durch die weitere internationale Ausrichtung sowie durch die Wahl öffentlichkeitsrelevanter Themen, Teilnehmer und Referenten vermochte das Davoser Symposium im Verlauf der 1980er Jahre seine Resonanz in den Medien kontinuierlich weiter zu festigen.

In der zweiten Hälfte der 1980er Jahre erfolgte ein weiterer wesentlicher qualitativer Schritt in der öffentlichen Wahrnehmung des AM/WEF: Es kamen weltpolitische Ereignisse dazu, welche die Positionierung des Kongresses in Richtung eines bzw. *des* global ausgerichteten Gipfeltreffens von Wirtschaft und Politik zu prägen begannen. 1987 hielt der damalige Deutsche Außenminister Hans-Dietrich Genscher die Rede «Let's give Gorbachov a Chance», welche als bedeutende Etappe im Beendigungsprozess des Kalten Krieges gewertet wird. Im selben Jahr erfolgte die Namensänderung des European Management Forum in World Economic Forum, was den Anspruch, sich von einem Managerkongress zur globalen Bühne von Wirtschaft und Politik schlechthin zu entwickeln, manifest machte.

Durch die Inszenierung friedenspolitischer Höhepunkte²³ intensivierte sich das mediale Interesse am jährlichen Kongress im Bündner Bergdorf weiter, das AM/WEF verschaffte sich dadurch zudem eine zusätzliche Dimension in seiner Reputation: Diese politischen Events verliehen dem AM/WEF nun *öffentliche Relevanz* – auch wenn es formal eine private verfasste Organisation blieb. Aus dem spezifischen Verhältnis «öffentliche Relevanz vs. private Verfassung» entwickelte sich allerdings auch ein latentes Spannungsfeld und es entstand eine potentielle Angriffsfläche, die zum Zeitpunkt des Aufkommens der globalisierungskritischen Bewegung manifest werden sollte. Denn:

23 Zu nennen sind neben der Rede Genschers die «Davos Declaration» zwischen Türkei und Griechenland 1988, das erste Ministertreffen Nord- und Südkoreas 1989, das Treffen Kohl-Modrow 1990, das Treffen Mandela-Klerk-Buthelezi 1992 oder Gaza/Jericho-Erklärung von Shimon Peres und Jassir Arafat 1994 (vgl. Kap. 1.3).

Als je relevanter eine Diskussionsplattform für Wirtschaft, Politik und Zivilgesellschaft wie das AM/WEF in der Öffentlichkeit wahrgenommen wird, desto grösser wurde die Wahrscheinlichkeit, entlang demokratischer Prinzipien hinterfragt zu werden – die private Verfassung entwickelte sich zu einem Kritikpunkt (vgl. Kap. 4.3.1.1.1.1).

Die Wechselwirkungen zwischen den forumseigenen Inszenierungsleistungen und der Funktionslogik des Mediensystems hatten eine *ständig wachsende Exponiertheit des AM/WEF* zur Folge: Indem das AM/WEF friedenspolitische Höhepunkte inszenierte, erhöhten sich sowohl das Interesse der Medien als auch das der Akteure aus Wirtschaft und Politik am Kongress in Davos abermals – wer in «Davos» dabei war, gehörte offensichtlich zur Weltelite. Die daraus resultierende mediale Etablierung des AM/WEF als «Bühne der Reichen und Mächtigen» (vgl. oben) erzeugte nun selber ständig neue Medienresonanz. Bedingt durch die Folgen des neuen Strukturwandels der Öffentlichkeit und die entsprechend veränderte Funktionslogik des Mediensystems entwickelte sich eine Zunahme der personen- und prominenzbezogenen Berichterstattung sowie von Berichten über Ambiente und Umfeld jenseits der Forumsinhalte, während gleichzeitig die Berichterstattung über Kongressinhalte ebenfalls zunahm, da diese nunmehr als öffentlich relevant galten.

Während das AM/WEF dank weiterer friedenspolitischer Ereignisse und zunehmender Prominenz eine permanent weiter steigende mediale Exponiertheit verzeichnen konnte, kam Mitte der 90er Jahre die «*Globalisierung*» als neues Schlüsselthema auf. Die Globalisierung als Folge globaler und liberalisierter ökonomischer Prozesse verlieh der neoliberalen Wirtschaftspolitik und ökonomischen Praxis eine neue Dynamik, bald aber schaffte sie neuartige Perzeptionen, nämlich jene von Problemen im Kontext von Neoliberalismus und Globalisierung. Gegen Ende der 1990er Jahre gewann das Thema «Globalisierung» als gesellschaftlicher Issue in der öffentlichen Debatte entsprechend stark an Breite (vgl. Kap. 1.3). Vorab nicht etablierte politische Akteure wie Dritte-Welt-Organisationen, aber auch Vertreter der Zivilgesellschaft wie kritische Wissenschaftler, begannen soziale und ökologische Probleme der Weltwirtschaft einer (ungezügelter) Globalisierung zuzuordnen. Bald verkam die «neoliberale Globalisierung» nicht nur zu einem kontroversen Gesellschaftsmodell, sondern zum eigentlichen Schimpfwort. Die neoliberalen Zielen zum Durchbruch verhelfenden internationalen Organisatio-

nen wie WTO, Weltbank und IWF (die durch die G-8 dominiert würden) oder eben das AM/WEF wurden ebenso heftig kritisiert wie multinationale Konzerne bzw. ihre Verantwortlichen, da sie angeblich gewinnträchtig der Eigenlogik des internationalen Wettbewerbs folgten und sich politischen und gesellschaftlichen Geltungsansprüchen wie Einhaltung sozialpolitischer Normen oder die Erhaltung von Arbeitsplätzen und einer intakten Umwelt entzogen. Die Erosionserscheinungen des neoliberalen Gesellschafts- und Wirtschaftsmodells wuchsen zu einer eigentlichen *Legitimationskrise des Neoliberalismus* aus.

Zum Zeitpunkt des Aufkommens der Globalisierungsdiskussion in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre war das AM/WEF – als Resultat des oben beschriebenen Prozesses bedingt durch zunehmende mediale Exponiertheit, neoliberale Kongressinhalte, prominente Teilnehmer aus Weltwirtschaft und Weltpolitik – längst als *globaler Gipfel von Wirtschaft und Politik* etabliert. Als Mitgliederorganisation der weltweit führenden Konzerne wurde es zum Symbol von Neoliberalismus und Globalisierung. Dieses Bild wurde übrigens schon früh auch durch die Medien vermittelt. So schrieb die New York Times am 7. Februar 1996: «The Davos Forum is the ultimate capitalist convention. It is an annual celebration of globalization – that loose combination of free-trade agreements, the Internet and the integration of financial markets that is erasing borders and uniting the world into a single, lucrative, but brutally competitive, marketplace.»

Daran änderte auch die erwähnte, schon früh in den eigenen Reihen formulierte Kritik an den Schattenseiten der Globalisierung nichts. (Dass die Organisatoren des AM/WEF bereits ab Mitte der 1990er Jahre die problematischen Aspekte der Globalisierung thematisiert und neoliberale Leitwerte hinterfragt hatten, bestätigte im übrigen die Erosion des neoliberalen Wirtschafts- und Gesellschaftsmodells.)

Die Gegner des AM/WEF («Wipe out WEF», vgl. S.140) legitimierten ihre Forderungen mit aus der neoliberalen Globalisierung entstandenen sozialen und humanitären Problemperceptionen sowie mittels defizitärer Partizipationsstrukturen und Regulationsfragen im Rahmen des Neoliberalismus, der Globalisierung und der Institution AM/WEF. Dass am AM/WEF regelmässig auch Kritiker der negativen Seiten von Neoliberalismus und Globalisierung zu Wort kamen bzw. durch die Veranstalter selber entsprechende

Kritik artikuliert wurde (vgl. Kap. 1.3), war für die globalisierungs- und neoliberalismuskritischen Akteure nicht relevant. Für sie verkörperte das AM/WEF den Zusammenschluss jener, die kraft ihres Status die Macht haben, die globale Ökonomie und Wirtschaftspolitik so zu gestalten, dass sie von dieser globalisierten und liberalisierten Wirtschaft profitierten, während gleichzeitig soziale und ökologische Probleme entstanden, die ungelöst blieben. Das AM/WEF wurde erfolgreich dargestellt als illegitimer Zusammenschluss der von der Globalisierung profitierenden Politiker und Wirtschaftsführer und in diesem Sinne als treibende Kraft bei der Durchsetzung des nun angeprangerten Wertesystems.

Ein Kernangriffspunkt gegen das AM/WEF spielte dessen Wahrnehmung als Zusammenschluss von Politik und Wirtschaft hinter verschlossenen Türen bzw. unter weitgehendem Ausschluss der Zivilgesellschaft. Das in der privaten Verfassung des AM/WEF begründete Inklusions-/Exklusionsmuster geriet zum Problem, da gleichzeitig die Teilnehmer/innen am AM/WEF aus Wirtschaft und Politik erfolgreich als nicht oder zumindest zu wenig responsiv auf die negativen Folgen der Globalisierung dargestellt werden konnten. Ab diesem Zeitpunkt liessen sich partizipatorische und regulatorische Defizite als evident festmachen (s.o.) und durch die Gegner in der Öffentlichkeit eine Kluft aufbauen zwischen Akteuren aus Wirtschaft und Politik, die am AM/WEF teilnahmen und damit implizit oder explizit Profiteure der Vorteile der Globalisierung waren, sowie jenen, die keinen Zutritt zum Kongress hatten, aber die allgemein nachvollziehbaren Schattenseiten der Globalisierung thematisierten, bzw. deren Behebung forderten. Die Akteure der Artikulation der Kritik am neoliberalen Modell bzw. an der daraus folgenden Globalisierung und schliesslich am AM/WEF partizipierten weder am AM/WEF noch an den institutionalisierten Entscheidmechanismen bzw. konnten oder wollten nicht daran partizipieren²⁴.

Die Übernahme der Kritik an Globalisierung und Neoliberalismus und vor allem die daraus abgeleitete Forderung nach «another world» [is possible] durch nicht etablierte politische Akteure verlieh dem eingesetzten neoliberalismus- und globalisierungskriti-

24 Einige prominente Globalisierungskritiker wie Alfred Stiglitz nahmen regelmässig am AM/WEF teil. Sie gehörten selbstredend nicht zu den AM/WEF-Kritikern.

schen Diskurs eine neue Dimension: Aktivisten begannen erfolgreich für Protestaktionen zu mobilisieren und schufen eine neue soziale Bewegung (vgl. Kap. 2.2.2.7).

Um ihrer Forderung nach einer sozial und ökologisch ausgestalteten Globalisierung Ausdruck zu verleihen, gingen bald hunderttausende Menschen in vielen Ländern auf die Strasse. Als Anlässe für ihre Aktionen und Demonstrationen wählten sie vornehmlich (medienöffentliche) Treffen von Staatschefs bzw. Wirtschafts- und Handelsministern beispielsweise der WTO oder der G-8. Von Beginn an waren Gewalt und Ausschreitungen feste Begleiterscheinungen der Demonstrationen der Globalisierungs- und AM/WEF-Kritiker und -Gegner. So war es im Mai 1998 in Genf anlässlich der 50-Jahr-Feierlichkeiten von GATT/WTO zu Krawallen gekommen, im November 1999 behinderten Demonstranten ein WTO-Ministertreffen in Seattle (vgl. Kap. 4.3.1.1.4).

Das spontane Entstehen autonomer lokaler Ableger der Bewegung in zahlreichen europäischen und aussereuropäischen Ländern einerseits und die hemmungslose Anwendung von Gewalt durch einen Teil der Aktivisten andererseits gaben dieser neuen sozialen Bewegung schnell hohe und anhaltende mediale Resonanz. Ein neues Phänomen sollte über die nächsten Jahre die Wahrnehmung des AM/WEF prägen: Das Auftreten gewalttätiger Demonstranten – oder zumindest das entsprechende Risiko dazu – sobald das WEF in der Schweiz oder anderswo Kongresse durchführte.

Die Anwendung von Gewalt als fester Bestandteil der Demonstrationen der AM/WEF-Gegner setzte die Schweizer Behörden (permanent) unter Handlungszwang. Deren Massnahmen zur Verhinderung von Straftaten bzw. zur Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit im Kontext der Anti-AM/WEF-Aktionen wurden entsprechend der institutionellen Logik umgehend zum Gegenstand politischer – also wiederum medienöffentlicher – Auseinandersetzungen. Damit geriet das AM/WEF in der Schweiz unversehens in eine der heftigsten innenpolitischen Kontroversen der letzten Jahre.

3.4 «Window of opportunity» für Demo-Aktivisten

Zusammenfassend lässt sich festhalten: Der Deutungswandel neoliberaler Leitwerte im Sinne eines Entlegitimationsprozesses des neoliberalen Wirtschafts- und Gesellschaftsmodells, der sich Mitte der 1990er Jahre abzeichnete, prägte den globalisierungskritischen öffentlichen Mindset als gesellschaftliche Voraussetzung für die Entwicklung der Kontroverse um die Globalisierung und im Speziellen um das AM/WEF. In diesem gewandelten gesellschaftlichen Kontext einerseits sowie in der Folge des neuen Strukturwandels der Öffentlichkeit andererseits konnte das medial stark exponierte jährliche «Get-Together der Mächtigen und Reichen» erfolgreich als Hort jener skandalisiert werden, welche die neoliberale Globalisierung aus egoistischen Interessen vorantrieben und somit bekämpft werden mussten. Die Zielscheibe in Form des AM/WEF war aufgestellt, die Stimmung für Mobilisierungen gegen die «ungerechte Globalisierung» und ihre Lenker in Davos ideal.

Für Bewegungsanimatoren stand Ende der 1990er/Anfang der 2000er Jahre somit ein klassisches «Window of opportunity» offen, die notwendigen Ingredienzen für den erfolgreichen Aufbau einer Protestbewegung waren gegeben. Dazu gehörten:

- Die für eine erfolgreiche Skandalisierung notwendigen, als moralisch defizitär darstellbaren Akteure, in Form der Grosskonzerne, ihrer Manager sowie ihrer Helfershelfer in WTO, IWF, G8, AM/WEF (s.o.) usw,
- die Medien, welche mit ihren Selektions-, Interpretations- und Inszenierungslogiken aktiv eine auflagen- und quotensteigernde Empörungsbewirtschaftung betrieben,
- aktualisierbare Moralbestände auf Seiten des Publikums, die sich aus der Divergenz zwischen Anspruch und Realität einst propagierter Normen und Werte (Krise des neoliberalen Modells) gewinnen liessen,
- Kritiker, die dafür sorgten, dass die Skandalisierung möglichst auf Dauer gestellt wurde, beispielsweise indem sie das politische System systematisch unter

Druck setzten, sich der Angelegenheit anzunehmen,

- Bewegungsanimatoren, welche Mobilisierungen organisierten und mittels geschicktem Medienmanagement systematisch Resonanz für ihre Bewegung generierten und ebenfalls mithalfen, Skandalisierungen aktuell zu halten,
- überforderte politische Verantwortliche, welche beim Aufkommen der neuen Bewegung auf Konfrontation stellten und dadurch ihrerseits permanent medial bearbeitbaren Stoff lieferten.

Der behauptete Antagonismus zwischen den Interessen global tätiger Wirtschaftsakteure (und ihrer politischen Helfer) einerseits und politisch-gesellschaftlichen Ansprüchen andererseits als zentrale inhaltliche Konzeption der «neoliberalen Globalisierung» bildete den Angriffspunkt bzw. die Legitimation der sich nun schnell entwickelnden und eine hohe Mobilisierungskraft aufweisenden neuen sozialen (Protest-)Bewegung, deren Aktivitäten die Schweizer Öffentlichkeit lange beschäftigen sollten. Im Folgenden soll die Abbildung dieser Kontroverse in den Deutschschweizer Leitmedien in ihren verschiedenen Facetten analysiert werden.

4. EMPIRISCHER TEIL

4.1 Methode

4.1.1 Fragestellung

Der empirische Teil der vorliegenden Arbeit analysiert die Dynamiken des AM/WEF-Diskurses 1998–2005. Dabei werden die im Kontext des «Kampf ums AM/WEF» aufgetretenen medialen Effekte, welche durch die zahlreichen involvierten Akteure im Verlauf dieser Periode ausgelöst worden waren, vor dem Hintergrund der Ausführungen zum neuen Strukturwandel der Öffentlichkeit identifiziert und erklärt (vgl. Kap. 2). Wie im Verlauf dieser Arbeit zu zeigen sein wird, fand die Kontroverse um das AM/WEF in unterschiedlichen Dimensionen und auf unterschiedlichen Ebenen bzw. Arenen statt.

Ziel des empirischen Teils der vorliegenden Arbeit ist somit die Analyse der medienöffentlichen Kontroverse um das AM/WEF und ihrer Folgen für die Wahrnehmung des AM/WEF sowie der in die Kontroverse involvierten Akteure. Im speziellen soll die Frage geklärt werden, welche Faktoren die medienöffentliche Aufmerksamkeit der in die Kontroverse involvierten Akteure beeinflusst und verändert bzw. welche Wirkungen sie ausgelöst und wie sie den Verlauf der Kontroverse und deren Wahrnehmung sowie die Wahrnehmung der Akteure beeinflusst hatten. Im empirischen Teil konzentriert sich die vorliegende Arbeit also auf die Analyse der medienvermittelten Öffentlichkeit als einem der beiden zentralen Elemente des Öffentlichkeitsbegriffs neben der politischen Arena.

Diese der empirischen Analyse übergeordnete forschungsleitende Fragestellung lässt sich somit in folgende *drei Kernfragen* unterteilen:

1. Durch welche Dynamiken wurden die mediale Perzeption und Aufmerksamkeitsstruktur des Diskurses um das AM/WEF 1998–2005 bestimmt?
2. Welche Dynamiken wies die Resonanz der im Kontext der Kontroverse relevanten Akteure auf und wie lassen sie sich erklären?

3. Lassen sich Aussagen machen zu den Bewertungsentwicklungen (Reputationsdynamiken) des AM/WEF und seiner Kritiker?

Frage 1 liegt die Überlegung zu Grunde, dass die Medien über ein Thema solange berichten, als dieses Nachrichten liefert. Untersucht werden sollen die Dynamiken, welche für die Medienresonanz des AM/WEF im Untersuchungszeitraum ausschlaggebend waren.

Zu Frage 2: Die Kontroverse um das AM/WEF war von nicht etablierten politischen Akteuren entfacht worden und forderte das AM/WEF sowie etablierte Akteure in verschiedenen Bereichen in mannigfaltiger Weise heraus. Der Frage liegt die Überlegung zu Grunde, dass Öffentlichkeit eine der zentralen Voraussetzungen darstellte, damit diese Kontroverse überhaupt entstehen und sich entwickeln konnte: Für die Durchsetzung ihrer Anliegen mussten die nicht etablierten Akteure Öffentlichkeit schaffen, in der Folge mussten die durch diese Aktionen herausgeforderten etablierten Akteure ihre Handlungen – öffentlich – legitimieren. Die Medien als die zentrale Plattform der Austragung dieser Kontroverse versuchten ihrerseits die Kontroverse so lange als möglich zu bewirtschaften. Frage 2 stellt somit einen Zusammenhang her zwischen den Resonanzstrategien der in die Kontroverse involvierten Akteure und der medialen Aufmerksamkeit bzw. zwischen dem neuen Strukturwandel der Öffentlichkeit und der medialen Aufmerksamkeit.

Frage 3 prüft, welchen Dynamiken die Reputationen des AM/WEF und der AM/WEF-Gegner im Verlauf der Kontroverse unterlagen.

4.1.2 Untersuchungsgegenstand

Da sich die Normverletzungen der nicht etablierten politischen Akteure wie auch die seitens der Behörden erfolgten Reaktionen darauf und die politische Bewältigung der Kontroverse als Kommunikationsereignisse etablierten, erfolgt die Analyse der beschriebenen Fragestellung mittels einer qualitativ-quantitativen Inhaltsanalyse von Zeitungsartikeln.

Die Analyse von Kommunikationsereignissen will jene Medienrealität rekonstruieren, die Medienschaffende durch ihre Selektion, Reproduktion und Interpretation von Ereignissen in der Welt bilden. Entsprechend ist die Rekonstruktion von Kommunikationsereignissen ein induktiver Vorgang: In analytisch-hermeneutischer Arbeit reinterpretiert der wissenschaftliche Beobachter die Bedeutung, welche Medien einem Ereignis zukommen lassen sowie die Perspektive, mit welcher die Medien diesem begegnen.

Anhand des Wandels von Kommunikationsereignisstrukturen lässt sich in diachroner Perspektive der Wandel von Relevanzstrukturen einzelner Zeitungen oder ganzer Medienarenen nachvollziehen. Über die Kommunikationsereignisstruktur lassen sich in synchroner Perspektive die Medienrealitäten einzelner Zeitungen oder Arenen bestimmen. Die Analyse medialer Kommunikationsereignisse in diachroner und synchroner Perspektive erlaubt die Erschliessung der Konstruktion gesellschaftlicher Wirklichkeit auf gesamtgesellschaftlicher Ebene.

4.1.3 Mediensample

Für die Analyse wurden die Deutschschweizer Leitmedien Neue Zürcher Zeitung, Tages-Anzeiger, Blick, SonntagsBlick, SonntagsZeitung, NZZ am Sonntag sowie Weltwoche ausgewählt. Leitmedien charakterisieren sich durch die hohe Aufmerksamkeit, die ihnen aufgrund ihres Sozialprestiges sowie ihrer Auflagenzahl seitens der Akteure in Politik und Wirtschaft entgegengebracht wird. Leitmedien sind von zentraler Bedeutung, da sie massgeblich die Öffentlichkeit strukturieren. Sie sind in der Lage, Themen und Meinungen zu prägen.

Tageszeitungen	Sonntagszeitungen	Wochenzeitungen
Neue Zürcher Zeitung	SonntagsZeitung	Weltwoche
Tages-Anzeiger	SonntagsBlick	
Blick	NZZ am Sonntag	

Tab. 1: Untersuchte Medien (Da die NZZ am Sonntag ab März 2002 erschien, wurde deren Berichterstattung erst ab diesem Zeitpunkt erhoben).

4.1.4 Untersuchungszeitraum

Analysiert wurde die Berichterstattung zwischen 1.1.1998 und 30.6.2005. Dieser Zeitraum umfasst Beginn, Höhepunkt und Abflauen der Kontroverse um das AM/WEF und der entsprechenden Berichterstattung.

4.1.5 Datengrundlage

Datengrundlage sind die beim Forschungsbereich Öffentlichkeit und Gesellschaft der Universität Zürich foeg erfassten Artikel der oben aufgeführten Zeitungen. Erhoben werden die Artikel nach folgenden Stichworten:

- «World Economic Forum»
- «WEF»
- «Weltwirtschaftsforum»

Erhoben wurden alle Artikel, die im Titel, Zwischentitel, Lead oder in der ersten Lauf-
textzeile mit mindestens einem dieser Stichworte auf das AM/WEF verweisen. In-
gesamt wurden 2204 Zeitungsartikel erhoben, die sich wie folgt auf die ausgewählten
Zeitungen verteilen.

Medium	Anzahl Artikel
Neue Züricher Zeitung	594
Tages-Anzeiger	681
Blick	434
SonntagsBlick	128
SonntagsZeitung	215
NZZ am Sonntag	98
Weltwoche	54
Total Artikel	2204

Tab. 2: Anzahl erhobener Artikel pro Zeitung

4.2 Qualitativ-quantitative Inhaltsanalyse als empirisches Verfahren

Die Erhebung der Zeitungsartikel über das AM/WEF erfolgte mittels einer qualitativ-
quantitativen Inhaltsanalyse. Inhaltsanalysen erlauben es, Kommunikationszusammen-
hänge zu erfassen und zu messen. Dazu werden über Untersuchungseinheiten inhaltli-
che sowie formale Kriterien von Texten systematisch und intersubjektiv nachvollziehbar
erfasst und beschrieben. In diesem Verständnis ist die Inhaltsanalyse «eine Methode zur
Erhebung sozialer Wirklichkeit, bei der von Merkmalen eines manifesten Textes auf
Merkmale eines nichtmanifesten Kontextes geschlossen wird» (Merten, 1995: 15). In-
dem medienöffentliche Kommunikation soziale Wirklichkeit abbildet, lassen sich über
die Inhaltsanalyse der einzelnen Medienbeiträge entsprechend Rückschlüsse auf die
soziale Realität ziehen.

Inhaltsanalysen differenzieren sich durch zwei Verfahrensweisen: Abhängig von For-
schungsfrage und Gestalt des Forschungsmaterials werden quantitative oder qualitative
Verfahren mehr gewichtet. Die Vor- und Nachteile der beiden Verfahren lassen sich
entlang der Gütekriterien Validität, Reliabilität und Repräsentativität bilanzieren.²⁵
Die Stärke quantitativer Verfahren liegt zum einen in ihrer Anwendungsmöglichkeit
auf grosse Textmengen; mittels kontrollierter Verfahren der Stichprobenziehung ge-
währleistet der Schluss von Stichprobe auf Grundgesamtheit Repräsentativität. Weiter
zeichnen sich quantitative Verfahren durch hohe Reliabilität aus: Indem die Textele-
mente nach fest definierten Codierregeln definierten Beobachtungskategorien zuge-
ordnet werden, lässt sich ein hoher Grad an Intersubjektivität erreichen. Schwächen
quantitativer Verfahren zeigen sich in der Zuordnung von Texten mit komplexen Bedeu-
tungsinhalten zu simplen Kategorien, was eine Analyse von komplexen Sinngehalten
stark erschwert und die Validität in Frage stellt.

Qualitative Verfahren ihrerseits zeichnen sich aus durch eine weitgehende Übereinstim-
mung von Sinn und Bedeutung der analysierten Texte mit den Beobachtungskriterien
des Forschers und weisen so einen hohen Grad der Validität auf. Weil qualitative
Verfahren sehr eng am Textmaterial erfolgen, eignen sie sich nicht für die Analyse

25 Die folgenden Ausführungen orientieren sich an Gerhards/Lindgens (1995: 10-14).

grosser Textmengen. Die Reichweite ihrer Aussagen bleibt entsprechend meist stark begrenzt und ihre Repräsentativität ist häufig problematisch. Schliesslich stellt die Reliabilität qualitativer Verfahren ein Problem dar. Auch wenn die qualitative Forschung plausible Auslegungen des Sinns von Texten vorweist, bleiben Verfahren zur Textinterpretation häufig ungenügend nachvollziehbar.

Die qualitativ-quantitative Inhaltsanalyse stellt nun ein verändertes Verfahren dar, welches in Reaktion auf die traditionellen Probleme der Inhaltsanalyse beide Momente verbindet. Insbesondere für die Analyse von Mediendiskursen haben sich Verfahren als fruchtbar erwiesen, die mittels differenzierter Codiervorgänge getrennt erhobene inhaltliche Dimensionen in der Datenanalyse wieder miteinander verknüpfen (vgl. Gerhards/Lindgends 1995: 12ff.). Ein solches Verfahren ermöglicht es, auch umfangreichem Quellenmaterial gerecht zu werden und gleichzeitig die Sinngehalte zu berücksichtigen. In der vorliegenden Analyse von Zeitungsartikeln wird entlang dem Modell vor allem von Gerhards/Lindgens (1995) zwischen einer Codierung auf Artelebene und einer Codierung auf Aussageebene differenziert. Dafür werden ausschliesslich kategoriale Daten, also Daten auf Nominalskalenniveau erhoben, was bedeutet, dass qualitativ verschiedene Textinhalte klassifiziert werden. Erst Bestimmungen und Vergleiche von Häufigkeiten der klassifizierten Textmerkmale machen den quantitativen Aspekt der Inhaltsanalyse aus.

Inhaltsanalysen beschreiben Textmerkmale unter jenen Perspektiven, die sich aus der Forschungsfrage ergeben. Die Fragestellung determiniert das Kategorienraster, mit welchem die Textmerkmale erhoben werden. Ein solches Raster gliedert das Forschungsmaterial in inhaltlich abgrenzbare Kategorien, welche den Sinngehalt von Texten klassifizierend erfassen. Dafür werden beim Codiervorgang die jeweiligen relevanten Texteinheiten in Form von Merkmalsausprägungen den Kategorien zugeordnet. Die Kategorien und Ausprägungen wurden in einem iterativen Prozess teilweise induktiv, teilweise deduktiv, teilweise kombiniert gewonnen.

4.2.1 Das Kategoriensystem

Im Rahmen des empirischen Teils dieser Arbeit erfasst und analysiert wurden

- die inhaltlichen *Themenbereiche*, die in Zusammenhang mit dem AM/WEF mediale Resonanz erzeugten,
- die mediale Resonanz erzielenden *Akteure*, deren inhaltlichen *Positionen* und die diese begründenden *Argumente*,
- die Entwicklung der *Reputation* des AM/WEF einerseits und seiner Kritiker bzw. Gegner andererseits.

Das Erhebungskonzept spiegelt sich im Kategoriensystem, welches für die Inhaltsanalyse verwendet wurde. Gemessen wurden die Ausprägungen der einzelnen Kategorien. Indem semantische Einheiten im Text anhand des Kategoriensystems in Daten überführt wurden, lässt sich die Objektebene mit der Datenebene verbinden. Um die Inter-subjektivität der Analyse zu gewährleisten, wurde das Kategoriensystem mit operationalen Definitionen sowie Codieranweisungen versehen, welche das Verfahren vorgeben, nach welchem formale und semantische Einheiten im Text entsprechend der inhaltsanalytischen Kategorien und Ausprägungen erhoben wurden. Im Folgenden werden das Kategoriensystem erläutert und die Kategorien vorgestellt.

Das Kategoriensystem besteht aus zwei Teilen. Im ersten Teil bilden die einzelnen *Artikel* die Codiereinheit (Artelebene), im zweiten Teil beziehen sich die Kategorien auf die *Aussagen*, die in den einzelnen Artikeln wiedergegeben worden sind (Aussageebene).

Kategorien auf Artelebene:

Die mediale Perzeption und Aufmerksamkeitsstruktur zum AM/WEF bzw. deren Karrieren lassen sich erschliessen aus den Themen und Themenbereichen, die im Zusammenhang mit dem AM/WEF mediale Resonanz erzeugten. In der vorliegenden Arbeit wurden *auf der Codierebene der einzelnen Artikel* deren Inhalte diachron und synchron (Differenzierung der Themenbereiche in Unterthemen über Zeit) erfasst. Gefragt wurde: Welches ist das Thema des Artikels (Indikator: «Artikelfokus»)? Da in einem Artikel

mehrere Themen (Artikelfoki) behandelt werden können, wurden pro Artikel der zentrale (= primäre) sowie – sofern vorhanden – der sekundäre Artikelfokus erhoben.

Zur vertieften Bestimmung von medialer Perzeption und Aufmerksamkeitsstruktur wurde neben den Inhalten auch erfasst, ob der jeweilige Artikel auf der Frontseite oder im Zeitungsinnen erschien (Indikator: «Artikelposition»), sowie welcher journalistischen Gattung er sich zuordnen lässt (Indikator: «Artikeltypus»²⁶). Die Artikelposition indiziert die Relevanz, welche die Redaktion dem jeweiligen Thema zusprach. Steht der Artikel auf der Titelseite, so ist die Relevanz klar höher. Artikelposition und Artikeltypus erlauben Rückschlüsse auf die mediale Beurteilung aktueller Entwicklungen der Kontroverse. Sie indizieren die Bedeutung, welche die einzelne Redaktion bestimmten Entwicklungen der Kontroverse zu einem bestimmten Zeitpunkt beimass.

Weiter erfasst wurden die Entwicklungen der *Reputation des AM/WEF* sowie der *Reputation der AM/WEF-Gegner und -Kritiker*. Die hier vorgenommenen Reputationsanalysen basieren auf einem Messverfahren, das die medienvermittelte Reputation auf der Basis von Bewertungen von Reputationsobjekten erfasst (vgl. Eisenegger 2005: 94ff.). Dazu wird mittels der variablen Bewertungstendenz die über den gesamten Medienbeitrag hinweg dominierende Bewertung eines Reputationsobjektes erhoben. Die Untersuchungseinheit bildet somit auch hier nicht eine einzelne Aussage, sondern der ganze Artikel. Dieser Methodik liegt die Prämisse zugrunde, dass sich der medial erzeugte Bewertungseindruck gegenüber Reputationsträgern nicht in einzelnen Textaussagen, sondern erst in der Gesamtheit eines ganzen Medienbeitrags entfaltet und zwar aufgrund formaler wie inhaltlicher Gestaltungsmerkmale.²⁷ Die analysierten Zeitungsartikel wurden folgenden Bewertungskategorien zugeordnet: Positiv, negativ, kontrovers, neutral. Eine positive Bewertungstendenz liegt vor, wenn im analysierten Beitrag positive Beurteilungen gegenüber einem Reputationsträger in qualitativer und/oder quan-

26 Folgende Ausprägungen wurden erhoben: «Agentur-/Kurzmeldung», «Bericht/Reportage», «Gespräch/Interview/Porträt», «Redaktioneller Kommentar/Leitartikel», «Redaktionsexterner Forumsbeitrag/Gastkommentar» oder «Reden-/Publikations-/Dokumentauszug».

27 Ein dominierender Bewertungseindruck kann aufgrund normativer Zuschreibungen in visuell hervorstechenden Textpassagen wie Titel oder Lead zustande kommen (Dominanz formaler Gestaltungsmerkmale) oder aufgrund von Formulierungen, welche statushohe Reputationsautoritäten äussern (Dominanz inhaltlicher Gestaltungsmerkmale; vgl. Eisenegger 2005: 94f.).

titativer Hinsicht überwiegen. Eine negative Bewertungstendenz ist umgekehrt dann zu beobachten, wenn negativ konnotierte Beurteilungen dominieren. Eine kontroverse Bewertungstendenz ist gegeben, wenn sich positive und negative Beurteilungen die Waage halten. Als neutral wird die Bewertungstendenz bezeichnet, wenn keine oder praktisch keine bewertenden Zuschreibungen gegenüber dem Reputationsträger beobachtet werden können.

Die Bewertungstendenz bildet die Grundlage zur Berechnung des Reputationsindex (RI). Er misst die Reputation eines Reputationsträgers auf der Basis aller in einer bestimmten Zeitperiode codierten Medienbeiträge. Zu Errechnung des RI wird vom Prozentanteil positiver Bewertungen der Prozentanteil negativer Bewertungen subtrahiert. Der RI kann somit maximal die Werte -100 bis +100 annehmen. Ein (hypothetischer) Wert von +100 bedeutet, dass ein Reputationsobjekt ausschliesslich positive Bewertungen erfahren hat. Umgekehrt bedeutet ein Wert von -100, dass ein Reputationsobjekt ausschliesslich negativ bewertet wurde.

Kategorien auf Aussageebene:

Die Resonanzdynamiken der an der Kontroverse beteiligten Akteure wurden erfasst über die ihnen zugeschriebenen Aussagen. Auf der Codierebene der einzelnen *Aussagen* erfolgte die Erhebung gemäss folgender Kategorien:

Indikator «Aussageträger»: Erfasst wurden sämtliche *Akteure*, die sich zum AM/WEF bzw. im Rahmen der Kontroverse um das AM/WEF äusserten. Sie sind entsprechend ihrer Systemzugehörigkeit²⁸ strukturiert. Pro Artikel wurden maximal die drei am stärksten wiedergegebenen Akteure erhoben (Frage: Wer hat sich geäussert?).

Indikator «Positionsobjekt»: Erfasst wurde weiter das *Thema*, auf das sich die Aussage bezieht. Diese Variable erfasst die thematisierten (Streit-)objekte, also die durch die Aussageträger bewerteten Handlungen, Massnahmen, Institutionen (z.B. Polizeieinsatz,

28 Die Systemzugehörigkeit wurde auf drei Differenzierungsstufen erfasst. Zur ersten Stufe gehören: «Nicht etablierte politische Akteure», «Etablierte politische Akteure», «Wirtschaft», «Medien», «AM/WEF-Organisation», «Übrige gesellschaftliche Akteure».

Demobewilligung, Anwendung von Gewalt, Open Forum, AM/WEF, Gegenveranstaltungen usw. Frage: Zu welchem Thema hat sich der Akteur/Aussageträger geäußert?).

Indikator «Position»: Erfasst wurde weiter die *Haltung* bzw. *Position* des Aussageträgers zum Positionsobjekt, also ob die Aussage gegenüber dem Positionsobjekt eher zustimmend, kritisch oder neutral ist (Frage: Hat sich der Akteur/Aussageträger zum Positionsobjekt eher zustimmend, kritisch oder neutral geäußert?).

Indikator «Positionsbegründung»: Erfasst wurde zudem die *Begründung* der Aussage (Frage: Wie wird die geäußerte Haltung/Position begründet?).

Indikator: «Partizipationsverhalten»: Erfasst wurde schliesslich, ob der Akteur/Aussageträger selber *Teilnehmer des AM/WEF, einer Demonstration oder einer Gegenveranstaltung* war oder ob er seine Aussagen machte ohne das AM/WEF, eine Demo oder Gegenveranstaltung aus eigener Erfahrung zu kennen. Dieser Indikator hilft, die Struktur der Akteure bezüglich Teilnehmerstatus zu bestimmen und ermöglicht die Analyse entlang von Inklusions-/Exklusions-Schemata (Frage: Hat der Akteur/Aussageträger selber am AM/WEF, an einer Demonstration oder an einer Gegenveranstaltung teilgenommen?).

In der Übersicht ergibt sich folgende Darstellung des Kategoriensystems:

Artikelebene	Aussageebene
Artikelfokus (Thema)	Aussageträger (Akteur)
Artikelposition (Front/ n. Front)	Positionsobjekt (Thema/Objekt, zu dem Stellung genommen wird)
Artikeltypus (Stilform)	Position (Haltung)
Bewertungstendenz AM/WEF	Positionsbegründung
Bewertungstendenz AM/WEF-Kritiker	Partizipationsverhalten (AM/WEF-, Demo- oder Gegenveranstaltungsteilnahme)

Tab. 3: Schematische Darstellung des Kategoriensystems

4.3 Erhebungsergebnisse

In diesem Teil der Arbeit werden die Ergebnisse der Inhaltsanalyse präsentiert. Die Darstellung gliedert sich in drei Teile:

Kap. 4.3.1 stellt die Dynamik des Diskurses um das AM/WEF entlang der medialen Resonanzstrukturen im Untersuchungszeitraum 1.1.1998 bis 30.6.2005 dar (S. 95 bis 157).

Kap. 4.3.2 umfasst die Resonanzanalyse der Akteure im speziellen bezüglich ihrer jeweiligen Positionsbezüge zu den verschiedenen Unterthemen der AM/WEF-Kontroverse samt den jeweiligen Begründungen (S. 157 bis 201).

Kap. 4.3.3 gibt die Reputationsentwicklungen des AM/WEF und der AM/WEF-Kritiker wieder (S. 201 bis 204).

Die Entwicklung entlang der medialen Resonanzstrukturen wurde mittels einer sowohl induktiven als auch deduktiven Vorgehensweise erfasst und dargestellt: Die Themenbereiche wie auch die Akteure des AM/WEF-Diskurses wurden induktiv identifiziert und strukturiert und in einem deduktiv ausgerichteten Prozess auf verschiedenen Detaillierungsstufen («Fokus-Levels») erfasst. Diese Vorgehensweise ermöglichte das Erfassen sämtlicher Aspekte, welche im Verlauf des Diskurses um das AM/WEF Wirkung zeigten und dadurch diesen mitprägten.

4.3.1 Dynamik des AM/WEF-Diskurses

Die Erfassung der Dynamik des AM/WEF-Diskurses im Untersuchungszeitraum wurde in verschiedenen Schritten vorgenommen. Im ersten Schritt wurde die Gesamtmenge der erhobenen Artikel dichotomisiert in Berichte über das AM/WEF mit Bezug zur Kontroverse und Berichte über das AM/WEF ohne Bezug zur Kontroverse. Innerhalb dieser beiden Teilmengen wurden in verschiedenen Arbeitsschritten die erfassten inhaltlichen Themengebiete deduktiv in bis auf max. vier weitere Detaillierungsstufen

(Fokus-Levels) in Unterthemengebiete weiter differenziert (vgl. Übersicht auf Tab. 23, S. 258f.).

Bevor wir uns den Ergebnissen der Untersuchung zuwenden, die sich auf den Zeitraum 1998 bis 2005 konzentriert, soll an dieser Stelle im Sinne eines Einschubs ein kurzer Blick auf die *gesamte medienresonante Entwicklung des AM/WEF seit seiner Gründung 1971 bis 2002* geworfen werden, wie sie in der Lizentiatsarbeit von Alder (2004: 79) abgebildet ist. Dies erlaubt den Anschluss der Ergebnisse der vorliegenden Arbeit an die medienöffentliche Entwicklung des AM/WEF vor Beginn unserer Erhebungsperiode 1.1.1998 bis 30.5.2005.

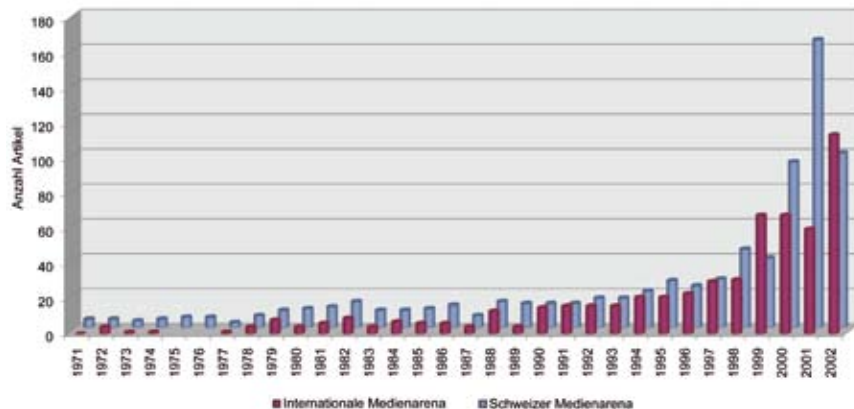


Abb. 1: Medienöffentliche Resonanzstruktur des AM/WEF seit dessen Gründung 1971 bis 2002 in: Alder (2004). Die Autorin hatte dabei die Resonanz des AM/WEF in den Schweizer Leitmedien NZZ, Tages-Anzeiger und Blick (blau), sowie in den ausländischen Leitmedien Frankfurter Allgemeine Zeitung, Le Monde und New York Times (rot) seit der Gründung des Forums 1971 bis 2002 erfasst.

Die Zeitreihenanalyse von Alder (2004) in Abb. 1 zeigt die Entwicklung der medienöffentlichen Resonanzstruktur des AM/WEF als Kommunikationsereignis seit seinen Anfängen als European Management Symposium 1971 (vgl. S. 11ff.). Es lässt sich feststellen, dass das AM/WEF zwar erstmals zu Beginn der 1980er Jahre eine gewisse Beachtung erreichte (1982 fand in Davos ein wichtiges Handelsministertreffen statt) und dann eine kontinuierliche Zunahme der medienöffentlichen Aufmerksamkeit vor allem durch die AM/WEF-eigenen Ereignisse in Form von politischen Spitzentreffen

generierte (vgl. Kap. 3.3.1). Sprunghaft verdichtete sich diese aber erst Ende der 1990er Jahre, also mit Beginn der hier untersuchten Kontroverse.

Abb. 1 zeigt zudem, dass die Verdichtung der medienöffentlichen Aufmerksamkeit vor allem in der Schweizer Medienarena stattfand. (Die erhöhte Resonanz internationaler bzw. tiefere Resonanz schweizerischer Medien im Jahre 2002 ist darauf zurück zu führen, dass das AM/WEF 2002 in New York stattfand. Vor allem die New York Times räumte dem Anlass zu jenem Zeitpunkt viel Platz ein.)

Mit andern Worten: Bis Ende der 1990er Jahre – also bis zu Beginn der öffentlich wirksamen Kontroverse – blieb die mediale Resonanz des AM/WEF bescheiden. Sie entwickelte sich stetig, d.h. ohne grössere Ausschläge.

Resonanz AM/WEF-Diskurs im Überblick

Im Folgenden werden nun die Ergebnisse der im Rahmen der vorliegenden Arbeit durchgeführten Erhebung schrittweise diskutiert. Abb. 2 zeigt die Entwicklung der gesamten Medienresonanz des AM/WEF – umfassend also sämtliche Berichte über das AM/WEF, unabhängig davon ob sie einen Bezug zur Kontroverse aufweisen oder nicht – in der Erhebungsperiode strukturiert nach dem Erscheinungsjahr. Die Entwicklung lässt vermuten, dass die beiden Peaks 2001 und 2003 auf die Resonanz der Kontroverse zurückzuführen sind, der Rückgang 2002 auf das Faktum, dass das AM/WEF in diesem Jahr in New York stattfand (und somit die Auseinandersetzungen auf der Strasse in der Schweiz für den Januar 2002 suspendiert waren). Zur Überprüfung dieser Vermutungen wird im nächsten Schritt die Medienresonanz strukturiert nach den Kriterien *mit* bzw. *ohne* Bezug zur Kontroverse detailliert untersucht.

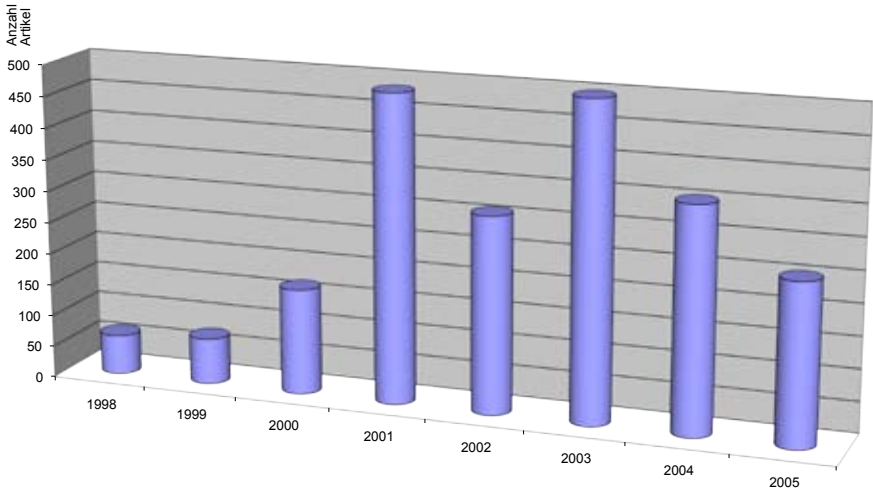


Abb. 2: Gesamte Resonanz des AM/WEF in NZZ, Tages-Anzeiger, Blick, SonntagsBlick, SonntagsZeitung, NZZ am Sonntag sowie Weltwoche im Untersuchungszeitraum 1.1.1998 bis 30.6.2005.

Im nächsten Schritt wird die Gesamtresonanz über das AM/WEF unterteilt in die beiden Cluster:

- 1. «Berichte über das AM/WEF mit Bezug zur Kontroverse»
- 2. «Berichte über das AM/WEF ohne Bezug zur Kontroverse»

Diese Dichotomisierung der Gesamtresonanz zeigt deutlich, dass der Treiber der 2001 schlagartig zunehmenden Berichterstattung (vgl. Abb. 2) der Streit um das AM/WEF war (Abb. 3).

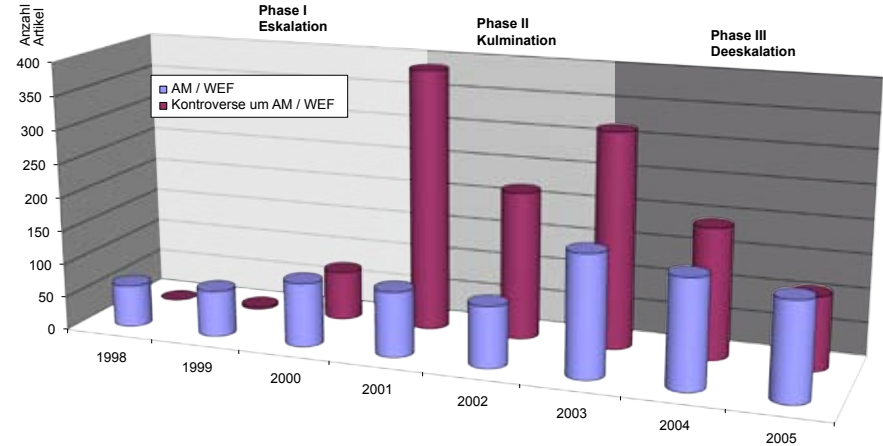


Abb. 3: Dichotomisierung der Medienresonanz des AM/WEF in Berichte über das AM/WEF mit Bezug zur Kontroverse (bordeaux-rot) und Berichte über das AM/WEF ohne Bezug zur Kontroverse (blau; Fokus-Level 1, Tab 23).

Inhaltl. Fokus	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	Ø
Berichte ohne Bezug zur Kontroverse	100%	94.5%	56.5%	20%	29.4%	36.1%	45.5%	57.1%	54.9%
Berichte mit Bezug zur Kontroverse	0%	5.5%	43.5%	80%	70.6%	63.9%	54.5%	42.9%	45.1%
Total	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%

Tab. 4 zeigt die anteilmässige Entwicklung der Berichte über das AM/WEF mit und ohne Bezug zur Kontroverse.

Nach den heftigen Auseinandersetzungen vom Januar 2000, als es in der Schweiz erstmals zu (medial breit wiedergegebenen) Ausschreitungen anlässlich einer nicht bewilligten Demonstration gegen das AM/WEF in Davos gekommen war, war die Berichterstattung über das AM/WEF bis 2005 bestimmt durch die Berichterstattung über die Kontroverse um das AM/WEF: Während des AM/WEF 2001 kam es zu heftigen Ausschreitungen in Zürich, nachdem Demonstranten nicht in das (im Gegensatz zum Vorjahr nun) abgeriegelte Davos gelangen konnten (vgl. Kap. 4.3.1.1.4). Selbst 2002, als das AM/WEF in New York abgehalten wurde, und es in der Schweiz nicht zu nennenswerten Ausschreitungen kam, blieb die Kontroverse der Hauptfokus, denn die innenpolitische Diskussion über

die Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit während des AM/WEF war zu diesem Zeitpunkt in der Schweiz am intensivsten (vgl. Kap. 4.3.1.1.4).

Mit der Entschärfung der Kontroverse ab 2003 ging nicht nur der Gesamtumfang der Resonanz zurück: Es änderte sich auch das Verhältnis der Berichte mit Bezug zur Kontroverse zu Berichten über das AM/WEF ohne Bezug zur Kontroverse zu Gunsten der Berichte ohne Bezug zur Kontroverse. 2003 erhöhte sich das (über längere Zeit eingependelte) mediale Interesse an Aspekten des AM/WEF ohne Bezug zur Kontroverse sprunghaft, um sich in den Folgejahren zwar etwas zurück zu entwickeln, aber auf klar höherem Niveau zu verbleiben. 2005 galt gar der Hauptfokus nicht mehr der Kontroverse, sondern dem AM/WEF selber.

Konstatieren lässt sich schliesslich ein parallel zum Rückgang der Resonanz über die Kontroverse verlaufender Rückgang der gesamten Berichterstattung über das AM/WEF (Abb. 2 und 3), was ebenfalls darauf hinweist, dass das mediale Hauptinteresse am AM/WEF der Kontroverse um das AM/WEF galt.

Die in Abb. 3 und Tab. 1 abgebildete Resonanz lässt die Entwicklung der Kontroverse in drei Phasen unterteilen:

- ▶ Phase I (Eskalation): Januar 1998 bis Ende Januar 2001,
- ▶ Phase II (Kulmination): Februar 2001 bis Ende Januar 2003,
- ▶ Phase III (Deeskalation): Februar 2003 bis Februar 2005.

Die Eskalationsphase ist gekennzeichnet durch den starken Anstieg der medialen Resonanz zwischen dem AM/WEF 1998 und deren Höhepunkt im Umfeld des AM/WEF 2001. Die Durchführung des AM/WEF im Januar 2002 in New York führte zu einem generellen Rückgang der Medienresonanz in der Schweiz, da die AM/WEF-kritischen Aktionen mehrheitlich vor Ort in New York stattfanden. Im Januar 2003 erreichten die Auseinandersetzungen in ihrer Heftigkeit und in der Folge deren Medienresonanz einen neuen Aufschwung. Mit der Entschärfung der Kontroverse ab Frühjahr 2003 (Phase III) entwickelte sich die Resonanz insgesamt zurück.

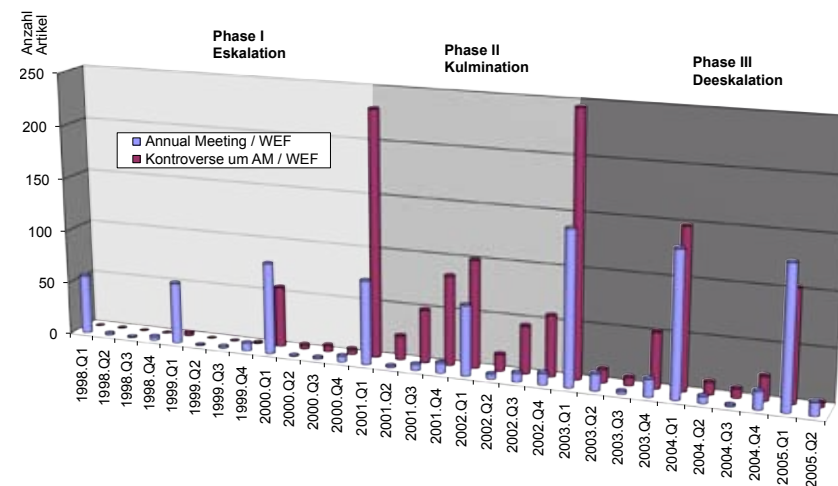


Abb. 4: Quartalsweise Darstellung der Dichotomisierung der Medienresonanz in Berichte über das AM/WEF mit Bezug zur Kontroverse (bordeaux-rot) und Berichte über das AM/WEF ohne Bezug zur Kontroverse (blau; Fokus-Level 1, Tab 23).

Abb. 4 zeigt die Dichotomisierung der Berichterstattung in Berichte über das AM/WEF mit und ohne Bezug zur Kontroverse geordnet nach Quartalen ihrer Erscheinung. Hierbei lässt sich folgendes konstatieren:

- Solange die Kontroverse um das AM/WEF keine Nachrichtenwerte schuf, konzentrierte sich die Berichterstattung inhaltlich auf das AM/WEF ohne Bezug zur Kontroverse und zeitlich auf das engere Umfeld des AM/WEF (jeweils Januar).
- Im Nachgang der ersten Ausschreitungen in Davos im Januar 2000, d.h. in Erwartung weiterer heftiger Auseinandersetzungen anlässlich des AM/WEF 2001, erst Recht nach den schweren Ausschreitungen in Zürich vom Januar 2001, zeichnete sich eine Änderung ab. Zum einen gewann die Berichterstattung über die Kontroverse deutlich Überhand und zum andern verteilte sie sich – mit Höhepunkten jeweils zu Zeiten des AM/WEF im Januar – auf das ganze Jahr. Der Grund: In der Folge der Auseinandersetzungen wurden die politische und die juristische Verarbeitung geschehener gewaltsamer Auseinandersetzungen oder

des Verhaltens der Behörden sowie Ankündigungen und Massnahmen beider Seiten im Hinblick auf neue zu erwartende Auseinandersetzungen systematisch prominent thematisiert (vgl. Kap. 4.1.1.4). Die Kontroverse um das AM/WEF als langfristiges innenpolitisches Issue²⁹, das nun regelmässig nachrichtenrelevante Ereignisse schaffte, hatte sich somit definitiv etabliert und wurde von den Medien nun systematisch bewirtschaftet.

- Mit dem Rückgang der Spannungen ab 2003 und noch mehr 2004 konzentrierte sich die Berichterstattung zeitlich wieder vermehrt auf die Austragung des AM/WEF und entwickelte sich insgesamt, wie schon in Abb. 2 und 3 sichtbar, wieder zurück.

Diese ersten grundlegenden Befunde werden in den folgenden Kapiteln im Detail analysiert und begründet. Auf S. 102 bis 151 wird zuerst die Dynamik des AM/WEF-Diskurses mit Bezug zur Kontroverse auf verschiedenen Vertiefungsstufen (Fokus-Levels) analysiert. Dieselbe schrittweise Vertiefung bezüglich des AM/WEF-Diskurses ohne Bezug zur Kontroverse wird dann auf S. 152 bis 157 vorgenommen.

4.3.1.1 Dynamik des AM/WEF-Diskurses mit Bezug zur Kontroverse

Nachdem nun eine Übersicht über die gesamte Resonanz des AM/WEF im Untersuchungszeitraum sowie deren Dichotomisierung in Berichte über das AM/WEF mit und Berichte über das AM/WEF ohne Bezug zur Kontroverse (aufgeschlüsselt nach Erscheinungsjahren und nach jeweiligen Quartalen) vorgenommen wurden, sollen in Kapitel 4.3.1.1 die Themenbereiche identifiziert und analysiert werden, welche die Berichterstattung über das AM/WEF mit Bezug zur Kontroverse bestimmten. In verschiedenen Vertiefungsschritten werden die thematischen Strukturen, welche die mediale Resonanz der Kontroverse festlegten, deduktiv analysiert.

29 Zum Begriff «Issue» vgl. Fussnote 21, S. 75

Die Berichte über das AM/WEF mit Bezug zur Kontroverse lassen in einem ersten Differenzierungsschritt in folgende thematische Cluster von Medienereignissen gruppieren:

- Themencluster «Aktivitäten gegen das AM/WEF»
- Themencluster «Sicherheit»
- Themencluster «Vermittlung zwischen den Kontrahenten»
- Themencluster «Diskussion über Nutzen/Schaden des AM/WEF»
- Themencluster «Medienberichterstattung»

Diese fünf Themencluster widerspiegeln die thematische Grundstruktur des AM/WEF-Diskurses mit Bezug zur Kontroverse. Ihr Verhältnis zueinander sowie die weitere Differenzierung der einzelnen Themencluster in Unter-Themencluster werden in den folgenden Kapiteln schrittweise vorgenommen bzw. analysiert. Die einzelnen Schritte dieses deduktiven Vorgehens sind auf Tabelle 23, S. 258f. übersichtsmässig dargestellt.

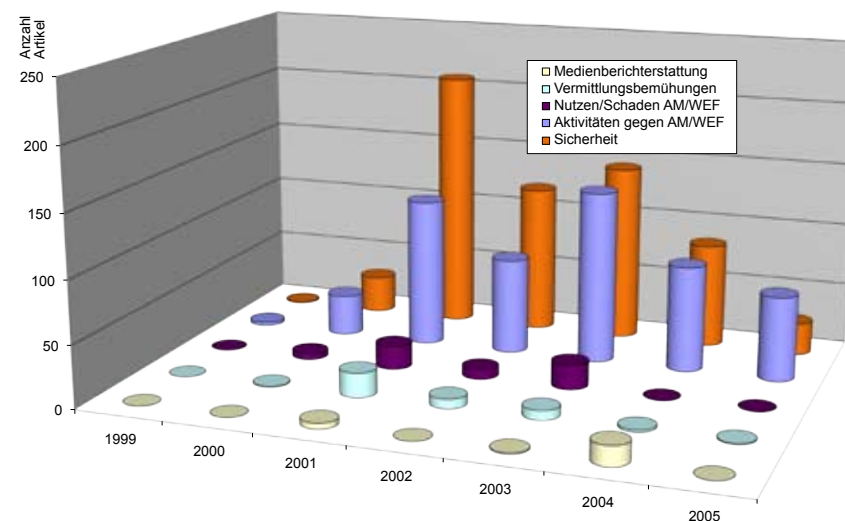


Abb. 5 zeigt die thematische Strukturierung der Medienresonanz mit Bezug zur Kontroverse um das AM/WEF in die Themencluster «Aktivitäten gegen das AM/WEF», «Sicherheit», «Vermittlung zwischen den Kontrahenten», «Diskussion über Nutzen/Schaden des AM/WEF», «Medienberichterstattung» (Fokus-Level 2, Tab 23).

Inhaltl. Fokus	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005
Aktivitäten gegen das AM/WEF	75%	47.8%	32.1%	36.3%	44.7%	45.5%	71.5%
Sicherheit	25%	43.5%	56.1%	56.1%	46.0%	44.8%	27.4%
Medienberichterstattung	0%	0%	1.3%	0%	0.3%	8.6%	0%
Vermittlungsbemühungen	0%	1.5%	5.4%	3.8%	2.6%	1.1%	1.1%
Nutzen-/Schadenabwägung AM/WEF	0%	7.2%	5.1%	3.8%	6.4%	0%	0%
Total	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%

Tab. 5 zeigt die anteilmässige Entwicklung der Sub-Themenbereiche innerhalb des Themenclusters «Kontroverse um das AM/WEF».

Abb. 5 und Tab. 2 zeigen die Struktur der Medienresonanz der Kontroverse um das AM/WEF entlang der inhaltlichen Themenbereiche über den gesamten Untersuchungszeitraum geordnet nach Jahren. Wie sich deutlich zeigt, war die Berichterstattung dominiert durch die diversen Aktivitäten gegen das AM/WEF einerseits sowie durch die Aspekte, die mit Fragen der Sicherheit zusammenhängen. Die anderen Themenbereiche («Vermittlungsbemühungen zwischen den Kontrahenten», «Diskussion über Nutzen/Schaden des AM/WEF» und «Medienberichterstattung») lösten im Vergleich dazu lediglich unbedeutende Resonanz aus.

Unter «Aktivitäten gegen das AM/WEF» sind Berichte über a) Demonstrationen und damit zusammenhängende Aspekte, b) Gegenveranstaltungen und c) Einzelaktionen subsumiert (vgl. Tab. 23, S. 258f.). Die diversen Aspekte der Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit im Zusammenhang mit Demonstrationen bzw. der diesbezüglichen Massnahmen oder Absichten der Behörden und die damit verbundenen politischen und juristischen Auseinandersetzungen usw. sind im Themencluster «Sicherheit» erfasst. Diese Trennung rechtfertigt sich, da die Behörden, welche Massnahmen zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit zu treffen hatten, in einem anderen Handlungskontext stehen als die AM/WEF-Opponenten, sich also nach anderen Handlungsmaximen und Regeln richten (müssen) als die Demonstranten. Wie zu zeigen sein wird, lösten die Massnahmen der Behörden zur Erhaltung der Sicherheit denn auch anders ausgerichtete Dynamiken aus als die Aktivitäten der AM/WEF-Kritiker, insbesondere als die Demonstrationen.

2001 war der Höhepunkt sowohl der physischen als auch der politischen Auseinandersetzungen um das AM/WEF (detaillierte Ausführungen zur Entwicklung der Geschehnisse im Überblick vgl. S. 135ff.). Entsprechend fand die Kontroverse zu diesem Zeitpunkt die grösste Resonanz. 2001 und 2002 wurden die Aspekte des Themas Sicherheit im Verhältnis zu den Aktivitäten der AM/WEF-Gegner am meisten thematisiert, da sie für Schweizer Verhältnisse neuartig und zu diesen Zeitpunkten auch stark umstritten waren. 2002 gingen die Berichterstattungen aufgrund der Durchführung des AM/WEF in New York zwar zeitweilig zurück, der Anteil der Resonanz zum Thema «Sicherheit» blieb jedoch hoch, da die Debatte über die Sicherheitsmassnahmen bzw. die Aufgaben des Staates zur Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit bei künftigen AM/WEFs (trotz Austragung des AM/WEF in New York City) den innenpolitischen Diskurs um das AM/WEF bestimmten (detailliert ausgeführt S. 119ff.). 2003 hielten sich die Resonanzen über AM/WEF-kritische Aktivitäten und zum Thema Sicherheit in etwa die Waage. Derselbe Befund gilt auch für 2004, wenn auch in insgesamt geringerem Umfang. 2005 ging die Gesamtberichterstattung über die Kontroverse um das AM/WEF noch einmal zurück, insbesondere wurden nun aber die sicherheitsrelevanten Themen im Verhältnis zu den AM/WEF-kritischen Aktivitäten viel weniger thematisiert. Der Grund: Mit der Implementierung einer neuartigen, breit akzeptierten Vorgehensweise entschärfte sich die politische Kontroverse um die Sicherheitsmassnahmen. Entsprechend dem Rückgang der Kontroverse entwickelte sich das mediale Interesse an der Auseinandersetzung um das AM/WEF und an den damit verbundenen Aspekten zurück.

Wie Abb. 5 weiter zeigt, fanden Vermittlungstätigkeiten trotz der lang anhaltenden und bisweilen ausserordentlich gewaltsamen Auseinandersetzungen wenig Medienresonanz (vgl. Kap. 4.3.1.1.5). Kohärent zu diesem Befund lässt sich weiter feststellen, dass auch eine Diskussion über Nutzen/Schaden des AM/WEF in der Medienöffentlichkeit praktisch nicht stattfand oder lanciert wurde (vgl. Kap. 4.3.1.1.6). Im weiteren wurde auch die Medienberichterstattung über die Kontroverse nur am Rande thematisiert (vgl. Kap. 4.3.1.1.7). Diese Elemente werden weiter unten detaillierter diskutiert.

Zwischenfazit:

Klar am meisten Resonanz vermochten die Aktivitäten der AM/WEF-Gegner und die entsprechenden (Gegen-)Massnahmen der Behörden zu generieren. Aktivitäten, welche eine Relativierung oder Entschärfung der Kontroverse zum Ziel gehabt hätten – wie Vermittlungsbemühungen oder eine (sachliche) Diskussion über das kritisierte AM/ WEF – wurden durch die Medienarena nicht gefördert. Die Berichterstattung wurde also weitgehend bestimmt durch die Kontroverse (zumindest potentiell) befeuernder Beiträge. Sie ermöglichten eine erfolgreiche mediale Bewirtschaftung der Kontroverse.

In den nächsten Schritten sollen nun die fünf Themencluster, aus denen sich der Themenbereich «Kontroverse um das AM/WEF» zusammensetzt (also die Themencluster «Aktivitäten gegen das AM/WEF», «Sicherheit», «Vermittlungsbemühungen zwischen den Kontrahenten», «Diskussion über Nutzen/Schaden des AM/WEF» und «Medienberichterstattung») je vertieft analysiert werden.

4.3.1.1.1 Resonanzstruktur Themencluster «Aktivitäten gegen das AM/WEF»

Das Themencluster «Aktivitäten gegen das AM/WEF» setzt sich zusammen aus den drei Sub-Themencluster «Demonstrationen», «Gegenveranstaltungen» sowie «Einzelaktionen gegen das AM/WEF» (Abb. 6).

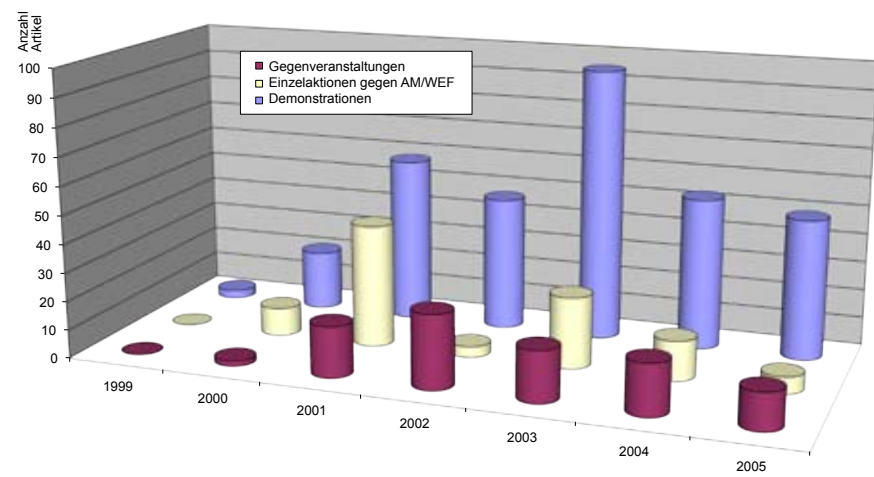


Abb. 6 zeigt die Strukturierung des Themenclusters «Aktivitäten gegen das AM/WEF» in die Sub-Themencluster «Demonstrationen», «Gegenveranstaltungen» und «Einzelaktionen gegen das AM/WEF» (Fokus-Level 3, Tab. 23).

Aktivitäten gegen das AM/WEF	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	Ø
Demonstrationen	100%	63.6%	48.8%	61.0%	68.8%	72.4%	72.1%	68.1%
Gegenveranstaltungen	0%	6.1%	15.1%	33.8%	13.0%	21.2%	19.1%	15.5%
Einzelaktionen	0%	30.3%	36.1%	5.2%	18.2%	6.4%	8.8%	16.4%
Total	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%

Tab. 6 zeigt die anteilmässige Entwicklung der Sub-Themenbereiche innerhalb des Themenclusters «Aktivitäten gegen das AM/WEF».

«Demonstrationen» umfasst Berichte, welche einen oder mehrere Aspekte von Demonstrationen im Zusammenhang mit dem AM/WEF, nicht aber die Massnahmen der Behörden zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit thematisieren. Dazu gehören Berichte über Ziele und Inhalte der Demos, Vorbereitungstätigkeiten, Ablauf von Demonstrationen, juristische Aufarbeitung usw. Wie Abb. 6 zeigt, erzielte das Themencluster «Demonstrationen» klar die höchste Resonanz unter den Aktivitäten gegen das AM/WEF. Die Demonstrationen bildeten sich zu Beginn der Kontroverse für die Öffentlichkeit überraschend und waren in der Regel gekoppelt mit Gewalttaten. Diese Kombination von Überraschung und Gewalt verfestigte deren Dominanz in der Medienarena schnell und kurbelte gleichzeitig die öffentliche Diskussionen im Hinblick auf

weitere zu erwartende Demos mit Ausschreitungen bzw. um die vorzukehrenden Sicherheitsmassnahmen usw. an. Es entwickelte sich hier also ein *längerfristiges Medienereignis mit klaren Folgeerwartungen*, da es sich beim Ziel, gegen das sich die Aktivisten richteten, also dem AM/WEF, um eine institutionalisierte, jährlich wiederkehrende Veranstaltung handelt.

Nach der ersten gewalttätigen Demo 2000 erzielte der Themenbereich «Demonstrationen» seine zweithöchste Resonanz 2001, als sich in Zürich eine neue Dimension der Eskalation eröffnete, und zwar einerseits aufgrund der hemmungslosen Gewalt, die sich in enormen Zerstörungen äusserte, anderseits deshalb, weil damit der «Kampf gegen das AM/WEF» in die Schweizer Städte getragen worden war. Ihren Höhepunkt erzielte die Berichterstattung über Demonstrationen 2003, da die Auseinandersetzungen um die Personenkontrollen bei Fideris in den Medien ausführlich wiedergegeben wurden (vgl. Kap. 4.3.1.1.4).

«Gegenveranstaltungen» umfasst öffentlich zugängliche Diskussionsveranstaltungen, an welchen vorab Globalisierungs- und AM/WEF-kritische Kreise Positionen sowie Strategien gegenüber dem AM/WEF, der globalisierten Wirtschaft, international tätigen Konzernen usw. thematisiert werden. Es sind Diskussionsgefässe, bei denen weniger die Mobilisierung möglichst vieler Personen und eine maximale Medienpräsenz im Zentrum stehen, wie dies bei Demonstrationen der Fall ist, als vielmehr die inhaltlich-konzeptionelle bzw. strategisch-taktische Debatte und Meinungsbildung im Hinblick auf aus der Sicht der Teilnehmenden notwendige Veränderungen der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse oder Strukturen.

«Einzelaktionen gegen das AM/WEF» subsumiert Berichte über Protestaktivitäten gegen das AM/WEF, welche weder eine möglichst hohe Mobilisierung von AM/WEF-Gegnern (wie die Demonstrationen) noch eine inhaltliche Debatte (wie die Gegenveranstaltungen) zum Ziel hatten. Die unter «Einzelaktionen gegen das AM/WEF» aufgeführten Aktivitäten sollten in erster Linie Medienresonanz erzielen und/oder den Ablauf des AM/WEF stören. Es handelte sich in der Regel um straf- oder zivilrechtlich relevante Aktionen anonymen Einzelpersonen oder kleiner Gruppen.

Im Folgenden sollen nun die Resonanzstrukturen der drei Sub-Themencluster «Demonstrationen», «Gegenveranstaltungen» sowie «Einzelaktionen gegen das AM/WEF» des Themenbereichs «Aktivitäten gegen das AM/WEF» je vertieft analysiert werden.

4.3.1.1.1 Resonanzstruktur Themencluster «Demonstrationen»

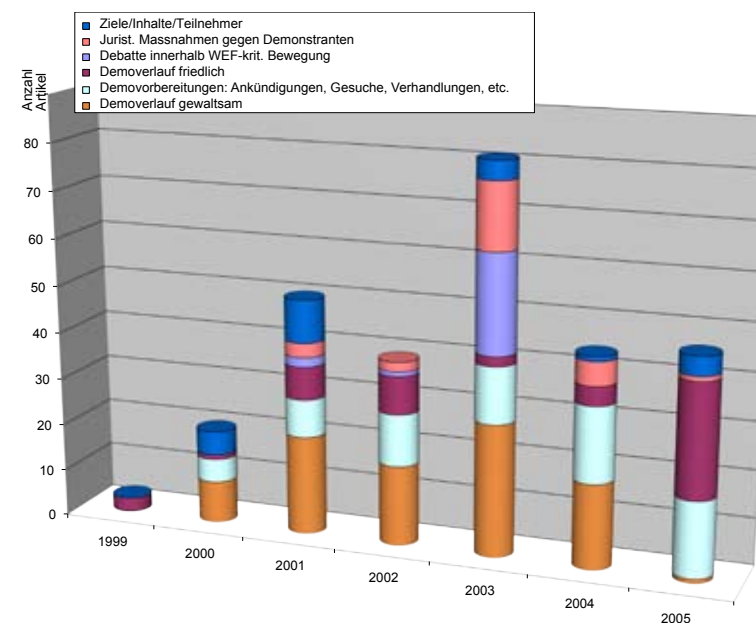


Abb. 7 zeigt die umfangmässige Gesamtentwicklung des Themenclusters «Demonstrationen».

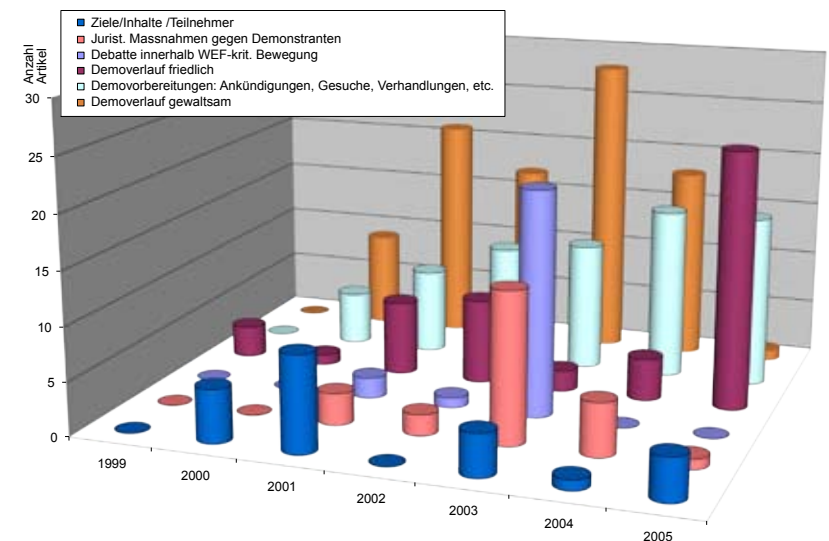


Abb. 8 bildet die Struktur des Themenclusters «Demonstrationen» geordnet nach Jahren ab (Fokus-Level 4, Tab. 23).

Demonstrationen	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	Ø
Demo gewaltsam	0%	45.0%	42.0%	43.6%	34.5%	40.9%	2.1%	29.7%
Demo friedlich	100%	5.0%	14.0%	20.5%	2.5%	9.1%	52.2%	29.0%
Demovorbereitungen	0%	25.0%	16.0%	28.2%	14.8%	36.3%	34.8%	22.2%
Jurist. Massnahmen	0%	0%	6.0%	5.1%	17.3%	11.4%	2.2%	6.0%
Bewegungsint. Debatte	0%	0%	4.0%	2.6%	25.9%	0%	0%	4.6%
Ziele/Inhalt/Teilnehmer	0%	25%	18.0%	0%	5.0%	2.3%	8.7%	8.5%
Total	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%

Tab. 7 zeigt die anteilmässige Entwicklung der Sub-Themenbereiche innerhalb des Themenclusters «Demonstrationen».

Abb. 7 und 8 zeigen die Struktur des Themenclusters «Demonstrationen». Er setzt sich zusammen aus den sechs Sub-Cluster «Demoverlauf gewaltsam», «Demoverlauf friedlich», «Ankündigungen/Gesuche/Vorbereitungen der Demonstranten», «Juristische Massnahmen gegen Demonstranten», «Debatten innerhalb der AM/WEF-kritischen Bewegung» sowie «Ziele/Inhalte/Teilnehmer».

Aus Abb. 7 und 8 lässt sich folgendes ablesen:

- Die höchste Resonanz erzielten gewaltsame Auseinandersetzungen bei Demonstrationen. Entsprechend bestimmten gewaltsame Demos ab 2000 (bis 2005, als es bei den vorwiegend lokalen Aktionen nicht mehr zu Gewaltaktionen kam) die Berichterstattung über die Demonstrationen.
- Nach der ersten gewaltsamen Auseinandersetzung im Jahre 2000 weitete sich die Berichterstattung auf diverse Zusatzebenen der Demonstrationen aus. Sämtliche Elemente wie Ankündigungen oder Vorbereitungshandlungen wurden nun – aufgrund der Erwartung weiterer, mit grösster Wahrscheinlichkeit wiederum gewaltsamer oder gar noch gewaltsamerer Demos – ebenso wie sämtliche juristischen Aspekte zu Nachrichten.
- Die höchste Resonanz erzielte das Themencluster «Demonstrationen» 2003, als die neue Sicherheitsstrategie der Behörden ihre Bewährungsprobe zu bestehen hatte, bzw. das Gerangel bei Fideris im Detail wiedergegeben wurde und die AM/WEF-kritische Bewegung sich in der Frage der Personenkontrolle bei Fideris spaltete (hoher Anteil «Debatte innerhalb AM/WEF-kritischer Bewegung»).
- «Ziele/Inhalte/Teilnehmer» der Manifestationen erzeugten im Vergleich zu den gewaltsamen Auseinandersetzungen und den damit verbundenen Aspekten praktisch keine Resonanz, die mit dem Kampf gegen das AM/WEF verbundenen Anliegen der AM/WEF-Kritiker wurden nicht als Nachrichtenwerte taxiert.
- Auch bewegungsinterne Debatten wurden – mit Ausnahme Anfang 2003 – praktisch nicht zu medienöffentlichen Themen.

Bevor die beiden Themencluster «Gegenveranstaltungen» und «Einzelaktionen gegen das AM/WEF» auf deren inhaltliche Strukturen überprüft werden, soll im Folgenden noch analysiert werden, welche bewegungsinternen Debatten zu Nachrichten führten.

4.3.1.1.1.1 Resonanzstruktur Themencluster «Debatten innerhalb der AM/ WEF-kritischen Bewegung»

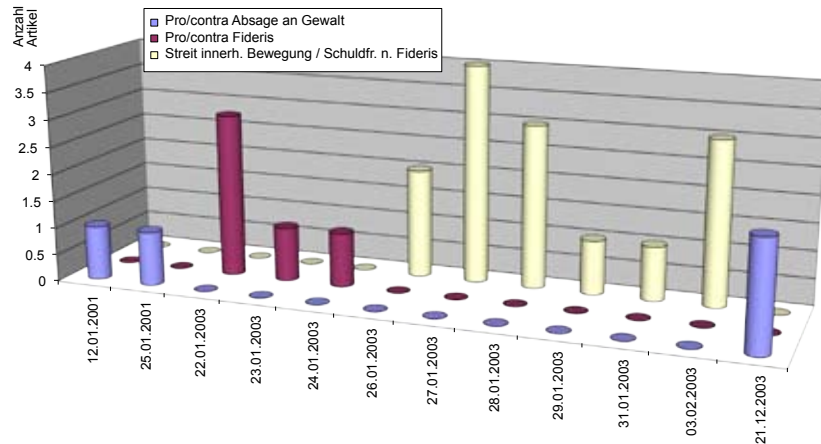


Abb. 9 zeigt die inhaltlich/thematischen Entwicklungen der Debatten innerhalb der AM/WEF-kritischen Bewegung aufgeschlüsselt nach Erscheinungstagen der Artikel (Fokus-Level 5, Tab. 23).

Abb. 9 zeigt die Anzahl und die inhaltlichen Schwerpunkte der Berichte über Debatten innerhalb der AM/WEF-kritischen Bewegung. Unmittelbar vor der (in der Folge gescheiterten) Demonstration vom 25.1.2003 wurde über die bewegungsinterne Debatte berichtet, ob man die Sicherheitskontrollen bei Fideris (am Demotag 25.1.2003) akzeptieren solle oder nicht, unmittelbar nach der Demo wurden bewegungsintern die Schuld am Scheitern der gross angekündigten Manifestation diskutiert und zahlreiche Vorwürfe an verschiedene Adressaten innerhalb der AM/WEF-kritischen Bewegung erhoben. Auffallend ist, dass die (für die Glaubwürdigkeit der Bewegung relevante) Frage, ob man sich von Gewaltanwendungen distanzieren solle oder nicht, lediglich ganz am Rande zu Beginn der Kontroverse 2001 sowie Ende 2003 im Hinblick auf das AM 2004 thematisiert wurden.

Dass die bewegungsinternen Debatten in den untersuchten Medien praktisch keine Resonanz fanden, weist darauf hin, dass bewegungsinterne Debatten praktisch keine Nachrichtenwerte generieren. Wenn, dann finden diese Debatten in andern als den hier

untersuchten Medien statt. Dazu gehören die bewegungsnahe «Wochenzeitung» oder Internetplattformen wie indymedia.org. Das Ergebnis bestätigt weiter die von Imhof (1996) formulierte Beobachtung, wonach bei sozialen Bewegungen ein hoher Konformitätsdruck herrscht und eine eher schwache Binnendifferenzierung durch eine scharfe Aussendifferenzierung gegenüber dem politischen Gegner kompensiert wird.

4.3.1.1.1.2 Resonanzstruktur Themencluster «Gegenveranstaltungen»

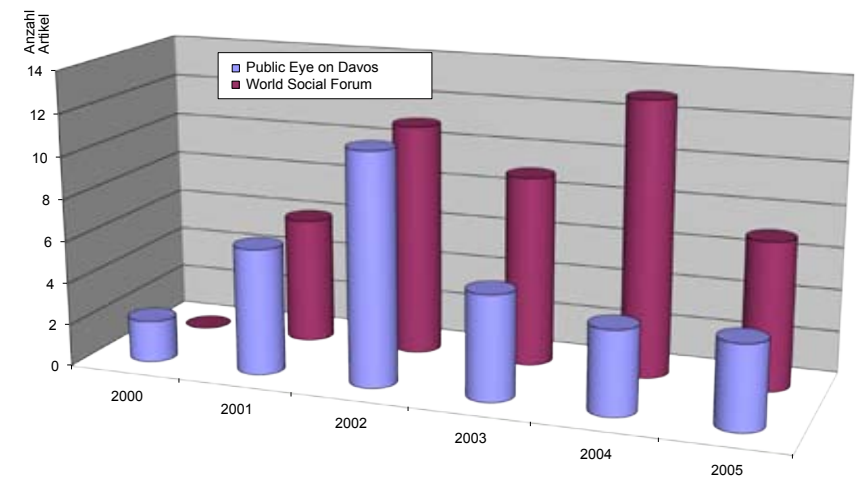


Abb. 10 zeigt die Strukturierung des Themenclusters «Gegenveranstaltungen» in die Sub-Themencluster «Public Eye on Davos» und «World Social Forum» (Fokus-Level 4, Tab. 23).

Abb. 10 gibt Aufschluss über die Resonanzstruktur des Themenclusters «Gegenveranstaltungen». Im Wesentlichen wurden dabei das «Public Eye on Davos» (PE) und das «World Social Forum» (WSF) thematisiert. 2001 waren zwar noch andere Gegenveranstaltungen durchgeführt worden. Deren Nachhaltigkeit war allerdings nicht gegeben, entsprechend konzentrierte sich die Berichterstattung über Gegenveranstaltungen auf das PE und das WSF.

2000 wurde das «Public Eye on Davos» gegründet und während des AM/WEF 2001 als parallel dazu laufende Veranstaltung erstmals durchgeführt. Die mediale Beachtung des «Public Eye on Davos» wies eine eigene Dynamik auf: 2000 war die Ankündigung der Gründung als Medienereignis das dominante Thema der Berichterstattung über das «Public Eye». 2001 wurden mehrheitlich Programmankündigungen im Vorfeld der Veranstaltungen wiedergegeben. Die Behinderung eines Panelteilnehmers und mehrerer Besucher des «Public Eye on Davos» am Besuch einer Veranstaltung aufgrund der starken Einschränkung der Bewegungsfreiheit durch die Polizei am 27.1.2001 wurde ebenfalls zu einem Medienereignis und sollte in der späteren Diskussion über die Angemessenheit der polizeilichen Massnahmen als viel zitiertes Beispiel für die Einschränkung der Meinungsäusserungsfreiheit dienen, wie sie in einem demokratischen Rechtsstaat wie der Schweiz nicht passieren dürfe. Dieser Vorfall trug wesentlich zur Emotionalisierung der Situation und zur Erhöhung des Druckes auf die Behörden bei, nach der rigorosen Absperrung von Davos 2001 ihre Sicherheitsstrategie zu ändern und insbesondere die Meinungsäusserungsfreiheit nicht nur der AM/WEF-Teilnehmenden, sondern auch der AM/WEF-Kritiker vollumfänglich (letztlich auch durch die Bewilligung einer Demonstration) zu gewährleisten. Das «Public Eye on Davos» erlebte in den hier untersuchten Medien resonanzmässig seinen Höhepunkt 2002 in New York, als auch Bundespräsident Villiger ihm einen Besuch abstattete. 2003 ging die Medienbeachtung des «Public Eye» stark zurück. Dazu beigetragen haben dürften die Einführung des «Open Forum Davos» ab 2003, das in einem gewissen Sinne eine Konkurrenz zum «Public Eye on Davos» als öffentlich zugänglicher Diskussionsplattform darstellte sowie das Fehlen von Nachrichtenwerten, die journalistische Selektionskriterien erfüllten (vgl. Akteursanalyse zum «Public Eye on Davos» S. 176ff.).

Die Inhalte der an den (öffentlichen) Diskussionsveranstaltungen des «Public Eye on Davos» behandelten Themen fanden in den hier untersuchten Medien allerdings keine Resonanz: Nicht die Debatten des «Public Eye on Davos» lieferten Nachrichtenwerte, sondern einerseits das pure Faktum der Existenz des «Public Eye on Davos» als Element der grösseren Kontroverse um das AM/WEF, sowie andererseits in der Folge die (politisch definierten bzw. umstrittenen) Rahmenbedingungen, innerhalb derer die Veranstalter aktiv werden konnten oder eben nicht, bzw. die Statements der Organisatoren mit ihren Intentionen diesbezüglich (Kritik an der Behinderung eines Panelteilnehmers durch

die Polizei). Die Verantwortlichen des «Public Eye on Davos» trugen der rückläufigen bzw. ausbleibenden Medienbeachtung in dem Sinne Rechnung, als sie 2005 das Konzept der Veranstaltung den medialen Selektionskriterien anpassten und seither im Rahmen von Events in Davos Awards an Konzerne vergeben, die aus ihrer Sicht durch besonders illegitimes Handeln aufgefallen sind.

Die zweite Gegenveranstaltung, die beachtliche mediale Resonanz auslöste, war das World Social Forum (WSF), das erstmals 2001 in Porto Allegre, Brasilien, durchgeführt worden war. Die als globaler Kontrapunkt zum AM/WEF ausgerichtete Veranstaltung verzeichnete bis 2004 in den untersuchten Medien eine steigende Beachtung, 2005 entwickelte sich diese zurück. Thematisiert wurden primär Fakten zum WSF (Teilnehmer, Organisatoren, Zielsetzungen, Reportagen) sowie Schweizer Bezüge (Namen von und Gespräche mit Teilnehmenden aus der Schweiz, in der Regel Parlamentarier, also Prominente).

Den Rückgang der Berichterstattung begründeten gewisse Medien gleich selber: Das WSF entwickelte sich zu einem «ideologischen Gemischtwarenladen» mit «Zeltlagerromantik» und alles in allem «begrenzter Wirkung» (NZZ, 27.1.2005). 2005 wurde ein gewisser Stillstand der Bewegung um das WSF (vgl. Weltwoche und Tages-Anzeiger vom 27.1.2005) konstatiert. Formen und Inhalte wiederholten sich, es entstand eine gewisse Ritualisierung, die Medien konnten immer weniger Nachrichtenwerte beim WSF entdecken.

Zwischenfazit:

Das «Public Eye on Davos» erhielt hohe Resonanz während der Eskalationsphase (2000–2001) der Kontroverse. Dass die Tagungsinhalte des «Public Eye on Davos» nicht medial thematisiert wurden und in der Zeit der Deeskalation dessen Resonanz generell zurückging, zeigt, dass das «Public Eye» wohl als interessante Begleiterscheinung der Kontroverse angesehen wurde, es sich aber nicht als relevanter Akteur im Rahmen der Kontroverse etablieren konnte und damit als Nachrichtenlieferant wieder an Bedeutung verlor. Diese Beobachtung wird bestätigt durch den Strategiewechsel, den die «Public Eye»-Verantwortlichen 2005 vollzogen. Vergleichbares gilt für das WSF: Als Kontra-

punkt zum AM/WEF erschien es im Rahmen der globalisierungs- und AM/WEF-kritischen Bewegung als globaler Sammelpunkt dieser Gegenbewegung medial attraktiv. Da es mit der Zeit immer weniger Medienereignisse produzierte, entwickelte sich auch dessen mediale Resonanz – im Gegensatz zu jener des AM/WEF – wieder zurück.

4.3.1.1.1.3 Resonanzstruktur «Einzelaktionen gegen das AM/WEF»

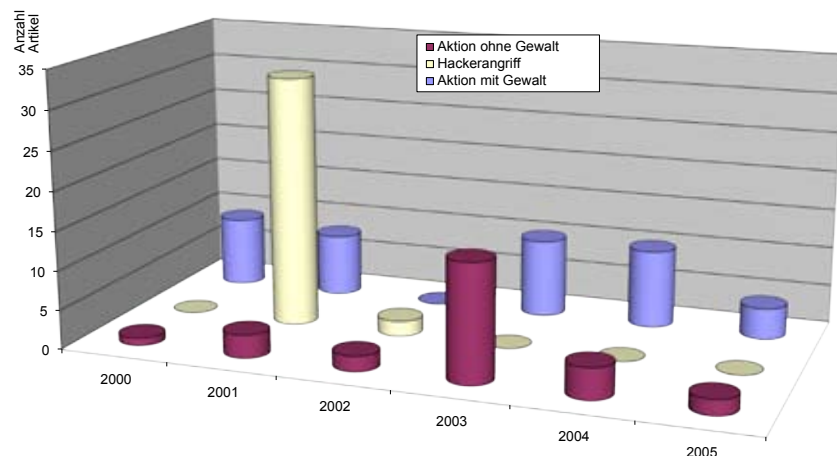


Abb. 11 gibt die Strukturierung der Resonanz der «Einzelaktionen gegen das AM/WEF» in die Sub-Themencluster «Einzelaktionen mit Gewaltanwendung», «Einzelaktionen ohne Gewaltanwendung», «Hackerangriff» wieder (Fokus-Level 4, Tab. 23).

Abb. 11 zeigt die Entwicklung der Medienresonanz von «Einzelaktionen gegen das AM/WEF». «Einzelaktionen gegen das AM/WEF» werden hier weiter unterteilt in «Einzelaktionen ohne Gewaltanwendung», «Einzelaktionen mit Gewaltanwendung» sowie in den Spezialfall «Hackerangriff», der 2001 grosses Medienecho auslöste³⁰. Zu den «Einzelaktionen ohne Gewaltanwendung» gehörten (meist illegale) Aktionen wie

³⁰ 2001 knackte ein Hacker den WEF-Computer und publizierte persönliche Angaben von AM-Teilnehmenden wie Kreditkartennummern u.ä. Der Vorfall und die darauf vom WEF eingeleiteten rechtlichen Schritte lösten ein breites und lang anhaltendes Medienecho aus. Die «SonntagsZeitung» hatte exklusiv als erste und ausführlich über den Hack berichtet.

beispielsweise das Aufhängen von Plakaten an offiziellen APG-Stellen mit AM/WEF-kritischen ironischen Sprüchen, das Einlegen einer AM/WEF-kritischen Beilage in die Gratiszeitung «20 Minuten», das Verschicken gefälschter Briefe mit der Ankündigung von Steuererhöhungen wegen des AM/WEF, aber auch Mahnwachen usw. Zu den «Einzelaktionen mit Gewaltanwendung» gehörten das Zerstören von Hauseinrichtungen von WEF-Mitgliederfirmen, die Besetzung der Zufahrtswege zum Flughafen Zürich, das Zünden von Sprengladungen usw. In den Jahren 2000 bis 2004 wiesen die Berichte über Einzelaktionen mit Gewalt eine gewisse Konstanz (auf generell tiefem Niveau) auf. 2002, im New-York-Jahr des AM/WEF, wurde nicht über gewaltsame Einzelaktionen berichtet und 2005 entwickelten sich die Berichte über gewaltsame Aktionen allgemein zurück. Berichte über Einzelaktionen ohne Gewalt nahmen 2003 zu. Ihren Höhepunkt hatten die Berichte über gewaltfreie Einzelaktionen im Jahre 2003 gleichzeitig mit dem eigentlichen Höhepunkt (und Scheidepunkt) der AM/WEF-kritischen Bewegung. Der Hackerangriff im Jahre 2001 (mit medial bewirtschafteten juristischen Folgen 2002) stellt insofern einen Sonderfall dar, als diese einzelne Aktion aufgrund der diversen juristisch-polizeilichen Massnahmen (Anzeige, Haftbefehl, Verhaftung, Freilassung, etc.) weit überdurchschnittlich viele Medienberichte auslöste – insbesondere in der SonntagsZeitung, die exklusiv zu berichten wusste und das Thema über längere Zeit bewirtschaftete.

Zwischenfazit:

Einzelaktionen (in der Regel anonymer) AM/WEF-Gegner wurden unabhängig davon thematisiert, ob von ihnen Gewalt ausging oder nicht. Diese Einzelaktionen waren Teil des breiten und anhaltend Nachrichten liefernden Ereignisses »öffentliche Kontroverse um das AM/WEF« und erhielten aus diesem Grunde Resonanz. Da diese Aktionen primär den Zweck der Irritation und Provokation hatten, und die Akteure dahinter nicht sichtbar wurden, erhielten sie einen Status zwischen kreativen Protesten und reinen Hooliganaktionen ohne wirkliche politische, aber mit strafrechtlicher Relevanz.

Nachdem die thematischen Strukturen des Clusters «Aktivitäten gegen das AM/WEF» detailliert analysiert worden sind, wenden wir uns im nächsten Schritt der Analyse des Themenclusters «Sicherheit» zu.

4.3.1.1.2 Resonanzstruktur Themencluster «Sicherheit»

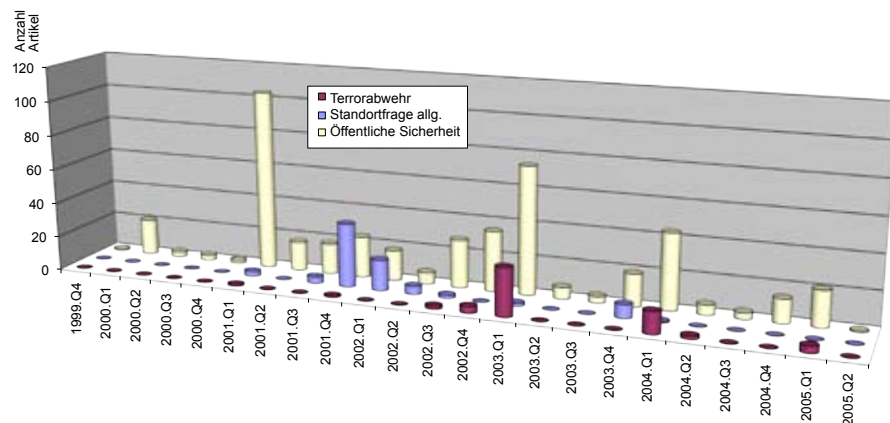


Abb. 12 zeigt die Strukturierung des Themenclusters «Sicherheit» in die Sub-Themencluster «Standortfrage allg.», «Terrorabwehr» und «Öffentliche Sicherheit» (Fokus-Level 3, Tab. 23).

Das Themencluster «Sicherheit» bündelt sämtliche Berichte über Massnahmen zur Gewährleistung der Sicherheit der Teilnehmenden des AM/WEF und allgemein der Schweizer Öffentlichkeit im Zusammenhang mit dem AM/WEF wie auch die unterschiedlichen damit zusammenhängenden medialisierten Aspekte wie deren öffentliche Diskussion, juristische Auseinandersetzungen usw. Es lässt sich in drei Sub-Themencluster strukturieren: «Standortfrage allgemein», «Terrorabwehr» und «öffentliche Sicherheit». Diese drei Themenbereiche sollen im Folgenden vertieft analysiert werden.

Im Rahmen der öffentlichen Debatte um die Reaktionen der Behörden auf die Gewaltakte militanter AM/WEF-Gegner kam die Frage auf, ob die Schweiz angesichts der ständig zunehmenden und sich auch geografisch über das Land verbreitenden Gewalttaten und Ausschreitungen überhaupt noch in der Lage sei, anlässlich des AM/WEF die öffentliche Sicherheit zu gewährleisten, oder ob es nicht besser wäre, der Kongress

fände nicht mehr in Davos bzw. überhaupt in der Schweiz statt. Die Berichte zu diesem Themencluster sind erfasst unter «Standortfrage allg.». (Die Standortfrage wurde noch in einem anderen Kontext diskutiert, nämlich im Rahmen der Abstimmung in der Gemeinde Davos vom 19.10.03. Zur Resonanz dieser spezifischen, unter «Nutzen-/Schaden-Abwägung des AM/WEF» erfassten Diskussion, vgl. S. 148ff.)

Auch wenn die Standortfrage quantitativ eine bescheidene Resonanz auslöste, spielte sie qualitativ bei der Dynamik der Kontroverse eine, wenn nicht gar *die* zentrale Rolle. In den ersten Jahren der Kontroverse zeigten sich die Behörden als tendenziell überfordert von den neuartigen und komplexen Herausforderungen, mit denen sie ab 1998 konfrontiert wurden. Die Mittel und Möglichkeiten der Graubündner Behörden reichten nicht aus und wurden auch teilweise nicht adäquat eingesetzt. Klar war: Die lokalen und kantonalen Behörden standen vor Aufgaben, die sie alleine nicht mehr bewältigen konnten. Gleichzeitig aber wurden sie vom Bund im Stich gelassen. Im Herbst 2001 kam deshalb die Frage auf, ob das AM/WEF angesichts der Gewaltbereitschaft der Demonstranten bzw. des stark erhöhten Sicherheitsaufwandes in Davos überhaupt noch stattfinden könne – wenn der Bund nicht entsprechende Unterstützung zu leisten bereit war.

Erst zu dem Zeitpunkt, als der Standort Davos für das AM/WEF ernsthaft in Frage gestellt war, ging ein Ruck durch die Reihen der etablierten politischen Akteure ausserhalb des Kantons Graubünden und es wurde unter Einbezug aller Beteiligten eine Sicherheitsstrategie erarbeitet, die sowohl den sicherheitstechnischen als auch den diversen politischen Anforderungen gerecht wurde, was dann die Durchführung des AM/WEF in Davos (sowohl sicherheitstechnisch als auch politisch) weiterhin ermöglichte.

Konkret entwickelte sich die Standort-Diskussion im Zusammenhang mit der Sicherheitsthematik im Spätherbst 2001, als die Frage diskutiert wurde, ob das geplante AM/WEF vom Januar 2002 wegen der befürchteten neuen und allenfalls noch schlimmeren Ausschreitungen nicht doch besser gleich abgesagt werde. Den für die Sicherheit zuständigen Behörden und der weiteren interessierten Öffentlichkeit wurde die Beantwortung dieser drängenden Frage schliesslich abgenommen durch den Entscheid der AM/WEF-Leitung, das Treffen 2002 in New York City durchzuführen. Angesichts der innenpoli-

tisch angespannten Situation kam dieser Schritt einem Befreiungsschlag gleich. Damit zeigte die AM/WEF-Leitung im übrigen auch, dass sie das Heft immer noch in der Hand hielt bzw. auf Davos als Durchführungsort letztlich nicht angewiesen war – zumal gleichzeitig bekannt wurde, dass neben New York weitere Orte in Kanada und in Österreich den Anlass gerne beherbergen würden. Die etablierten politischen Akteure der Schweiz waren damit vor die Entscheidung gestellt worden: Sie mussten jetzt Stellung beziehen zur Frage, ob das Land das AM/WEF weiterhin beherbergen wolle und entsprechend bereit sei, die notwendigen Schritte nach längerem Zögern doch einzuleiten. Die Antwort auf diese – mehr implizit gestellte Frage – war ein klares Bekenntnis zum AM/WEF (vgl. S. 142ff.). Die für die öffentliche Sicherheit verantwortlichen Behörden mussten zuerst aber den skeptischen Parlamentariern auf Gemeinde-, kantonaler und Bundesebene beweisen, dass sie in der Lage waren, die öffentliche Sicherheit während des AM/WEF nicht nur in Davos, sondern im ganzen Land auf aus Sicht der grossen Mehrheit der etablierten politischen Akteure politisch akzeptable Weise zu gewährleisten. Andernfalls wäre der politische Support für die zur Durchführung des AM/WEF in Davos notwendigen Sicherheitsvorkehrungen nicht gewährleistet gewesen, die Parlamente hätten die Kredite zur Deckung der Sicherheitskosten kaum bewilligt.

Das über lange Zeit eher zögerliche Verhalten der Behörden wich also Entschlossenheit, man begann, Flagge zu zeigen: Es äusserten sich nun Stimmen für einen Verbleib des AM/WEF in Davos, und die zur Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit notwendigen Massnahmen wurden ernsthaft und letztlich erfolgreich eingeleitet (vgl. Kap. 4.3.1.1.4). Nachdem die – politisch breit abgestützten – Massnahmen der Behörden ab Januar 2003 Wirkung zeigten, war die Standortfrage ab 2003 kein Thema mehr.

Die Diskussion um den Standort kann in diesem Sinne als Indikator gesehen werden für den Grad der Infragestellung des AM/WEF in Davos durch die etablierten politischen Akteure. Als am und nach dem AM/WEF 2002 deutlich der Wille zum Ausdruck kam, den Grossanlass in Davos zu behalten und die zu diesem Zeitpunkt eingeleiteten Massnahmen die Nagelprobe anlässlich des AM/WEF 2003 bestanden, verschwand das Thema von der Traktandenliste.

Eine Herausforderung ganz anderer Natur stellte im Nachgang von 9/11 die Bedrohung durch terroristische Anschläge dar. Die Berichte zu diesem Themenbereich sind erfasst im Themencluster «Terrorabwehr». Das Terrorrisiko bei Veranstaltungen wie dem AM/WEF, an denen Regierungsvertreter zahlreicher Länder, darunter regelmässig auch der USA, teilnehmen, ist seit den Attacken von New York in der öffentlichen Wahrnehmung deutlich gestiegen. Entsprechend haben die Behörden Vorkehrungen zur Abwehr möglicher Anschläge zu treffen. Die erhöhte Wahrscheinlichkeit terroristischer Anschläge und die damit verbundenen behördlichen Massnahmen standen jedoch zu keinem Zeitpunkt in Zusammenhang mit der AM/WEF-kritischen Bewegung bzw. es handelt(e) sich um andere Risiken und Bedrohungen als jene, die von gewaltbereiten Demonstranten ausgehen. Entsprechend wurden in der vorliegenden Analyse Medienberichte über Sicherheitsmassnahmen, welche explizit der Terrorbekämpfung dienten (z.B. Luftraumüberwachung während des AM/WEF über Davos), getrennt erfasst von den Sicherheitsmassnahmen im Zusammenhang mit (potenziell) gewaltsamen Demonstrationen. Da die Massnahmen zur Abwehr terroristischer Anschläge nur wenig sichtbar waren und nicht zu Kontroversen führten, wurde darüber in den Jahren 2004 nur noch wenig und 2005 praktisch nicht mehr berichtet. Nach 9/11 war der Einsatz von Polizei (Durchgangskontrollen), Armee und Luftwaffe zur Verhinderung möglicher terroristischer Angriffe in der Öffentlichkeit kein Diskussionsthema bzw. wurde offenbar als selbstverständliche und notwendige Begleiterscheinung zur Durchführung solcher Grossanlässe akzeptiert oder gar erwartet. Im Parlament unterstützten regelmässig die bürgerlichen Parlamentarier den Armeeinsatz zum Schutz des AM/WEF, während Linke und Grün-Alternative diesen ebenso regelmässig ablehnen. Dieser jährlich zu treffende Entscheid hat mehr Ritualcharakter und führt nicht zu grösseren Debatten.

Wie Abb. 12 zeigt, erzielten am meisten Resonanz die Massnahmen der Behörden zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit angesichts der Ausschreitungen, die mit Manifestationen von AM/WEF-Gegnern verbunden waren, hier subsumiert im Themencluster «Öffentliche Sicherheit». In den folgenden Schritten werden nun die Strukturen des Sub-Themencluster «Öffentliche Sicherheit» detailliert untersucht.

4.3.1.1.2.1 Resonanzstruktur Themencluster «Öffentliche Sicherheit»

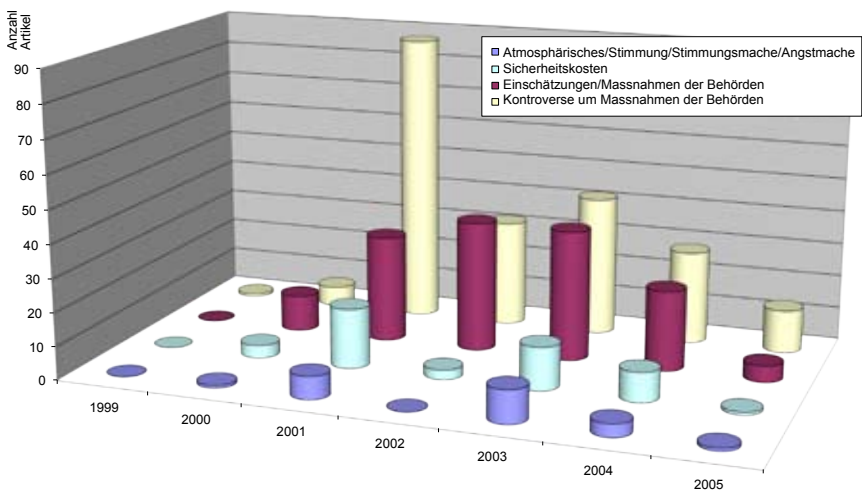


Abb. 13 zeigt die Strukturierung des Themenclusters «Öffentliche Sicherheit» in die Sub-Themencluster «Atmosphärisches/Stimmung/Stimmungsmache/Angstmache», «Einschätzungen/Massnahmen der Behörden», «Sicherheitskosten» und «Kontroversen um die Massnahmen der Behörden» (Fokus-Level 4, Tab. 23).

Öffentliche Sicherheit	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	Ø
Kontr. behörtl. Massnahmen	100%	23.8%	60.8%	44.4%	47.2%	49.1%	68.4%	56.2%
Einschätzungen Behörden	0%	52.4%	21.7%	51.4%	27.0%	28.1%	21.0%	28.8%
Sicherheitskosten	0%	19.0%	12.6%	4.2%	14.6%	15.8%	5.3%	10.2%
Atmosphärisches	0%	4.8%	4.9%	0%	11.2%	7%	5.3%	4.8%
Total	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%

Tab. 8 zeigt die anteilmässige Entwicklung der Sub-Themenbereiche innerhalb des Themenclusters «Öffentliche Sicherheit».

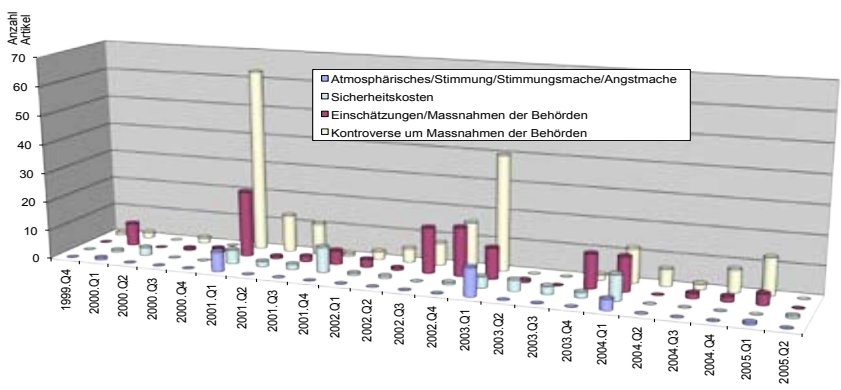


Abb. 14 zeigt die Strukturierung des Themenclusters «Öffentliche Sicherheit» in die Sub-Themencluster «Atmosphärisches/Stimmung/Stimmungsmache/Angstmache», «Einschätzungen/Massnahmen der Behörden», «Sicherheitskosten» und «Kontroversen um die Massnahmen der Behörden» aufgeteilt nach Quartalen (Fokus-Level 4, Tab. 23).

Das Themencluster «Öffentliche Sicherheit» umfasst a) atmosphärische Berichte über mögliche bevorstehende Krawalle und Auseinandersetzungen und die Stimmung vor allem im Ort Davos, b) die Einschätzungen und Massnahmen der Behörden zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit, c) die Diskussion um die Kosten der Sicherheit sowie d) die Kontroversen um die behördlichen Massnahmen.

Abb. 14 zeigt, dass

- die Medienresonanz zum Thema «Öffentliche Sicherheit» klar dominiert wurde durch die Berichte über die Kontroverse um die behördlichen Massnahmen zur Gewährung der Sicherheit (vgl. Kap. 4.2.1.1.2.1.1);
- die Medienresonanz der Kontroverse um die behördlichen Massnahmen ihren Höhepunkt 2001 hatte, als die Polizei in Davos den Ort mit (allzu) rigorosen Massnahmen unter Kontrolle brachte, in Zürich aber Ausschreitungen nicht verhindern konnte. In der Folge wurden im Vorfeld des AM/WEF 2002 die behördlichen Massnahmen (bis zum Zeitpunkt der Mitteilung, dass das AM/WEF in

New York stattfinden werde) intensiv diskutiert. Die Kontroverse dauerte während des ganzen Jahres 2002 an, also während der Zeit, als im Hinblick auf das AM/WEF 2003 aufgrund des allgemeinen politischen Druckes eine neue Sicherheitsstrategie entwickelt werden musste. Das anlässlich des AM/WEF 2003 erstmals angewandte neue Sicherheitskonzept (vgl. Kap. 4.3.1.1.4) hatte in der Folge dann die Nagelprobe bestanden. Dies lässt sich daraus schliessen, dass der Umfang der Kontroverse um die behördlichen Sicherheitsmassnahmen ab diesem Zeitpunkt zurückging. Die Lösungen für das Sicherheitsproblem stiessen nun auf wachsende substantielle politische Akzeptanz;

- die Medienresonanz der behördlichen Einschätzungen von Risiken und Massnahmen zur Verhinderung von Ausschreitungen vor dem Hintergrund der gewaltsamen Auseinandersetzungen des Vorjahres und im Hinblick auf das AM/WEF 2003 ihren Höhepunkt 2002 erreichte. Sie konzentrierte sich vor allem auf die zweite Jahreshälfte 2002, als zwischen Städten, Kantonen und Bund intensive Gespräche zur Koordination der Sicherheitsmassnahmen geführt wurden im Hinblick auf das bevorstehende AM/WEF 2003. Dieser Prozess war ein zeitlich fragmentiertes Medienereignis, über dessen Entwicklung regelmässig berichtet wurde. Wie erwähnt standen die Behörden unter dem Druck zu beweisen, dass sie in der Lage waren, anlässlich des AM/WEF 2003 sowohl die öffentliche Sicherheit, und zwar nicht nur in Davos, sondern in der ganzen Schweiz, als auch die grösstmögliche Bewegungsfreiheit (inkl. insbesondere Ermöglichung einer Demonstration) zu gewährleisten;
- die Medienresonanz der Massnahmen und Einschätzungen der Behörden ab 2003 ebenso zurückging wie die Resonanz der Kontroverse generell. Dies ist ein weiteres Indiz dafür, dass sich die ab 2003 getroffenen Sicherheitsmassnahmen bewährten bzw. auf politisch breite Akzeptanz stiessen, also nicht mehr kontrovers waren und damit keine Nachrichtenwerte mehr erzeugten;
- aufgrund der Durchführung des AM/WEF 2002 in New York die Schweizer Behörden in diesem Jahr lediglich bescheidene Sicherheitsmassnahmen ergreifen mussten, bzw. das Thema temporär nach New York verlagert worden war;

- die Kostenfrage nie eine zentrale Rolle spielte und nach 2002 trotz der hohen Summen (total CHF 13 Mio. im Vergleich zu CHF 200'000.– Mitte der 1990er Jahre!) ebenfalls stetig an Bedeutung verlor, die zuständigen Parlamente bzw. etablierten politischen Akteure also bereit waren, die Kosten für die Massnahmen zu tragen, welche notwendig geworden waren, um sowohl die Sicherheit aber auch die Meinungsäusserungsfreiheit und die Versammlungsfreiheit für AM/WEF-Kritiker während des AM/WEF zu gewährleisten.

Zwischenfazit:

Zentrales Thema der öffentlichen Diskussion war die politische Akzeptanz der behördlichen Massnahmen zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit. Das zeigt sich u.a. auch daran, dass die Höhe der Kosten für die Sicherheit zu keinem Zeitpunkt Anlass zu Diskussionen gab. Nach den Terroranschlägen von New York ist sich die breitere Öffentlichkeit zudem bewusst geworden, dass bei Spitzentreffen im Stile des AM/WEF generell aufwändige Sicherheitsmassnahmen unvermeidbar sind. Sie werden in Kauf genommen, weil man das AM/WEF in Davos behalten will – insbesondere nachdem mit der neuen Sicherheitsstrategie frühere Einsatzdoktrinen der Polizei korrigiert und den rechtsstaatlichen Anforderungen nun Genüge getan wurden. Nachdem die 2002 eingeleitete und im Januar 2003 erstmals erfolgreich umgesetzte neue Sicherheitsstrategie (vgl. Kap. 4.3.1.1.4) bei den etablierten politischen Akteuren (auch auf der politischen Linken) auf genügend hohe Akzeptanz stiess, sich also einerseits in der Folge ein Konsensus unter den etablierten politischen Akteuren über diese Massnahmen abzeichnete, und andererseits die AM/WEF-Kritiker (u.a. nach den Ausschreitungen in Zürich und nach der bewegungsinternen Zerstrittenheit um die Personenkontrollen in Fideris, vgl. S. 112f.) sich immer weniger als glaubwürdige Akteure hatten etablieren können, nahm die «Kontroverse-Intensität» der Sicherheitsmassnahmen und damit deren Bedeutung als Medienereignis und Nachrichtenwert ab.

Im Folgenden soll der Themenbereich «Kontroversen um Massnahmen der Behörden» inhaltlich analysiert werden.

4.3.1.1.2.1.1 Resonanzstruktur Themencluster «Kontroversen um Massnahmen der Behörden»

Das Sub-Themencluster «Kontroversen um Massnahmen der Behörden» gibt die thematischen Ausprägungen der öffentlich ausgetragenen Debatten um die behördlichen Massnahmen im Kontext der Demonstrationen gegen das AM/WEF wieder.

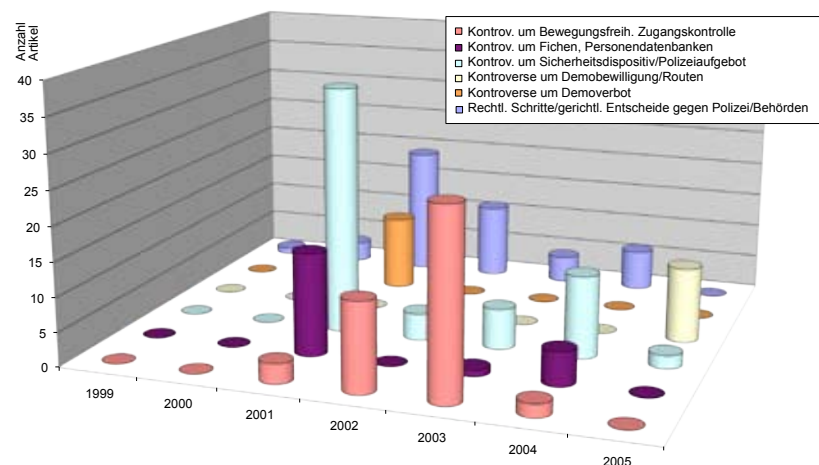


Abb. 15 zeigt Resonanzumfang und Strukturierung des Themenclusters «Kontroversen um Massnahmen der Behörden» in die Sub-Themencluster «Rechtliche Schritte/gerichtl. Entscheide gegen Polizei/Behörden», «Kontroversen um Demoverbote», «Kontroversen um Demobewilligungen/Routen», «Kontroversen um Sicherheitsdispositiv/Polizeiaufgebote», «Kontroversen um Fichen/Personendatenbanken», «Kontroversen um Bewegungsfreiheit, Zugangskontrollen» (Fokus-Level 5, Tab. 23).

Wie Abb. 15 zeigt, fand die Kontroverse um die Massnahmen der Behörden in den untersuchten Medien ihre grösste Resonanz im Jahre 2001. Im Januar 2001 konnten dank einem enormen Polizeiaufgebot zwar die nicht bewilligte Demonstration in Davos, nicht jedoch am Abend des gleichen Tages Krawalle in Zürich, verhindert werden.

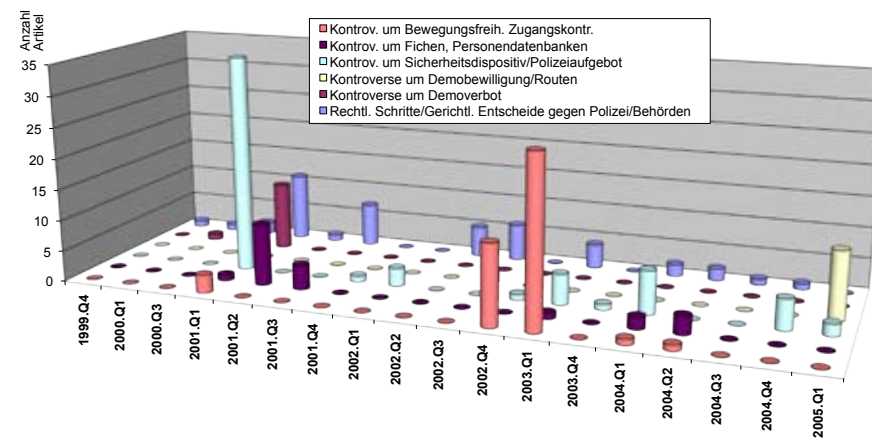


Abb. 16 zeigt die Strukturierung des Themenclusters «Kontroversen um Massnahmen der Behörden» geordnet nach Quartalen (Fokus-Level 5, Tab. 23).

Abb. 16 zeigt die Dynamik der Kontroversen um die Massnahmen der Behörden geordnet nach Quartalen. Folgendes lässt sich dazu festhalten:

- Die polizeilichen Massnahmen zur Verhinderung von Ausschreitungen an Demos in den Jahren 1999 und 2000 – obwohl damals schon massiv – boten noch wenig Anlass zu Kontroversen: 2000 wurden die Sicherheitsmassnahmen und das Demoverbot ein wenig kritisiert, vor allem wurden die rechtlichen Schritte thematisiert, welche Aktivisten gegen die Behörden wegen des Demoverbotes unternommen hatten.
- Die Kontroverse um die behördlichen Massnahmen entbrannte 2001 (vgl. auch Abb. 15), als die Polizei mit einem massiven Polizeiaufgebot die öffentliche Sicherheit in Davos zu gewährleisten suchte, die politische Unterstützung für ihr martialisches aber dennoch nur teilweise effektives Vorgehen im Nachhinein jedoch nicht erhielt. Im Zentrum der Kritik stand das Sicherheitsdispositiv bzw. das Polizeiaufgebot, das in Davos in den Augen von Kritikern (auch aus gemäßigten Kreisen) den Eindruck eines Ausnahmezustandes aufkommen liess. Da-

mit verbunden war die Kritik am Demonstrationsverbot für Samstag, 27.1.2001, dem Tag des Besuchs von Präsident Clinton. Ebenfalls intensiv thematisiert wurde im Anschluss an das AM/WEF das Festhalten von Daten über Personen, bzw. das mögliche Erstellen von Fichen. Kritik wurde vor allem in Zürich an die Behörden gerichtet, weil die Ausschreitungen dort nicht verhindert werden konnten. Die AM/WEF-Kritiker unternahmen in der Folge zahlreiche formal-juristische Schritte gegen die Behörden, welche nun systematisch als Medienereignisse thematisiert wurden. Vor allem die Medienresonanz der juristischen Schritte und Entscheide führte dazu, dass sich die Berichterstattung über die Kontroverse über das Jahr hinaus zog.

- Hauptthema der Kontroverse im Kontext des AM/WEF 2003 waren die Sicherheitskontrollen bei Fideris, während 2004 – allerdings in stark abgeschwächtem Umfang gegenüber 2003 – das Sicherheitsdispositiv kritisiert wurde.
- 2005 wurde die Kontroverse um die Massnahmen der Behörden beherrscht durch die eher technische und lokalpolitische Diskussion über die Demoroute in der Stadt Bern (der Stadtrat wollte die Demo am Stadtrand durchführen lassen, die Demo-Organisatoren wollten in der Innenstadt demonstrieren). Ansonsten waren sie kein Thema der öffentlichen Diskussion mehr.

Zwischenfazit:

Zu Beginn der Kontroverse um das AM/WEF 2001 bildete die Kritik an den rigorosen Massnahmen zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit den Kern der Diskussion um die behördlichen Massnahmen. Kritisiert wurde, sie schränkten die Bewegungs- und die Meinungsäusserungsfreiheit zu stark ein und das militärische Gehabe (Stacheldraht, Waffen tragende Polizisten) vermittelte einen Eindruck von «Polizeistaat» und «Besetzung». Damit war die Kontroverse um das AM/WEF faktisch schon früh zu einer politischen Kontroverse um die behördlich/polizeilichen Massnahmen gegen Ausschreitungen geworden. Der Kontroverse um diese Massnahmen wurde durch juristische und parlamentarische Nachbehandlungen sowie diverse Ankündigungen bei-

der Seiten eine anhaltend hohe und anhaltende Medienresonanz gesichert. Als es den Behörden gelang, ein Sicherheitsdispositiv zu entwickeln, das einerseits Gewalttaten verhinderte und andererseits die demokratischen Rechte nur minimal, d.h. in einem für breite Kreise akzeptablen Rahmen einschränkte, verlor die öffentlich ausgetragene Debatte ihre Spannung und konzentrierte sich 2005 auf Kräftespiele wie Debatten um Demorouten und betraf nicht mehr (grundsätzliche) politische Fragen.

Zum besseren Verständnis dieser Analysen der zentralen Resonanzbereiche sollen nun – bevor die restlichen Themencluster analysiert werden – in zwei Exkursen die im Rahmen der Kontroverse um das AM/WEF abgelaufenen Prozesse zu Illustrationszwecken konkret dargestellt werden. Im Exkurs I wird die Rolle der Medien bei der Eskalation der Ereignisse *mit direktem Fokus auf die Untersuchungsebene* nachgezeichnet. Im Exkurs II wird die in Abb. 17 (S. 135) abgebildete Resonanzentwicklung der beiden Haupt-Themencluster «Demonstrationen» und «Öffentliche Sicherheit» in den Kontext der Geschehnisse während des gesamten Erhebungszeitraums eingebettet.

4.3.1.1.3 Exkurs I: Zoff ist Stoff – Zur medienöffentlichen Eskalation der Kontroverse um das AM/WEF

Eskalationen zeichnen sich dadurch aus, dass sich Kontrahenten einer spiralförmigen Entwicklung gleich durch Vorwürfe und Anschuldigungen bezüglich eines Themas gegenseitig in tendenziell immer antagonistischere Positionen manövrieren. Zu solchen Phasen der Verschärfung von Positionen und allenfalls von Mitteln gehört, dass keiner der involvierten Akteure die Kontrolle über die Entwicklung hat und deren Ausgang offen scheint. Politisch motivierte Eskalationsprozesse zwischen nicht etablierten und etablierten politischen Akteuren vollziehen sich mangels gemeinsamer Plattformen (wie z.B. das Parlament) zwangsläufig in der breiteren Öffentlichkeit. Die Plattform, die diesen Prozess der (indirekten) «Kampf-Kommunikation» möglich macht, ist die Medienarena. Denn dieser Prozess bietet Spannungsbögen, die sich medial ideal bewirtschaften lassen (vgl. S. 205ff.).

Die medienöffentliche Eskalation um das AM/WEF entsprach diesem Aktions-/Reaktions-Eskalations-Muster: Gewaltsame Ausschreitungen, insbesondere wenn sie regelmässig vorkommen, zwingen die etablierten Akteure zu sofortigen Reaktionen. Diese finden öffentlich statt und werden gleich auch öffentlich bewertet. In der Eskalationsphase mit ihrer eigenen Dynamik nach dem Schema «Gewalt → (Re)Aktion der Behörden → politische Bewertungen/juristische Aufbereitung → Erhöhung der Spannung durch Androhung neuer Gewalt und Verweigerung vom Kompromissbereitschaft → Vorbereitung-Aktivitäten von Aktivisten wie von Behörden → neue Eskalationen/Gewalt → neue politische/juristische Bewertungen» usw. entsteht ein spezifisches, stark emotional geprägtes Spannungsfeld, in dem sich Herausforderer, etablierte politische Akteure und die Öffentlichkeit schaffenden Medien bewegen und die Stimmung je weiter anheizen (können). Jeder dieser Akteure orientiert sein Handeln in diesem Prozess an seinen eigenen Zielen: Die nicht etablierten politischen Akteure wollen über den Druck der Strasse die etablierten politischen Akteure in ihrem Sinn zu einer Problemlösung zwingen, die etablierten politischen Akteure haben adäquat – d.h. je nach Funktion und (politischem) Standort – zu reagieren (die Behörden wie Verwaltung, Exekutiven, Polizei, Gerichte usw. haben die Einhaltung der geltenden Gesetze sicherzustellen und bei ihrem Vorgehen verschiedene Güter abzuwägen; die Parlamente bzw. Parlamentarier haben die Tätigkeiten der Behörden entsprechend ihrem jeweiligen politischen Standort zu beurteilen; Experten beurteilen die Handlungen der Behörden ebenfalls öffentlich), die Medien haben das Interesse, den Issue möglichst lange «auszubeuten». Dazu geben sie – die Medien – in möglichst hoher Kadenz involvierten Akteuren eine Bühne (Demo-Organisatoren, hohe Beamte, Exekutivpolitiker, Parlamentarier, Staatsanwälte, Richter, Betroffene, Experten, Prominente usw.) bzw. sie versuchen im Verlauf der Eskalation das Akteursfeld ständig auszuweiten. Deren Handlungen/Entscheide und Aussagen im Kontext des Issues werden – sofern sie die Kontroverse anheizen oder von einer prominenten Person stammen – umgehend zu neuen Medienereignissen. Einzelne Medienereignisse können deshalb eine Kette weiterer Medienereignisse hervorrufen (z.B. in Form von Replika, Duplika usw.), was dem Thema anhaltende Präsenz verschafft, aber auch den Handlungsspielraum der involvierten Akteure einschränkt. Ist das Thema als Issue medial gesetzt, wird es von den Medien so lange als möglich bewirtschaftet (vgl. dazu die Ausführungen über den neuen Strukturwandel der Öffentlichkeit S.39ff.). Die einzelnen Medien-Akteure innerhalb der (selber fraktionierten)

Medienarena schaukeln sich in Eskalationsphasen in der Dramatisierung und Emotionalisierung und damit der Entwicklung des Issues gegenseitig geradezu hoch und erhoffen sich so neue (Re-)Aktionen von Akteuren, was immer wieder zu neuen Nachrichten führt. So wird eine emotionalisierte politische Atmosphäre geschaffen bzw. erhalten, die – zumindest in einer ersten Phase – zu Verhärtungen führt und Vermittlungen nicht fördert.

Da die konfliktfördernde Wirkung solcher Medienbeiträge nur effektiv nachvollzogen werden kann, wenn sie direkt zur Kenntnis genommen werden, wird im Folgenden exemplarisch für die Eskalationsjahre 1999 und 2000 die Medienresonanz auf der Basis der einzelnen in dieser Studie erhobenen, nicht aggregierten Beiträge nachgezeichnet.

Ausgangspunkt ist Abb. 8 S.110. Wie die Grafik zeigt, löste die – ohne Gewaltanwendung, jedoch unter massiver polizeilicher Bewachung abgelaufene – Demonstration anlässlich des AM/WEF 1999 zwar eine gewisse, aber immer noch geringe Resonanz und anschliessend keine weiteren Nachrichtenwerte aus. Die Berichterstattung in den hier untersuchten Medien blieb 1999 noch stark begrenzt:

Die SonntagsZeitung berichtete am 31.1.99 von einer Gegenveranstaltung «Das andere Davos», an welcher die Auflösung des AM/WEF gefordert worden war. Gleichentags hielt der SonntagsBlick zur Demo vom Vortag fest, es seien «mehr Polizisten als Demonstranten» zugegen gewesen. Und anderntags beschrieb der Tages-Anzeiger, wie «Polizisten Davos in eine besetzte Stadt» verwandelt hätten.

Ganz anders sah es im Folgejahr aus: Im Vorfeld der angekündigten, aber nicht bewilligten Demo während des AM/WEF vom Januar 2000, entfaltete sich bereits eine viel breiter gefächerte Medienresonanz. Vor dem Hintergrund der Demo des Vorjahres, vor allem aber vor dem Hintergrund des Wachstums der internationalen globalisierungskritischen Bewegung und ihrer gewalttätigen Aktionen in Seattle im November 1999, also einige Wochen vorher, herrschte im Januar 2000 eine grosse Spannung, denn das AM/WEF war eines der deklarierten Ziele dieser neuen Bewegung, die Gewalt bislang systematisch anwendete. Entsprechend wurden nun schon in den Wochen vor der auf den 29.1.2000 angesetzten Demo Ankündigungen und Aussagen von Akteuren (Bewe-

gungsaktivisten wie Behörden) zu Medienereignissen, welche wiederum Repliken als Folge-Medienereignisse nach sich zogen. Die folgende Aufstellung zeigt die im Vergleich zum Vorjahr stark erhöhte Dynamik, welche die Berichterstattung nun zeitlich und inhaltlich bestimmte und damit die Atmosphäre prägte bzw. die Antagonisten eher zu Eskalationsschritten animierte als sie davon abhielt:

Als erster schrieb der SonntagsBlick am 9.1.2000 (drei Wochen vor dem Ereignis) von der «Angst vor Seattle-Chaoten» in Davos.

Am 11.1.2000 vermeldete der Blick, die Bündner Regierung wünsche zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit für Samstag, 29.1.2000 (angekündigte Demo und gleichzeitig Besuch von Präsident Clinton in Davos) die Unterstützung von Armee-Einheiten.

Am 12.1.2000 schrieb der Blick, Davos bewillige eine Demo für Sonntag, 30.1.2000, nicht aber für den Samstag.

Am 16.1.2000 vermeldeten SonntagsBlick und SonntagsZeitung, der Bundesrat habe im Hinblick auf den Besuch von Präsident Clinton einen früheren Entscheid, keine Soldaten (Festungswächter) nach Davos zu schicken, umgestossen.

Am 17.1.2000 hielt der Blick fest: «Die Davoser haben ein mulmiges Gefühl» und fragte: «Drohen Davos Strassenschlachten wie in Seattle?» Am selben Tag berichteten Blick, Tages-Anzeiger und NZZ von einem Knallraketenanschlag auf das Davoser Kongresszentrum, bei dem Panzerglas zu Bruch ging. In verschiedenen Artikeln stellte der Blick in der Folge die Frage, ob die Sicherheit in Davos während des AM gewährleistet sei («Drohen Davos Strassenschlachten wie in Seattle?»).

Am 18.1.2000 bestätigten Tages-Anzeiger und Blick den Armee-Einsatz, der Blick schrieb, die Anti-WTO-Organisation wolle nicht am Sonntag, sondern am Samstag demonstrieren.

Am 19.1.2000 beschrieb die NZZ ausführlich die Sicherheitsvorkehrungen von Bund und Kantonen im Hinblick auf mögliche Ausschreitungen während des bevorstehenden AM.

Am 21.1.2000 vermeldete der Blick, die Deutsche Apothekerkammer wolle nach 30 Jahren «wegen des gewaltigen Rummels» um Davos ihren Kongress nicht mehr dort abhalten.

Eine Woche vor der angekündigten Demonstration, am 23.1.2000, liess die SonntagsZeitung den französischen Globalisierungsgegner José Bové, der zur Demo erwartet wurde, ausführlich zu Wort kommen und ihn die Forderungen globalisierungskritischer Kreise darlegen. Erstmals wurde damit in den hier untersuchten Medien eine substantiierte AM/WEF- bzw. Globalisierungskritik wiedergegeben. Beschrieben wurden auch die Vorbereitungen der Polizei zur Verhinderung von Ausschreitungen.

Am 26.1.2000 erklärte Bové im Tages-Anzeiger, weshalb er die Einladung von Klaus Schwab zur Teilnahme am AM/WEF ausschlug und stattdessen an der Demo teilnehmen werde.

Am 27.1.2000 beschrieb der Tages-Anzeiger ausführlich die Beweggründe der Manifestanten für die geplanten Aktionen. Ebenfalls am 27.1.2000 beschrieb die NZZ die komplexen Sicherheitsmassnahmen und kam zum Schluss, dass Davos im Hinblick auf die bevorstehende Demonstration «vor der bislang wichtigsten Woche» stehe.

Am 28.1.2000, einen Tag vor der (nicht bewilligten) Demonstration, schrieb Peter Bosshard (Erklärung von Bern) in einem Gastkommentar im Tages-Anzeiger, das AM/WEF könne sich einer verstärkten Kritik und Kontrolle durch NGOs nicht mehr entziehen und kritische Medien dürften nicht länger vom AM/WEF ausgeschlossen bleiben. Ebenfalls am 28.1.2000, dem Eröffnungstag des Annual Meeting, zeigte Bundespräsident Ogi in der NZZ Verständnis für den Zorn der Demonstranten, sah aber grosse Unterschiede zwischen Seattle und Davos. Die

NZZ schrieb, das Demonstrationsverbot der Davoser Behörden sei durch das Bündner Verwaltungsgericht bestätigt worden, die Demo-Organisatoren wollten den Entscheid an das Bundesgericht weiter ziehen.

Am 29.1.2000 kritisierte die NZZ José Bové, der die Einladung von Klaus Schwab zur Teilnahme am AM/WEF ausgeschlagen hatte, sowie die «Anti-WTO-Koordination», die sich mit der Demoerlaubnis für den Sonntag «aus Gründen der Medienpräsenz» nicht abfinden wollte. Ebenfalls am 29.1.2000 hielt der Tages-Anzeiger in einem Bericht über ein Streitgespräch zwischen NGO-Vertretern sowie Klaus Schwab und Göran Lindahl (CEO ABB) fest, es sei kein gemeinsamer Nenner gefunden worden zwischen AM/WEF-Befürwortern und -Gegnern. Zudem berichteten Blick und NZZ, dass Vertreter von NGOs «mehr Transparenz» und «keine Geheimniskrämerei» am AM/WEF forderten und dass die «Chaoten» (Blick) trotz Verbot am Samstag in Davos demonstrieren wollten. Die NZZ kritisierte die Dialogverweigerung der Globalisierungskritiker.

Gleichentags kam es zu gewaltsamen Auseinandersetzungen in Davos, die in der Tagesschau (vgl. Kap. 4.3.1.1) ausführlich und auch in internationalen Medien gezeigt wurden. Der Bündner Regierungsrat Aliesch und sein Polizeikommandant Reinhart rechtfertigten in der SonntagsZeitung vom 30.1.2000 den Polizeieinsatz: «Erst ein Wasserwerfer, Tränengas und Gummischrot stoppten die Protestierenden.» Die Demonstranten hätten bewiesen, dass sie nicht friedlich für ihre Anliegen eintreten wollten.

Zwischenfazit:

In der Eskalationsphase der Kontroverse um das AM/WEF verdichtete sich die Medienresonanz zu den Absichten von Demonstranten und Behörden und baute damit einen Spannungsbogen im Hinblick auf den Tag X (angekündigte aber nicht bewilligte Demo) auf. Da die Antagonisten primär über die Medien kommunizierten, die AM/WEF-Gegner möglichst viel Aufmerksamkeit wollten und Behörden sich (grundsätzlich immer) rechtfertigen müssen und noch nicht über eine überzeugende Strategie verfügten, lag die Dynamik der Eskalation weitgehend in der Hand der Medien.

In Ergänzung zu Exkurs I und bevor abschliessend zur Analyse des Themenbereichs «Kontroverse um das AM/WEF» die drei Themencluster «Vermittlung zwischen den Kontrahenten», «Diskussion über Nutzen/Schaden des AM/WEF» sowie «Medienberichterstattung» kommentiert werden, wird im Folgenden ein zweiter Exkurs eingeschoben.

Exkurs II schlüsselt die beiden für die Dynamik der Auseinandersetzungen relevanten Themencluster «Demonstrationen» und «Öffentliche Sicherheit» näher auf, in dem die erfassten Medienresonanzen in den weiteren Kontext der Entwicklungen gestellt werden.

4.3.1.1.4 Exkurs II: Eskalation – Kulmination – Deeskalation: Die beiden zentralen Themencluster «Demonstrationen» und «Öffentliche Sicherheit» in ihrem Kontext

Abb. 17 zeigt die Entwicklungen einerseits der Resonanz, welche die Demonstrationen inkl. ihrer Nebeneffekte ausgelöst haben (vgl. Kap. 4.3.1.1.1.1), und andererseits die mit der Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit (vgl. Kap. 4.3.1.1.2.1) zusammen hängenden Aspekte. Die Ausprägungen werden im folgenden Exkurs II in ihren grösseren Entwicklungskontext gestellt:

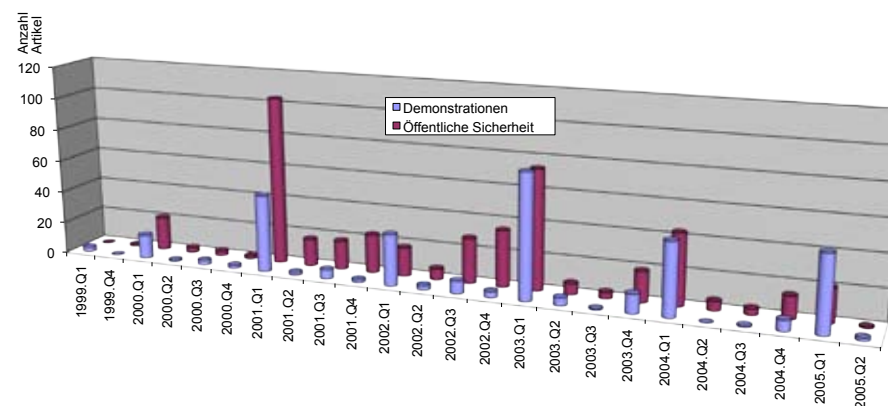


Abb. 17 zeigt die Berichterstattung über Demonstrationen und – als Reaktion darauf – die Resonanz der Sicherheitsmassnahmen der Behörden («Öffentliche Sicherheit») (Fokus-Level 3, Tab. 23).

1998: Zaghafter Beginn der AM/WEF-kritischen Bewegung

Bis zum Beginn der Erhebungsperiode am 1.1.1998 hatten in Davos nur vereinzelt Manifestationen stattgefunden. Dazu gehörten 1994 eine Demonstration von Vertretern der Chiapas-Solidaritätsbewegung und von Aktivistinnen aus linksradikalen und feministischen Kreisen gegen den mexikanischen Präsidenten Salinas und gegen die USA sowie – ebenfalls 1994 – eine Protestkundgebung von türkisch-kurdischen Gruppierungen

Im Januar 1998 wollten in Davos erstmals rund 100 Personen gegen das AM/WEF demonstrieren. Sie wurden vor dem Kongressgebäude von Polizisten gestoppt und anschliessend zum Bahnhof abgedrängt. Es kam weder zu Gewaltanwendungen noch zu Sachbeschädigungen oder grösseren Störungen. Über diese Aktion wurde in den hier analysierten Medien nicht berichtet.

Ein halbes Jahr vorher, im Mai 1998, war es anlässlich der 50-Jahr-Feierlichkeiten des GATT/WTO in Genf zu ausserordentlich heftigen Krawallen mit Sachschaden in Millionenhöhe gekommen. Im Anschluss an diese Auseinandersetzungen kündigte die «Anti-WTO-Koordination» eine Kampagne gegen das AM/WEF an mit dem Höhepunkt einer Demo in Davos während des AM/WEF 1999. Der Davoser Landrat erliess darauf ein generelles Demonstrationsverbot.

1999: Verhinderte Demo, geringes Medienecho

Am 30. Januar 1999 versuchten trotz Verbot gegen 150 Demonstrierende in Davos Zugang zum Kongresszentrum zu erzwingen. Sie wurden von einem starken Polizeiaufgebot begleitet. WEF-Präsident Klaus Schwab und Bundespräsidentin Ruth Dreifuss boten den Aktivisten ein Gespräch an, was diese ablehnten. Die Polizei löste die Aktion daraufhin auf. Im Vorfeld hatte Klaus Schwab mit Inseraten die Demonstranten zu Besonnenheit aufgerufen, die Polizei hatte Merkblätter mit Verhaltensregeln an die Bevölkerung ausgegeben. Die Medienberichterstattung war zu diesem Zeitpunkt noch gering.

Die Vorbereitungen zu dieser Demonstration wurden in den hier untersuchten Medien nicht erwähnt. SonntagsBlick und SonntagsZeitung sowie Tages-Anzeiger berichteten im Nachhinein über den Verlauf der Demonstration. Im Vordergrund standen in den Berichten das starke Polizeiaufgebot, eine Zusammenfassung der Abläufe sowie die Feststellung, dass die Aktion ohne Gewalt abgelaufen war.

Wie schon 1998 erschienen während des Jahres 1999 keine weiteren Berichte im Nachgang zur Demo vom Januar 1999 oder im Vorfeld der Demo 2000.

Im November 1999 wurde die WTO-Ministerkonferenz in Seattle massiv gestört durch gewaltsame Proteste von Globalisierungsgegnern. Diese Aktionen erhielten weltweit grosse Medienbeachtung. In den Schweizer Medien wurde ausführlich über diese Ausschreitungen bzw. über die eben entstandene «globalisierungskritische Bewegung» berichtet.

2000: Im Banne des «Battle of Seattle»

Im Hinblick auf das Annual Meeting 2000 gründeten die Erklärung von Bern, Pro Natura und weitere NGOs das «Public Eye on Davos» mit dem Ziel, das AM/WEF kritisch zu begleiten und die Alternative einer sozial und ökologisch ausgerichteten Wirtschaft aufzuzeigen (vgl. Kap. 4.3.1.1.1.2).

Vor dem Hintergrund der Ereignisse von Seattle befürchteten die Behörden in der Schweiz Anfang 2000 im Hinblick auf das bevorstehende AM/WEF-Wochenende von Ende Januar 2000 grössere Ausschreitungen. Für den Samstag wurde keine Demobewilligung erteilt, das Angebot einer Demonstration am Sonntag lehnten die Aktivisten ab und erklärten, trotz Verbot am Samstag demonstrieren zu wollen. Im Vorfeld des AM/WEF kam es zu Sabotageakten und -versuchen. Der Bundesrat stellte 70 Festungswächter für Sicherheitsaufgaben zur Verfügung.

Die Berichterstattung zum AM/WEF 2000 begann in den in dieser Arbeit untersuchten Medien mit Zitaten des Graubündner Polizeidirektors, Regierungsrat Peter Aliesch, im

SonntagsBlick vom 9.1.2000, der die Lage in äusserst dramatischen Worten schilderte und zur Gewährleistung der Sicherheit während des AM/WEF 2000 den Bund um Unterstützung durch die Armee bat. Regelmässig berichteten nun die Tageszeitungen Blick, NZZ und Tages-Anzeiger und in der Folge auch die Sonntagsmedien über die Vorbereitungen der Demonstranten einerseits, die an der Demo vom Samstag festhielten, und der Behörden andererseits, die eine Demo und vor allem Ausschreitungen zu jedem Preis verhindern wollten. Wie im Vorjahr versuchten radikale Aktivisten einen Anschlag auf die Stromversorgung des Kongresszentrums auszuüben. Der Anschlag misslang. Die Spannung stieg täglich, die Bilder von Seattle waren präsent, ein Clash während des AM/WEF 2000 erschien in den Tagen vor der angekündigten Demo unausweichlich.

Am Samstag, 29.1.2000 kam es trotz Demonstrationsverbot und grossem Polizeiaufgebot in Davos zu Ausschreitungen, unter anderem gingen Scheiben der Davoser McDonald's-Filiale in Brüche. Die Bilder der Sachbeschädigungen wurden auch von ausländischen Medien verbreitet. Die Behörden sahen sich im Nachhinein in ihrer Voraussage über die Gewaltbereitschaft der Demonstranten bestätigt und erklärten, nur das massive Polizeiaufgebot habe noch grössere Zerstörungen verhindern können.

Erstmals war es nun in Zusammenhang mit dem AM/WEF zu Ausschreitungen gekommen. Dies stellte eine neue Dimension der Eskalation dar. Im Anschluss an diese ersten Ausschreitungen wurde die Berichterstattung thematisch erweitert: Zur eigentlichen Kontroverse um den jährlichen Anlass kamen Elemente neuer oder «Neben-Kontroversen»: Der Kanton Graubünden wollte nun Geld vom Bund, Zürich wollte Geld vom Kanton Graubünden. In verschiedenen städtischen und kantonalen Parlamenten wurde der Polizeieinsatz traktandiert. Das Bundesgericht rügte im Sommer 2000 das Verwaltungsgericht des Kantons Graubünden, weil beim Entscheid, die Demonstration auf den Sonntag und nicht, wie von den Gesuchstellern gewünscht, auf den Samstag festzulegen, den Gesuchstellern das rechtliche Gehör verletzt worden war, usw.

Das Issue »Weltwirtschaftsforum« begann sich nun zeitlich auszudehnen, thematisch zu erweitern und auf verschiedene Bühnen zu verlegen (Gerichte, Politiker, Parlamente)

und vor allem ständig neue Nachrichten zu generieren. Die Dynamik Gewalt → Massnahmen der Behörden → Nachbearbeitungen entfaltete sich in ihrer ganzen Breite.

Im Sommer 2000 berichteten der Tages-Anzeiger und die NZZ über Ausschreitungen anlässlich eines regionalen Meetings des World Economic Forum in Australien.

Die Berichterstattung im Hinblick auf mögliche Auseinandersetzungen anlässlich des AM/WEF vom Januar 2001 wurden nun – im Vergleich zum Vorjahr – zeitlich nach vorne gedehnt und begannen erstmals bereits im Vorjahr: Am 1.12.2000 berichtete die NZZ, dass die Anti-WTO-Koordination für Januar 2001 wiederum ein Demonstrationsgesuch eingereicht hatte. Am 21.12.2000 schrieb der Blick, das Gesuch sei abgelehnt worden. Die Gesuchsteller betonten jedoch, die Demo «mit oder ohne Bewilligung» durchzuführen (David Böhner, Sprecher der Anti-WTO-Koordination in der Sonntags-Zeitung vom 17.1.2001). Somit war der Spannungsbogen im Hinblick auf das bevorstehende AM/WEF wieder eröffnet. Vom Vorjahr her war das Muster der Eskalation bekannt, das in der offenen Konfrontation gegipfelt hatte. Wird es sich wiederholen? Wie weit werden die gewaltsamen Demonstranten gehen? Was werden die Behörden unternehmen, um dies zu verhindern? Werden die Massnahmen der Behörden zu politischen Auseinandersetzungen führen? Usw. Solche Fragen begannen die Öffentlichkeit zu beschäftigen. Vor dem Hintergrund der sich nun häufenden gewaltsamen Auseinandersetzungen anlässlich von Gipfeltreffen wie jenen von Prag (IWF, Ende September 2000) oder Nizza (EU, Dezember 2000) bereitete man sich auf alles vor.

2001: Massive Ausschreitungen in Zürich

Entsprechend stieg im Vorfeld des AM/WEF vom Januar 2001 die Spannung: Die AM/WEF-Veranstalter erklärten wie schon im Vorjahr Dialogbereitschaft mit nichtgewalttätigen Gruppen. Die Erklärung von Bern und Pro Natura verweigerten die Zusammenarbeit mit dem AM/WEF und kritisierten andere NGOs, sich vom AM/WEF einspannen zu lassen. Die Anti-WTO-Koordination rief die «Wipe out WEF»-Plattform ins Leben, die Behörden lehnten verschiedene Demonstrationsgesuche ab und bereiteten sich wiederum auf einen Grosseinsatz vor. Neben Polizisten aus verschiedenen Kanto-

nen und Festungswächtern sollten nun auch Soldaten zum Einsatz kommen. Gespräche zwischen Behörden- und Bewegungsvertretern fruchteten nichts, der Ton wurde auf beiden Seiten verschärft.

Seit Anfang Dezember 2000 berichteten die Medien fast täglich ausführlich über Absichten und Taktiken der Demonstranten wie der Behörden und feuerten damit die Lage bewusst oder unbewusst an³¹. Die Bündner Behörden taten das Ihre dazu, indem sie erklärten, die kommenden Auseinandersetzungen stellten die Graubündner Polizei vor die «grösste Herausforderung seit ihrer Gründung 1804». Gegen Störer werde konsequent vorgegangen, betonten sie, auf eine Abriegelung der Landschaft Davos solle aber verzichtet werden (NZZ, 4.1.2001). Diese zusätzliche Dramatisierung der Situation trug den Bündner Behörden von verschiedensten Seiten Kritik ein.

Am 27.1.2001 konnte das massive Polizeiaufgebot eine Demonstration in Davos tatsächlich verhindern. Die rigorosen Absperrungen und Personenkontrollen schränkten aber nicht nur die Bewegungsfreiheit der Demonstranten ein. Dass die Polizei einen Panelgast sowie interessierte Besucher nicht zum Veranstaltungsort des «Public Eye on Davos» vorliessen, wurde auch von gemässigter und bürgerlicher Seite als Behinderung der Meinungsäusserungsfreiheit kritisiert (vgl. S. 114). Am Samstagabend lieferten in Zürich dann rund 1000 Demonstranten der überraschten Polizei eine Strassenschlacht, die zu Dutzenden Verletzten, Verhaftungen und grossem Sachschaden führte.

Parallel zum AM/WEF in Davos wurde in Porto Alegre, Brasilien, erstmals das World Social Forum als Gegenforum zum AM/WEF durchgeführt. Rund 10'000 Personen nahmen daran teil. Zwischen Teilnehmenden des WSF und des AM/WEF fand eine Videokonferenz statt.

Die Zürcher Krawalle hatten ein Hickhack zwischen den Regierungen von Stadt und Kanton Zürich wie auch mit der Gemeinde Davos zur Folge, der Polizeieinsatz wurde in den verschiedenen Parlamenten breit thematisiert, es wurden Strafanzeigen und Aufsichtsbeschwerden eingereicht. Die gewaltsamen Demonstrationen bzw. die Strategien

31 Beispiele von Titeln: Blick, 4.1.2001: «Davos wird brennen», NZZ, 4.1.2001: «Grosseinsatz in Vorbereitung», Tages-Anzeiger, 4.1.2001: «Bündner Polizei rüstet auf».

der Behörden zu deren Verhinderung beschäftigten bald Verwaltungen und Parlamente bzw. Parteien und andere Akteure auf Gemeinde-, und Kantonsebenen wie auch die Gerichte. Entsprechend wurde nun während des ganzen Jahres über die Nachwirkungen der Demonstrationen berichtet.

Neben dem AM/WEF, dem eigentlichen Ziel der Aktivitäten der Gegner, wurden in der Folge die Behörden wegen der von ihnen ergriffenen Massnahmen zur Verhinderung gewaltsamer Ausschreitungen zur zweiten Zielscheibe der Kritiker. Aber nicht nur AM/WEF- und Globalisierungskritiker bzw. Demonstranten nahmen die behördlichen Massnahmen ins Visier. Breite etablierte politische Kreise, welche nicht gegen das AM/WEF eingestellt waren und Ausschreitungen klar verurteilten, konnten sich mit der behördlich verordneten Einschränkung der Meinungsäusserungsfreiheit (Demoverbot, starke Einschränkungen der Bewegungsfreiheit in Davos) nicht anfreunden (vgl. Kap. 4.3.1.1.2.1).

Ab Mitte 2001 standen die Behörden vor der Frage, wie sowohl die öffentliche Sicherheit wie auch die Meinungsäusserungsfreiheit anlässlich des AM/WEF 2002 im ganzen Land gewährleistet werden können. Die Ausdehnung der Gewalt von Davos auf Zürich stellte die Verantwortlichen im Hinblick auf das AM/WEF 2002 vor neuartige logistische und aufgrund der föderalen Organisation der Sicherheitsorgane in der Schweiz auch politisch-organisatorische Herausforderungen.

Vor allem in der zweiten Hälfte des Jahres wurden Stimmen laut, die ernsthafte Zweifel daran äusserten, dass die Behörden überhaupt in der Lage seien, die Sicherheit nicht nur für die Teilnehmenden des AM/WEF, sondern generell in der Schweiz während der Zeit des Treffens zu gewährleisten. Die Forderung des Kantons Graubünden nach mehr Unterstützung durch den Bund wurde immer lauter. Eine schriftlich abgegebene Erklärung des Bundesrates vom 18.10.2001, wonach der Bund eine abschliessende Beurteilung der Sicherheitslage für das AM 2002 nicht vornehmen könne und die Verantwortung für einen Entscheid über die Durchführung des Treffens bei den Veranstaltern und beim Kanton Graubünden liege, hinterliess in der Öffentlichkeit den Eindruck, die Landesregierung wolle sich aus der politischen Verantwortung stehlen, bzw. es kümmerge sie nicht weiter, ob das AM/WEF in Davos bzw. in der Schweiz weiterhin stattfinden

könne. Angesichts der offensichtlichen Überforderung der kantonalen Kräfte aufgrund der neuartigen und komplexen Herausforderungen durch zeitgleich interkantonal auftretende Gewaltausbrüche im Kontext AM/WEF-kritischer Aktionen verschaffte diese bundesrätliche Verabschiedung aus der (z.B. durch den Kanton Graubünden öffentlich formulierten) Verantwortung den Eindruck, die Schweiz sei tatsächlich nicht in der Lage, die Sicherheit während des AM/WEF 2002 – und damit während aller künftigen Annual Meetings – zu gewährleisten. Kurz: Knapp drei Monate vor dem AM/WEF 2002 fehlte ein umfassendes Sicherheitskonzept, kein Akteur wollte in dieser Frage die Führung übernehmen, der Bund hatte sich explizit abgemeldet – es stellte sich somit ernsthaft die (öffentlich diskutierte) Frage: Können das AM/WEF 2002 – und damit verbunden auch weitere AM/WEFs – unter diesen Umständen in Davos überhaupt noch stattfinden?

2002: AM/WEF in New York

Am 5.11.2001 beendete WEF-Präsident Klaus Schwab Spekulationen über die Durchführbarkeit des AM/WEF 2002 in Davos mit der Ankündigung, das Treffen finde als Geste der Solidarität nach 9/11 in New York City statt. Dieser Entscheid hatte in der Schweiz zwei Effekte: Einerseits ging ein Aufatmen durchs Land, denn aufgrund der Ankündigungen der Demonstranten und der Erfahrungen des Vorjahres sowie des Auslandes, hätte angesichts des Fehlens eines überzeugenden Sicherheitskonzeptes mit Unabsehbarem gerechnet werden müssen. Andererseits verschob sich die Diskussion von der eher technischen Frage, ob und wie die Sicherheit während des AM/WEF zu gewährleisten sei, auf die politische Grundsatzfrage: Will und kann die Schweiz weiterhin Gastgeberland sein für einen (nota bene privaten) Anlass wie das Annual Meeting des World Economic Forum? Abgewogen werden mussten Aufwand und Nutzen dieses Forums für die Schweiz im allgemeinen und für Davos im speziellen (vgl. Kap. 4.3.1.1.6). Vor diese Frage gestellt, änderte der Bundesrat seine Haltung: Er zeigte nun Führung und legte sich für die Durchführung des AM/WEF in Davos deutlich ins Zeug. Auch die veröffentlichten Meinungen in der Schweiz begannen sich zusehends für Davos als Austragungsort des AM/WEF auszusprechen (vgl. Kap. 4.3.2.1.1.2).

Als WEF-Präsident Klaus Schwab am Ende des AM 2002 in New York nach intensivem und öffentlichem Werben durch Mitglieder der Schweizer Regierung – und im übrigen auf der andern Seite auch der New Yorker Behörden – bekannt gab, das AM/WEF 2003 finde wiederum in Davos statt, gingen die Verantwortlichen der diversen in die Sicherheitsvorkehrungen involvierten Stellen in der Schweiz unverzüglich an die Arbeit. Sie hatten nun ein ganzes Jahr Zeit, um sich auf das AM/WEF 2003 optimal vorzubereiten und ein neues Sicherheitskonzept zu entwickeln.

Mit der geografischen Entfernung des Anlasses ging der Umfang der Berichterstattung über das AM/WEF und die damit verbundenen Aspekte im Januar 2002 in New York im Vergleich zum Vorjahr stark zurück (um dann im folgenden Jahr wieder anzusteigen).

Die Berichterstattung während des Jahres 2002 war im wesentlichen geprägt durch die Vorbereitungsarbeiten der Behörden im Hinblick auf das AM/WEF 2003, welche aufgrund des politischen Druckes auch bürgerlicher und gemässigter Kreise nun eine Strategie entwickelten, die sowohl die öffentliche Sicherheit wie auch die grösstmögliche Bewegungsfreiheit und dabei im speziellen die Durchführung einer Demonstration in Davos zu gewährleisten hatte. Zudem sollte auf martialische Auftritte und eine entsprechende Sprache auch im Vorfeld verzichtet werden. Es zeichnet sich die «DDD-Strategie» («Deeskalation, Dialog, Durchgreifen») ab. Neu kam nach 9/11 das (nicht umstrittene und zudem wenig sichtbare) Element der Terrorabwehr dazu. 2003 sollte zur Nagelprobe im Hinblick auf die Zukunft des Austragungsortes Davos bzw. Austragungslandes Schweiz werden. Entsprechend hoch waren die Erwartungen an die zuständigen Behörden und sorgfältig deren Vorbereitungsaktivitäten.

Die Behörden zeigten sich mit den Demoorganisationspartnern kooperativ. Zum Knackpunkt entwickelte sich Ende 2002 die Einrichtung einer Kontrollstelle in Fideris, wo die Behörden alle Demoteilnehmenden einer Gepäck- und Personenkontrolle unterziehen wollten. Das «Oltner Bündnis», welches nun als Sprecher der Demoorganisationspartnern und Verhandler mit den Behörden war, zeigte keine Bereitschaft, diese Kontrollen zu akzeptieren, die Behörden blieben in dieser Frage jedoch hart.

2003: Keine Grossdemo in Davos

In den Tagen vor dem AM/WEF im Januar 2003 fanden in verschiedenen Schweizer Städten wiederum Protestaktionen und Demonstrationen mit Sachbeschädigungen statt.

Am 25.1.2003, dem Tag der geplanten Grossdemo in Davos, kam es in Fideris zu unübersichtlichen Entwicklungen. Ein Teil der Demoteilnehmer war bereit, sich den Kontrollen zu unterziehen, ein anderer wollte sie daran hindern. So wurde ein grosser Teil der Demonstranten durch Gegner der Kontrollen aus den eigenen Reihen am Passieren gehindert. In der Folge gelangten lediglich rund 2000 Personen nach Davos um dort friedlich zu demonstrieren – begleitet von einem grossen Polizeiaufgebot. In Landquart kam es zu Scharmützeln. Am Abend fuhrn gegen 1000 Demonstranten von Landquart nach Bern, wo es dann zu massiven Ausschreitungen kam.

Die seit Jahren verlangte und nun erstmals bewilligte Demonstration war somit zum Misserfolg geraten, innerhalb der nun gespaltenen AM/WEF-kritischen Bewegung kam es zu Auseinandersetzungen. Das «Oltner Bündnis» verlor in der Folge seine Legitimität als Organisator der Demonstration und Sprecher der Bewegung, andererseits wurde das Handeln und Verhalten der Behörden in weiten Kreisen grundsätzlich gutgeheissen.

Das AM/WEF führte 2003 erstmals das «Open Forum Davos» (gemeinsam mit dem Schweizerischen Evangelischen Kirchenbund, Brot für alle, SRK, Terre des hommes, Schweizerischer Friedensstiftung, Max Havelaar und anderen Organisationen) als öffentliche Veranstaltungen parallel zum AM/WEF durch. Das «Public Eye on Davos» distanzierte sich vom Open Forum Davos.

Am 19.10.2003 hiess die Bevölkerung von Davos in einer Abstimmung einen Beitrag an die Durchführungskosten des AM/WEF deutlich gut.

Unter dem Eindruck des die rechtsstaatlichen Grundsätze respektierenden und deeskalierenden Vorgehens der Behörden und der sich selber desavouierenden Demo-Organisatoren, verschwand die Kontroverse um die Durchführung des AM/WEF langsam von der politischen Traktandenliste.

2004: Dezentrale Aktionen

2004: Dezentrale Aktionen

Im Vorfeld des AM/WEF 2004 fanden – anstelle einer Grossdemo in Davos oder woanders – dezentral organisierte Demonstrationen statt. Dabei kam es teilweise zu Ausschreitungen. Generell ging das Interesse der Medien an der Kontroverse um das AM/WEF in diesem Jahr aber weiter zurück. Berichtet wurde vor allem über juristische Auseinandersetzungen und Parlamentsentscheide.

Im Vorfeld des AM/WEF 2005 wurde über die wiederum dezentral geplanten Demonstrationen berichtet. Im Fokus stand dabei das Hin und Her zwischen Behörden und Demo-Organisatoren in Bern über den Ort, wo die Demo stattfinden sollte. Die Sicherheitsfrage verlor 2005 weiter an Bedeutung für die Medien, einerseits weil die Behörden die Lage in Davos wie in den Städten, wo Manifestationen stattfanden, mehrheitlich im Griff hatten, andererseits weil die Massnahmen der Behörden nicht mehr zu Kontroversen Anlass gaben und die globalisierungskritische Bewegung generell an Glaubwürdigkeit/Attraktivität verlor. Selbst die Entscheide des Bundesparlamentes für die Entsendung von max. 6500 Soldaten zum Schutz des AM/WEF waren nun «business as usual» geworden und nur noch kurze Meldungen wert.

Nach diesen beiden Exkursen werden nun die drei restlichen, weniger Resonanz geschaffenen Themencluster «Vermittlung zwischen den Kontrahenten», «Diskussion über Nutzen/Schaden des AM/WEF» sowie «Medienberichterstattung» analysiert.

4.3.1.1.5 Resonanzstruktur Themencluster «Vermittlung zwischen den Kontrahenten»

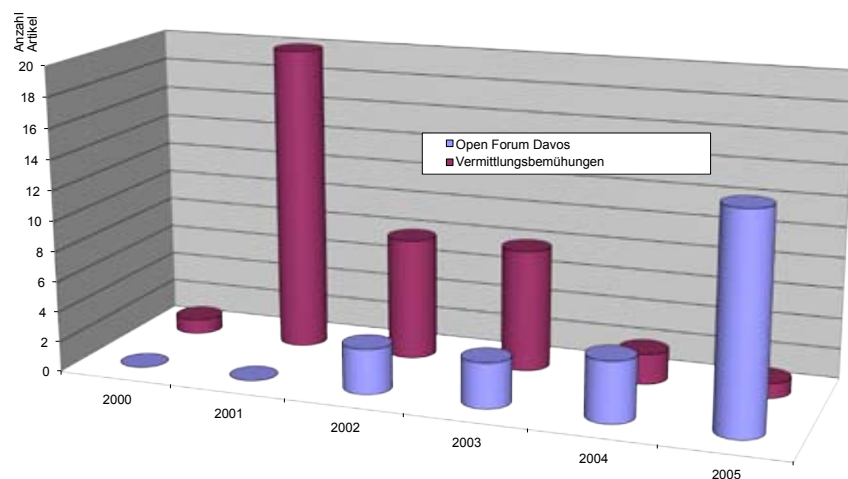


Abb. 18 zeigt die Strukturierung des Themenclusters «Vermittlung zwischen den Kontrahenten» in die Sub-Themencluster «Vermittlungsbemühungen» und «Open Forum Davos» (Fokus-Level 3, Tab. 23).

Abb. 18 zeigt die Entwicklung der Berichterstattung über Aktivitäten und Bemühungen zur Vermittlung zwischen den Konfliktparteien. Zu Zeiten der Höhepunkte der Auseinandersetzungen, also 2001 und 2003, aber auch 2002, wurden neben der Entwicklung einer kohärenten Polizeistrategie und -taktik (vgl. Kap. 4.3.1.1.2) auch Möglichkeiten der Konfliktbewältigung gesucht und gewisse Vermittlungsbemühungen in Gang gesetzt. 2001 waren dies neben einzelnen Initiativen v.a. der Bericht Arbenz und die darin vorgeschlagene Gründung einer Stiftung «In the Spirit of Davos». Sie bestimmten die Berichterstattung in diesem Bereich³². 2002 wurden ausschliesslich Aktivitäten und Diskussionen im Zusammenhang mit der Stiftung «In the Spirit of Davos» thematisiert. 2003, im Jahr der ersten bewilligten aber schliesslich gescheiterten Demo, standen die (erfolglosen) Vermittlungsbemühungen von Landammann Hans Peter Michel im Zent-

rum, der am Tag der Demo an der Sicherheitsschleuse bei Fideris zwischen Sicherheitskräften und Demonstranten, die sich nicht kontrollieren lassen wollten, zu vermitteln versuchte. Neben den Bemühungen Michels war im Jahre 2003 das Scheitern der Stiftung «In the Spirit of Davos» das andere die Berichterstattung über Vermittlungsbemühungen bestimmende Thema. Mit der Entschärfung der Kontroverse ab 2003 wurden Vermittlungsbemühungen (noch) weniger relevant.

Als spezielle Form von Vermittlungsbemühungen kann das Open Forum Davos betrachtet werden. Es wurde als öffentlich zugängliches Diskussionsforum erstmals 2003 vom Schweizerischen Evangelischen Kirchenbund (SEK), dem World Economic Forum (WEF) und Brot für alle (Bfa) gemeinsam mit weiteren Ko-Organisatoren parallel zum AM/WEF in der Aula der Alpinen Mittelschule in Davos durchgeführt. In der Medienmitteilung zur Gründung des Open Forum Davos hielten die Trägerorganisationen fest, damit «ein[en] Beitrag zur Überwindung der Bunkermentalität früherer Jahre in Davos» leisten zu wollen (Medienmitteilung vom 25.11.2002). Das Open Forum Davos wurde auch als Schritt zur Öffnung des AM/WEF gewertet (was von NGO-Vertretern und Medien vom AM/WEF seit längerem gefordert worden war), denn auf den Panels wie unter den Besuchern finden sich Teilnehmer des AM/WEF; Stil, Themenwahl und Panelteilnehmer sind vergleichbar mit jenen der Veranstaltungen des AM/WEF im Davoser Kongressgebäude. Die Medienberichterstattung über das Open Forum Davos setzte sich im wesentlichen zusammen aus Programmankündigungen, Berichten über Panels, (Zwischen-)Bilanzen der Organisatoren sowie die kircheninterne Kritik an der Zusammenarbeit des SEK mit dem World Economic Forum im Rahmen des Open Forum Davos. Während die Berichterstattung über «klassische» Vermittlungsbemühungen ab 2003 zurückging, konnte sich das Open Forum als Thema der Medienberichterstattung 2005 etablieren.

32 Im März 2001 beauftragte der Regierungsrat des Kantons Graubünden den früheren Direktor des Bundesamtes für Flüchtlingswesens und Unternehmensberater Peter Arbenz mit der Analyse der Vorfälle um das AM/WEF und der Entwicklung von Optionen, die einen Weg aus der Gewalt aufzeigen sollten.

Zwischenfazit:

Vermittlungsbemühungen im engeren Sinn (ohne Open Forum Davos) bildeten wenig Nachrichtenwerte. Die Stiftung «In the Spirit of Davos» erwies sich als wenig wirksames Instrument zur Förderung des Dialogs zwischen Kontrahenten, Berichte über die Aktivitäten von Landammann Michel waren primär Folge seiner Prominenz und hatten als Feldaktivitäten eines Behördenmitglieds am Ort des Geschehens einen gewissen Spektakelcharakter. Das Open Forum Davos hatte Newscharakter wegen seiner (nicht erwarteten) gemischten Trägerschaft aus WEF und zivilgesellschafts-orientierten Akteuren sowie wegen seiner konzeptionell-inhaltlichen Nähe zum AM/WEF einerseits und – im weiteren Sinn – zum Public Eye on Davos anderseits.

4.3.1.1.6 Resonanzstruktur Themencluster «Diskussion über Nutzen/Schaden des AM/WEF»

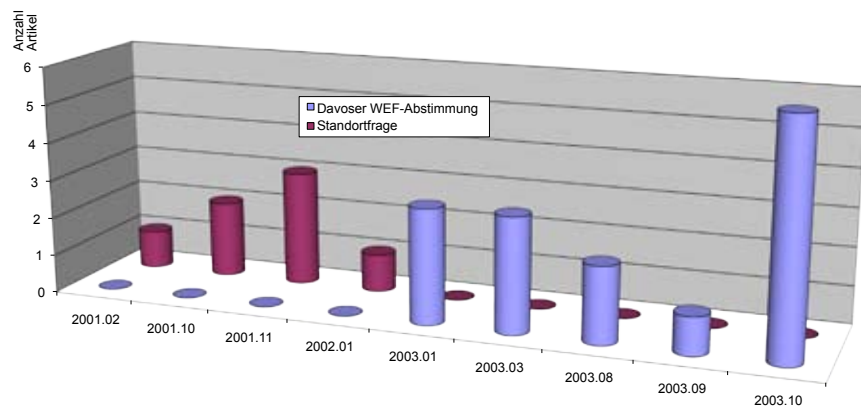


Abb. 19 zeigt die Strukturierung des Themenclusters «Diskussion über Nutzen/Schaden des AM/WEF» in die Sub-Themencluster «Standortfrage» und «AM/WEF-Abstimmung in der Gemeinde Davos» aufgeteilt nach Monaten (Fokus-Level 3, Tab. 23).

Wie bereits auf S. 102ff. festgehalten, war die Abwägung von Nutzen bzw. Schaden des AM/WEF in der Auseinandersetzung um das AM/WEF in den Medien praktisch kein Thema. Ein gewisses Interesse löste die Frage Ende 2001/Anfang 2002 (kurz vor und gleich nach dem Entscheid über die zeitweilige Verlegung nach New York sowie während des AM/WEF in New York) aus, als die Durchführung des AM/WEF in Davos angesichts der ausserordentlichen Gewalttätigkeit der Demonstranten und der von dieser Situation offensichtlich überforderten Behörden in Frage gestellt war (vgl. Kap. 4.3.1.1.4). Vor dem und während des AM/WEF 2002 machten sich Mitglieder des Bundesrates und bürgerlicher Parteien für die Weiterführung des AM/WEF in Davos stark und begründeten diese Position mit dem Nutzen der Veranstaltung für die Schweiz (ausführlicher S. 142ff.).

Eine «institutionalisierte» Nutzen-/Schaden-Abwägung des AM/WEF wurde 2003 noch einmal vorgenommen, und zwar im Vorfeld bzw. in Form der von der SP Davos lancierten Volksabstimmung über den finanziellen Beitrag der Gemeinde Davos an die Sicherheitskosten des AM/WEF. Der Urnengang selber wurde zum politischen Plebiszit über die Akzeptanz des AM/WEF bei der Davoser Bevölkerung. Am 19.10.2003 sagten bei einer Stimmbeteiligung von 58.6 Prozent 2608 Personen ja und 1237 nein zum Kredit bzw. zur Abhaltung des AM in Davos. Ankündigung der Volksabstimmung, Unterschriftensammlung und Kampagneaktivitäten schufen im Frühjahr 2003 und vor der Abstimmung Medienereignisse. Nach der Abstimmung tauchte die Thematik – im Rahmen der generellen Deeskalation – nicht mehr auf.

Zwischenfazit:

Eine eigentliche Nutzen-/Schaden-Abwägung des AM/WEF fand nicht statt, obwohl das AM/WEF während Jahren Gegenstand heftigster Opposition war. Dies lässt folgenden Schluss zu: Den AM/WEF-Kritikern und -Gegnern war nicht an einer substanziellen Auseinandersetzung mit dem AM/WEF gelegen, sie brauchten das AM/WEF als Symbol der (negativ besetzten) «Globalisierung» und der (als illegitim handelnd dargestellten) global tätigen Unternehmen zur Mobilisierung. Die Medien konzentrierten sich auf die konfliktiven Aspekte der Kontroverse und nicht auf deren Substanz oder Hintergründe.

Eine Nutzen-/Schaden-Abwägung hatten aber im Gegensatz dazu de facto die etablierten politischen Akteure im Umfeld des AM/WEF 2002 vorgenommen, als der Verbleib der Veranstaltung in Davos und in der Schweiz mehr und mehr in Frage gestellt war. Diese Abwägung fand nicht öffentlich statt, sie manifestierte sich aber im (nach dem New York-AM/WEF 2002) entschlossenen Vorgehen der involvierten Exekutiven unter Führung des Bundes zur Entwicklung eines tragfähigen und die diversen Interessen berücksichtigenden Sicherheitskonzeptes. Diese Haltungsänderung war eher eine Verfestigung schon länger feststehender Meinungen über das AM/WEF der etablierten politischen Akteure als das Resultat einer Debatte. Schliesslich zeigte die Abstimmung in Davos vom Oktober 2003, dass trotz grosser Einschränkungen und Unannehmlichkeiten die direkt Betroffenen im Kongress für sich mehr Vor- als Nachteile sahen.

4.3.1.1.7 Resonanzstruktur Themencluster «Medienberichterstattung»

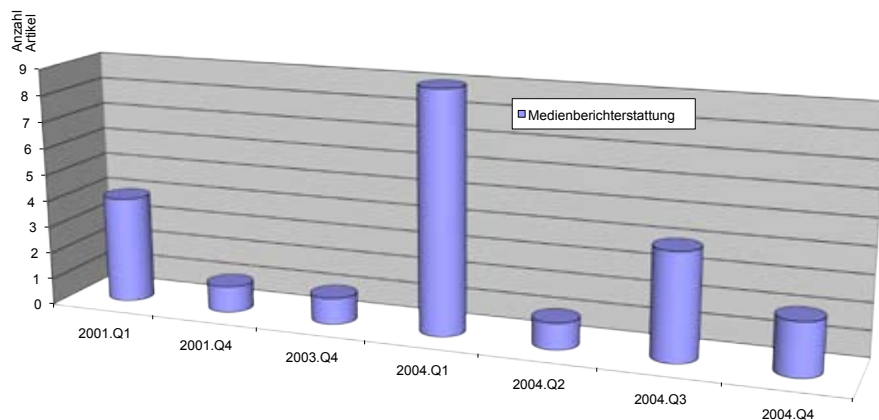


Abb. 20 zeigt die Resonanz des Themenclusters «Medienberichterstattung» strukturiert nach Quartalen (Fokus-Level 2, Tab. 23).

Abb. 20 zeigt die Entwicklung des Themenclusters «Medienberichterstattung» aufgeteilt nach Quartalen. Insgesamt wurde die Medienberichterstattung im Zusammenhang

mit den Auseinandersetzungen um das AM/WEF nur sehr wenig thematisiert (vgl. S. 103f.). Im Jahre 2001 wurde in den hier untersuchten Medien mehrmals über einen Beitrag der Tagesschau von SF DRS berichtet, in dem Bundespräsident Moritz Leuenberger sich klar für das AM/WEF und gegen gewaltsame Demonstrationen äusserte. Der Beitrag löste Kritiken seitens der SP Schweiz an die Adresse Leuenbergers aus, der wiederum dem Schweizer Fernsehen vorwarf, seine Aussagen in der Tagesschau nicht vollständig wiedergegeben zu haben. 2003 wurden diverse Einzelfragen thematisiert, während 2004 ausschliesslich die Debatte und die Massnahmen thematisiert wurden, die sich im Anschluss an einen Bericht von «10 vor 10» vom 15.1.2004 ergeben hatten. «10 vor 10» hatte an diesem Tag ausführlich über eine Pressekonferenz verummter AM/WEF-Gegner berichtet. Dieser Beitrag führte in der Folge zu Vorstössen im Zürcher Kantonsparlament (und zu der entsprechenden Stellungnahme der Regierung), angerufen wurden auch die Unabhängige Beschwerdeinstanz UBI, die Ombudsstelle von Fernsehen und Radio DRS, der Publikumsrat TV DRS und das Bundesgericht, was zu einer kleinen Kette von Medienereignissen entlang diesem Issue führte.

Abgesehen von den beiden genannten Fällen (Leuenberger und «10 vor 10») wurde die Medienberichterstattung während der ganzen Auseinandersetzung um das AM/WEF nicht thematisiert.

Zwischenfazit:

Ihre Rolle im Rahmen dieser über mehrere Jahre andauernden medienöffentlichen Auseinandersetzung stellten die Medien zu keinem Zeitpunkt zur Diskussion. Die Angemessenheit der Berichterstattung war auch nach Abflauen der Kontroverse – die ja von der Medienberichterstattung lebte – kein Thema. Offensichtlich gingen die Medien davon aus, die Kontroverse journalistisch «korrekt» abgehandelt und ihre Rolle adäquat wahrgenommen zu haben.

4.3.1.2 Dynamik des AM/WEF-Diskurses ohne Bezug zur Kontroverse

In den vorhergehenden Kapiteln wurde die Medienresonanz der Kontroverse um das AM/WEF im Detail analysiert. Im Folgenden wird nun der Fokus auf die Resonanz des AM/WEF *ohne* Bezug zur Kontroverse gelegt. Tab. 4 (S. 99) zeigt die anteilmässige Entwicklung der Berichte mit und ohne Bezug zur Kontroverse. Von 1998 bis 2001 reduzierte sich der Anteil der Berichte ohne Bezug zur Kontroverse von 100% auf 20% im Jahre 2001, um dann bis 2005 linear wieder auf rund 57% anzusteigen. Abb. 3 (S. 99) zeigt einen starken Anstieg der Berichte über das AM/WEF ohne Bezug zur Kontroverse im Jahr 2003 mit einem leichten Rückgang in den folgenden beiden Jahren.

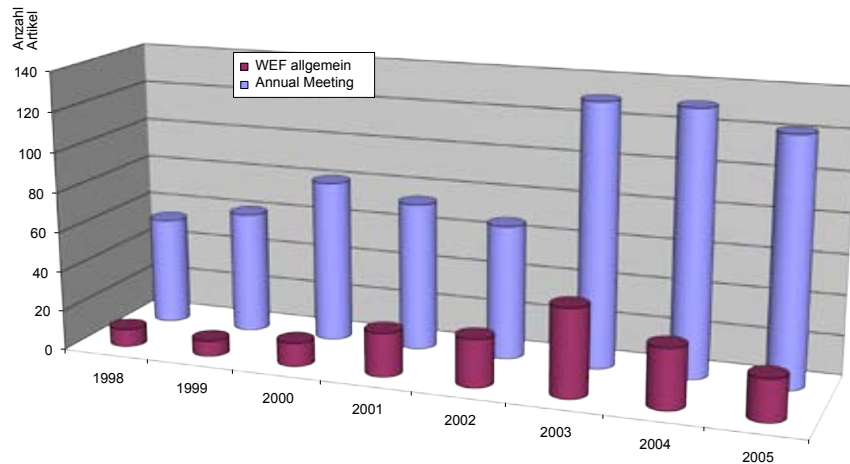


Abb. 21 zeigt die Strukturierung der Resonanz ohne Bezug zur Kontroverse, welche das AM/WEF erzeugte, in die Sub-Themencluster «Annual Meeting» und «WEF allgemein» (Fokus-Level 2, Tab. 23).

Abb. 21 gibt die Struktur der Berichterstattung über das AM/WEF ohne Bezug zur Kontroverse wieder. Sie wird dominiert durch die Resonanz des Annual Meeting³³, nur wenige Berichte galten Aspekten der Institution World Economic Forum. Dieser Umstand weist darauf hin, dass das AM – im Gegensatz zur Institution WEF – als jährlich

³³ Da in diesem Kapitel die Resonanzen einerseits des Annual Meeting (AM), das jährlich in Davos stattfindet, und andererseits der organisierenden Institution World Economic Forum (WEF) getrennt dargestellt werden, werden die beiden Termini hier ausnahmsweise auseinander gehalten.

wiederkehrendes Cross-Medienereignis selber zahlreiche «Unter»-Medienereignisse produziert (vgl. Kap. 3.3.1): Das Annual Meeting bzw. seine prominenten Teilnehmer aus Wirtschaft, Politik und organisierter Zivilgesellschaft der ganzen Welt, die sich kompetent zu den aktuellen Herausforderungen äussern, bieten unverhältnismässig mehr medialen Stoff als die Institution World Economic Forum.

Bemerkenswert ist, dass die Berichterstattung über das Annual Meeting mit dem Rückgang der Kontroverse ab 2003 sprunghaft zunahm und sich auf hohem Niveau einpendelte. Im Folgenden werden die Resonanzstrukturen der beiden Themenbereiche «Annual Meeting» und «World Economic Forum» näher analysiert.

4.3.1.2.1 Resonanzstruktur Themencluster «Annual Meeting»

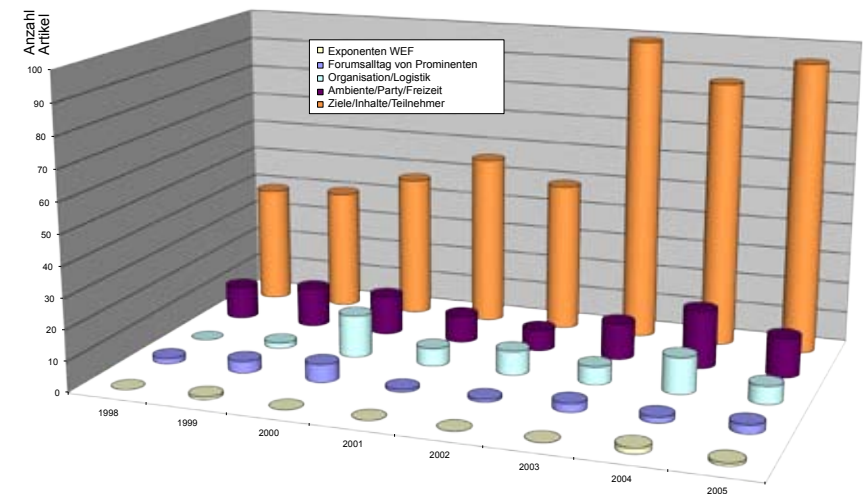


Abb. 22 zeigt die Struktur der Resonanz des Themenclusters «Annual Meeting» (in Abb. 21 blau dargestellt) (Fokus-Level 3, Tab. 23).

In Ergänzung zu Abb. 21 zeigt Abb. 22, dass die Berichterstattung über das Annual Meeting inhaltlich klar dominiert wurde von Berichten über Inhalte, Themen und Teilnehmer/innen (Interviews mit und Porträts von Teilnehmern) des Kongresses. Die Substanz des Annual Meeting fand also vor allem ab 2003 verstärkt Eingang in die Medienberichterstattung – zum Zeitpunkt, als politisch akzeptable Lösungen für die Sicherheitsfrage und eine generelle Unterstützung (Politik, Bevölkerung Davos) für das AM/WEF bzw. ein Rückgang der Kontroverse um das AM/WEF absehbar wurden.

Während der gesamten Erhebungsperiode wurde zudem – wenn auch auf umfangmässig deutlich tieferem Niveau – mit einer auffälligen Konstanz über logistisch-organisatorische Aspekte, sowie über Ambiente-/Party-/Freizeit-Aspekte berichtet. Die Konstanz der Resonanz dieser Foki lässt darauf schliessen, dass diese Bereiche journalistische Selektionskriterien unabhängig von der Entwicklung der Kontroverse um das AM/WEF erfüllten.

4.3.1.2.2 Resonanzstruktur Themencluster «World Economic Forum»

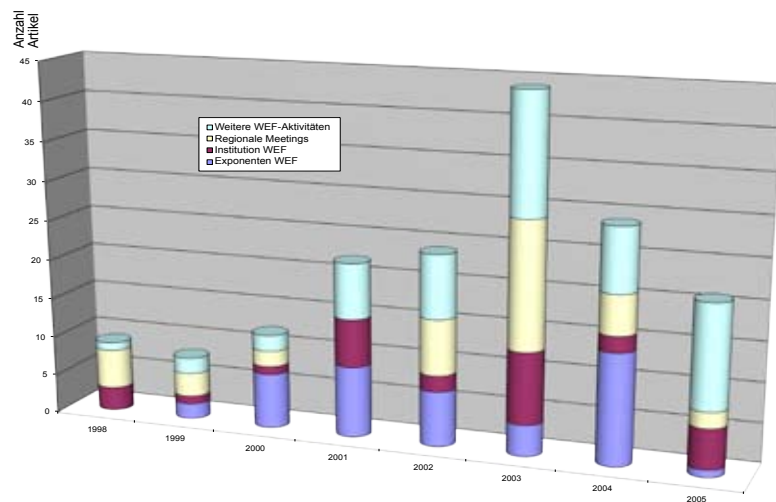


Abb. 23 zeigt den Resonanzumfang des World Economic Forum (ohne Annual Meeting) geordnet nach Jahren (Fokus-Level 3, Tab. 23).

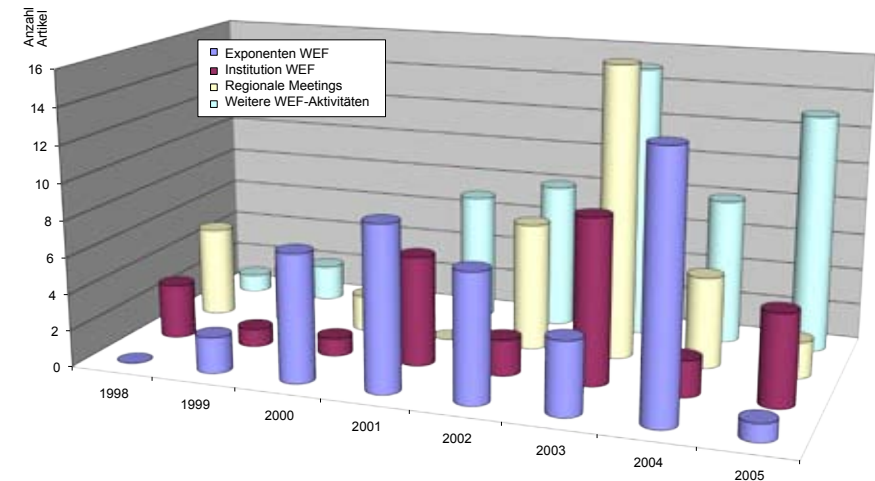


Abb. 24 zeigt die Strukturierung der Resonanz des World Economic Forum (ohne Annual Meeting) in die Sub-Themencluster «Porträts Exponenten WEF», «Institution WEF», «Regionale Meetings» und «Weitere WEF-Aktivitäten» (Fokus-Level 3, Tab. 23).

Abb. 23 und 24 zeigen Entwicklung von Umfang und Struktur der vom Annual Meeting unabhängigen Berichterstattung über das World Economic Forum. Sie setzt sich – ohne wesentliche Veränderungen über die Zeit – zusammen aus Berichten über regionale Meetings des WEF (Ausnahme: 2001), Berichten über Exponenten des WEF bzw. Interviews mit Exponenten des WEF sowie Berichten betreffend die Institution WEF. Unter «Weitere WEF-Aktivitäten» sind vor allem Berichte über Studien und Publikationen, wie die regelmässig herausgegebenen Competitiveness Reports u.ä., subsumiert. 2003, im Jahre der Konfliktregelung und der gescheiterten Demonstration in Davos, war das Interesse an den Aktivitäten des WEF unabhängig von der Kontroverse wie auch unabhängig vom AM am höchsten, um sich dann wieder stark zurück zu entwickeln.

4.3.1.3 Aktionsresonanz – Deliberationsresonanz – Substanzresonanz: Der AM/WEF-Diskurs 1998 bis 2005

Fassen wir den ersten Teil der vorliegenden Analyse zusammen, so lässt sich festhalten, dass der öffentliche Diskurs um das AM/WEF im Untersuchungszeitraum 1998–2005 im wesentlichen bestimmt war durch die Kontroverse um das Jahrestreffen (Abb. 3 und 4). Die durch die Kontroverse verursachte Medienresonanz selber war vor allem bestimmt durch:

- a) die Demonstrationen gegen das AM/WEF (Abb. 5 und 6),
- b) die Massnahmen der Behörden zur Verhinderung von Ausschreitungen (Abb. 12, 13 und 14), sowie durch
- c) die Kontroverse um die Massnahmen der Behörden zur Verhinderung von Ausschreitungen (Abb. 15 und 16).

Die anderen, nicht konfliktorientierten Themenbereiche wie «Medienberichterstattung», «Vermittlungsbemühungen» oder «Nutzen-/Schaden-Abwägung des AM/WEF» entwickelten vergleichsweise wenig Resonanz.

Die drei relevanten Themenfelder «Demonstrationen», «Massnahmen der Behörden gegen Ausschreitungen» und «Kontroverse um die Massnahmen der Behörden» stehen in einem engen inneren Verhältnis zueinander: Die regelmässig von medial breit wiedergegebenen Gewalttaten begleiteten Demonstrationen (also Öffentlichkeit schaffenden Aktivitäten mit politischer Zielsetzung) *zwangen* die Behörden immer zu Re-Aktionen bzw. Massnahmen zur Verhinderung (weiterer) Gewalttaten. Die Berichterstattung über dieses Schema «Aktion der Demonstranten – Reaktion der Behörden» soll hier unter dem Begriff **Aktionsresonanz** zusammengefasst werden.

In den Augen breiter politischer Kreise stellten die behördlichen Massnahmen zur Verhinderung von Ausschreitungen in der Eskalationsphase eine nicht akzeptable Einschränkung der Bewegungs- bzw. – solange keine Demo bewilligt wurde – der Mei-

nungsäusserungsfreiheit dar. In der Öffentlichkeit, d.h. im speziellen in den jeweiligen Parlamenten und in den Medien hatten die polizeilich/behördlichen Massnahmen entsprechend eine Beurteilung ihrer Angemessenheit zur Folge. Diese politische Debatte der behördlichen Massnahmen bzw. die Berichterstattung darüber, wird hier unter dem Begriff **Deliberationsresonanz** zusammengefasst.

In der Eskalationsphase wie auch zur Zeit der Kulmination der Kontroverse um das AM/WEF war also der Diskurs um das AM/WEF im Wesentlichen geprägt durch die Aktionsresonanz einerseits und – die damit zusammenhängende – Deliberationsresonanz.

Wie Abb. 3, 21 und 22 zeigen, verschob sich der mediale Fokus nach dem Rückgang der Kontroverse vermehrt auf die Themen, die am AM/WEF behandelt werden. Dabei galt das mediale Interesse neu primär dem Annual Meeting und nur bedingt auch der Institution WEF. Diese Verschiebung des medialen Fokus wurde möglich, weil das AM verschiedene an den zivilgesellschaftlichen Diskurs anschlussfähige Themen wie Hunger, Entwicklung, Aids, Klimaveränderung usw. behandelt. Zudem erfüllt die massierte Häufung von Prominenz aus Wirtschaft, Politik und organisierter Zivilgesellschaft am AM mediale Selektionskriterien. Die mediale Ausrichtung auf die Inhalte bzw. Teilnehmenden des AM/WEF wird hier unter den Begriff der **Substanzresonanz** zusammengefasst. Sie bestimmte nach Abklingen der Aktions- und Deliberationsresonanz im Verlauf der Deeskalationsphase wesentlich den medial gespiegelten Diskurs um das AM/WEF.

4.3.2 Dynamik der Akteurs- und der Aussageinhalteresonanz

Während im Teil A aufgezeigt wurde, dass die *inhaltlichen Dynamiken* des Diskurses über das AM/WEF 1998 bis 2005 vor allem durch die Kontroverse geprägt worden war, sollen im Folgenden die *Akteure* der Kontroverse und die durch sie erzeugten Resonanzen analysiert werden.

Die Resonanzanalyse der Akteure setzt sich aus folgenden fünf Schritten zusammen:

1. Im ersten Schritt (Kap. 4.3.2.1) werden die Resonanz erzeugenden Akteursgruppen deduktiv auf bis drei Detaillierungsstufen identifiziert und analysiert («Aussageträger»).
2. Im zweiten Schritt (Kap. 4.3.2.2.1) werden die Themen identifiziert, zu denen die Akteure Stellung genommen hatten («Positionsobjekte»).
3. Im dritten Schritt (Kap. 4.3.2.2.2) werden die Positionen und Haltungen wiedergegeben, welche die Akteure gegenüber den Positionsobjekten eingenommen hatten («Position»).
4. Im vierten Schritt (Kap. 4.3.2.2.3) werden die Begründungen für die Stellungnahmen wiedergegeben («Positionsbegründungen»).
5. In Kap. 4.3.2.2.4 wird dargestellt, inwiefern die Teilnahme am AM/WEF, an einer Demo oder an einer Gegenveranstaltung die Position/Haltung der Akteure beeinflusste («Partizipationsverhalten»).

Basis der Analysen (Codierebene) in diesem Teil der Studie waren die den involvierten Akteuren zugeschriebenen Aussagen (vgl. Kap. 4.2.1).

4.3.2.1 Struktur der Resonanz erzeugenden Akteure

Abb. 25 zeigt überblicksmässig die Verteilung der im Rahmen dieser Untersuchung erfassten Aussagen. Das Muster entspricht im wesentlichen der Verteilung der Resonanz des AM/WEF (vgl. Abb. 2, S. 98), wobei die Zahl der Aussagen zu Zeiten der Höhepunkte der Auseinandersetzungen (2001 und 2003) proportional zur Anzahl Artikel höher liegt, zu dieser Zeit also am meisten Aussagen gemacht wurden.

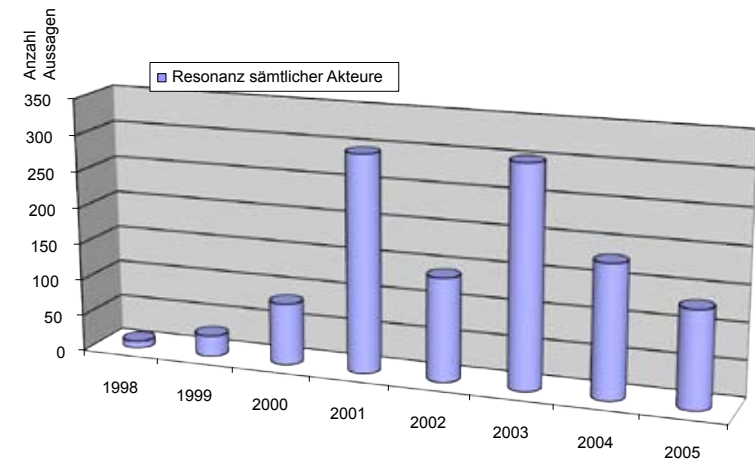


Abb. 25 zeigt die Verteilung der im Rahmen dieser Untersuchung erhobenen Aussagen nach Jahren³⁴.

Folgende sechs Haupt-Akteursgruppen haben im Untersuchungszeitraum im Zusammenhang mit dem AM/WEF in den hier analysierten Medien Resonanz erzeugt. Deren jeweilige Strukturierung in Unter-Akteursgruppen ist aus Tabelle 24, S. 260f. ersichtlich. Sie sollen im Folgenden analysiert werden:

Akteursgruppe «Etablierte politische Akteure»

Akteursgruppe «Nicht etablierte politische Akteure»

Akteursgruppe «Wirtschaft»

Akteursgruppe «Medien»

Akteursgruppe «AM/WEF-Organisation»

Akteursgruppe «Übrige gesellschaftliche Akteure»

³⁴ Erhoben wurden sämtliche Aussagen, die wiedergegeben worden sind in den Artikeln mit der Erwähnung der Stichworte «World Economic Forum», «WEF» oder «Weltwirtschaftsforum» im Zeitraum zwischen 1.1.1998 und 30.6.2005 in den Medien Blick, Tages-Anzeiger, Neue Zürcher Zeitung, SonntagsBlick, SonntagsZeitung, NZZ am Sonntag (ab 17.3.2002) sowie Weltwoche. Dies entspricht dem Sample, welches für den ersten Teil der Studie verwendet wurde.

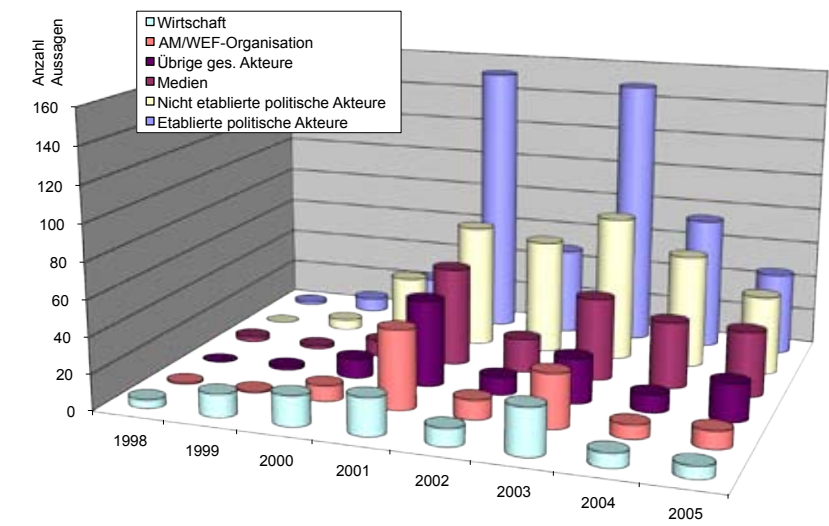


Abb. 26 zeigt die Entwicklung der Resonanzanteile der Haupt-Akteursgruppen (Fokus-Level 1, Tab. 24).

Resonanz erzeugende Akteursgruppen	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	Ø
Etablierte politische Akteure	18.2%	25.0%	22.8%	39.1%	30.1%	41.7%	37.0%	29.9%	30.5%
Nicht etablierte politische Akteure	0%	18.7%	33.3%	17.7%	39.3%	22.7%	31.5%	28.6%	24.0%
Wirtschaft	45.5%	40.6%	16.2%	5.4%	6.1%	7.3%	4.0 %	4.5%	16.2%
Medien	27.3%	6.3%	8.6%	14.1%	11.7%	12.9%	18.5%	16.9%	14.5%
AM/WEF-Organisation	9.0%	3.1%	8.6%	11.4%	6.7%	8.4%	4.0%	6.5%	7.2%
Übrige ges. Akteure	0%	6.3%	10.5%	12.3%	6.1%	7.0%	5.0%	13.6%	7.6%
Total	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%

Tab. 9 gibt die relative Anteilsentwicklung der Resonanz erzeugenden Haupt-Akteure während des Erhebungszeitraums wieder.

Abb. 26 und Tab. 9 zeigen die Entwicklung der Resonanz strukturiert nach den Haupt-Akteursgruppen. Mit durchschnittlich 30.5% am meisten Aussagen stammten von etablierten politischen Akteuren. Ebenfalls hoch, bei durchschnittlich 24.0%, lag der Anteil Aussagen nicht etablierter politischer Akteure. Als Teilnehmer des AM/WEF stellten

die Vertreter der Wirtschaft einen zwar geringeren, aber mit 16.2% immer noch ansehnlichen Teil der Aussageträger. Als Beobachter und «Beurteiler» stellten auch die Medien mit 14.5% ebenfalls einen relevanten Akteur dar. Von geringerer Bedeutung als Resonanzerzeuger waren das AM/WEF selber (7.2%) sowie die übrigen gesellschaftlichen Akteure³⁵ (7.6%).

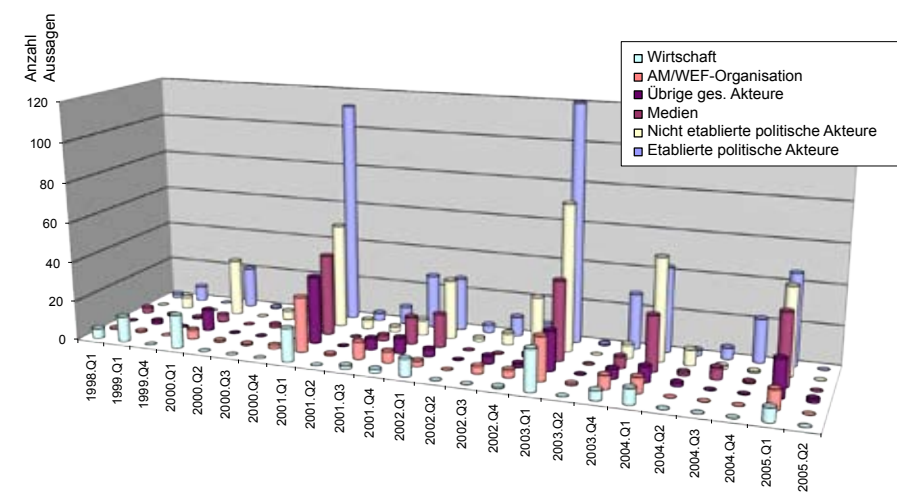


Abb. 27 zeigt die Dynamik der Resonanz der Haupt-Altersgruppen im Verlauf des Untersuchungszeitraums geordnet nach Quartalen (Fokus-Level 4, Tab. 23).

In Ergänzung zu Abb. 26 und Tab. 6 zeigt Abb. 27 die Verteilung der Resonanz der Haupt-Akteure im Verlauf des Untersuchungszeitraums, aufgeteilt auf Vierteljahre. Zu den beiden Abbildungen und zu Tabelle 1 lässt sich folgendes festhalten:

- 1998 und 1999, also zu Beginn der AM/WEF-kritischen Bewegung, erzielten noch wenige Akteure Resonanz. Sie gehörten vorab der Wirtschaft und der Politik an, es waren im wesentlichen Teilnehmer des AM/WEF. Sie äusserten sich zu wirtschaftspolitischen Fragen.

35 Die Gruppe «Übrige gesellschaftliche Akteure» setzt sich zusammen aus Bewohner/innen von Davos, Vertreter/innen aus Wissenschaft, Kultur/Showbusiness, Kirchen sowie den Trägern/Ko-Organisatoren des Open Forum Davos.

- 2000, als die Kontroverse sich als öffentliches Thema festzusetzen begann, erzielten die nicht etablierten politischen Akteure im Verhältnis zu den anderen Akteursgruppen die höchste Resonanz. Mit ihren Forderungen (nach «mehr Transparenz» am AM/WEF oder gar nach dessen Abschaffung) und ihrer Methode, Aufmerksamkeit zu generieren (meist gewaltsame Demonstrationen), wurden sie den Selektionskriterien der Medien vollumfänglich gerecht (vgl. S. 56ff.). In den nachfolgenden Jahren blieben die Anteile der Aussagen nicht etablierter politischer Akteure auf hohem Niveau stabil, um sich ab 2003 – entsprechend dem generellen Rückgang der Berichterstattung über die Kontroverse um das AM/WEF – zurück zu entwickeln.
- Deutlich volatiler bzw. enger mit den Ereignissen verknüpft war die Resonanz, welche die etablierten politischen Akteure im Verlauf der Kontroverse erzeugten. 2001, als die Ausschreitungen mit der Krawallnacht vom Januar in Zürich ihren Höhepunkt erreichten, sowie 2003, als die neue Strategie der vorher arg unter Druck geratenen Behörden erstmals zur Anwendung kam, entwickelte sich die Resonanz der etablierten politischen Akteure am umfangreichsten. Ab 2004 ging auch sie entsprechend dem allgemeinen Trend deutlich zurück. Dies ist ein weiterer Hinweis darauf, dass das Thema nach 2003 von der politischen Agenda bzw. von den Bühnen der formellen Problemlösung (Parlamente, vgl. Kap. 4.3.1.1.2.1.1) verschwand bzw. eben gelöst worden war. Ausnahmen bildeten lokale Auseinandersetzungen um Demo-Plätze wie v.a. in Bern.
- Einen permanent eher begrenzten Anteil an der inhaltlichen Resonanz fanden mit dem Aufkommen der Kontroverse die Medien (vgl. Kap. 4.3.1.1.7).
- Mit insgesamt durchschnittlich 7% über den ganzen Untersuchungszeitraum verteilt fanden die AM/WEF-Organisatoren eine äusserst geringe Resonanz. Dies ist insofern bemerkenswert, als dieser Akteur als Veranstalter des AM/WEF für die Kritiker den Anlass zur Kontroverse geschaffen hatte.
- Von gleich geringer Relevanz in der Auseinandersetzung waren Akteure aus der Wirtschaft. Nur 1998 und 1999, also in den Jahren vor Beginn der Kontroverse,

se, dominierten die Vertreter der Wirtschaft mit Aussagen über das AM/WEF. Die Resonanz von Wirtschaftsvertretern blieb während der ganzen Erhebungsdauer in etwa konstant niedrig. Wirtschaftsvertreter traten wenig als Akteure im Zusammenhang mit der Kontroverse um das AM/WEF hervor, obwohl sie den Hauptteil der Teilnehmer des kritisierten AM/WEF darstell(t)en (vgl. Kap. 4.3.2.1.3). Sie wurden wie erwähnt in ihrer Rolle als Teilnehmer des AM/WEF bzw. als Experten zu Sachfragen zitiert und nicht zur Kontroverse befragt.

Zwischenfazit:

Die relevanten Aussageträger bzw. Akteure im Kontext der Kontroverse um das AM/WEF im untersuchten Zeitraum waren die etablierten politischen Akteure und die nicht etablierten politischen Akteure sowie – mit grösserem Abstand – die Medien. Die nicht etablierten politischen Akteure waren durch die teilweise gewaltorientierte Art der Vermittlung ihrer Forderungen bzw. als Urheber der Aktivitäten gegen das AM/WEF für die Medien attraktiv. Ab 2000, spätestens ab 2001 stellte sich die Frage, wie die etablierten politischen Akteure die Herausforderungen (öffentlich begangene Straftaten) der nicht etablierten politischen Akteure unter Einhaltung rechtsstaatlicher Grundlagen und dem Prinzip der Verhältnismässigkeit parieren würden. Entsprechend wurden sie zum zweiten relevanten Akteur der öffentlich ausgetragenen Konfrontation. Das Gegensatzpaar Herausforderer (nicht etablierte politische Akteure) vs. Herausgeforderte (etablierte politische Akteure) als relevante resonanzerzeugende Akteure entspricht dem klassischen Konfliktschema, das die Medien fördern, bzw. welches Nachrichtenwerte liefert, solange der Konflikt zwischen den Antagonisten (auch innerhalb der etablierten politischen Akteure) nicht gelöst ist. Dieser Befund deckt sich im übrigen mit der in Kap. 4.3.1.1 (Abb. 5, Tab. 5) gemachten Feststellung, dass die Themenbereiche «Demonstrationen» (Inszenierungsaktionen der nicht etablierten politischen Akteure) und «Sicherheit» (Reaktionen darauf der etablierten politischen Akteure) die Resonanz des AM/WEF im Untersuchungszeitraum wesentlich bestimmten. Vertreter der übrigen gesellschaftlichen Akteure spielten eine gewisse Rolle als Experten in verschiedenen Fragen. Wirtschaftsvertreter wurden am Rande wahrgenommen – als Teilnehmende des AM/WEF und nicht im Zusammenhang mit der Kontroverse.

In den folgenden Kapiteln sollen die sechs Haupt-Akteurskategorien je weiter differenziert analysiert werden.

4.3.2.1.1 Resonanzstruktur Akteurscluster «Etablierte politische Akteure»

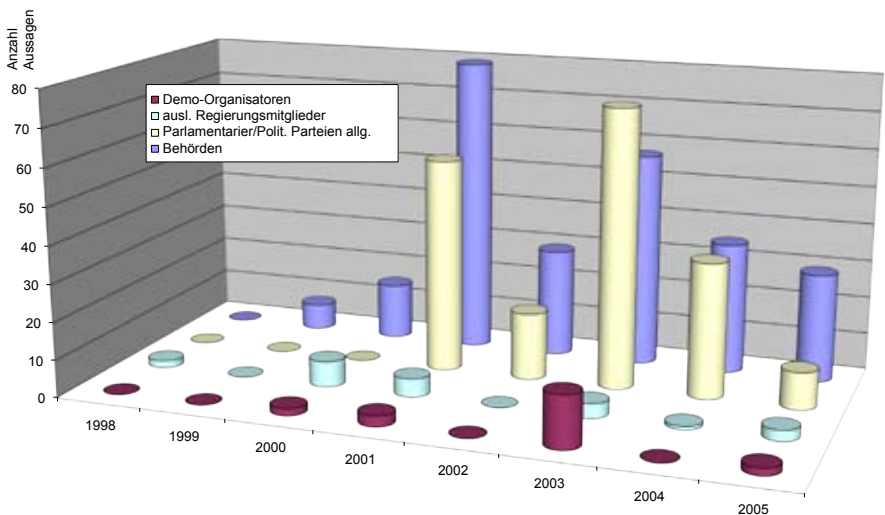


Abb. 28 zeigt die Strukturierung der Resonanz erzeugenden etablierten politischen Akteure in «ausl. Regierungsmitglieder», «Demo-Organisationen», «Parlamentarier/Polit. Parteien allg.», «Behörden» (Fokus-Level 2, Tab. 23).

Resonanzstruktur Etablierte politische Akteure	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	Ø
Behörden	0%	100%	62.5%	54.8%	61.7%	38.2%	48.6%	65.9%	54.0%
Parlamentarier/politische Parteien	0%	0%	0%	39.6%	38.3%	49.7%	50.0%	22.7%	25.0%
Demo-Organisationen	0%	0%	8.3%	2.1%	0%	9.4%	0%	4.6%	3.1%
Ausländ. Regierungsmitglieder	100%	0%	29.2%	3.5%	0%	2.7%	1.4%	6.8%	17.9%
Total	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%

Tab. 10 gibt die relative Anteilsentwicklung der Resonanz erzeugenden etablierten politischen Akteure während des Erhebungszeitraums wieder.

Abb. 28 und Tab. 10 geben die Dynamik wieder, mit der die etablierten politischen Akteure Medienresonanz durch Aussagen erzeugten. Gut die Hälfte der Aussagen stammt von Behördenvertreter/innen. Im Kontext der Kontroverse um das AM/WEF hatten die Behörden sowohl die öffentliche Sicherheit wie auch das Recht auf freie Meinungsäußerung sicherzustellen. Die Behörden mussten also auf die Herausforderungen durch die z.T. äußerst gewalttätigen Demonstranten adäquat, d.h. auf politisch akzeptable Weise reagieren. Im speziellen mussten sie (weitere) Gewaltanwendungen verhindern ohne die demokratischen Rechte ungebührlich einzuschränken. Behörden geraten in solchen ausserordentlichen Lagen, in denen der richtige Weg zwischen divergierenden Interessen gefunden und begangen werden muss, unter starken Rechtfertigungsdruck. Dieser Rechtfertigungsdruck widerspiegelt sich im hohen Anteil der Resonanz der Behörden.

Am zweitmeisten Resonanz (25%) unter den etablierten politischen Akteuren erzielten die Mitglieder von Parlamenten bzw. politischer Parteien. Dieser hohe Akteursanteil indiziert, dass die Parlamente/Parteien ihre zentrale Funktion, nämlich die Ausübung der politischen Kontrolle bzw. die Vornahme der politischen Wertung der Tätigkeit der Behörden, wahrgenommen haben. Mit dem Abklingen der Auseinandersetzungen war auch deren Resonanz wieder zurückgegangen.

Von deutlich weniger Relevanz unter den etablierten politischen Akteuren waren die Demo-Organisationen (3.1%) und ausländischen Regierungsmitglieder, die am AM/WEF teilnahmen. Letztere Gruppe äusserte sich nicht zur Kontroverse, sondern zu Themen, die am Kongress behandelt wurden. (Der hohe Anteil ausländischer Regierungsmitglieder in Tab. 10 im Jahre 2000 relativiert sich durch die geringe absolute Zahl von Aussagen, vgl. Abb. 28 und 29.)

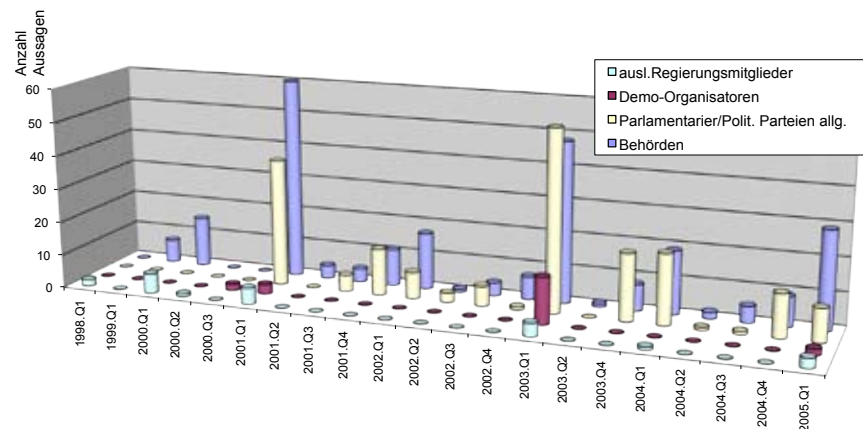


Abb. 29 zeigt die Strukturierung der etablierten Akteure, die Resonanz erzeugt hatten, aufgeteilt nach Quartalen (Fokus-Level 2, Tab. 24).

Abb. 29 zeigt die Struktur der Medienresonanz, welche die etablierten politischen Akteure erzeugt hatten, aufgeteilt nach Quartalen. Dabei zeigt sich folgendes:

- Die Behörden äusserten sich vor allem in den Jahren 2001 und 2003 jeweils im Umfeld des AM/WEF. Sie mussten die Massnahmen zur Aufrechterhaltung der Sicherheit erklären und legitimieren, 2003 stand – nach einer ausführlichen öffentlichen Diskussion, die vor allem durch Parlamentarier geführt worden war – die neue Sicherheitsstrategie auf dem Prüfstand.
- Die Parlamentarier äusserten sich ab dem Moment, als die Ausschreitungen das übliche Mass überschritten hatten, nämlich nach dem massiven Polizeiaufgebot in Davos und den Krawallen von Zürich anlässlich des AM/WEF 2001, bzw. als sich in der Folge die Auseinandersetzungen in die grösste Schweizer Stadt ausgedehnt hatten und das Verhalten (u.a. der Zürcher) Polizei breit thematisiert wurde (vgl. S. 139f.). Im Verlauf des Jahres 2001 nahm die Diskussion um die Gewährleistung der Sicherheit seitens der Behörden wie der Parlamentarier/innen umfangmässig stetig zu, bis die WEF-Leitung im November 2001 bekannt gab, das AM/WEF 2002 in New York stattfinden zu lassen: Je näher der Januar

2002 rückte, desto intensiver wurde im Herbst 2001 vor dem Hintergrund der Ausschreitungen vom Januar 2001 in Zürich und der weltweit grossen und auch gewalttätigen Demonstrationen beispielsweise in Seattle oder in Genua die Sicherheitsfrage öffentlich diskutiert. Im Jahr 2002 war der Druck auf die Behörden seitens der Parlamente weniger stark, weil das AM/WEF in New York stattfand und die Behörden gleich nach dem AM/WEF 2002 mit der Erarbeitung eines neuen Sicherheitskonzeptes im Hinblick auf das AM 2003 begannen. Im Q1 2003 stand die neue Sicherheitsstrategie vor ihrer Bewährung, sie wurde von Parlamentariern intensiv gewertet. Die Zunahme der Äusserungen von Behörden und Parlamentariern im Q4 2003 hatte schliesslich verschiedene Gründe, die teilweise keinen Zusammenhang mit der Kontroverse hatten.

- Entsprechend dem Rückgang der Kontroverse entwickelten sich 2004 und 2005 die Anzahl Äusserungen von Behörden und Parlamentariern zurück.

Zwischenfazit:

Unter den etablierten politischen Akteuren waren die beiden relevanten einerseits die Behörden (54% der Aussagen etablierter politischer Akteure) und andererseits die Parlamentarier/innen (25% der Aussagen etablierter politischer Akteure). Dies indiziert, dass beide Akteure ihre institutionellen Aufgaben wahrgenommen haben: Ab dem Zeitpunkt, als AM/WEF-Gegner Gewalt anzuwenden begannen, waren die Behörden herausgefordert, zur Verhinderung der Gewalt adäquate Taktiken und Mittel anzuwenden. Damit traten auch die Parlamente auf den Plan, deren Aufgabe es ist, die Tätigkeiten der Behörden vorzugeben und zu kontrollieren bzw. zu beurteilen. Die Behörden mussten – wie dies in einer Demokratie der Fall ist – ihre Tätigkeiten und Massnahmen vor der Öffentlichkeit rechtfertigen, vor allem da sie zur Einschränkung von Grundrechten geführt hatten. Zudem mussten sie vermeiden sich dem Vorwurf auszusetzen, die Ausschreitungen durch martialisches Auftreten zu «provozieren» bzw. die Schuld an den Ausschreitungen «angehängt» zu bekommen.

4.3.2.1.1.1 Resonanzstruktur Akteurscluster «Parlamentarier»

Im Folgenden soll untersucht werden, wie sich das Resonanz-Verhältnis innerhalb der Gruppe der Resonanz erzeugenden Parlamentarier zwischen Bürgerlichen (AM/WEF-Unterstützer) und Linken/Grünen (AM/WEF-Kritiker) entwickelte.

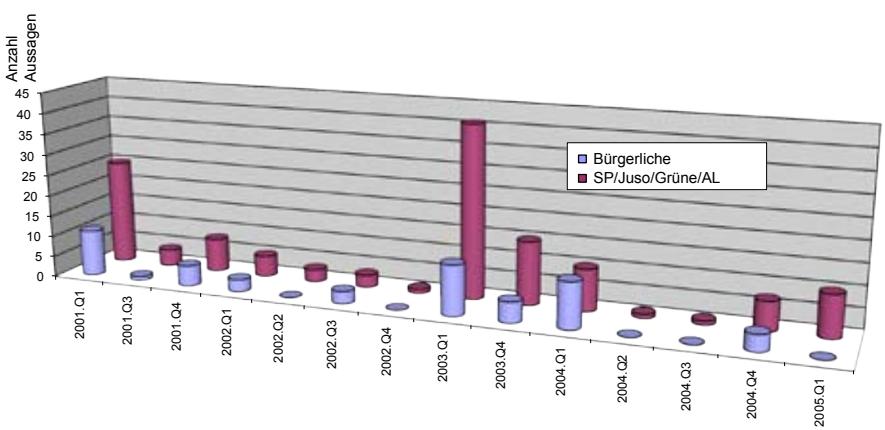


Abb. 30 zeigt die Parteizugehörigkeit der Resonanz erzeugenden Parlamentarier während der Untersuchungsperiode geordnet nach Quartalen (Fokus-Level 3, Tab. 24).

Resonanzstruktur Parla- mentarier	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	Ø
SP/Juso/Grüne/AL	0%	0%	68.5%	66.7%	76.7%	55.9%	100%	73.6%
Bürgerliche	0%	0%	31.5%	33.3%	23.3%	44.1%	0%	26.4%
Total	0%	0%	100%	100%	100%	100%	100%	100%

Tab. 11 gibt die relative Anteilsentwicklung der Parteizugehörigkeit der Resonanz erzeugenden Parlamentarier während des Erhebungszeitraums wieder.

Tab. 11 und Abb. 30 zeigen, dass während des gesamten Untersuchungszeitraums bewegungsnahe im Vergleich zu bürgerlichen Parlamentariern mehr Resonanz zu erzeugen vermochten. Der hohe Ausschlag im Umfeld des AM/WEF 2003 ist zu einem wesentlichen Teil auf die Kritik von Vertreter/innen von SP/JUSO/Grüne/AL an die Adresse

der Demo-Organisatoren zurückzuführen, da sie die Sicherheitskontrollen bei Fideris nicht akzeptieren wollten (vgl. Kap. 4.3.1.1.1.1).

4.3.2.1.1.2 Resonanzstruktur Akteurscluster «Behörden»

Im Folgenden soll untersucht werden, wie sich das Resonanz-Verhältnis zwischen den Behörden auf den Ebenen Bund (Bundesrat, Verantwortliche der Armee), Kantone und Gemeinden (verantwortlich für die Sicherheit) sowie Gerichte entwickelte.

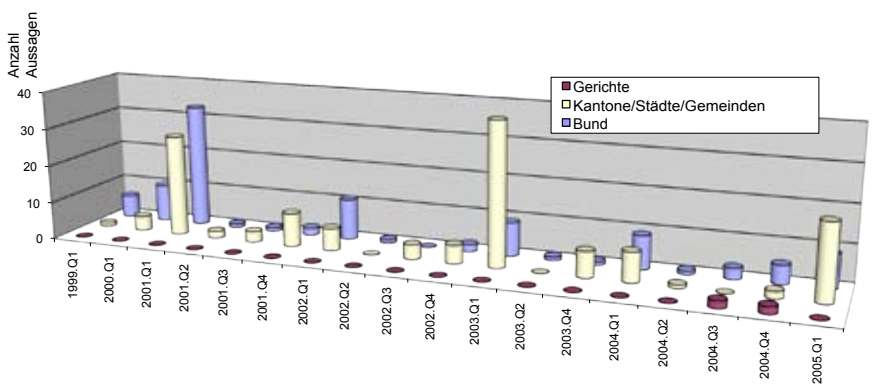


Abb. 31 zeigt die Strukturierung der Resonanz erzeugenden Behörden auf den verschiedenen Ebenen geordnet nach Quartalen (Fokus-Level 3, Tab. 24).

Resonanzstruktur Behörden	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	Ø
Bund	85.7%	71.4%	47.4%	48.3%	19.6%	54.6%	31%	51.1%
Kr/Städte/Gde.	14.3%	28.6%	52.6%	51.7%	80.4%	33.3%	69%	47.1%
Gerichte	0%	0%	0%	0%	0%	12.1%	0%	1.8%
Total	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%

Tab. 12 gibt die relative Anteilsentwicklung der Resonanz erzeugenden Behörden auf den verschiedenen Ebenen während des Erhebungszeitraums wieder.

Wie Abb. 31 zeigt, verschob sich im Verlauf der Erhebungszeit die Rolle der Hauptakteure bei den Behörden von der Bundes- auf die Gemeinde- und die kantonale Ebene. Im Umfeld des AM/WEF vom Januar 2001, als es zu den krawallartigen Ausschreitungen in Zürich kam, äusserten sich vor allem Bundesräte gegen die Gewaltanwendung und für den Erhalt des AM/WEF. Sie brachten zudem ihre Unterstützung für die Massnahmen der örtlichen Behörden zum Ausdruck. Generell äusserten sich die Bundesräte jeweils im zeitlichen Umfeld des AM/WEF generell zum AM/WEF und zu ihren dort wahrgenommenen Aufgaben bzw. Tätigkeiten (Treffen mit ausländischen Regierungsmitgliedern usw.). Der hohe Ausschlag der Akteure auf Ebene Kantone/Städte/Gemeinden im Umfeld des AM 2003 ist zurückzuführen auf die Stellungnahmen der Vertreter des Kantons Graubünden in der Kontroverse um die Personenkontrollen bei Fideris, bzw. auf den Umstand, dass die Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit Aufgabe der Kantone und Gemeinden und nicht des Bundes ist. Der (allerdings tiefere) Resonanz-Peak von Kantonen/Städten/Gemeinden Anfang 2005 widerspiegelt die Diskussionen um den Demo-Ort in Bern. Mit weniger als zwei Prozent Resonanz blieben die Gerichte vernachlässigbar.

4.3.2.1.2 Resonanzstruktur Akteurscluster «Nicht etablierte politische Akteure»

Im Folgenden soll die Entwicklung der Resonanzstruktur innerhalb der nicht etablierten politischen Akteure untersucht werden.

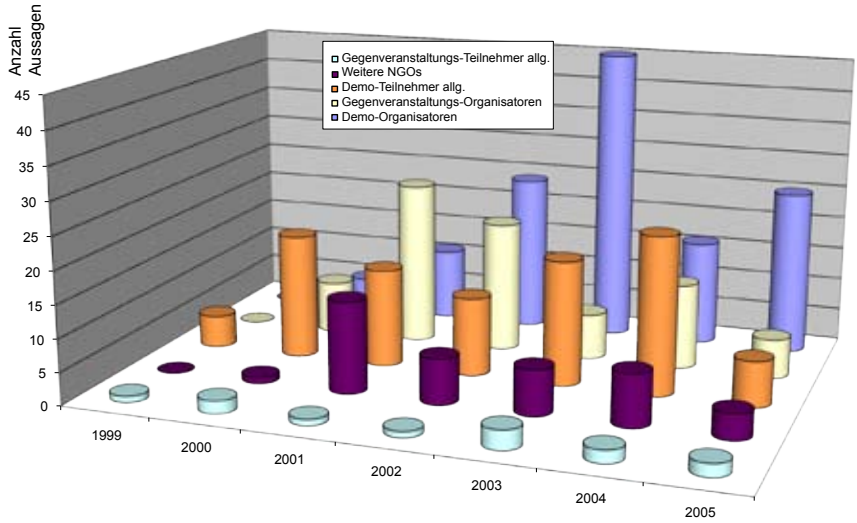


Abb. 32 zeigt, welche Akteursgruppen innerhalb der Nicht etablierten politischen Akteure am meisten Resonanz zu erzeugen vermochten (Fokus-Level 2, Tab. 24).

Resonanzstruktur Nicht etablierte politische Akteure	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	Ø
Demo-Organisationen	0%	14.3%	16.4%	37.5%	55.7%	25.5%	56.9%	29.5%
Demo-Teilnehmer	83.3%	54.3%	22.4%	18.7%	23.4%	38.1%	15.9%	36.6%
Gegenveranstaltungs-Organisationen	0%	22.9%	37.3%	31.3%	8.6%	20.6%	13.6%	19.2%
Gegenveranstaltungs-Teilnehmer	16.7%	5.7%	1.5%	1.6%	3.7%	3.0%	4.5%	5.2%
Weitere NGOs	0%	2.8%	22.4%	10.9%	8.6%	12.8%	9.1%	9.5%
Total	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%

Tab. 13 gibt die relative Anteilsentwicklung der Resonanz erzeugenden Gruppen innerhalb der nicht etablierten politischen Akteure während des Erhebungszeitraums wieder.

Unter den nicht etablierten politischen Akteuren (mit 23.2% aller Aussagen die Akteursgruppe, die nach den etablierten politischen Akteuren am meisten Resonanz erzeugten, vgl. Tab. 9, S. 160) stellten die Demo-Organisationen gemeinsam mit den Demoteilnehmern den klar grössten Anteil (66.1%). Werden weiter die unter etablierten politischen Akteuren aufgeführten Demo-Organisationen dazu gezählt, liegt der Anteil Demo-Or-

ganisatoren noch etwas höher (vgl. Kap. 4.3.2.1.2.1). Gegenveranstaltungsorganisatoren und -teilnehmer/innen bildeten zusammen die zweitgrösste Gruppe (24.4%).

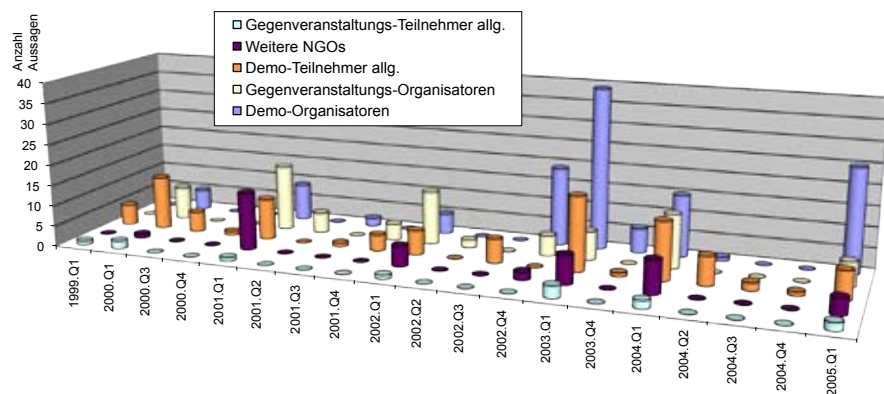


Abb. 33 gibt die nach Quartalen gegliederte Strukturierung der Resonanz erzeugenden Gruppen innerhalb der nicht etablierten Akteure wieder (Fokus-Level 2, Tab. 24).

In Ergänzung zu Tab. 7 und Abb. 32 zeigt Abb. 33 die Verteilung der Aussagen der nicht etablierten Akteure auf die aktivsten Untergruppen strukturiert nach Quartalen. Dazu lässt sich folgendes festhalten:

- Dominiert wird das Bild durch die hohe Resonanz der Demo-Organisatoren. Den Resonanz-Höhepunkt erreichten sie aufgrund des öffentlich ausgetragenen Streits zwischen dem Oltner Bündnis und den Graubündner Behörden um die Personenkontrollen bei Fideris im Umfeld des AM/WEF 2003. Die Spannung vor diesem AM/WEF war hoch, weil die neue Sicherheitsstrategie der Behörden sich bewähren musste und die Erwartungen aber auch die Befürchtungen in der Öffentlichkeit entsprechend ausgeprägt waren. Diese Kontroverse um die Sicherheitsmassnahmen begann bereits im Q4 2002. Zu einer allerdings geringeren Resonanz der Demo-Organisatoren führte dieselbe Thematik ein Jahr später. Das wiederum hohe Echo in Q1 2005 ist auf den ausführlich wiedergegebenen Streit um den Austragungsort der Demo in Bern im Januar 2005 zurückzuführen.

- Eine um mehr als die Hälfte geringere Resonanz erzeugten demgegenüber die Organisatoren von Gegenveranstaltungen. Gegenveranstaltungen waren nicht in dem Sinne konfliktiv wie Demonstrationen. Es fanden keine physischen Auseinandersetzungen statt, es gab kein Gewalt- und Zerstörungspotenzial – entsprechend auch keine nachfolgenden Auseinandersetzungen auf politischer oder juristischer Ebene. Die Auseinandersetzung mit dem (abwesenden) Gegner fand auf argumentativer Ebene statt. Entsprechend erhielten solche Veranstaltungen bzw. deren Organisatoren eher geringe mediale Resonanz. Im Kontext der ab 1999 aktuellen und in den ersten Jahren international sowie national stark zunehmenden Auseinandersetzungen im Zusammenhang mit der Globalisierung und um das AM/WEF (als Symbol der Globalisierung) waren die Gegenveranstaltungen und ihre Organisatoren und Teilnehmer von gewissen medialem Interesse (vgl. Kap. 4.3.1.1.2). Als intellektuelle Komplementäre zu den Demos blieb deren Resonanz während der gesamten Erhebungszeit in etwa stabil. Dies galt auch für 2002, als das AM/WEF in New York stattfand. In diesem Jahr war deren Resonanz höher als die der andern nicht etablierten politischen Akteure, da die Aktivitäten der «Public Eye on Davos in New York»-Organisatoren auf einiges Medieninteresse in der Schweiz stiessen.

Die Konstanz der Resonanz der Organisatoren von Gegenveranstaltungen jeweils zu Zeiten des AM/WEF weist darauf hin, dass diese nicht direkt mit der Dynamik der Kontroverse um die Sicherheit im Zusammenhang mit den AM/WEF bzw. dem Themenkomplex Demonstrationen/Sicherheit verknüpft war. Der Rückgang der Resonanz der Gegenveranstaltungsorganisatoren 2005 indiziert den allgemeinen Rückgang des Interesses der Medien an den Gegenveranstaltungen im Zuge des generellen Rückgangs der Resonanz der Kontroverse um das AM/WEF (vgl. Abb. 3, S. 99).

- Die Resonanz von Teilnehmenden an Gegenveranstaltungen blieb – im Gegensatz zu jener der Demo-Teilnehmenden – während der gesamten Erhebungsperiode äusserst gering. Ein Zusammenhang mit der Dynamik der Kontroverse um das AM/WEF ist nicht erkennbar.

- Relativ stabil blieb auch während der ganzen Erhebungsperiode die Resonanz der Demo-Teilnehmer. Ein klarer Rückgang ist 2005 festzustellen.

4.3.2.1.2.1 Resonanzstruktur Akteurscluster «Demo-Organisatoren»

Im Folgenden soll untersucht werden, wie sich die Resonanzstruktur innerhalb der Demo-Organisatoren entwickelte.

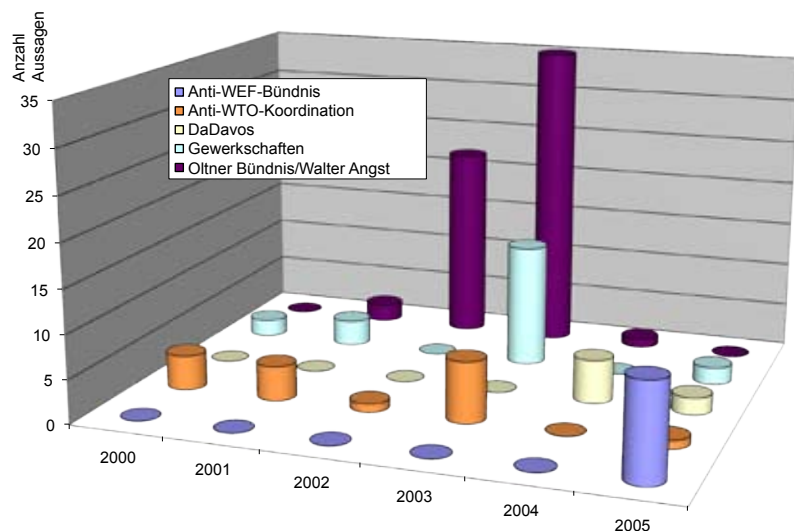


Abb. 34 zeigt, welche Gruppen sich im Verlauf des Untersuchungszeitraums als «Sprecher» der Demo-Organisatoren ablösten (Fokus-Level 3, Tab. 24).

Resonanzstruktur Demo-Organisatoren	2000	2001	2002	2003	2004	2005	Ø
Anti-WTO-Koordination	66.7%	44.5%	4.3%	12.5%	0%	6.3%	22.4%
Gewerkschaften	33.3%	33.3%	0%	25%	0%	12.5%	17.4%
Anti-WEF-Bündnis	0%	0%	0%	0%	0%	68.7%	11.5%
Oltner Bündnis/Walter Angst	0%	22.2%	95.7%	62.5%	16.7%	0%	32.8%
DaDavos/weitere	0%	0%	0%	0%	83.3%	12.5%	15.9%
Total	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%

Tab. 14 gibt die relative Anteilsentwicklung der Resonanz erzeugenden Gruppen innerhalb der Demo-Organisatoren wieder.

Wie Tab. 14 zeigt, erzielte unter den Demo-Organisatoren das Oltner Bündnis die höchste Resonanz, gefolgt von der Anti-WTO-Koordination und den Gewerkschaften (Vertreter Gewerkschaften waren die einzigen etablierten politischen Akteure unter den Demo-Organisatoren).

Abb. 34 zeigt die «Konjunktur» der jeweiligen Hauptaktivisten unter den Demo-Organisatoren. Die hohe Resonanz im Q4/2002 und Q1/2003 des Oltner Bündnisses widerspiegelt dessen Wortführerschaft in der Kontroverse um die Kontrollen bei Fideris (vgl. Kap. 4.3.1.1.1.1). Gewerkschaften äusserten sich ebenfalls zu Fideris, noch mehr aber erhoben sie nach dem Fideris/Demo-Debakel vom Januar 2003 schwere Vorwürfe an das Oltner Bündnis. Nach Q1/2003 verlor das Oltner Bündnis seine Bedeutung als Demo-Organisator. Die relativ hohe Resonanz im Q1/2005 des Anti-WEF-Bündnisses widerspiegelt die Auseinandersetzungen um den Austragungsort der Demonstration in Bern. Die Anti-WTO-Koordination organisierte in den ersten Jahren die Demonstrationen, sie war entstanden aus den Protestaktivitäten gegen die 50-Jahr-Feierlichkeiten des GATT/WTO vom Mai 1998 (vgl. Kap. 4.3.1.1.4).

4.3.2.1.2.2 Resonanzstruktur Akteurscluster «Gegenveranstaltungs-Organisatoren»

Im Folgenden wird untersucht, wie sich das Resonanz-Verhältnis innerhalb der Organisatoren von Gegenveranstaltungen im Verlauf der Erhebungsperiode entwickelte.

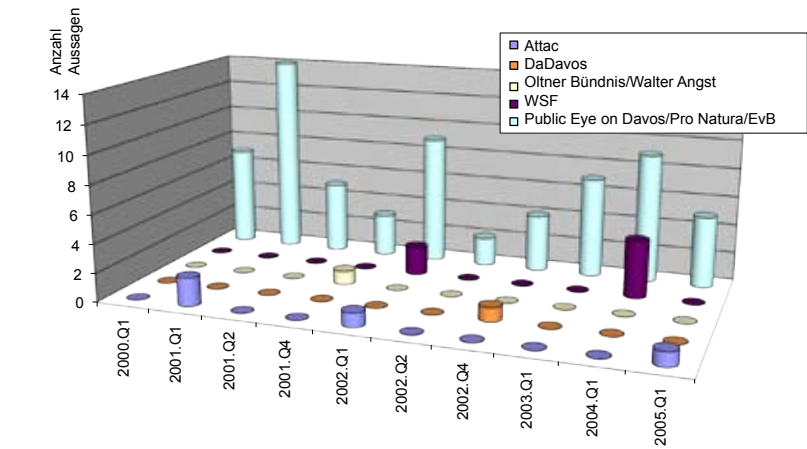


Abb. 35 zeigt die Resonanzfähigkeit der verschiedenen Veranstalter von Gegenorganisationen geordnet nach Quartalen (Fokus-Level 3, Tab. 24).

Resonanzstruktur Gegenveranstaltungs- Organisatoren	2000	2001	2002	2003	2004	2005	Ø
Public Eye/Pro Natura/ EvB	100%	88%	78.9%	100%	69.2%	83.3%	86.6%
World Social Forum	0%	0%	10.5%	0%	30.8%	0%	6.9%
DaDavos	0%	0%	5.3%	0%	0%	0%	0.8%
Oltner Bündnis/Walter Angst	0%	4%	0%	0%	0%	0%	0.7%
Attac	0%	8%	5.3%	0%	0%	16.7%	5%
Total	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%

Tab. 15 zeigt die Resonanzanteilsentwicklung der Gegenveranstaltungs-Organisatoren.

Unter den Gegenveranstaltungs-Organisatoren erzeugten die Veranstaltenden des «Public Eye on Davos» während der gesamten Erhebungszeit deutlich die höchste Reso-

nanz. 2000, als sich die Kontroverse um das AM/WEF zuspitzte und das Ende der Entwicklung nicht abzusehen war, trat das «Public Eye on Davos» als «Gegen-AM/WEF» auf den Plan mit dem Anspruch, das AM/WEF «in ein transparentes Forum» zu verwandeln (WOZ 27.1.2000). Das Faktum, dass einige bekannte Schweizer und (wenig bekannte) internationale NGOs im Rahmen des «Public Eye» parallel zu den grossen internationalen Mobilisierungen, jedoch auf gewaltlose Art das «grosse» und «mächtige» AM/WEF herausforderten (ohne jedoch dessen Abschaffung zu verlangen), ergab genügend Nachrichtenwerte mit anhaltender Wirkung, die in den Medien ausführlich wiedergegeben wurden (vgl. auch Kap. 4.3.1.1.2). Das «Public Eye» entwickelte sich neben den Demo-Organisatoren zum zweiten Akteur, der Konfrontation mit dem AM/WEF versprach, wenn auch auf einer eher intellektuell-moralischen Ebene. Es entwickelte einen medienrelevanten Spannungsbogen, denn es stellte sich die Frage, wie das AM/WEF vor dem Hintergrund der zunehmenden allgemeinen Empörung gegen Treffen in der Art von Davos auf die von «Public Eye» gestellte Forderung reagieren werde, sowie ob die – wohl mehrheitsfähige – Forderung, das AM/WEF zu «demokratisieren», durch relevante politische Kräfte unter dem Eindruck der wachsenden Opposition unterstützt bzw. ob letztlich das AM/WEF in die Knie gezwungen werde. Die höchste Resonanz erhielten die Veranstaltenden des «Public Eye on Davos» 2001, als ein Panelteilnehmer von Sicherheitskräften am Zugang zum «Public Eye»-Veranstaltungsort gehindert worden war. Dieser Vorfall hatte massive Kritiken am Vorgehen der Polizei zur Folge (vgl. S. 114, 140).

Die anderen Gegenveranstaltungs-Organisatoren fielen im Vergleich zum «Public Eye on Davos» als Resonanz erzeugende Akteure nicht ins Gewicht.

4.3.2.1.3 Resonanzstruktur Akteurscluster «Wirtschaft»

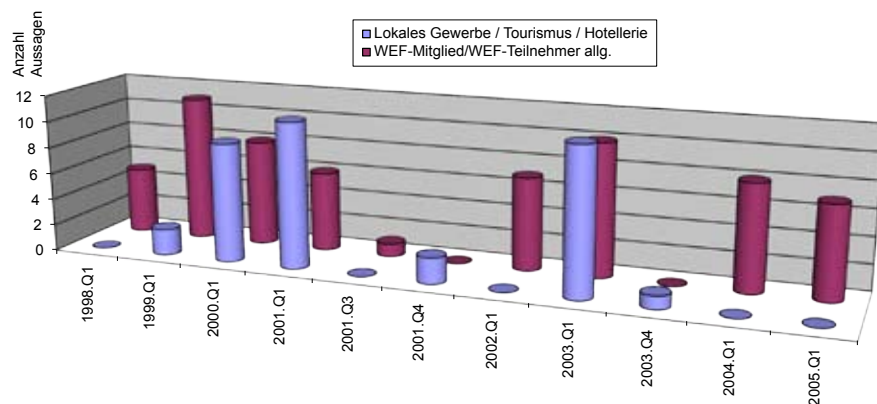


Abb. 36 zeigt die Resonanz, welche die beiden Untergruppen des Akteursclusters «Wirtschaft» – lokales Gewerbe und AM/WEF-Teilnehmer – zu erzeugen vermochten (Fokus-Level 2, Tab. 24).

Resonanzstruktur Wirtschaftsvertreter	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	Ø
AM/WEF-Teilnehmer/Mitglieder	100%	84.6%	47.1%	35%	100%	45.5%	100%	100%	76.5%
Lokales Gewerbe/Hotellerie/Tourismus	0%	15.4%	52.9%	65%	0%	54.5%	0%	0%	23.5%
Total	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%

Tab. 16 gibt die relative Anteilsentwicklung der Resonanz erzeugenden Akteure aus der Wirtschaft während des Erhebungszeitraums wieder.

Vertreter der Wirtschaft erzeugten insgesamt wenig Resonanz (vgl. Kap. 4.3.2.1). Mehr Resonanz in den Medien als die AM/WEF-Organisatoren (total 7%) erhielten die Vertreter der Wirtschaft, welche das AM/WEF besuchten (total 16%). Als Verantwortliche der grossen Weltkonzerne gehören sie zur internationalen Prominenz und erfüllen somit ein wesentliches Selektionskriterium der Medien (unabhängig von der Kontroverse).

In den Jahren der heftigen Auseinandersetzungen 2000, 2001 und 2003 überwog die Resonanz lokaler Vertreter von Gewerbe, Tourismus und Hotellerie. Sie waren von den

Auseinandersetzungen und deren Folgen direkt betroffen. Selber waren sie aber nicht AM/WEF-Teilnehmer, fallen also nicht unter das Kriterium «internationale Wirtschafts-Prominenz». Dass die einheimischen Gewerbe-, Tourismus- und Hotelliervertreter nach 2003 keine Resonanz mehr erzeugten, deutet ebenfalls auf den Rückgang der Kontroverse um das AM/WEF hin. Im Gegenzug kamen dann wieder vermehrt Wirtschaftsvertreter, welche am AM/WEF teilnehmen, zu Wort. Sie wurden als Experten und Prominente zu aktuellen wirtschafts- oder firmenpolitischen Fragen befragt. Dieser Befund bestätigt die in Kap. 4.3.1 festgestellte Tendenz der zunehmenden Berichterstattung über das AM/WEF ohne Bezug zur Kontroverse nach deren Abflauen (Substanzresonanz).

4.3.2.1.4 Resonanzstruktur Akteurscluster «Medien»

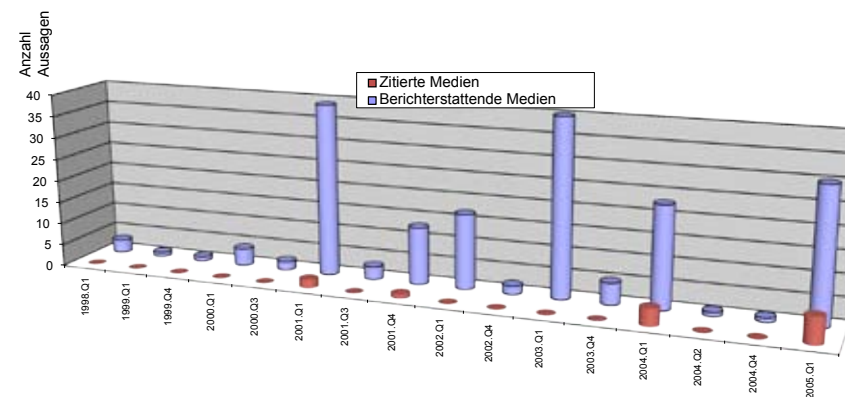


Abb. 37 gibt die Resonanzstruktur des Akteursclusters «Medien» wieder (Fokus-Level 1, Tab. 24).

Resonanzstruktur Medien	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	Ø
Berichterstattende Medien	100%	100%	100%	94.5%	100%	100%	89.2%	83.3%	95.9%
Zitierte Medien	0%	0%	0%	5.5%	0%	0%	10.8%	16.7%	4.1%
Total	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%

Tab. 17 zeigt die Resonanzanteile der Medien.

Abb. 37 gibt die Resonanzstruktur der Medien wieder. Es handelt sich dabei primär um berichterstattende Medien. Zu Zeiten der Höhepunkte der Auseinandersetzungen im Januar 2001 und im Januar 2003 war auch die Resonanz der Medien am höchsten. Ebenfalls hoch war sie zudem zu den Zeitpunkten der AM/WEFs 2004 und 2005. Eine erhöhte Resonanz erreichten die Medien auch im Q4/2001, als sich die Diskussion um die Frage entwickelte, ob die Schweiz überhaupt in der Lage sei, unter den erschwerten Umständen die Sicherheit für eine Veranstaltung wie das AM/WEF zu gewährleisten bzw. als die Verschiebung des AM/WEF nach New York angekündigt worden war und sich in diesem Zusammenhang die Standortfrage stellte (vgl. S. 142f.).

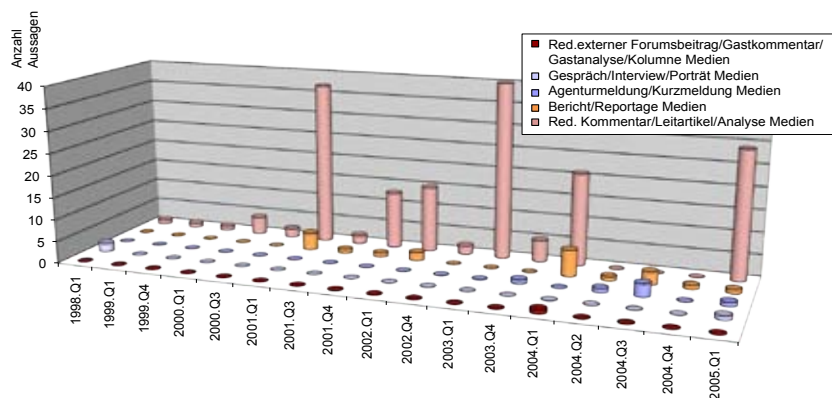


Abb. 38 zeigt den Zusammenhang zwischen Artikeltypus und Aussageträger «Medien».

Wie Abb. 38 zeigt, äusserten sich die Medien fast ausschliesslich, nämlich zu 89%, in Form von redaktionellen Kommentaren, Leitartikeln oder Analysen zum Geschehen. Am meisten kommentiert wurde zu den «Krisen-Spitzenzeiten» jeweils Anfang 2001 und 2003, gefolgt von den Jahren 2005 und 2004.

Mit andern Worten: Die Medien haben sich im Kontext der Kontroverse um das AM/WEF im Wesentlichen auf die Rolle der Berichterstatter konzentriert, sie haben deren diverse Aspekte über Jahre hinaus systematisch ausgeleuchtet und ihnen Öffentlichkeit verschafft. Das Hinterfragen und Beurteilen der Handlungen einzelner Akteure, also die moralisch-normative Einbettung des Geschehens, nahmen die Medien partikulär zwar

auch vor, überliessen diese Aufgabe jedoch weitgehend den politisch etablierten Akteuren bzw. dem Publikum. Ihre eigene Rolle im Kontext der Kontroverse um das AM/WEF haben sie praktisch gar nicht thematisiert. Mit andern Worten: Die Medien haben sich im Kontext der Kontroverse um das AM/WEF auf die Themensetzungsfunktion (vgl. S. 35) konzentriert, während die Validierungs- oder die Orientierungsfunktion bzw. die Kritik- und Kontrollfunktion viel weniger wahrgenommen bzw. andern Akteuren der Öffentlichkeit, d.h. der Politik, überlassen wurden. Dieser Befund deckt sich mit den früher ausgeführten Folgen des neuen Strukturwandels der Öffentlichkeit: Die Selektions- und Darstellungslogiken der Medien konzentrieren sich auf die Beschreibung der Auseinandersetzungen, da das Publikum (vermutlich) Konfrontation/Kontroverse und Gewaltanwendung sehen will. In der Folge wurden (oft illegale) Aktivitäten von AM/WEF-Gegnern ausführlich dargestellt, ihr Handeln aber wenig zur Diskussion gestellt. Die Akteure und deren Aktionen zu beurteilen erachteten die Medien als weniger wichtige Aufgabe – Action statt Denken?

4.3.2.1.5 Resonanzstruktur Akteurscluster «AM/WEF-Organisation»

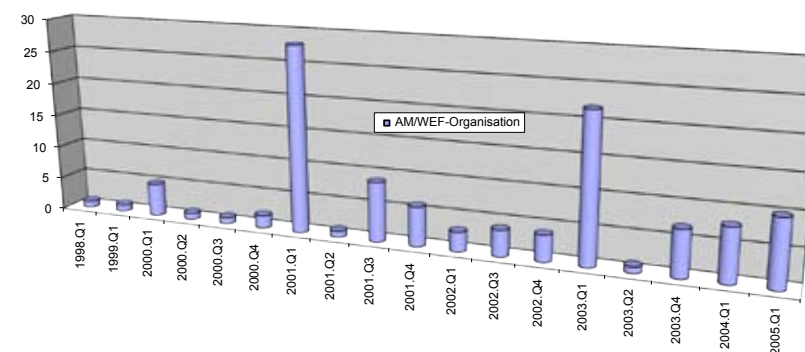


Abb. 39 zeigt die Resonanz, welche die AM/WEF-Organisationen erzeugt haben, geordnet nach Quartalen (Fokus-Level 1, Tab. 24).

Die äusserst geringe Anzahl Nennungen zeigt deutlich, dass die Organisatoren des AM/WEF während der ganzen Untersuchungszeit praktisch nicht zu Wort kamen, obwohl sie

bzw. ihre Tätigkeit Hauptziel der Demonstrationen, Aktionen usw. waren. Das heisst: Das AM/WEF selber konnte sich nur sehr bedingt zu einem Akteur entwickeln.

4.3.2.1.6 Resonanzstruktur Akteurscluster «Übrige gesellschaftliche Akteure»

Im Folgenden soll untersucht werden, wie sich das Resonanzverhältnis innerhalb der übrigen gesellschaftlichen Akteure entwickelte.

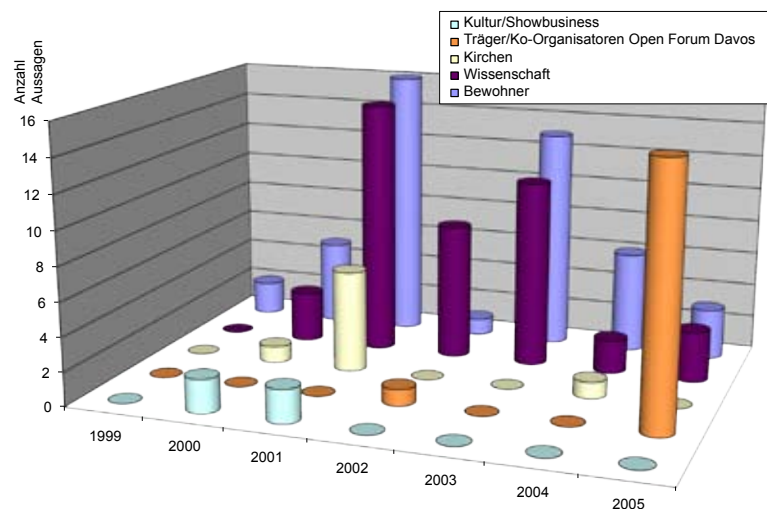


Abb. 40 zeigt, welche «Übrigen gesellschaftlichen Akteure» während des Untersuchungszeitraums Resonanz verschafft haben (Fokus-Level 2, Tab. 24).

Resonanzstruktur Übrige ges. Akteure	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	Ø
Bewohner Davos	100%	45.4%	41.0%	10%	54.2%	66.7%	14.3%	47.4%
Wissenschaft	0%	27.3%	38.5%	80%	45.8%	22.2%	14.3%	32.6%
Kultur/Showbusiness	0%	18.2%	5.1%	0%	0%	0%	0%	3.3%
Kirchen	0%	9.1%	15.4%	0%	0%	11.1%	0%	5.1%
Träger/Ko-Organisatoren Open Forum Davos	0%	0%	0%	10%	0%	0%	71.4%	11.6%
Total	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%

Tab. 18 gibt die relative Anteilsentwicklung der Resonanz erzeugenden übrigen gesellschaftlichen Akteure während des Erhebungszeitraums wieder.

Die relevanten «Übrigen gesellschaftlichen Akteure» waren die Bewohner/innen von Davos (47.1%), Vertreter/innen aus der Wissenschaft (32.3%) sowie die Trägerschaft/Ko-Organisatoren des Open Forum Davos (11.7%). Die Bewohner/innen von Davos kamen als Direktbetroffene der Folgen des AM/WEF und ab 1998 der Folgen der Auseinandersetzungen um das AM/WEF bzw. der Sicherheitsmassnahmen zu Wort. Vertreter/innen der Wissenschaft äusserten sich als Experten, und die Träger des Open Forum Davos als Akteure, die eine Massnahme zur Beruhigung der Lage ergriffen hatten, breite Kreise vertreten und als «moralische Instanz» gelten (Schweiz. Evangelischer Kirchenbund, Brot für alle, u.a).

Die Entwicklung der Resonanz der übrigen gesellschaftlichen Akteure widerspiegelt die Entwicklung der Kontroverse um das AM/WEF und um die Massnahmen der Behörden: Zu Beginn der Auseinandersetzungen und bei den Höhepunkten im Umfeld der AM/WEFs 2001 und 2003 kamen vor allem die Experten und die Bevölkerung zu Wort. Ab 2004, als sich die Kontroverse zurück entwickelte, kamen Bewohner und Experten deutlich weniger zu Wort. 2005 wurden v.a. die Bilanz des Schweizerischen Evangelischen Kirchenbundes über die Zusammenarbeit in der Trägerschaft des Open Forum Davos sowie Stellungnahmen der Kirche zu den Kritiken an dieser Zusammenarbeit wiedergegeben.

4.3.2.2 Resonanzstruktur Aussageinhalte

Nachdem in Kap. 4.3.2.1 auf verschiedenen Ebenen die Struktur der Akteure analysiert wurde, die während des Untersuchungszeitraums Resonanz erzeugten, werden im Folgenden die Aussageinhalte analysiert. Dazu werden zuerst die Positionsobjekte (Themen) identifiziert, zu denen die Akteure Position bezogen. Dann werden die (inhaltlichen) Positionen der Akteure zu den Positionsobjekten analysiert, um dann die Begründungen für die Stellungnahmen (Positionsbegründungen) zu erfassen. Schliesslich wird geprüft, ob die Teilnahme am AM/WEF, an einer Demo oder an einer Gegenveranstaltung die Haltung des Akteurs beeinflusste (Relevanz Partizipationsverhalten).

4.3.2.2.1 Resonanzstruktur Positionsobjekte (Themen)

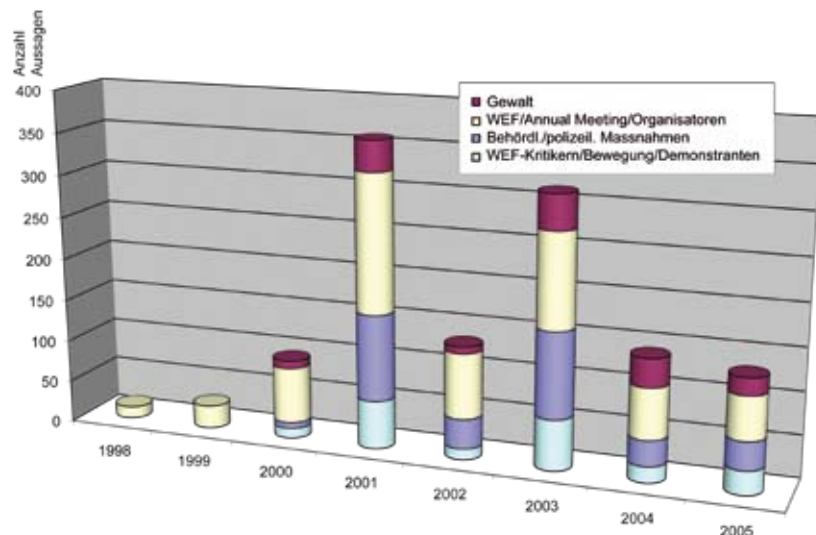


Abb. 41 zeigt die Dynamik der Resonanz der Positionsobjekte (Themen), zu denen Akteure öffentlich Stellung genommen hatten.

Resonanzstruktur Positionsobjekte	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	Ø
WEF/AM; AM/WEF-Organisatoren	100%	100%	70.2%	45.7%	57.9%	35.7%	42.3%	38.7%	61.3%
Behördl./ polizeiliche Massnahmen	0%	0%	7.4%	28.4%	26.3%	32.1%	21.1%	25%	17.5%
Gewalt	0%	0%	9.6%	10%	6.0%	13.1%	23.2%	15.1%	9.6%
AM/WEF-Kritiker/Demonstranten	0%	0%	12.8%	15.9%	9.8%	19.1%	13.4%	21.2%	11.6%
Total	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%

Tab. 19 gibt die relative Anteilsentwicklung der Resonanz der Positionsobjekte (Themen) während des Erhebungszeitraums wieder.

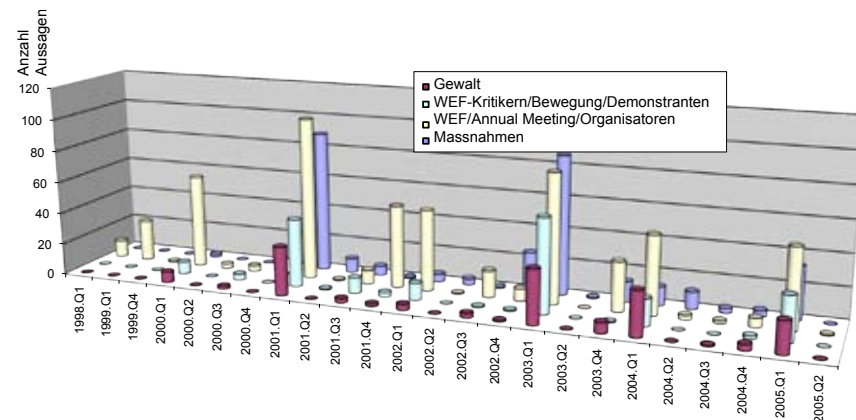


Abb. 42 zeigt die Resonanz der Positionsobjekte (Themen), zu denen die Akteure öffentlich Stellung genommen hatten, geordnet nach Quartalen.

Gemäss Abb. 41, 42 und Tab. 16 lässt sich im Verlauf der Erhebungszeit folgender Prozess feststellen:

- 1998 und 1999 war nur das AM/WEF – wenn auch noch in sehr geringem Umfang – Gegenstand von Positionsbezügen. 2000, als es erstmals bei einer Demonstration zu Ausschreitungen kam, stand zwar nach wie vor das AM/WEF im Zentrum, es wurden nun aber zudem – wenn auch noch in sehr geringem Mass – die AM/WEF-Kritiker, die Gewalt sowie die behördlichen Massnahmen Themen der öffentlichen Diskussion. Mit zunehmender Schärfe der Auseinandersetzungen nahmen 2001 und 2003 die Positionsbezüge zu den behördlich/polizeilichen Massnahmen sowie – vermindert – zu den AM/WEF-Kritikern und zur Gewalt zu, um nach 2003 wieder zurück zu gehen. Das AM/WEF erreichte als Positionsobjekt 2001 die höchste Resonanz. Im Unterschied zum allgemeinen Trend, wie er auf Abb. 25 gezeigt wird, erzeugte das AM/WEF 2002 als Positionsobjekt relativ viel und 2003 relativ wenig Resonanz.
- Das zweithäufigste Positionsobjekt nach dem AM/WEF, die behördlich/polizeilichen Massnahmen, erreichte die höchste Resonanz in den Jahren 2001 – als

Davos gut geschützt wurde und es zu den heftigen Ausschreitungen in Zürich kam – sowie 2003, als das behördliche Sicherheitskonzept auf dem Prüfstand war und sich insbesondere mit dem Oltner Bündnis eine öffentlich geführte Kontroverse um die Sicherheitsvorkehrungen in Fideris entwickelte. Im Vergleich dazu entwickelte sich deren Resonanz als Positionsobjekte 2004 und 2005 stark zurück. Dies deutet darauf hin, dass ab 2004 die Akzeptanz der behördlichen Massnahmen – mit Ausnahme der Festlegung der Demoroute in Bern seitens der Demo-Organisatoren – wie im übrigen auch des AM/WEF generell an Akzeptanz gewannen.

- Die Resonanz des Positionsobjektes AM/WEF-Kritiker/Bewegung/Demonstranten entwickelte sich in etwa parallel zum Positionsobjekt behördlich/polizeiliche Massnahmen. Es wurde 2001 und 2003 ebenfalls am häufigsten thematisiert. Der Resonanzanstieg 2005 – entgegen dem allgemeinen Trend – ist auf den Streit mit der Stadt Bern um die Demoroute zurückzuführen.
- Die Präsenz des Themas Gewalt blieb während der ganzen Zeit ab 2000 und vor allem 2001 in etwa stabil. Einzige Ausnahme: 2002, als das AM/WEF in New York stattfand.

Zwischenfazit:

In den Jahren 1998 und 1999, als die Kontroverse noch nicht ein öffentlich diskutiertes Thema war, stellte in den hier untersuchten Medien nur das AM/WEF ein Objekt von Positionsbezügen dar. Mit dem Aufkommen gewalttätiger Auseinandersetzungen wurden neben dem AM/WEF die AM/WEF-kritische Bewegung, die von Teilen von ihr verursachte Gewalt sowie die Massnahmen der Behörden zur Verhinderung der Gewalt Gegenstände der öffentlichen Diskussion. Der Rückgang der Resonanz der Positionsobjekte AM/WEF, behördlich/polizeiliche Massnahmen sowie AM/WEF/Kritiker/Bewegung/Demonstranten ab 2003 weist auf die Entschärfung der Kontroverse ab 2003 hin, als es den Behörden gelungen war, eine in breiten Kreisen abgestützte Sicherheitskonzeption zu entwickeln.

4.3.2.2 Resonanzstruktur Positionen zu Objekten (Haltungen)

Nachdem im vorgehenden Kapitel eruiert wurde, zu welchen Themenbereichen (Positionsobjekten) Positionen in den untersuchten Medien bezogen worden waren, soll nun geprüft werden, *welche* Haltungen eingenommen bzw. Positionen bezogen worden waren und wie sich diese entwickelten. Erhoben wurden die beiden möglichen Haltungen «kritisch zu» oder «positiv zu» dem jeweiligen Themenbereich (Positionsobjekt).

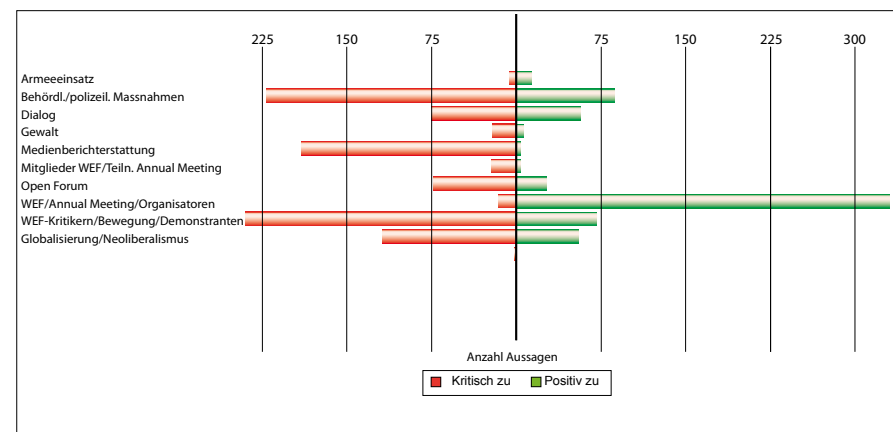


Abb. 43 zeigt, welche Positionen (Haltungen) zu den einzelnen Positionsobjekten (Themen) in den untersuchten Medien über den ganzen Untersuchungszeitraum gesehen, Resonanz erzeugt hatten.

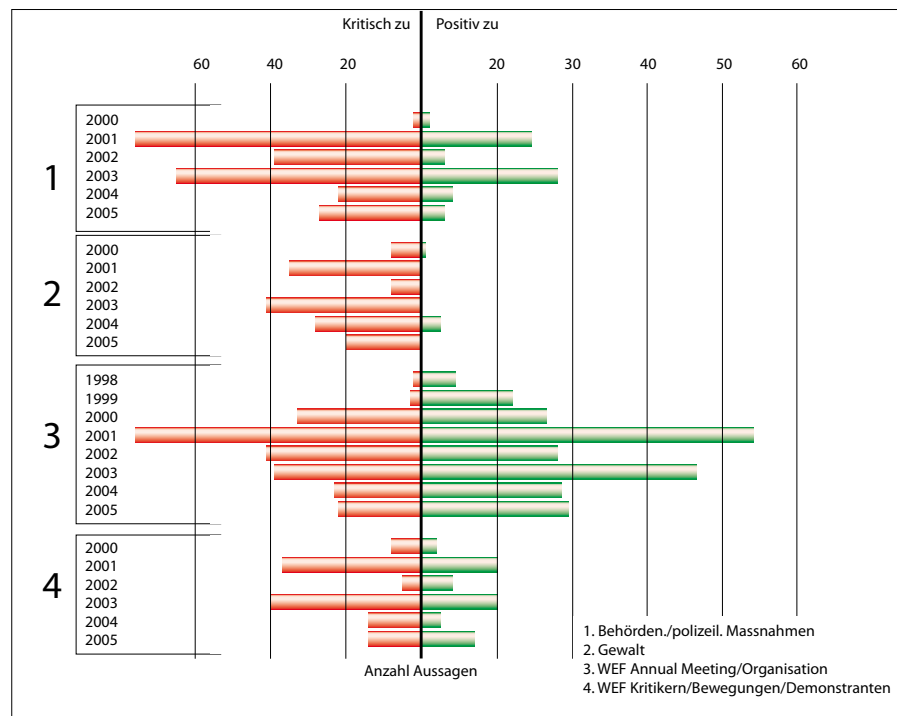


Abb. 44 zeigt die chronologische Entwicklung der einzelnen Positionen zu den vier häufigsten Positionsobjekten (Themen) im Verlauf der Erhebungsperiode.

Zu den Abb. 43 und 44 lässt sich folgendes festhalten:

- Am eindeutigsten waren die Meinungen zum Thema Gewalt. Sie wurde deutlich verurteilt (95.9% : 4.1%). Kritischer als die AM/WEF-kritische Bewegung (62.4% : 37.6%) wurden die behördlich/polizeilichen Massnahmen beurteilt (71.8% : 28.2%). Die zustimmenden bzw. kritischen Stimmen zum AM/WEF selber standen im Verhältnis 57.9% : 42.1%.

- Abb. 44 zeigt, dass sich die Relationen zwischen den Positionsbezügen zu den jeweiligen Themen im Verlauf des Untersuchungszeitraumes nicht wesentlich veränderten. Der Anstieg der Kritiken an den behördlich/polizeilichen Massnahmen 2001 widerspiegelt die Diskussionen um die Polizeieinsätze in Davos («übertrieben») und Zürich («nicht präsent»), 2003 um die Personenkontrolle in Fideris, 2005 die Auseinandersetzungen um die Demo-Route in Bern. Abb. 44 zeigt zudem, dass die Kritiken am (wie auch die unterstützenden Statements gegenüber dem) AM/WEF nach 1999 sprunghaft zunahmen, 2001 ihren klaren Höhepunkt hatten um sich anschliessend nach 2003 wieder stark zurück zu entwickeln und nicht wieder zuzunehmen – im Gegensatz zur Entwicklung der Positionsbezüge gegenüber den Behörden wie auch gegenüber den AM/WEF-Gegnern. Während die Kritik am AM/WEF nach 2001 zurückging, nahm sie gegenüber den WEF-Gegnern (und parallel dazu gegenüber der Gewalt) 2003 wieder zu.

Zwischenfazit:

Einzig zum Thema Gewalt gingen die Meinungen praktisch nicht auseinander. Die anderen Positionsobjekte wurden unterschiedlich beurteilt. Auffällig ist, dass in den untersuchten Medien sowohl die Kritiker der behördlichen Massnahmen als auch die Kritiker der AM/WEF-kritischen Bewegung mehr Resonanz erzielten als die jeweiligen Befürworter. Gleichzeitig kamen die Befürworter des AM/WEF häufiger zu Wort als dessen Kritiker. Dieser Befund deckt sich mit jenem zu den Positionsbezügen der Medien selber (Abb. 47).

4.3.2.2.3 Resonanzstruktur Positionsbegründungen

Im Folgenden wird untersucht, auf welchen Argumenten die öffentliche Diskussion im Zusammenhang mit dem AM/WEF bzw. der Kontroverse basierte.

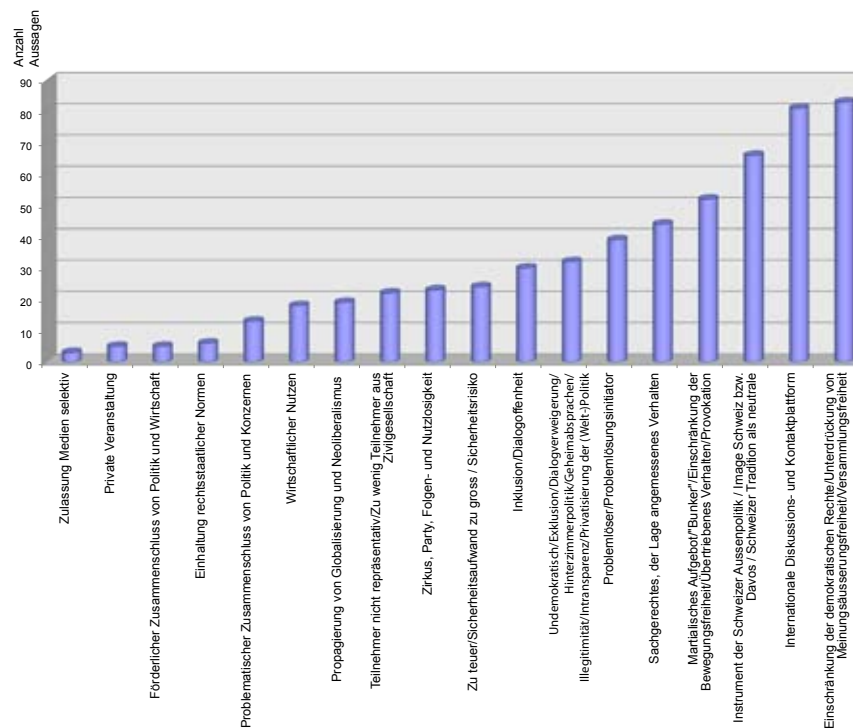


Abb. 45 gibt sämtliche Positionsbegründungen in ihrer Verteilung wieder, die im Rahmen dieser Untersuchung erhoben wurden.

Gemäss Abb. 45 klar am häufigsten genannt wurde das Argument der Einschränkung der demokratischen Rechte/Unterdrückung von Meinungsäusserungs-/Versammlungsfreiheit gegen die behördlichen Massnahmen. Diesem Argument konnten sich auch Befürworter des AM/WEF bzw. bürgerliche Kreise anschliessen. Dieses Thema war denn auch mit ein wesentlicher Grund, weshalb die Kontroverse um das AM/WEF auf die politische Ebene gelangte. Am zweithäufigsten genannt wurde das AM/WEF-unterstüt-

zende Argument des AM/WEF als internationaler Diskussions- und Kontaktplattform, am dritthäufigsten das ebenfalls AM/WEF-positive Argument des AM/WEF als Instrument der Schweizer Aussenpolitik bzw. als Träger der Images der Schweiz im Ausland. Vierthäufigstes Argument waren das Behörden-kritische Argument des martialischen Auftretens der Polizei bzw. die «Bunkeratmosphäre» in Davos und die damit verbundenen Folgen wie Eingrenzung der Bewegungsfreiheit. Dieses Argument schliesst an das am meisten genannte der Einschränkung der demokratischen Rechte. Weiter wurden die Behörden für ihr «sachgerechtes, der Lage angemessenes Verhalten» und das AM/WEF als Problemlöser gelobt.

Die am meisten verwendeten Argumente waren grundsätzlicher Natur: Die Einschränkung demokratischer Rechte bzw. das martialische Auftreten der Polizei wurden am meisten kritisiert, während am meisten die Stärken und Vorteile des AM/WEF unterstrichen wurden.

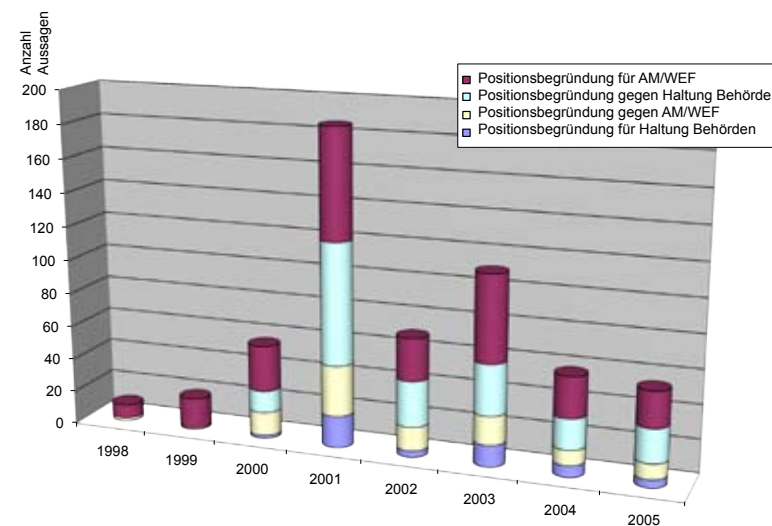


Abb. 46 zeigt die Entwicklung der Positionsbegründungen zu den beiden zentralen Issues: Für oder gegen das Vorgehen der Behörden sowie für oder gegen das AM/WEF.

Resonanzstruktur Positions begründungen	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	Ø
Für Behörden	0%	0%	3.6%	10.3%	5.7%	11.8%	12.1%	9.1%	6.6%
Gegen Behörden	0%	0%	23.2%	38.7%	38.6%	27%	31%	36.3%	24.3%
Für AM/WEF	80%	94.7%	48.2%	34.9%	35.7%	45.9%	41.3%	38.2%	52.4%
Gegen AM/WEF	20%	5.3%	25%	16.1%	20%	15.3%	15.6%	16.4%	16.7%
Total	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%

Tab. 20 gibt die relative Anteilsentwicklung der Positionsbegründungen während des Erhebungszeitraums wieder.

Abb. 46 und Tab. 17 zeigen, dass 2001 und – etwas weniger – 2003 am meisten Diskussionen (mit Positionsbegründungen) stattfanden. Nach Beginn der Kontroverse veränderten sich die Verhältnisse zwischen den Resonanzen der Positionsbegründungen nicht mehr stark. Es fällt auf, dass die Begründungen pro AM/WEF viel ausgeprägtere Resonanz erhielten als Begründungen für Positionen contra AM/WEF. Ebenfalls klar mehr Resonanz erhielten Argumente gegen die Haltungen und Entscheide der Behörden als für die Behörden.

4.3.2.2.4 Struktur Positionen der Akteure zu Positionsobjekten

Im Folgenden wird untersucht, welchen Akteuren welche Positionen zu den einzelnen Positionsobjekten/Themenbereichen zugeordnet werden können.

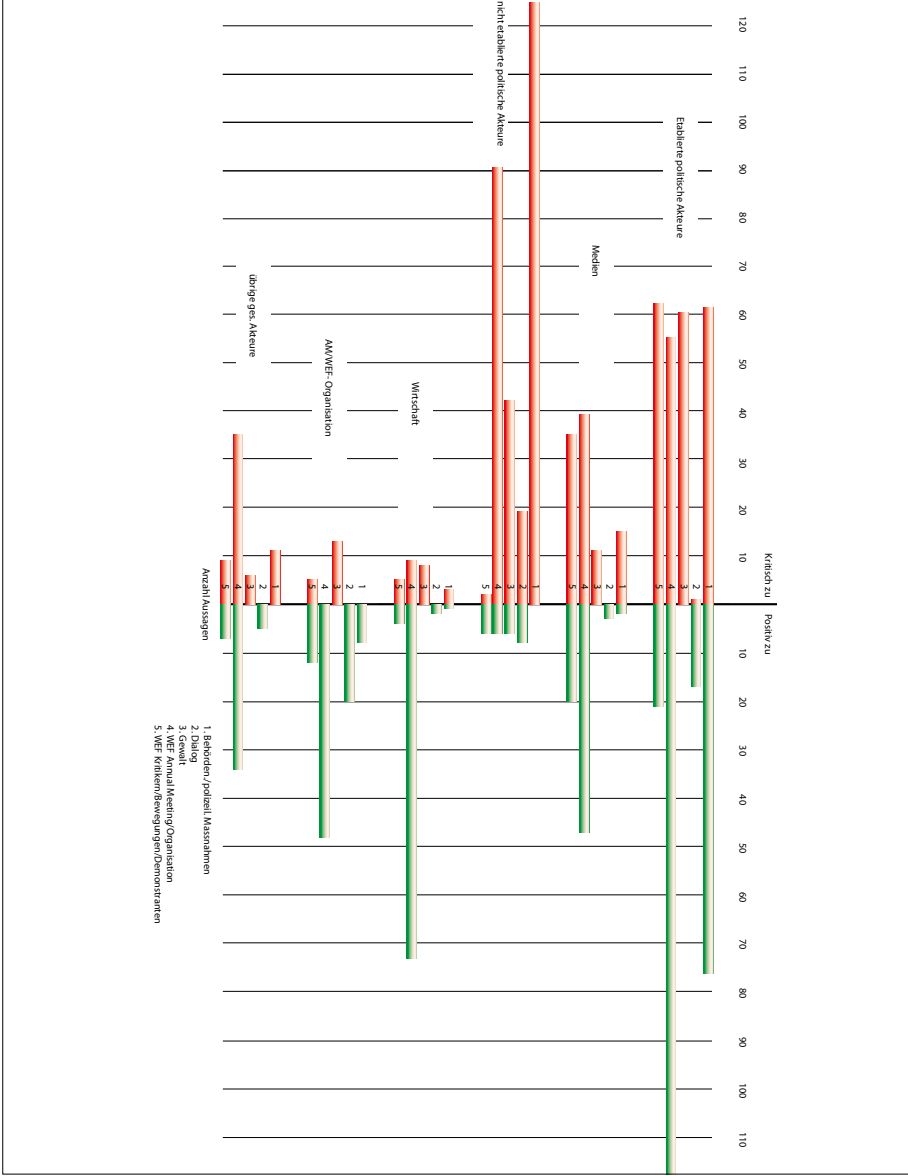


Abb. 47 zeigt die Positionen der Aussageträger zu den verschiedenen Positionsobjekten (Fokus-Level 1, Tab. 24).

Die in Abb. 47 dargestellten Ergebnisse lassen sich wie folgt beschreiben:

Etablierte politische Akteure sind tendenziell

- Positiv zum AM/WEF; -Organisatoren (25%)
- Positiv zu den behördlich/polizeilichen Massnahmen (16.1%)
- Kritisch zur AM/WEF-Kritikern/Bewegung/Demonstranten (13.1%)
- Kritisch zu den behördlich/polizeilichen Massnahmen (13%)
- Kritisch zur Gewaltanwendung (12.8%)
- Kritisch zu AM/WEF; -Organisatoren (11.7%)

Medien sind tendenziell

- Positiv zum AM/WEF; -Organisatoren (27.2%)
- Kritisch zu AM/WEF/Organisatoren (22.6%)
- Kritisch zur AM/WEF-Kritikern/Bewegung/Demonstranten (20.3%)

Nicht etablierte politische Akteure sind tendenziell:

- Kritisch zu den behördlich/polizeilichen Massnahmen (41.1%)
- Kritisch zu AM/WEF; -Organisatoren (29.9%)
- Kritisch zu Gewalt (13.8%)

AM/WEF-Organisatoren sind tendenziell:

- Positiv zu AM/WEF; -Organisatoren (45.4%)
- Positiv zu Dialog (18.9%)
- Kritisch zu Gewalt (12.2%)
- Positiv zu AM/WEF-Kritikern/Bewegung/Demonstranten (11.3%)

Die Wirtschaft ist tendenziell:

- Positiv zu AM/WEF; -Organisatoren (69.6%)

Die übrigen gesellschaftlichen Akteure sind tendenziell:

- Kritisch zu AM/WEF; -Organisatoren (32.7%)
- Positiv zum AM/WEF; -Organisatoren (31.8%)

4.3.2.2.4.1 Resonanzstruktur Positionen etablierter politischer Akteure

Im Folgenden werden die Haltungen der etablierten politischen Akteure gesondert untersucht. Etablierte politische Akteure unterscheiden sich in Behörden auf verschiedenen Ebenen einerseits und Parlamentarier/Vertreter politischer Parteien anderseits.

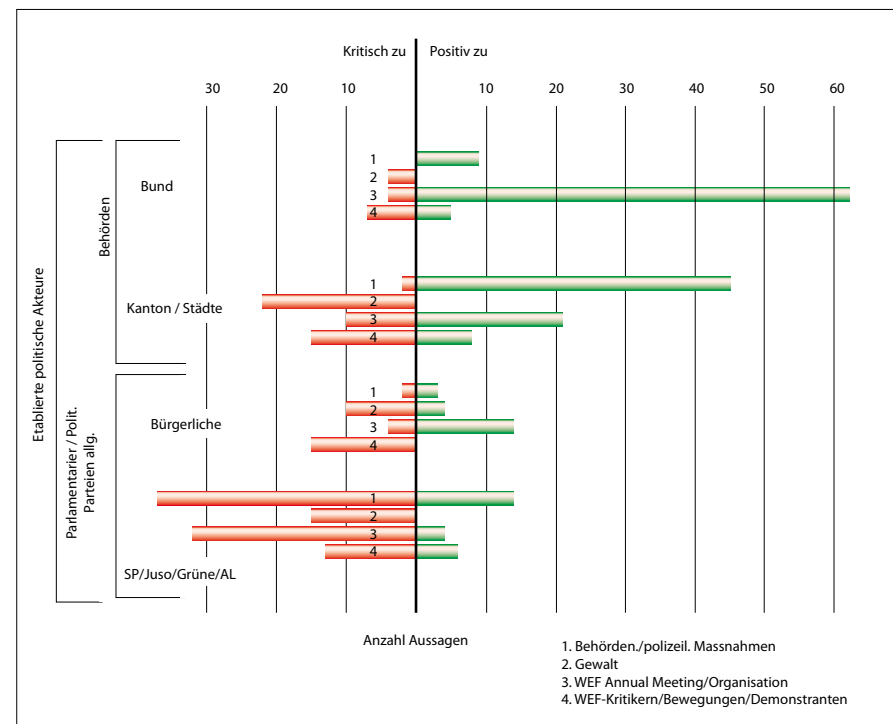


Abb. 48 zeigt die Verteilung der Positionen der verschiedenen Untergruppen der etablierten politischen Akteure zu den relevanten Themenbereichen (Fokus-Level 1-3, Tab. 24).

Abb. 48 zeigt, dass sich die Bundesbehörden vor allem unterstützend zum AM/WEF ausgesprochen hatten, die kantonalen und lokalen Behörden vor allem positiv zu den (von ihnen zu verantwortenden) Massnahmen zur Wahrung der öffentlichen Sicherheit (bzw. diese rechtfertigten), bürgerliche Parlamentarier sich kritisch zu AM/WEF-Kriti-

kern/Bewegung/Demonstranten und positiv zum AM/WEF geäussert hatten, während die Grünen und Linken sich primär kritisch zu den behördlichen Massnahmen sowie zum AM/WEF äusserten.

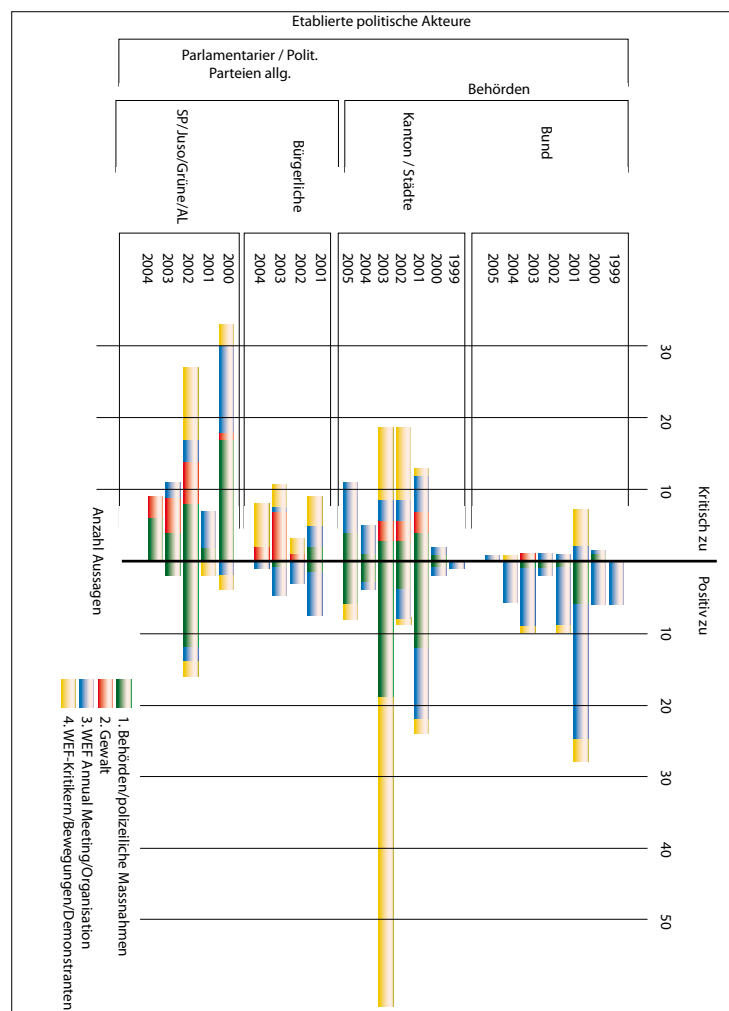


Abb. 49 zeigt die Entwicklung der Positionen der verschiedenen Gruppen etablierter politischer Akteure zu den relevanten Positionsobjekten (Themenbereichen).

Abb. 49 zeigt, dass die Bundesbehörden (Bundesrat) sich während der gesamten Erhebungsperiode positiv über das AM/WEF ausgesprochen haben. Dies gilt insbesondere für das erste «Krisenjahr» 2001. In vermindertem Mass haben sie sich 2001 positiv zu behördlich/polizeilichen Massnahmen und kritisch gegenüber der AM/WEF-kritischen Bewegung geäussert. Die in den Medien wiedergegebenen Positionen der Bundesbehörden blieben während der ganzen Erhebungszeit stabil.

Die Positionsbezüge der Kantone/Städte/Gemeinden bezogen sich vor allem auf die behördlich/polizeilichen Massnahmen, welche ja in deren eigener Verantwortung lagen. Insbesondere 2001 und noch mehr im Zusammenhang mit der Auseinandersetzung um die Kontrollen in Fideris 2003 verteidigten die Kantone/Gemeinden/Städte die Sicherheitsmassnahmen. 2003 – im Zusammenhang mit «Fideris» – wurden von diesen Akteuren die Demo-Organisatoren sehr kritisch beurteilt. Wie die Bundesbehörden äusserten sich auch die Kantone/Städte/Gemeinden immer positiv über das AM/WEF.

Bürgerliche Parlamentarier äusserten sich 2001 vor allem positiv zum AM/WEF, 2003 kritisch zur Gewalt und 2004 kritisch zu den AM/WEF-Kritikern/Bewegung/Demonstranten.

Linke und Grüne kritisierten 2001 vor allem die behördlich/polizeilichen Massnahmen und – etwas weniger – das AM/WEF. 2003 galt die Hauptkritik nach wie vor dem AM/WEF. Interessanterweise wurden 2003 die Behörden bezüglich der Sicherheitsmassnahmen bei Fideris unterstützt und die Demo-Organisatoren kritisiert. 2004 galt die Kritik primär der Gewalt und 2005 den (lokalen) Behörden.

4.3.2.2.5 Relevanz Partizipationsverhalten

Im Folgenden wird untersucht, inwiefern ein Zusammenhang erkennbar ist zwischen der Teilnahme (oder Nicht-Teilnahme) von Akteuren an AM/WEF, Demo oder Gegenveranstaltung und der von ihnen eingenommenen Positionen.

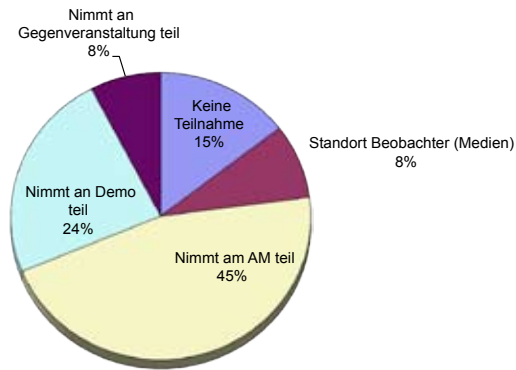


Abb. 50 zeigt die Verteilung des Partizipationsverhaltens jener Aussageträger, deren Partizipationsverhalten erfasst werden konnte.

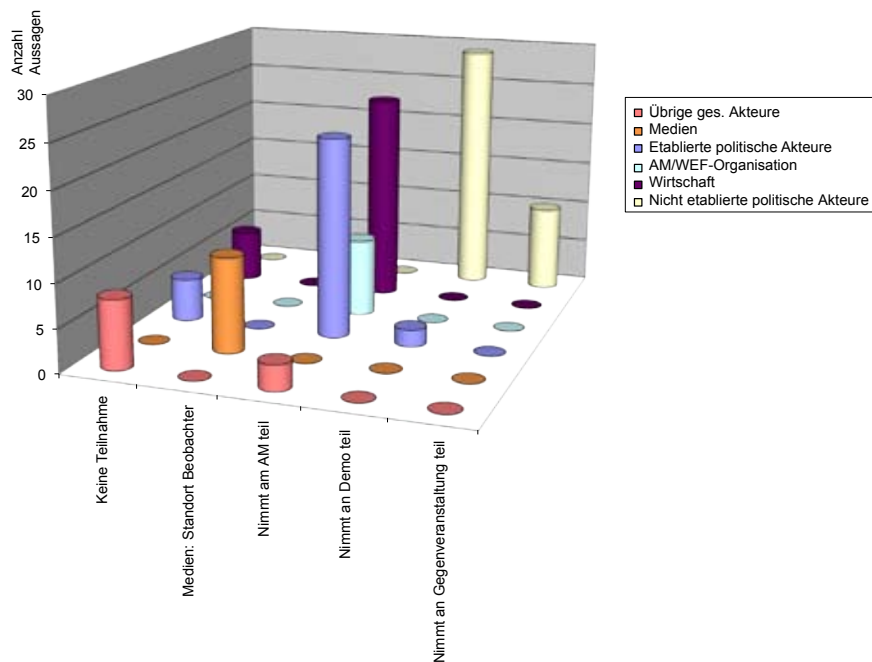


Abb. 51 zeigt den Zusammenhang zwischen dem Partizipationsverhalten und der Zugehörigkeit zu einer der Haupt-Akteursgruppen (vgl. Kap. 4.3.2.1) über die gesamte Erhebungsperiode.

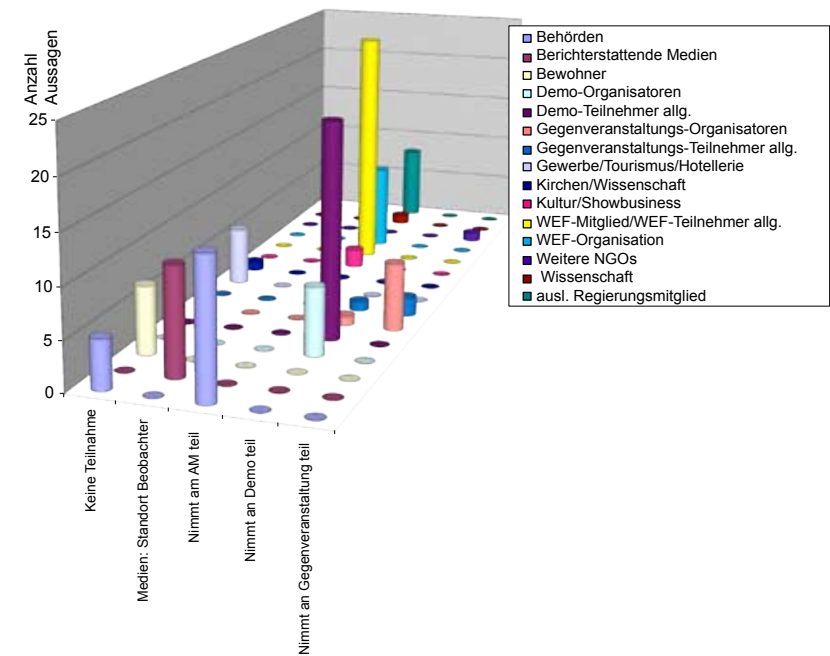


Abb. 52 zeigt den Zusammenhang zwischen Partizipationsverhalten und der Zugehörigkeit einer spezifischen Akteursgruppe über die gesamte Erhebungsperiode.

Abb. 50 zeigt das Partizipationsverhalten der Aussageträger (soweit es erfasst werden konnte). 45% der Aussageträger, deren Partizipationsverhalten erfasst wurde, nahmen am AM/WEF teil, 24% nahmen an einer Demo teil und 8% an einer Gegenveranstaltung. 15% standen ausserhalb dieser drei Veranstaltungen/Aktionen, und 8% (Medien) waren als professionelle Beobachter, nicht als Teilnehmer bei Veranstaltungen dabei.

Abb. 51 zeigt, dass vor allem nicht etablierte Akteure sich als Teilnehmer/innen von Demos und Gegenveranstaltungen zu erkennen gaben. Vertreter/innen von Wirtschaft und etablierten politischen Akteuren gaben sich mehrheitlich als AM/WEF-Teilnehmer/innen zu erkennen. Vertreter/innen der übrigen gesellschaftlichen Akteure nahmen entweder an keiner Veranstaltung oder – in geringem Ausmass – am AM/WEF teil. Selbstredend nahmen AM/WEF-Organisatoren am AM/WEF teil.

Abb. 52 zeigt in Verfeinerung, dass Behörden, die sich in den untersuchten Medien äusserten, zweieinhalb mal mehr am AM/WEF teilnahmen als an keiner Veranstaltung zu partizipieren.

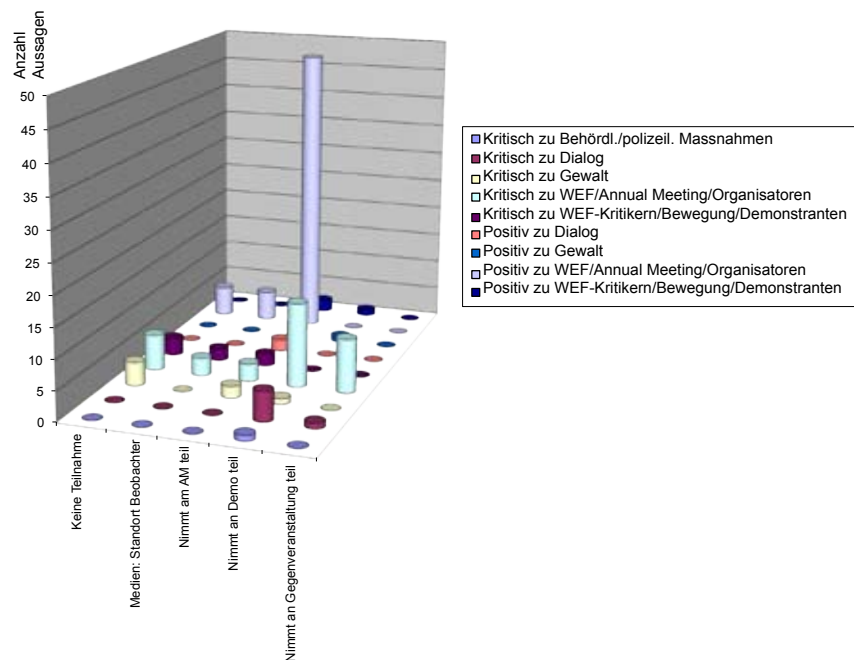


Abb. 53 zeigt den Zusammenhang zwischen der Position zu einem Objekt und dem Partizipationsverhalten über die gesamte Erhebungsperiode.

Abb. 53 zeigt den Zusammenhang zwischen Partizipation und Haltung gegenüber einer Veranstaltung. So zeigt sich sehr deutlich, dass, wer am AM/WEF teilnimmt, eine positive Haltung zum AM/WEF hat. Oder anders: Wer das AM/WEF kennt, hat tendenziell eine positive Meinung dazu. Teilnehmer an Demos und etwas vermindert an Gegenveranstaltungen haben demgegenüber eine eher kritische Haltung zum AM/WEF.

Generell ist zu den Analysen im Zusammenhang mit dem Partizipationsverhalten festzuhalten, dass sie aufgrund der geringen Zahlen nur indikativen Charakter haben.

4.3.3 Reputationsentwicklung AM/WEF und AM/WEF-Kritiker

Im Folgenden werden die Entwicklungen der Reputationen des AM/WEF sowie der Gegner und Kritiker des AM/WEF analysiert³⁶. Abb. 54 und Abb. 55 geben die Bewertungstendenzen wieder, wie sie in den erfassten Zeitungsartikeln festgehalten sind.

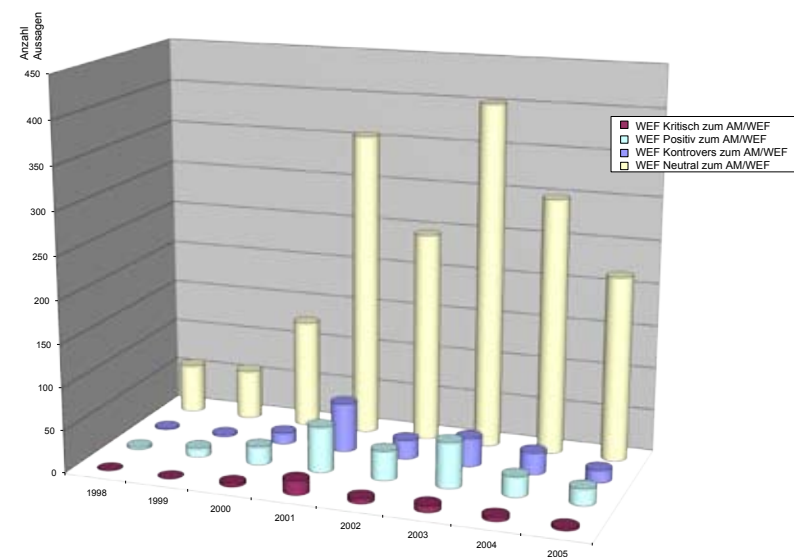


Abb. 54 zeigt die Bewertungstendenz des AM/WEF.

³⁶ Alder (2005) bzw. Alder/Tobler (2005) haben ebenfalls Reputationsanalysen des AM/WEF vorgenommen. Ihre Erhebungen lassen sich mit der vorliegenden Analyse allerdings nicht vergleichen, da Alder bzw. Alder/Tobler die Normativität der Titel von Artikeln in Blick, Tages-Anzeiger, NZZ, FAZ, Le Monde und New York Times 1971–2002 gegenüber dem AM/WEF betrachteten. Sie untersuchten, ob die Erwähnungen des AM/WEF im Titel in einer positiven, negativen oder neutralen Weise geschehen war. In der hier vorliegenden Analyse wurde dagegen die gesamthaft im Artikel dominierende Bewertung des AM/WEF entsprechend der Bewertungstendenzen kontrovers, kritisch, neutral oder positiv erfasst.

Bewertungstendenz AM/ WEF	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	Ø
Kontrovers	3.2%	4.1%	8.4%	12%	7.4%	6.9%	7.3%	5.9%	6.9%
Kritisch	0%	0%	2.4%	3.5%	1.9%	1.6%	1.4%	1.2%	1.5%
Neutral	92.1%	80.8%	76%	73.4%	79.4%	80.7%	84.5%	85%	81.5%
Positiv	4.7%	15.1%	13.2%	11.1%	11.3%	10.8%	6.8%	7.9%	10.1%
Total	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%

Tab. 21 zeigt die relative Entwicklung der Bewertungstendenz des AM/WEF über die Zeit.

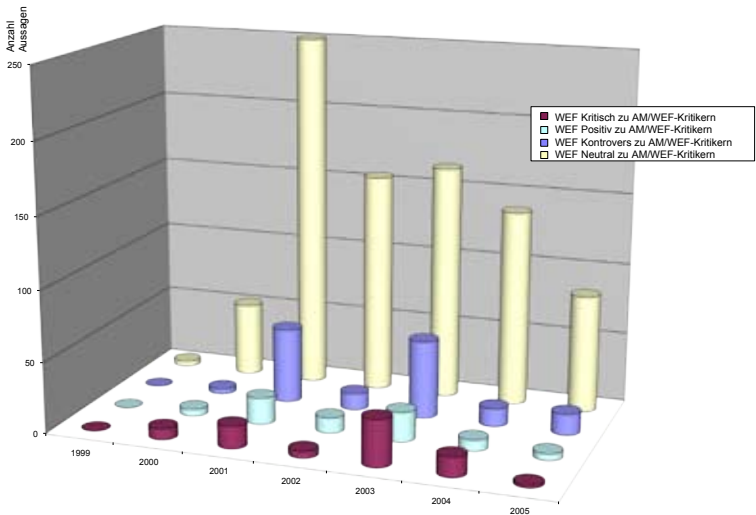


Abb. 55 zeigt die Bewertungstendenz der AM/WEF-Kritiker über die Zeit.

Bewertungstendenz AM/WEF-Gegner	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	Ø
Kontrovers	0%	0%	5.8%	15.7%	6.6%	20.1%	7.5%	14.3%	10%
Kritisch	0%	0%	11.6%	4.7%	2.7%	12%	8.1%	1.9%	5.9%
Neutral	0%	100%	75.4%	74%	84.7%	60.2%	79.8%	79%	79%
Positiv	0%	0%	7.2%	5.6%	6%	7.7%	4.6%	4.8%	5.1%
Total	0%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%

Tab. 22 zeigt die relative Entwicklung der Bewertungstendenz der AM/WEF-Kritiker über die Zeit.

Abb. 54 und 55 zeigen, dass weitaus die meisten Artikel bezüglich Reputation des AM/ WEF wie auch – vermindert – der AM/WEF-Kritiker neutral gehalten sind. 2001 und in den Folgejahren zeichnet sich eine gewisse kontroverse Bewertung ab, die Positivbewertungen sind klar höher als die negativen.

Der an der gesamten Resonanz über die beiden Akteure geringe Anteil bewertender Berichte weist darauf hin, dass die AM/WEF-Verantwortlichen in ihrem Verhalten nicht Anlass zu Kritik gegeben hatten, die Institution AM/WEF von ihren Gegnern als Symbol der zu bekämpfenden «Globalisierung» zur Mobilisierung gebraucht wurde. Die grundsätzlich positiv bewertete Funktion als internationale Plattform stand zu keinem Zeitpunkt ernsthaft in Frage. Das AM/WEF war zwar vordergründig Anlass der Auseinandersetzungen, als Akteur gab es jedoch nicht Anlass zu Kritik.

Mehr in die Kritik gerieten die AM/WEF-Kritiker: Vor allem 2001 (Auseinandersetzungen in Zürich) und 2003 (Auseinandersetzungen um Personenkontrollen in Fideris) riefen kontroverse Beurteilungen hervor, kritische vor allem 2003 (Fideris).

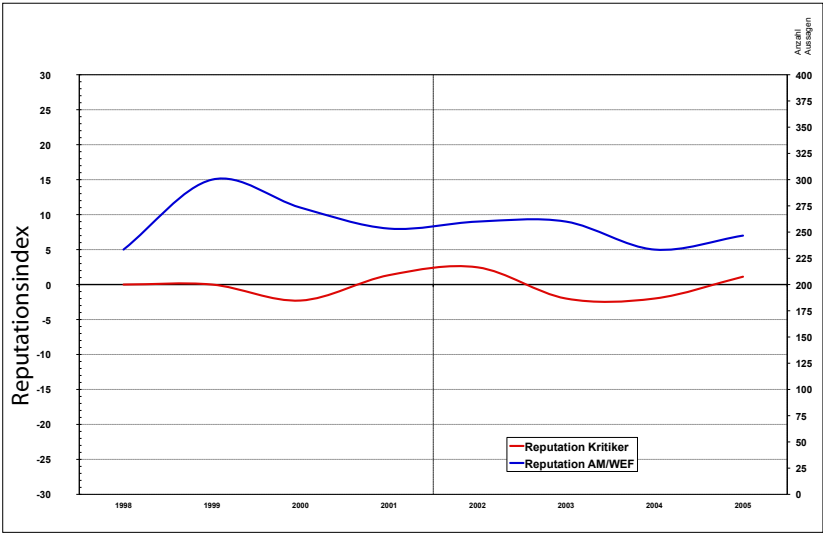


Abb. 56 zeigt die Reputationsentwicklung des AM/WEF und der AM/WEF-Kritiker.

Abb. 56 gibt die Entwicklung der Reputation von AM/WEF und AM/WEF-Kritikern wieder. Sie zeigt, bzw. bestätigt, dass

- die Reputation des AM/WEF durchwegs besser war als jene der AM/WEF-Kritiker,
- die Reputation der AM/WEF-Kritiker am schlechtesten 2003/04, also zur Zeit der Auseinandersetzungen um die Personenkontrollen bei Fideris war,
- die Reputation der AM/WEF-Kritiker sich 2002 verbesserte, als der Kongress in New York tagte und in der Schweiz praktisch keine Demos stattfanden.

5. DISKUSSION DER ERGEBNISSE

In dieser Arbeit wurden die Voraussetzungen und Entwicklungen identifiziert, die Ende der 1990er/Anfang der 2000er Jahre zur Kontroverse um das AM/WEF führten. Ausgangspunkt war dabei die Verknüpfung zweier Prozesse: Die Voraussetzung für die Entwicklung der AM/WEF-kritischen Bewegung wurde eingangs verortet in der Verbindung des Legitimationsdefizites des neoliberalen Wirtschafts- und Gesellschaftsmodells mit den medienöffentlichen Kommunikationsprozessen im Kontext des neuen Strukturwandels der Öffentlichkeit bzw. den marktorientierten Selektions- und Darstellungslogiken des Mediensystems.

- Vor dem Hintergrund des Ineinandergreifens dieser beiden Prozesse wurde die Medialisierung des AM/WEF bzw. des Konflikts um das AM/WEF, abgeleitet aus der kommunikationstheoretischen Perspektive der Theorie des sozialen Wandels mit dem medienspezifischen «Treiber» neuer Strukturwandel der Öffentlichkeit (Kapitel 2).
- In der historisch ausgerichteten Darstellung der Entwicklung von der sozialen zur neoliberalen Marktwirtschaft wurde das Legitimationsdefizit des neoliberalen Wirtschafts- und Gesellschaftsmodells hergeleitet (Kapitel 3.1 und 3.2).
- Vor diesem Hintergrund wurde die mediale Exponiertheit des AM/WEF, d.h. seine Entwicklung als Kommunikationsereignis aus der Wechselwirkung AM/WEF-eigener Inszenierungsleistungen einerseits und der Funktionslogik des Mediensystems andererseits dargestellt. Dieser Prozess stellte die Voraussetzung dafür dar, dass das AM/WEF von seinen Gegnern erfolgreich als Angriffs- und Mobilisierungsziel etabliert werden konnte (Kapitel 3.3).
- Im empirischen Teil wurden darauf im Rahmen einer Inhaltsanalyse von Schweizer Leadmedien die spezifischen Auswirkungen des neuen Strukturwandels der Öffentlichkeit auf die Berichterstattung über das AM/WEF bzw. über die Kontroverse um das AM/WEF in ihren diversen Ausprägungen erhoben (Kapitel 4). Erfasst wurden dabei

- der inhaltliche Verlauf des AM/WEF-Diskurses 1998–2005,
- die Resonanz der in der Kontroverse relevanten Akteure,
- die Reputationsentwicklungen des AM/WEF und der AM/WEF-Kritiker.

Im folgenden letzten Kapitel sollen nun

- die Ergebnisse der empirischen Erhebung zusammengefasst und diskutiert werden (Kap. 5.1, 5.2, 5.3),
- geprüft werden, inwiefern die Ergebnisse Aussagen zur Frage zulassen, weshalb es den Gegnern des AM/WEF nicht gelang, ihre Forderung nach Abschaffung des AM/WEF durchzusetzen (Kapitel 5.4) sowie
- ein Ausblick gegeben werden auf mögliche weitere Entwicklungen und offene Fragen (Kap. 5.5).

5.1 Zum inhaltlichen Verlauf des AM/WEF-Diskurses 1998–2005

Der Diskurs um das AM/WEF wurde im Untersuchungszeitraum sowohl quantitativ wie auch qualitativ weitgehend bestimmt durch die Gewaltanwendungen und ihre diversen Folgen daraus. Als über die Zeit systematisch weitere Facetten entfaltendes Kommunikations-Grossereignis führte die nachhaltige Anwendung von Gewalt zu Dynamiken auf verschiedenen Ebenen, welche jeweils selber wiederum Kommunikations-Folgeereignisse generierten: Die Gewaltanwendungen bildeten thematisch den Kernbereich des AM/WEF-Diskurses, aus dem sich grössere und kleinere thematische «Spin-offs» mit eigenen Nachrichtenwerten absondern liessen.

Ein Ziel der empirischen Analyse stellte die Erfassung der Dynamiken dar, welchen die medialen Themenfokussierungen im Verlauf des Untersuchungszeitraums unterworfen waren. Ein zentrales Ergebnis der Erhebung ist dabei die Identifizierung der drei Themenfokus-Ebenen *Aktionsresonanz*, *Deliberationsresonanz* und *Substanzresonanz* (vgl. Kap. 4.3.1.3). Überlagerte während der Eskalationsphase sowie auf dem Kulminationspunkt der Kontroverse die Deliberationsresonanz die Aktionsresonanz, entwickelte sich die Substanzresonanz nachdem Aktions- wie Deliberationsresonanz

beendet waren, also während der Deeskalationsphase. Mittels dieser hier eingeführten «Resonanz-Triade» lassen sich die wesentlichen Dynamiken im Diskurs um das AM/WEF im Verlauf des Untersuchungszeitraums erfassen. Sie sollen im Folgenden dargestellt werden.

1. *Aktionsresonanz*: Aktionsresonanz bezeichnet hier die auf die ausführliche Beschreibung der Abläufe der (meist von Gewalt begleiteten) Demonstrationen und der behördlichen Massnahmen zur Verhinderung von Gewalt ausgerichtete Medienberichterstattung. Inhaltlich koppelte die Gewaltanwendung den Diskurs von Beginn an vom Forderungskontext der nicht etablierten politischen Akteure ab und verlagerte ihn auf die Darstellung von Demonstrationen einerseits und der Massnahmen der Behörden zur Vermeidung von Ausschreitungen andererseits. Nicht die Kritik am AM/WEF, sondern die Gesetzesverletzungen und die polizeitaktischen Massnahmen lieferten die ersten Nachrichten. Die Aktionsresonanz blieb eine zentrale mediale Inhaltsebene bis zu dem Zeitpunkt, als die neue Sicherheitsstrategie erfolgreich eingeführt worden war bzw. die Behörden in der Lage waren, Ausschreitungen zu verhindern.
2. *Deliberationsresonanz*: Aus der ersten, primär auf krawalltechnische Inhalte ausgerichteten Ebene der Aktionsresonanz entstand die zweite mediale Fokusebene, jene der Deliberationsresonanz. Im Anschluss an die ersten Polizeieinsätze entwickelte sich umgehend ein öffentlicher Diskurs über die Angemessenheit der behördlichen Massnahmen zur Verhinderung von Ausschreitungen. Nicht die von den Aktivisten formulierte Kritik am AM/WEF oder die Berechtigung von Demos oder Ausschreitungen bildeten die Gegenstände der öffentlichen Debatte im Zusammenhang mit dem AM/WEF, sondern die behördlich/polizeilichen Aktivitäten zur Verhinderung von Ausschreitungen. Dieser Diskurs fand vor allem in den Parlamenten statt und wurde in den Medien gespiegelt bzw. weiter geführt.

Die Gewaltanwendungen verschoben also den Medienfokus nicht nur weg vom primär kritisierten AM/WEF auf die Ausschreitungen und die Massnahmen zu deren Verhinderung (Aktionsresonanz), sondern diffundierten darüber hinaus – in einem zweiten Schritt – auf die etablierte politische Bühne, wo die behördlichen Massnahmen bewert-

tet wurden (Deliberationsresonanz). Diese Bewertung machte den wesentlichen Teil des in den untersuchten Medien abgebildeten AM/WEF-Diskurses aus, der, solange er kontrovers verlief, ständig neue Nachrichtenwerte lieferte. Mit der erfolgreichen Einführung der neuen (d.h. keine Kontroversen mehr liefernden) Sicherheitsstrategie stellte sich im Frühjahr 2003 auch die Deliberationsresonanz ein.

Die ausführlich medialisierte Kontroverse über die Angemessenheit der behördlichen Massnahmen hatte ihrerseits wieder Rückwirkungen auf die Aktionsresonanz und zwar vor allem in ihrer zeitlichen Dimension. Die Thematisierung der kontroversen Reaktionen auf die Gewaltaktionen bzw. auf die behördlichen Gegenmassnahmen führte zu einer Erhöhung der Attraktivität der Aktionsresonanz und damit zu deren zeitlicher Ausdehnung von der ursprünglich auf die Tage der Austragung des AM/WEF konzentrierten Berichterstattung nach «hinten» wie auch nach «vorne». Verstärkt wurde dieser Effekt durch die Institutionalisierung des AM/WEF als jährlich wiederkehrendes Ereignis mit entsprechenden – immer medienöffentlichen – Erwartungshandlungen der Kontrahenten. Entsprechend setzte die Aktionsresonanz im Hinblick auf mögliche Auseinandersetzungen anlässlich des jeweils nächsten AM/WEF in der Eskalationsphase und auf dem Höhepunkt der Kontroverse ständig früher ein. Denn nach der ersten grossen Konfrontation wurden nicht nur die Nachbereitungen, sondern auch sämtliche Vorbereitungstätigkeiten von Demonstranten wie von Behörden im Hinblick auf weitere Aktionen immer früher ebenso zu Nachrichten wie die später tatsächlich eingetretenen (oder ausgebliebenen) Konfrontationen selber.

Inhaltlich dominiert wurde die Deliberationsresonanz durch den hohe Aufmerksamkeit schaffenden, da innenpolitisch höchst relevanten *ersten Themen-Spannungsbogen* «*Polizeiliche Sicherheitsmassnahmen vs. Bewegungs- und Meinungsäusserungsfreiheit*». Die zwar martialisch wirkenden, Ausschreitungen jedoch nur teilweise verhindernden Einsätze der Polizei bei gleichzeitigem Demoverbot führten in der Eskalationsphase zu ausgiebiger Kritik an den zuständigen Behörden seitens etablierter politischer Akteure. Dies zwang die Behörden auf allen Stufen, eine neue Sicherheitsstrategie zu entwickeln, die den unterschiedlichen Interessen der etablierten politischen Akteure ausreichend Rechnung trug (vgl. S. 143f.).

(Erst) im Kontext dieser Debatte über die behördlichen Sicherheitsmassnahmen entwickelte sich eine (umfangmässig allerdings sehr beschränkte) Diskussion über das AM/WEF selber. Denn: Sollte die (komplexe, da zahlreiche Verwaltungsstellen in der ganzen Schweiz involvierende) Entwicklung einer neuen Sicherheitsstrategie wirklich ernsthaft, d.h. mit der für Aussicht auf Erfolg notwendigen politischen Unterstützung versehen, angegangen werden, musste zuerst – explizit oder implizit – die politische Grundsatzfrage «AM/WEF ja oder nein?» beantwortet sein. Die Implementation einer Sicherheitsstrategie, die sowohl den aufgrund der Ausschreitungen sowie der Terrorrisiken nach 9/11 viel aufwändiger gewordenen Anforderungen zur Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit als auch den politischen Anforderungen der Gewährleistung von Bewegungs- und Meinungsäusserungsfreiheit gerecht werden sollte, war mit einer Vervielfachung der Kosten für die öffentliche Hand verbunden. Somit bildete sich ein zweiter, grundlegenderer Themen-Spannungsbogen mit der Frage im Zentrum, ob die politische Unterstützung für massiv höhere Sicherheitsausgaben seitens der öffentlichen Hand sich letztlich als genügend gross erweisen würde bzw. *ob das AM/WEF in der Schweiz überhaupt noch durchgeführt werden könne*. Denn ohne umfassende und stark erhöhte Unterstützung durch die öffentliche Hand liess sich das AM/WEF in der Schweiz nicht mehr abhalten. Faktischer Treiber bei der Beantwortung dieser Grundsatzfrage war weniger die Frage nach Zweck und Nutzen (oder Unsinn und Schaden) des AM/WEF, als vielmehr die Frage, ob die Schweiz weiterhin Gastgeberland sein wolle für diese Veranstaltung. Dringend wurde die Beantwortung dieser Frage, als 2002 das AM/WEF in New York stattfand und andere mögliche Standorte in Europa und Kanada öffentlich für sich Werbung zu machen begannen.

Nachdem Anfang 2002 (unter den etablierten politischen Akteuren über die Parteigrenzen hinweg) Konsensus darüber geschaffen worden war, dass das AM/WEF in der Schweiz bleiben solle, wurden die Kräfte gebündelt und eine effektive und politisch breit abgestützte Sicherheitsstrategie – zu der neben der Verhinderung von Ausschreitungen als wesentliches Element die Bewilligung einer Demonstration gehörte – erarbeitet. Nach deren erfolgreicher Implementierung im Januar 2003 lösten sich die Grundspannung um die Zukunft des AM/WEF und der die politischen Kontroversen verursachende Themen-Spannungsbogen «*Polizeiliche Sicherheitsmassnahmen vs. Bewegungs- und Meinungsäusserungsfreiheit*» auf. Die Sicherheit konnte nun auf politisch akzeptable

Weise gewährleistet werden. Der folgerichtige Abbau dieser Spannungsbögen führte zu einem schnellen Rückgang der Aktions- und entsprechend der Deliberationsresonanz: Mit zunehmender Akzeptanz der behördlichen Massnahmen verringerte sich die mediale Resonanz der Kontroverse um das AM/WEF.

Zentrale Kriterien bei der Berichterstattung im Zusammenhang der Kontroverse waren somit: Heftigkeit der Auseinandersetzungen auf der Strasse, Grad der Kontroverse der innenpolitischen Debatte, geografische Nähe (Rückgang der Berichterstattung trotz Grossdemo in New York 2002).

3. *Substanzresonanz*: Nach dem Ausbleiben weiterer spektakulärer Aktionen der AM/WEF-Gegner und dem entsprechenden Wegfall der Aktions- und die Deliberationsresonanz alimentierenden Spannungsbögen wandten sich die Medien den Inhalten und Themen des AM/WEF zu und es entwickelte sich ab 2003 (Deeskalationsphase) mit der *Substanzresonanz* die dritte inhaltliche Medien-Fokusebene. Dies wurde möglich, weil das AM/WEF neben den klassischen wirtschaftspolitischen ausführlich auch aktuelle gesellschaftliche, also an den zivilgesellschaftlichen Diskurs anschlussfähige Fragen thematisierte (Hunger, Entwicklung, Aids, Klimaveränderung usw.) und auch zivilgesellschaftliche Experten und Kritiker an seine Panels einlud, wodurch die Medien zunehmend attraktive, d.h. verwertbare Inhalte im breiten Programm des AM/WEF fanden, das AM/WEF also in zunehmenden Masse mediale Selektionskriterien erfüllte.

Mit dem Schritt von der Aktions- und Deliberationsresonanz zur *Substanzresonanz* vollzog sich medial auch ein *Perspektivenwechsel* von einer innenpolitisch-schweizerisch ausgerichteten auf eine sich am globalen Kontext orientierende Berichterstattung.

Neben den drei beschriebenen den Diskurs um das AM/WEF im Untersuchungszeitraum bestimmenden thematischen Ebenen lassen sich aus der Analyse im weiteren folgende inhaltliche Regularitäten der Medienberichterstattung über die Kontroverse um das AM/WEF identifizieren:

- Die Gewaltanwendungen verschoben den medialen Fokus von den ursprünglich formulierten Zielen/Anliegen der Aktivisten nicht nur auf die politisch-deliberative, sondern auch auf die strafrechtlich-juristische Ebene: Die Handlungen von Polizei wie von Demonstranten lösten Klagen und deren juristische Behandlung aus, was entsprechend nachhaltig zu zusätzlichen Medienresonanzen im Kontext der AM/WEF-Kontroverse führte. Umfangsmässig blieben diese Resonanzen aber sehr gering.
- Entsprechend der medialen Fokussierung auf die Konfrontationen und Auseinandersetzungen auf den verschiedenen Ebenen vermochten zwischen den Kontrahenten vermittelnde, also deeskalierende Aktivitäten nur sehr wenige Nachrichtenwerte zu erzeugen. Generell erzielten entdramatisierende, rational ausgerichtete Reflektionen, Diskurse oder Berichte sowie sachliche Analysen des tatsächlichen Nutzens/Schadens des AM/WEF praktisch keine mediale Resonanz.

5.2 Zur Resonanz der in der Kontroverse relevanten Akteure

In Übereinstimmung mit dem Ergebnis, dass einerseits die Gewaltanwendung sowie die Aktivitäten der Behörden dagegen (Aktionsresonanz) und andererseits die politische Bewertung der behördlichen Massnahmen (Deliberationsresonanz) weitgehend das mediale Echo der Kontroverse um das AM/WEF im Untersuchungszeitraum bestimmten, erwiesen sich zum einen die nicht etablierten politischen Akteure (Demo-Organisationen und -Teilnehmende) und zum andern die etablierten politischen Akteure (Behörden und Parlamentarier) als die am meisten Resonanz erzeugenden Handelnden.

Diesem Befund liegen folgende Dynamiken zugrunde:

- Mit der Anwendung von Gewalt erzielten die nicht etablierten politischen Akteure sehr schnell (und bis zur erfolgreichen Implementierung der neuen Sicherheitsstrategie) hohe Medienresonanz. Andererseits mussten die Behörden, deren verfassungsmässige Aufgabe es ja ist, die Einhaltung der geltenden

Gesetze sicherzustellen, auf die gezielten und wiederholten Gesetzesverletzungen reagieren – erst recht, da sie wiederholt und öffentlich stattfanden. Aus dieser Dynamik, die medial auf der Ebene der Aktionsresonanz abgebildet wurde, entwickelte sich der *erste Akteurs-Spannungsbogen* «*Demonstranten vs. Polizei/ Behörden*». Verstärkt wurde dieser Spannungsbogen durch den medial reizvollen Umstand, dass die Behörden sich in den ersten Jahren als von ihrer Aufgabe – technisch und politisch – überfordert zeigten. Entsprechend bildete sich bald der oben erwähnte zweite Themen-Spannungsbogen mit der Grundfrage, ob die Behörden überhaupt je in der Lage sein werden, der eskalierenden Situation Herr zu werden, bzw. ob das AM/WEF in der Schweiz noch stattfinden könne (vgl. S. 142).

- Das normativ-regulative Umfeld, in dem Behörden agieren, ist die Öffentlichkeit. Dabei nehmen die Parlamente neben den Medien eine zentrale Funktion wahr. Parlamente machen den Behörden Vorgaben für deren Tätigkeiten und bewerten den Vollzug der Vorgaben. Diese institutionell festgelegten parlamentarischen Vorgabe- und Kontrollfunktionen stellen den Kern der politischen Entscheidungsmechanik in Demokratien dar und bildeten im vorliegenden Fall in ihrer medialen Abbildung die Akteurs-Ebene der Deliberationsresonanz. In diesem Zusammenhang liegt ein weiterer Befund dieser Analyse begründet: Treiber der Deliberationsresonanz war der *zweite Akteurs-Spannungsbogen* «*Parlamentarier vs. Behörden*.» Die Polizeieinsätze führten teilweise zu scharfen Reaktionen seitens von Parlamentsmitgliedern auch aus dem bürgerlichen Lager, die sich ideal medial bewirtschaften liessen. Mitglieder von Parlamenten erzielten kraft ihrer Funktion Resonanz, dies gilt umso mehr, wenn sie die Tätigkeit von Behörden kritisieren – erst recht in ausserordentlichen, emotional aufgeladenen Situationen wie jener im Zusammenhang mit den Demonstrationen gegen das AM/WEF, und vor allem, wenn sie aus dem bürgerlichen Lager stammen.

Solange die Behörden die Ausschreitungen nicht in den Griff bekamen blieben diese Spannungsbögen als wesentliche Treiber der Deliberations- wie auch der Aktionsresonanz bestehen. Die medialen Resonanzen bildeten sich ab dem Zeitpunkt zurück, als mit Einführung der neuen Sicherheitsstrategie Ausschreitungen verhindert werden

konnten und innerhalb der etablierten politischen Akteure die Kontroversen diesbezüglich überwunden waren.

- Das AM/WEF erzeugte als Akteur im Rahmen der Kontroverse selber wenig Resonanz. Es war vielmehr Gegenstand und weniger Teilnehmer der Debatte. Es wurde aber *im Anschluss* an die Kontroverse zum medial relevanten Nachrichtenlieferanten. Nachdem die Grundsatzfrage «Bleibt das AM/WEF?» positiv beantwortet und in der Folge die diversen Spannungsbögen aufgrund der neuen Sicherheitsstrategie aufgelöst wurden, gab die Kontroverse um das AM/WEF wie ausgeführt keine wesentlichen Nachrichtenwerte mehr her. Dieses Defizit kompensierten die Medien umgehend, indem sie sich der Substanz des AM/WEF zuwandten (s.o.). Als fast unerschöpfliches Reservoir an mit höchsten Prominenzwerten versehenen Akteuren aus Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft stellt das AM/WEF ein thematisch weit gefächertes und immer aktuelles Angebot an Experten und Inhalten der medialen Verwertung zur Verfügung. Begünstigt wurde diese Bewegung dadurch, dass in der Zwischenzeit das AM/WEF seine Zulassungspolitik zu Gunsten Schweizer Medienschaffender verändert hatte.

Mit anderen Worten: Im Verlauf der Untersuchungsperiode entwickelte sich in der *öffentlichen Wahrnehmung* eine Statusveränderung des AM/WEF vom Akteur zur Plattform. Konnte das AM/WEF zu Beginn der Kontroverse noch als «Closed Shop» oder «Globalisierungs-Promotor» dargestellt werden, in welchem (zu bekämpfende) neoliberale Ideen ausgebrütet und propagiert werden, wurde es gegen Ende der Auseinandersetzungen vermehrt perzipiert als Arena, in der nicht nur Wirtschaftsthemen im engeren Sinne, sondern auch gesellschaftliche Themen wie die Folgen des wirtschaftlichen Handelns und der Globalisierung behandelt werden. Durch die Thematisierung auch nicht intendierter Folgen neoliberaler Wirtschaftspolitik positionierte sich das AM/WEF als global ausgerichtete Multistakeholder-Plattform.

- Die im Rahmen der Kontroverse um das AM/WEF durch nicht etablierte politische Akteure ausgelösten Dynamiken bestätigen das Modell von Tilly (1978), wonach Aktivisten durch ihre Normenverletzungen die Regierung(en) auf allen

Ebenen) herausfordern. Regierungen bzw. Behörden sind verfassungsmässig gezwungen, auf Gesetzesverletzungen zu reagieren. Erst Recht, wenn diese hohe Medienresonanz erwirken. Die behördlichen Reaktionen füllen den ersten Akteurs-Spannungsbogen «Demonstranten vs. Behörden», oder in der Sprache von Tilly: «Herausforderer vs. Regierung», mit medial verwertbarem Stoff. Die Reaktionen der Regierungen werden dann ihrerseits – in Funktion der jeweiligen politischen Kräfteverhältnisse – von Parlamentariern und der weiteren Öffentlichkeit beurteilt. Kommt es dabei zu Kontroversen, entsteht der – ebenfalls medial gut verwertbare – zweite Akteurs-Spannungsbogen «Parlamente vs. Behörden». In Ergänzung zu Tilly lässt sich deshalb anfügen, dass die Herausforderer durch die Anwendung von Gewalt nicht nur die Behörden zu Reaktionen sondern auch die Parlamente und die weitere Öffentlichkeit zur Beurteilung der behördlichen Reaktionen zwingen. Die Aktionen der Herausforderer entsprechen dem medialen Bedürfnis nach Spektakel, Normverletzungen, Gewalt einerseits sowie dem Bedürfnis nach Spannungsdynamiken, welche (politisch etablierte und nicht etablierte) Akteure solange interessant machen, als ein Spannungsbogen erhalten bleibt, d.h. der Ausgang der Konfrontation nicht in allen möglichen Konsequenzen entschieden ist. In Bestätigung von Tilly nahmen die Herausforderer im übrigen auch im hier untersuchten Kontext in Kauf, dass sich die Reaktionen der Behörden gegen sie, die Herausforderer, und nicht gegen die kritisierten Umstände richteten.

Die Ergebnisse der Resonanzanalysen bestätigen die konzeptionelle Ausgangslage, wonach insbesondere der neue Strukturwandel der Öffentlichkeit (neben den gesellschaftlichen Veränderungen) eine der Voraussetzungen darstellte für das Aufkommen (und auch das Verschwinden) der AM/WEF-kritischen Bewegung in der Schweiz: Wie oben ausgeführt wurden die medialen Leistungen streng fokussiert auf die bewirtschaftbaren Konflikte auf den verschiedenen Ebenen, Diskussionen oder Analysen der Forderungen der AM/WEF-Kritiker fanden praktisch keinen Raum. Entsprechend endete mit dem Verschwinden der Spannungsbögen (also der Konflikte) die Berichterstattung über die Kontroverse um das AM/WEF und die AM/WEF-kritische Bewegung.

5.3 Zu den Reputationsentwicklungen des AM/WEF und der AM/WEF-Kritiker

Grundsätzlich lässt sich bezüglich der Reputationsentwicklungen von AM/WEF und AM/WEF-Kritikern festhalten, dass in den hier untersuchten Medien sowohl das AM/WEF als auch – und zwar noch ausgeprägter – die AM/WEF-Kritiker wenig bewertet wurden. Die schwache Reputationsprofilierung vor allem der AM/WEF-Kritiker widerspiegelt den *instrumentellen Fokus*, mit dem die Medien die Vorgänge um das AM/WEF und dessen Akteure erschlossen: Nicht die Bewertung der Aktivitäten der AM/WEF-Gegner oder des AM/WEF war für die Medien relevant, sondern deren Funktionalität bei der viel ertragreicheren medialen Bewirtschaftung der Spannungsbögen. Nicht die Diskussion der Legitimität des AM/WEF oder der Methoden der AM/WEF-Gegner waren medial interessant, sondern die Frage: Wie entwickelt sich die Kontroverse weiter? (bzw. für einzelne Medien: Wie lässt sich die Kontroverse weiter anheizen?). Wie agieren die Kontrahenten (weiter)? Und: Wer gewinnt am Ende?

Die wenigen Bewertungen, welche die Medien vornahmen, waren für das AM/WEF durchwegs positiv, während sich die Reputation der AM/WEF-Gegner über die Zeit zwischen neutral (1998, 1999), leicht positiv (2002, New York) und leicht negativ (2001, 2003/04) bewegte.

- Dass die Reputation des AM/WEF über den ganzen Untersuchungszeitraum hinweg intakt blieb, lässt sich primär auf drei Gründe zurückführen: Erstens wurde die – weitgehend pauschale – Kritik am AM/WEF seitens der nicht etablierten politischen Akteure weder von den Medien aufgenommen noch von relevanten anderen Resonanz erzeugenden Akteuren bestätigt oder verstärkt. Zweitens bot das AM/WEF während des ganzen Erhebungszeitraums keine Angriffsflächen durch Handlungen oder Äusserungen seiner Exponenten, die Resonanz erzeugt und zu Reputationsschäden geführt hätten. Drittens gelang es dem AM/WEF im Verlauf der Zeit, sich als offene Plattform zu etablieren, die sensibel auf Themen reagiert, welche bei zivilgesellschaftlichen Akteuren auf Resonanz stossen bzw. von diesen debattiert werden.

- Dass die Reputation der AM/WEF-Kritiker trotz der konstanten Gewaltanwendungen nicht schlechter war, lässt sich ebenfalls mit dem oben erwähnten instrumentellen Fokus der Medien erklären. Sie sahen die Aktivisten primär als Herausforderer der etablierten politischen Akteure und in diesem Sinne als Treiber beim Aufbau der für das Mediengeschäft zentralen Spannungsbögen.

5.4 Zur Konfrontation als Ziel

Wie eingangs ausgeführt, soll im Rahmen dieser Arbeit, bei der die Kontroverse um das AM/WEF im Zentrum steht, auch geprüft werden, ob sich aufgrund der vorliegenden Ergebnisse Antworten auf die Frage ergeben, weshalb es den AM/WEF-Gegnern nicht gelang, ihre Forderung nach Abschaffung des AM/WEF durchzusetzen. Dazu werden im Folgenden einige Überlegungen dargelegt.

Mit ihren auf Konfrontation ausgerichteten Aktionen erwirkten nicht etablierte politische Akteure wie das Oltner Bündnis oder die WTO-Koordination breite mediale Resonanz. Trotzdem sie von den Medien über lange Zeit zahlreiche öffentliche Plattformen zur Verfügung gestellt erhielten, waren sie aber nicht in der Lage, die Kräfteverhältnisse innerhalb der etablierten politischen Akteure in ihrem Sinne zu verändern. Im Gegenteil: Sie verschwanden bald wieder aus der Öffentlichkeit: Der AM/WEF-kritischen Bewegung ist es mithin nicht gelungen, ihr Nachhaltigkeitsproblem zu lösen. Dies aus verschiedenen Gründen:

- Für die Medien waren die nicht etablierten politischen Akteure solange interessant, als diese mit ihren Aktionen Themen-Spannungsbögen wie «Polizeiliche Sicherheitsmassnahmen vs. Bewegungs- und Meinungsäusserungsfreiheit» oder Akteurs-Spannungsbögen wie «Parlamentarier vs. Behörden» aufrecht erhielten, da sich diese medial umfassend bewirtschaften liessen.
- Die Strategie der reinen Konfrontation entwickelte sich für die AM/WEF-Gegner in dem Moment zum Bumerang, als sich die beschriebenen Spannungsbögen aufgrund der erfolgreichen Umsetzung der neuen behördlichen Sicherheitsstra-

tegie auflösten. Die nicht etablierten politischen Akteure waren in der Folge weder in der Lage, ihre Mobilisierungskraft aufrecht zu erhalten noch den öffentlichen Diskurs um das AM/WEF mittels der neuen Lage angepassten Massnahmen *inhaltlich* auf ihre Anliegen zu verschieben. Das heisst, sie konnten die von ihnen Ende der 1990er Jahre gestartete Resonanz-Dynamik nach 2003 nicht – mit inhaltlich überzeugenden Forderungen/Argumenten und neuen medienkonformen Aktionen – weiter führen bzw. in ihre Richtung lenken. In der Folge konnte es den nicht etablierten politischen Akteuren nicht gelingen, die Kräfteverhältnisse innerhalb der (über die institutionalisierten Regelungs- bzw. Problemlösungsinstrumente verfügenden) etablierten politischen Akteure zu ihren Gunsten zu verschieben.

- Anstatt die ab 2003 veränderte Kontroverse um das AM/WEF weiterhin argumentativ und weiterhin medientauglich zu bedienen, und damit den Druck auf die etablierten politischen Akteure aufrecht zu erhalten, blieben die Demo-Aktivisten inhaltlich auf der Ebene einer polizeitaktischen Debatte hängen, die inzwischen ihre politische Brisanz verloren hatte. Ins Zentrum rückten nach dem Januar 2003 Bewegungs-interne Scharmützel und Spaltungerscheinungen (Streit nach «Fideris», Gewaltfrage) sowie endlose Streitereien mit den Behörden um Demorouten.
- Verstärkt wurde dieses Fehlen einer über Ausschreitungen hinaus gehenden, strategisch-inhaltlich ausgerichteten Agenda Setting-Kompetenz durch die offensichtliche Unfähigkeit der weltweiten globalisierungskritischen Bewegung, auch nach mehreren Jahren und viel Aufmerksamkeit erheischenden Happenings im Rahmen des World Social Forum die Problematisierung der «Globalisierung» als Konflikt oder gar als Fundamentalkonflikt zu etablieren³⁷. Die

³⁷ Fundamentalkonflikte bilden – im Gegensatz zu Routinekonflikten – Umbruchperioden, die zu neuen Gesellschaftsmodellen führen können. Routinekonflikte sind institutionell eingebettet und können als elementare Form sozialer Regulierung gesehen werden. Sie unterscheiden sich in der Regulierungsdimension («Mehr-oder-weniger» vs. gewalthaltige, unregulierte «Entweder-oder-Konflikte»), in ihrer Anerkennungsdimension (Interessenkonflikte vs. Anerkennungskonflikte) und in ihrer Öffentlichkeitsdimension (passive vs. aktivierte Öffentlichkeit). Ausserdem lassen sich den idealtypisierten Konflikten an den Endpunkten dieses Kontinuums unterschiedliche Frames (Framedimension) und Rationalitätsbezüge (Rationalitätsdimension) zuweisen (Imhof 2008: 6ff.).

bunt zusammen gewürfelte Bewegung war zu heterogen, was sich in der Breite, Unschärfe aber auch teilweisen Widersprüchlichkeit ihrer Forderungen widerspiegelte. Insbesondere war es den Kritikern nicht gelungen, ein glaubwürdiges Gegenkonzept zur kritisierten «Globalisierung» zu entwickeln bzw. die mobilisierten Kräfte auf konkrete und erreichbare Forderungen zu fokussieren.

- Insbesondere dieses Unvermögen eine (globale) Strategie gegen die negativen Auswirkungen der Globalisierung zu entwickeln hat aber auch einen strukturellen Grund: Weder besteht ein weltumspannendes Parlament im Sinne einer Arena, in der ein entsprechender Diskurs geführt und entsprechende Entscheide gefällt werden könnten, noch gibt es eine globale Regierung, welche diese dann umzusetzen hätte. Während die ökonomischen Prozesse längst in globalen Interdependenzen ablaufen, ist der Wirkungsgrad politischer Akteure in wesentlichen Fragen nach wie vor auf nationale Territorien begrenzt.
- Auf der andern Seite fanden in der Schweiz Entwicklungen statt, welche die Ausgangslage für die Aktivisten ständig verschlechterten: Der Bundesrat und die AM/WEF-Veranstalter sagten im Januar 2002 deutlich ja zum Standort Davos und lösten damit eine Entwicklung zugunsten des AM/WEF aus, sodass im Januar 2003 die neue, politisch breit abgestützte, Sicherheitsstrategie erfolgreich eingeführt werden konnte; es wurden Globalisierungskritiker zum AM/WEF eingeladen und dort gesellschaftlich relevante Fragen thematisiert; im Oktober 2003 sagten die Hauptbetroffenen, also die Bevölkerung von Davos, in einer Abstimmung zum AM/WEF klar Ja; generell hatte sich im Kontext von «9/11» bzw. des internationalen Kampfes gegen Terror die Bereitschaft erhöht, behördliche Sicherheitsmassnahmen zu akzeptieren usw.
- Die politischen Gewichte verschoben sich entsprechend ab Januar 2002 zuungunsten der AM/WEF-Gegner. Diese waren aufgrund der oben beschriebenen Defizite bald nicht mehr in der Lage, ihre Rolle als ernsthafte Herausforderer wahrzunehmen, d.h. als Akteure, denen die Medien ein gewisses Einflusspotential zuschreiben. In der Folge verloren die Medien ihr Interesse an den nicht etablierten politischen Akteuren und ihren Aktivitäten, ihre Resonanz-

fähigkeit ging entsprechend zurück. An deren Stelle machten die Medien wie erwähnt das AM/WEF zum Nachrichtenlieferanten, der Aktions- und Deliberationsresonanz folgte die Substanzresonanz.

Zusammengefasst lässt sich festhalten:

Das Ineinandergreifen des Entlegitimationsprozesses des neoliberalen Wirtschafts- und Gesellschaftsmodells einerseits und des neuen Strukturwandels der Öffentlichkeit mit der verstärkten Marktorientierung der Medien andererseits schuf die Voraussetzung für eine erfolgreiche Skandalisierung des etablierten Medienereignisses «Davos» und sicherte damit Ende der 1990er/Anfang der 2000er Jahre ein ausreichend grosses Mobilisierungspotenzial gegen das AM/WEF.

Ausgelöst wurde die im Untersuchungszeitraum abgelaufene Kontroverse im Zusammenhang mit dem AM/WEF durch von Ausschreitungen begleitete Demonstrationen und die entsprechenden Gegenmassnahmen der Behörden, was augenblicklich eine hohe Medienresonanz garantierte (*Aktionsresonanz*). Ins Zentrum der anschliessenden, öffentlich ausgetragenen Debatte gerieten aber nicht das AM/WEF bzw. die Anliegen der AM/WEF-Kritiker, sondern die (in der Eskalationsphase von breiten Kreisen etablierter politischer Akteure als inadäquat beurteilten) Massnahmen der Behörden zur Vermeidung von Ausschreitungen. Aus der Aktionsresonanz entwickelte sich entsprechend die *Deliberationsresonanz* (über die behördlichen Massnahmen).

Die Auslöser der Kontroverse waren die nicht etablierten politischen Akteure mit ihren Aktionen (*erster Akteurs-Spannungsbogen «Demonstranten vs. Polizei/Behörden»*). Geführt wurde die öffentliche Debatte in diesem Kontext von den etablierten politischen Akteuren. Gegenstand dieser Debatte waren die Massnahmen der Behörden bzw. damit verbundene Einschränkung der Meinungsäusserungsfreiheit und nicht etwa die Forderungen der AM/WEF-Kritiker beispielsweise nach Abschaffung des AM/WEF (*zweiter Akteurs-Spannungsbogen «Parlamentarier vs. Behörden»*). Die Debatte war für die Medien (nur) solange von Relevanz, als die Spannungsbögen erhalten blieben, also öffentliche Wirkung erzielten, indem sie Kontroversen lieferten.

Die Frage der adäquaten Sicherheitsstrategie *musste* durch die etablierten politischen Akteure politisch gelöst werden, die nicht etablierten politischen Akteure zwangen auf diesem Weg (qua Beurteilung der Sicherheitsfrage) die etablierten politischen Akteure zu einer (expliziten oder impliziten) Auseinandersetzung über den «Wert» des AM/WEF für die Schweiz. Mit Klärung dieser Grundfrage und in der Folge der Sicherheitsfrage an sich lösten sich die Spannungsbögen umgehend auf und beendeten entsprechend die Aktions- und Deliberationsresonanz. Denn die Kontroverse um das AM/WEF hatte sich nicht zum weiterführenden (sozialen oder politischen) Konflikt entwickelt, die Kontroverse um die Polizeieinsätze wurde im Rahmen der institutionellen Regelungsmechanismen gelöst.

Als Teilnehmer der Debatte erzielten die Demo-Aktivist*innen praktisch keine Resonanz. Sie waren für die Medien solange relevant, als sie die Behörden herausforderten und damit die Entwicklung bzw. Erhaltung medial auswertbarer Spannungsbögen sicherstellten. Da es den nicht etablierten politischen Akteuren nicht gelang, sich über die Schaffung zeitlich begrenzter Spannungsbögen hinaus als relevante politische Akteure zu etablieren, entwickelte sich ihre Resonanzfähigkeit zurück, als sich die Spannungsbögen aufgrund der geänderten Sicherheitsstrategie der Behörden zurückbildeten. Sie verloren entsprechend politische Einflussmöglichkeiten und verschwanden schliesslich als ernsthafte Herausforderer von der Bildfläche.

Den Rückgang der medialen Verwertbarkeit der Kontroverse kompensierten die Medien in der Folge mit der Bewirtschaftung der am AM/WEF behandelten, und an den allgemeinen gesellschaftlichen Diskurs anschliessenden Debatten (*Substanzresonanz*). Das AM/WEF wurde nun weniger als Akteur im Prozess der Globalisierung, denn vielmehr als Plattform wahrgenommen.

Mit andern Worten: Die AM/WEF-Gegner konnten sich so lange Medienresonanz verschaffen, als sie spektakuläre Aktionen durchführten und im besonderen Gewalt anwendeten. Als keine Gewalt mehr angewendet wurde (bzw. aufgrund der neuen Sicherheitsstrategie keine Gewalt mehr angewendet werden konnte), verlor die Bewegung an Medienresonanz und damit an Relevanz. Es war ihr also nicht gelungen, *längerfristig mit andern Mitteln als mit Gewalt öffentliche Aufmerksamkeit und Ein-*

fluss zu generieren. Die relevanten Akteure in der Auseinandersetzung um das AM/WEF waren die Gewalt anwendenden Gegner, die Behörden (die Gewalt zu verhindern haben) sowie die (die Behörden kontrollierende) Politik. Das AM/WEF – Objekt der Kontroverse – selber spielte in der Auseinandersetzung eine marginale Rolle. Die Medien selber nahmen gewisse Funktionen wahr bei der Bewertung der Geschehnisse.

Unter dem Strich waren die Auseinandersetzungen um das AM/WEF für das AM/WEF funktional bzw. hatten aus der Sicht der Anti-AM/WEF-Aktivist*innen nicht intendierte Folgen: Nicht nur erreichten sie ihre Ziele nicht. Da es ihnen nicht gelang, neue, d.h. der veränderten Situation angepasste, öffentlichkeitswirksame Aktivitäten zu entwickeln und damit den Handlungsdruck auf die etablierten politischen Akteure aufrecht zu halten, verloren die Anti-AM/WEF-Aktivist*innen bald das Interesse der Medien und verschwanden letztlich mehr oder weniger von der Bildfläche. Gleichzeitig halfen sie mit, die Substanz des AM/WEF in einem vorher nicht da gewesenen Umfang ins mediale Zentrum zu rücken.

Mit Bezug auf diese Ergebnisse lässt sich allgemein festhalten:

Der soziale Wandel fördert die Herausbildung gesellschaftlicher Anliegen, die (noch) nicht von den institutionalisierten Problemlösungsmechanismen aufgenommen worden sind. Entsprechend fördert er die Entstehung nicht etablierter politischer Akteure wie beispielsweise sozialer Bewegungen. Der neue Strukturwandel der Öffentlichkeit fördert die Resonanzchancen solcher nicht etablierter Akteure. Öffentliche Resonanz ist eine zentrale (aber nicht hinreichende) Voraussetzung dafür, dass Anliegen nicht etablierter politischer Akteure von den etablierten politischen Entscheidungssystemen aufgenommen und im Sinne der Initianten geregelt werden. Ist ein Anliegen durch das etablierte Regelungssystem übernommen worden, müssen die nicht etablierten Akteure, um ihre Ziele zu erreichen, aber in der Lage sein, (durch adäquates taktisches Vorgehen) die Kräfteverhältnisse innerhalb der etablierten politischen Akteure in ihrem Sinne zu beeinflussen bzw. allenfalls zu verändern.

Um ein Anliegen auf die politische Agenda zu bringen und den zur Erreichung der Ziele notwendigen öffentlichen Druck erzeugen zu können, muss das Anliegen von der Medienarena übernommen und dadurch portiert werden. Um möglichst grosse Medienresonanz zu schaffen, greifen ausserhalb der etablierten politischen Institutionen agierende Gruppen gerne zu Verstössen gegen (formelle oder informelle) Normen.

Greifen nicht etablierte Akteure dabei auch zum Mittel der Gewalt, gefährden sie allerdings die Erfüllungschancen ihrer Forderungen. Denn die Anwendung von Gewalt entwickelt in der öffentlichen Diskussion eine eigene Dynamik: Gewalt erzeugt einen hohen Nachrichtenwert. Die Berichterstattung konzentriert sich aber auf die Gewaltanwendung, die Massnahmen der Behörden zu deren Verhinderung und die politische Aufarbeitung der Gewaltanwendung und vor allem der Reaktionen darauf seitens der Behörden. Inhalt und Dauer der Medienresonanz werden in diesem Fall weitgehend bestimmt durch die politische und die juristische Verarbeitung der Ereignisse. In der Folge verdrängt Gewaltanwendung in der Berichterstattung die Anliegen der Organisatoren und reduziert Solidaritätseffekte. Da die Anwendung von Gewalt inhaltliche Fragen bzw. Forderungen der Demonstranten in der öffentlichen Diskussion in den Hintergrund drängt und die Legitimation einer ganzen Bewegung in Frage stellt, sinken letztlich die Chancen, dass a) die Anliegen in den politischen Lösungsmechanismus einfließen und dass b) sich die Kräfteverhältnisse in Sinne der Aktivisten verändern lassen, also die Initianten ihre Ziele erreichen. Konfrontation als Strategie in diesem Sinne ist nicht zielführend.

5.5 Ausblick

Auf der Basis der dargelegten Erkenntnisse sollen zum Schluss einerseits zwei Gedanken grundsätzlicher Natur kurz angeschnitten werden, die eine vertiefte Auseinandersetzung zu einem späteren Zeitpunkt verdienen, sowie andererseits mögliche weitere Entwicklungen skizziert werden:

1. Seit über 30 Jahren vereinigt das AM/WEF Experten und Akteure aus Wirtschaft, Politik, Wissenschaft usw., um als Katalysator die Entwicklung von

Lösungen für Probleme der grenzüberschreitenden Wirtschaft/Politik/Gesellschaft zu fördern. Regelmässig nehmen auch Medienschaffende an den Foren teil. Trotz der Relevanz der am AM/WEF behandelten Themen und der hohen Dichte der dort vereinigten Experten und Repräsentanten blieben die Medienechos dieser Tagungen bis zum Aufflammen der Kontroverse äusserst gering, und während der Kontroverse richtete sich das mediale Augenmerk wie dargelegt auf die Gewaltanwendungen und deren zahlreiche Nachspiele bzw. auf die darin involvierten Akteure. Geht man vor diesem Hintergrund einen Schritt weiter, lässt sich ganz grundsätzlich die Frage stellen, wie eine Gesellschaft in der Lage ist, zu lernen, wenn derart konzentriert Expertise quasi auf dem Tablett serviert vorhanden ist, dieses Angebot aber nur wenig genutzt wird. Seit 2003 ist ein Trend in Richtung Substanzkommunikation ablesbar. Es bleibt zu hoffen, dass er sich als nachhaltig erweist.

2. Neben anderem dokumentiert die vorliegende Analyse die auffallend hohe Berechenbarkeit der Medien: Konnten vor allem zu Beginn der Kontroverse die Anti-AM/WEF-Aktivisten die mediale Selektions- und Darstellungslogik mittels adäquater Aktionen geschickt für ihre Ziele nutzen, hat das AM/WEF im Verlauf des Prozesses seinerseits begonnen, die mediale Mechanik zu nutzen. Dass die Rolle der Medien in dieser Auseinandersetzung bislang nicht Gegenstand einer eingehenderen Erörterung war, stellt ein Defizit dar. Die Diskussion einer derart gewichtigen Frage ist vor allem jetzt angebracht, da die Kontroverse vorbei ist und Rückschau gehalten werden kann.

Wie könnten weitere Entwicklungen im hier untersuchten Kontext aussehen? Vorstellbar sind folgende Richtungen: Gelingt es dem AM/WEF weiterhin, seine Rolle als umfassende, globale Multistakeholder-Plattform wahrzunehmen, welche die relevanten politischen, sozialen und ökologischen Aspekte der globalen wirtschaftlichen Entwicklung systematisch und offen thematisiert, dürfte seine Bedeutung als weltweiter Overall-Focuspoint erhalten bleiben. Denn das Bedürfnis von Akteuren in Wirtschaft, Politik, Wissenschaft, organisierter Zivilgesellschaft usw. nach systemübergreifenden, globalen Dialogmöglichkeiten nimmt – gerade wegen der sich verstärkenden globalen Interdependenzen – nicht ab. Allerdings wird das AM/WEF als quasi öffentliche In-

stitution unter kritischer Beobachtung bleiben, u.a. der Medien, die ja systematisch über die bzw. aus den Veranstaltungen des AM/WEF berichten. Reputationsverluste drohen künftig weniger von Seiten globalisierungskritischer Kreise als vielmehr aus einer allfälligen (heute allerdings nicht absehbaren) Differenz zwischen Teilnehmer-Ansprüchen und realem Angebot des Forums. Wie jeder Anbieter einer Dienstleistung oder eines Produktes, muss das AM/WEF permanent die Bedürfnisse und Ansprüche seiner Kunden (Mitglieder, Teilnehmer, Öffentlichkeit) antizipieren und befriedigen können, will es seine führende Stellung behalten. Es muss weiterhin in der Lage sein, die zentralen globalen Entwicklungen zu identifizieren und die relevanten Akteure zu mobilisieren. Es muss weiterhin die diversen Aspekte des permanenten Wandels der globalen Gesellschaft systematisch antizipieren, aufkommende Themen und Trends der globalen Entwicklungen sowie die kompetenten Exponenten frühzeitig in sein Programm aufnehmen und so die Debatte in diesen Bereichen bzw. in deren Kontexten nähren.

Die globalisierungskritische Bewegung ihrerseits ist an einem Scheidepunkt angelangt. Mit ihrer (allzu) allgemeinen Zielsetzung «Another world is possible» zu schaffen und zu diesem Zweck gegen Treffen von Regierungschefs demokratischer Staaten oder gegen das AM/WEF zu demonstrieren vermochte sie zwar aufgrund der oben beschriebenen Aktionen und Effekte kurzfristig eindrücklich zu mobilisieren. Die eher diffuse und intern teilweise widersprüchliche Bewegung liess sich aber auf dieser Basis zeitlich nur begrenzt aufrecht erhalten. Der Bewegung fehlen sowohl eine kohärente Analyse der «Globalisierung» und ihrer Phänomene wie auch eine entsprechende Organisation bzw. gemeinsame Strategie. Allerdings ist dies gerade am Beispiel der (begrifflich äusserst diffusen) «Globalisierung» schwierig zu bewerkstelligen. Die «Globalisierung» ist nicht eine Entwicklung, der ein Masterplan (etwa der international tätigen Konzerne oder von Regierungen wie der G8) zugrunde liegt, sondern Ausdruck und Folge einer permanenten, komplexen Entwicklung mit diversen Zentren, die nicht zentral gesteuert wird. Um wieder Fuss zu fassen wird sich die Bewegung wohl auf konkrete Einzelaspekte fokussieren, in denen sich moralisierbare Handlungsdefizite der globalen Akteure orten lassen und die ein entsprechendes Öffentlichkeits- und Mobilisierungspotenzial freizusetzen vermögen. Solche Problembereiche können sich aus dem Kontext einer möglichen neuen Verarmung breiter Schichten ergeben.

NACHWORT

Seit Ende der Untersuchungsperiode Mitte 2005 ist die Bedeutung der globalisierungskritischen Bewegung in der Öffentlichkeit weiter zurück gegangen. Im zeitlichen Umfeld des AM/WEF kommt es zwar jeweils im Januar in Schweizer Städten noch vereinzelt zu Scharmützeln zwischen Polizei und kleinen Demonstrantengruppen. Diese Aktionen sind jedoch nicht von politischer Bedeutung, sie werden von keinen relevanten – etablierten oder nicht etablierten – Kräften unterstützt und führen nicht mehr zu Kontroversen in der Öffentlichkeit.

Eine andere Entwicklung hat sicher aber, vor allem in den letzten Monaten, stark akzentuiert. Seit Mitte 2008 verschärfte sich die globale Finanzkrise in dramatischem Tempo und Ausmass und dürfte die Wirtschaft weltweit in eine Rezession stürzen. Als Plattform global tätiger Unternehmen und von Regierungsverantwortlichen aus der ganzen Welt stand das AM/WEF auch 2009 erneut im Zentrum der interessierten Öffentlichkeit. Allerdings nicht wegen absehbarer Demonstrationen und damit verbundener Sicherheitsrisiken, sondern weil von der Tagung *der* Weg aus der Finanz- und Wirtschaftskrise erhofft wurde. Im Vorfeld des Treffens wurden entsprechende Erwartungen öffentlich formuliert. Die (potenzielle) Substanz des AM/WEF wurde in der Folge in einem bislang nicht gekannten Ausmass vor und während des Events in den Vordergrund gestellt. Am AM/WEF 2009 wurden denn auch zahlreiche Beiträge zur Analyse und zur Problemlösung geleistet. Der Kongress kann aber nicht schaffen, was Regierungen und Wirtschaftsführern auf der ganzen Welt nicht gelang, nämlich *den* Weg aus der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise aufzuzeigen. Dieser Umstand führte – zumindest in Schweizer Medien – zu einzelnen kritischen Kommentaren zum AM/WEF 2009.

Die Entwicklungen der letzten Monate mögen Globalisierungskritikern, die zu Beginn der 2000er Jahre auf negative Auswirkungen der globalen Wirtschaftsdynamik hingewiesen hatten, eine späte Genugtuung bereiten. Sie zeigen aber insbesondere die Möglichkeiten und Grenzen des AM/WEF auf: Dieses ist eine – oder eben *die* – globale Multistakeholderplattform, welche Akteure der tangierten Bereiche zusammenbringt. Sie ist aber *nicht* eine globale Regierung oder Regulierungsinstitution, die verbindliche

Beschlüsse fällen kann, denn das AM/WEF verfügt ja nicht über Entscheidungskompetenzen. Oder anders: Die Teilnehmerinnen und Teilnehmern holen letztlich aus dem Kongress das heraus, was sie wollen. (Wer wollte, konnte beispielsweise bereits am AM/WEF 2008 den nun viel zitierten Ökonomen Nouriel Roubini deutlich vor dem weltweiten Kollaps warnen hören.)

Das AM/WEF scheint also wiederum zur Projektionsfläche geworden zu sein – diesmal eher der Medien. Auch aus diesem Blickwinkel heraus wäre es interessant, die Analyse der Berichterstattung über das AM/WEF nach 2005 weiter zu führen.

Bern, im Frühjahr 2009

LITERATUR

Alder, Sabine (2005): Die öffentliche Perzeption des World Economic Forum: Vom Managerkongress zum kontroversen Gipfeltreffen. Analyse der Legitimation einer Organisation im neoliberalen Kontext 1971–2002. Lizentiatsarbeit. Zürich

Alder, Sabine/Tobler, Stefan (2005): Triumph und Elend des World Economic Forum – oder: Wie das WEF als Vatikan der neoliberalen Globalisierung in eine Legitimationskrise geraten ist. In: Imhof, Kurt/Eberle, Thomas (Hg.). Zürich, S. 245–264.

Altmeyden, Klaus-Dieter/Röttger, Ulrike/Bentele, Günter (Hg.) (2004): Schwierige Verhältnisse. Interdependenzen zwischen Journalismus und PR. Wiesbaden

Backhaus, Norman (1999): Zugänge zur Globalisierung. Konzepte, Prozesse, Visionen. Zürich

Baecker, Dirk (1996): Oszillierende Öffentlichkeit. In: Maresch, Rudolf (Hg.), Stuttgart, S. 89–107.

Baringhorst, Sigrid (1996): Das Spektakel als Politikon. Massenmediale Inszenierungen von Protest- und Hilfsaktionen. In: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen. Jg. 9, Heft 1, Opladen, S. 15–26.

Baringhorst, Sigrid (1998): Politik als Kampagne. Zur medialen Erzeugung von Solidarität. Wiesbaden

Beck, Ulrich (1997): Was ist Globalisierung? Irrtümer des Globalismus – Antworten auf Globalisierung. Frankfurt a.M.

Beck, Ulrich (Hg.) (1998): Politik der Globalisierung. Frankfurt a.M.

- Berger, Peter L./Luckman, Thomas (1980): Die gesellschaftliche Konstruktion der Wirklichkeit. Eine Theorie der Wissenssoziologie. Frankfurt am Main
- Beyeler, Michelle (2005): Was bewirkt die Globalisierungskritik? Die Kampagnen gegen WEF und WTO im Vergleich. Skript. Zürich
- Bischoff, Joachim/Deppe, Frank/Kisker, Klaus-Peter (Hg.) (1998): Das Ende des Neoliberalismus? Wie die Republik verändert wurde. Hamburg
- Bonfadelli, Heinz (Hrsg.) (2001): Einführung in die Publizistikwissenschaft. Bern
- Bornschier, Volker/Eisner, Manuel/Imhof, Kurt u.a. (Hsg.) (1990): Diskontinuität des sozialen Wandels. Entwicklung als Abfolge von Gesellschaftsmodellen und kulturellen Deutungsmustern. Frankfurt am Main
- Dicken, Peter (1998): Global Shift – Transforming the World Economy. London
- Donges, Patrick/Imhof, Kurt (2001): Öffentlichkeit im Wandel. In: Bonfadelli, Heinz (Hrsg.): Einführung in die Publizistikwissenschaft. Bern, S. 101–133.
- Eisenegger, Mark/Imhof, Kurt (2004): Reputationsrisiken moderner Organisationen. In: Röttger, Ulrike, Wiesbaden, S. 239–260.
- Eisenegger, Mark (2004): Reputationskonstitution in der Mediengesellschaft. In: Imhof/Blum/Bonfadelli/Jarren, Wiesbaden, S. 262–293.
- Eisenegger, Mark (2005): Reputationskonstitution, Issues Monitoring und Issues Management in der Mediengesellschaft. Wiesbaden
- Epa, Eidg. Personalamt (Hg.), (2003): Kultur und Kulturwandel in der Bundesverwaltung. Bern
- Gamson, William A./Wolfsfeld, Gadi (1993): Movements and Media as Interacting Systems. In: Annals of the American Academy of Political and Social Science. S. 114–125.

- Gerhards, Jürgen (1994): Politische Öffentlichkeit. Ein system- und akteurstheoretischer Bestimmungsversuch. In: Neidhardt, Friedhelm (Hg.) S. 89–91.
- Gerhards, Jürgen/Neidhardt, Friedhelm (1993): Strukturen und Funktionen moderner Öffentlichkeit. In: Langenbucher, Wolfgang R. (Hsg.): Politische Kommunikation. Grundlagen, Strukturen, Prozesse. Wien
- Gerhards, Jürgen/Lindgens, Monika (1995): Diskursanalyse im Zeit- und Ländervergleich. Inhaltsanalyse zur Erfassung des öffentlichen Diskurses über Abtreibung in den USA und der Bundesrepublik Deutschland in der Zeit von 1970 bis 1994. Discussion Paper FS III Berlin, S. 95–105.
- Giddens, Anthony (1992): Kritische Theorie der Spätmoderne. Wien
- Giesen, Bernd (1983): Moralische Unternehmer und öffentliche Diskussion. Überlegungen zur gesellschaftlichen Thematisierung sozialer Probleme. In: KZfSS, 35. Jg., Opladen, S. 230–254.
- Glatzer, Wolfgang (Hg.) (1999): Ansichten der Gesellschaft. Frankfurter Beiträge aus Soziologie und Politikwissenschaft. Opladen
- Habermas, Jürgen (1962): Strukturwandel der Öffentlichkeit. München
- Habermas, Jürgen (1981): Theorie des kommunikativen Handelns. Frankfurt am Main
- Habermas, Jürgen (1990): Strukturwandel der Öffentlichkeit. Untersuchungen zu einer Kategorie der bürgerlichen Gesellschaft. Frankfurt am Main
- Habermas, Jürgen (1992): Zur Rolle von Zivilgesellschaft und politischer Öffentlichkeit, in: ders.: Faktizität und Geltung. Beiträge zur Diskurstheorie des Rechts und des demokratischen Rechtsstaates. Frankfurt am Main, S. 399–467.

Hahn, Kornelia (Hg.) (2002), Öffentlichkeit und Offenbarung. Eine interdisziplinäre Mediendiskussion. Konstanz

Heinrich, Jürgen/Lobigs, Frank (2004): Moralin fürs Volk. Gründe und Auswirkungen der Moralisierung in der Politik- und Wirtschaftberichterstattung aus einer modernen ökonomischen Perspektive. In: Imhof/Blum/Bonfadelli/Jarren. Wiesbaden, S. 211–230.

Hirsch, Joachim (1999): Globalisierung des Kapitalismus und Transformation des Staates. Auf dem Weg zum «nationalen Wettbewerbsstaat». In: Glatzer, Wolfgang (Hg.), Opladen

Hitzler, Ronald (1996): Die Produktion von Charisma. Zur Inszenierung von Politikern im Medienzeitalter. In: Imhof, Kurt/Peter Schulz (Hrsg.): Politisches Raisonement in der Informationsgesellschaft. Zürich, S. 265–288.

Hondrich, Karl Otto (2002): Enthüllung und Entrüstung. Eine Phänomenologie des politischen Skandals. Frankfurt am Main

Honegger, Claudia/Hradil, Stefan/Traxler, Franz (1999): Grenzenlose Gesellschaft? Leverkusen

Imhof, Kurt (1990): Mythos und Moderne. Zur Fragilität der posttraditionalen Gesellschaft. In: Bornschie, Volker/Eisner, Manuel/Imhof, Kurt u.a. (Hsg.): Diskontinuität des sozialen Wandels. Entwicklung als Abfolge von Gesellschaftsmodellen und kulturellen Deutungsmustern. Frankfurt am Main, S. 55–90.

Imhof, Kurt (1993): Vermessene Öffentlichkeit – vermessene Forschung? Vorstellung eines Projekts. In: Imhof/Kleger/Romano, S. 11–60.

Imhof, Kurt (1994): Ausdifferenzierung – Entdifferenzierung: Mediensystem und politische Kommunikation. Sieben Bemerkungen zu einem theoretischen und empirischen Problem der Kommunikationswissenschaft. Medienwissenschaft Schweiz, Vol. 2, S. 26–28.

Imhof, Kurt (1996): Eine Symbiose: Soziale Bewegungen und Medien. In: Imhof, Kurt/Schulz, Peter (Hg.), S. 165–186.

Imhof, Kurt (1997): Zunehmend fragileres Sozialprestige. Die Medien, der Skandal und die Politik. In: Neue Zürcher Zeitung, 19.12.1997.

Imhof, Kurt (1999a): Das «Private» in der «Öffentlichkeit»: Zur Karriere des Gefühls und des Intimen in den Massenmedien. In: Mäusli Theo (Hrsg.): Talk about Radio. Zürich

Imhof, Kurt (1999b): Die Privatisierung des Öffentlichen: Zum Siegeszug der Primärgruppenkommunikation in den Medien. In: Honegger/Hradil/Traxler, S. 717–732.

Imhof, Kurt (2002a): Medienskandale als Indikatoren sozialen Wandels. Skandalisierungen in den Printmedien im 20. Jahrhundert. In: Hahn, Kornelia (Hg.), Öffentlichkeit und Offenbarung. Eine interdisziplinäre Mediendiskussion, Konstanz, S. 73–98.

Imhof, Kurt (2002b): Öffentlichkeitstheorien, in: Bentele, Günter / Brosius, Hans-Bernd/Jarren, Otfried (Hsg.): Handbuch Öffentliche Kommunikation. Opladen, Wiesbaden

Imhof, Kurt (2002c): Die Rache der Moral: Die moralische Regulation löst die Deregulation ab, Zürich, Skript.

Imhof, Kurt (2003): Der normative Horizont der Freiheit. Deliberation und Öffentlichkeit: Zwei zentrale Begriffe der Kommunikationswissenschaft. In: Langenbacher, Wolfgang, R. (Hg.) 2003: Die Kommunikationsfreiheit der Gesellschaft. Die demokratische Funktion eines Grundrechts. Sonderheft 4/2003: Publizistik, Vierteljahreshefte für Kommunikationsforschung. Wiesbaden, S. 25–57.

Imhof, Kurt (2003b): Wandel der Gesellschaft im Licht öffentlicher Kommunikation. In: Winter, Carsten (Hg.), S. 153–182.

Imhof, Kurt (2005): Die Diskontinuität der Moderne. Theorie des sozialen Wandels und der Öffentlichkeit. Reihe «Theorie und Gesellschaft» hg. von Axel Honneth,

Hans Joas, Claus Offe, Peter Wagner, Bd. 36 Neuauflage, Frankfurt a.M.: Manuskript Teil III, 3.8.2005.

Imhof, Kurt (2006): Die Diskontinuität der Moderne. Zur Theorie des sozialen Wandels. Frankfurt a.M.

Imhof, Kurt (2008): Fundamentalkonflikte in der demokratischen Gesellschaft, Skript. Zürich

Imhof, Kurt/Kleger, Heinz/Romano, Gaetano (Hg.) (1993): Zwischen Konflikt und Konkordanz. Analyse von Medienereignissen in der Schweiz der Vor- und Zwischenkriegszeit. Reihe: Krise und sozialer Wandel, Bd.1. Zürich

Imhof, Kurt/Romano, Gaetano (1996): Die Diskontinuität der Moderne. Zur Theorie des sozialen Wandels. Frankfurt, New York

Imhof, Kurt/Kleger, Heinz/Romano, Gaetano (1996): Konkordanz und Krieg. Analyse von Medienereignissen in der Schweiz der 50er und 60er Jahre. Band 3. Zürich

Imhof, Kurt/Schulz Peter (1996) (Hg.): Politisches Raisonement in der Informationsgesellschaft. Reihe Mediensymposium Luzern, Bd. 2. Zürich

Imhof, Kurt/Schulz, Peter (1998): Die Veröffentlichung des Privaten – die Privatisierung des Öffentlichen. Reihe Mediensymposium Luzern, Bd. 4. Zürich

Imhof, Kurt/Kleger, Heinz/Romano, Gaetano (1999): Vom Kalten Krieg zur Kulturrevolution. Analyse von Medienereignissen in der Schweiz der Zwischen- und Nachkriegszeit. Band 2. Zürich

Imhof, Kurt/Eisenegger, Mark (1999): Politische Öffentlichkeit als Inszenierung. Resonanz von «Events» in den Medien. In: Szyszka, Peter, S. 195–218.

Imhof, Kurt/Jarren, Otfried/Blum, Roger (2002): Integration und Medien, Reihe: Mediensymposium Luzern, Band 7. Wiesbaden

Imhof, Kurt/Eisenegger, Mark (2003): Kommunikationsrisiken moderner Organisationen. In: Epa, Eidg. Personalamt (Hg.), S. 33–49.

Imhof, Kurt/Blum, Roger/Bonfadelli, Heinz/Jarren, Otfried (Hg.) (2004): Mediengesellschaft: Strukturen, Merkmale, Entwicklungsdynamiken. Reihe: Mediensymposium Luzern, Bd. 8. Wiesbaden

Imhof, Kurt/Eberle, Thomas (Hg.) (2005): Triumph und Elend des Neoliberalismus. Zürich

Jarren, Otfried (1994): Mediengewinne und Institutionenverluste? – Zum Wandel des intermediären Systems in der Mediengesellschaft. Theoretische Anmerkungen zum Bedeutungszuwachs elektronischer Medien in der politischen Kommunikation. In: Jarren 1994b.

Jarren, Otfried (Hg.) 1994a: Medienwandel – Gesellschaftswandel. Berlin

Jarren, Otfried (Hg.) 1994b: Politische Kommunikation in Hörfunk und Fernsehen. Opladen

Jarren, Otfried (1996): Auf dem Weg in die «Mediengesellschaft»? Medien als Akteure und institutionalisierter Handlungskontext. Theoretische Anmerkungen zum Wandel des intermediären Systems. In: Imhof, Kurt/Schulz, Peter (Hg.): Politisches Raisonement in der Informationsgesellschaft. Zürich, S. 79–96.

Jarren, Otfried (1998): Medien, Mediensystem und politische Öffentlichkeit im Wandel. In: Sarcinelli, S. 74–96.

Jarren, Otfried (2001): Mediengesellschaft – Risiken für die politische Kommunikation. In: Beilage zur Wochenzeitung «Das Parlament». Berlin 5. Oktober 2001, S. 10–19.

Jarren, Otfried/Schatz, Heribert/Wessler, Hartmut (Hg.) (1996): Medien und politischer Prozess. Politische Öffentlichkeit und massenmediale Politikvermittlung im Wandel. Opladen

Jarren, Otfried/Sarcinelli, Ulrich/Saxer, Ulrich (Hg.) (1998): Politische Kommunikation in der demokratischen Gesellschaft. Ein Handbuch mit Lexikonteil. Opladen, Wiesbaden

Kamber, Esther/Schranz, Mario (2002): Von der Herstellung zur Darstellung demokratischer Öffentlichkeit? S. 347–363. In: Imhof/Jarren/Blum: Integration und Medien, Reihe: Mediensymposium Luzern, Band 7. Wiesbaden

Kepplinger, Hans Mathias (zusammen mit Eps, Peter/ Esser, Frank/ Gattwinkel, Dietmar) 1993a: Am Pranger: Der Fall Späth und der Fall Stolpe. In: Donsbach, Wolfgang/Jarren, Otfried/Kepplinger, Hans Mathias/Pfetsch, Barbara (Hg.), Beziehungsspiele – Medien und Politik in der öffentlichen Diskussion. Gütersloh, S. 159–220.

Kepplinger, Hans Mathias/Hartung, Uwe 1993b: Am Pranger. Eine Fallstudie zur Rationalität öffentlicher Kommunikation. München

Kepplinger, Hans Mathias 1996: Skandale und Politikverdrossenheit – ein Langzeitvergleich. In: Jarren, Otfried/Schatz, Heribert/Wessler, Hartmut (Hg.): Medien und politischer Prozess. Politische Öffentlichkeit und massenmediale Politikvermittlung im Wandel. Opladen, S. 41–58.

Kielbowicz, Richard B./Scherer, Clifford (1986): The Role of the Press in the Dynamics of Social Movements. In: Research in Social Movements, Conflict and Change, Vol. 9, S. 71–96.

Klingemann, Hans-Dieter/Kaase, Max (Hg.): Wahlen und politischer Prozess: Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 1983. Opladen

Kriesi, Hanspeter (1994): Akteure – Medien – Publikum. Die Herausforderung direkter Demokratie durch die Transformation der Öffentlichkeit. In: Neidhardt, Friedhelm (Hg.): Öffentlichkeit, öffentliche Meinung, soziale Bewegungen. KZfSS, Sonderheft 34, Opladen, S. 234–260.

Ladner, Andreas (1999): Das Schweizer Parteiensystem und seine Parteien. In: Klöti, Ulrich u.a. (Hg.): Handbuch der Schweizer Politik. Zürich, S. 213–260.

Langenbucher, Wolfgang, R. (Hg.) 2003: Die Kommunikationsfreiheit der Gesellschaft. Die demokratische Funktion eines Grundrechts. Sonderheft 4/2003: Publizistik, Vierteljahreshefte für Kommunikationsforschung. Wiesbaden

Luhmann, Niklas (1984): Soziale Systeme. Grundriss einer allgemeinen Theorie. Frankfurt am Main

Maresch, Rudolf (Hg.) (1996): Medien und Öffentlichkeit. Stuttgart

McAdam, Doug/McCarthy, John/Zald, Mayer N.: Social Movements. In: Smelser, Neil J. (Hg.): Handbook of Sociology, Newbury Park, USA, S. 695–737.

Merten, Klaus (1995): Inhaltsanalyse. Einführung in Theorie, Methode und Praxis. Opladen

Müller-Doohm, Stefan (1998): Medienkultur und Globalität. In: Imhof, Kurt/Schulz, Peter, S. 471–486.

Müller, Klaus (2002): Globalisierung. Frankfurt am Main

Münch, Richard (1995): Dynamik der Kommunikationsgesellschaft. Frankfurt am Main

Neckel, Sighard (1986): Das Stelldöckchen der Macht. Zur Soziologie des politischen Skandals. In: Leviathan, Nr. 4, 14. Jg Berlin, S. 581–605.

Neckel, Sighard (2005): Die Marktgesellschaft als kultureller Kapitalismus. Zum neuen Synkretismus von Ökonomie und Lebensform. In: Imhof, Kurt/Eberle Thomas (Hg.), S. 198–211.

Neidhardt, Friedhelm (Hg.) (1994): Öffentlichkeit, öffentliche Meinung, soziale Bewegungen. Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie. Sonderheft 34. Opladen

Neidhardt, Friedrich/Rucht, Dieter (1993): Auf dem Weg in die «Bewegungsgesellschaft»? Soziale Welt. Zeitschrift für Sozialwissenschaftliche Forschung und Praxis, 44, München. S. 305–326.

Nollert, Michael (2005): Waging the War of Ideas. Zur Entwicklung und Struktur des neoliberalen Diskursnetzwerkes. In: Imhof/Eberle, S. 39–59.

Pfetsch, Barabara (1998): Bürger – Publikum. In: Jarren, Otfried/Sarcinelli, Ulrich/Saxer, Ulrich (Hg.): Politische Kommunikation in der demokratischen Gesellschaft. Ein Handbuch mit Lexikonteil. Opladen, Wiesbaden, S. 406–413.

Peters, Birgit (1994): Öffentlichkeitselite – Bedingung und Bedeutung von Prominenz. S. 191–213. In: Neidhardt, Fiedhelm (Hg.) 1994.

Pöttker, Horst 1996: Politikverdrossenheit und Medien. Daten und Reflexionen zu einem virulenten Problem. In: Jarren, Otfried/Donges, Patrick/Wessler, Hartmut (Hg.): Medien und politischer Prozess. Politische Öffentlichkeit und massenmediale Politikvermittlung im Wandel. Opladen, S. 59–72.

Prokop, Dieter (1974): Massenkultur und Spontaneität. Zur veränderten Warenform der Massenkommunikation im Spätkapitalismus. Frankfurt am Main

Ptak, Ralf (2005): Etappen des Neoliberalismus. In: Imhof/Eberle, S. 59–74.

Raschke, Joachim (1985): Soziale Bewegungen. Ein historisch-systematischer Grundriss. Frankfurt a.M., New York

Röttger, Ulrike (Hg.) 2001: Issues Management. Theoretische Konzepte und praktische Umsetzung. Eine Bestandesaufnahme. Wiesbaden

Röttger, Ulrike (Hg.) (2004): Theorien der Public Relations. Grundlagen und Perspektiven der PR-Forschung. Wiesbaden

Rucht, Dieter (1994): Modernisierung und Neue Soziale Bewegungen – Deutschland, Frankreich und USA im Vergleich. In: Honneth, Axel/Joas, Hans/Offe, Claus (Hg.): Theorie und Gesellschaft. Frankfurt/New York

Rucht, Dieter (1994b): Öffentlichkeit als Mobilisierungsfaktor für soziale Bewegungen. In: Friedrichs, Jürgen/Lepsius, Rainer M./Neidhardt, Friedhelm (Hg.): Öffentlichkeit, öffentliche Meinung, soziale Bewegungen. Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Sonderheft 34, Opladen, S. 337–358.

Sarcinelli, Ulrich (1986): Wahlkampfüberlegungen als symbolische Politik. Überlegungen zu einer theoretischen Einordnung der Politikvermittlung im Wahlkampf. In: Klingemann, Hans-Dieter/Kaase, Max (Hg.): Wahlen und politischer Prozess: Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 1983. Opladen, S.180–200.

Sarcinelli, Ulrich (Hg.) (1987): Politikvermittlung. Beiträge zur Politischen Kommunikationskultur. Bonn

Sarcinelli, Ulrich (Hg.) (1994): Öffentlichkeitsarbeit der Parlamente. Politikvermittlung zwischen Public Relations und Parlamentsdidaktik. Baden-Baden

Sarcinelli, Ulrich (Hg.) (1998): Politikvermittlung und Demokratie in der Mediengesellschaft. Beiträge zur politischen Kommunikationskultur. Wiesbaden

Sarcinelli, Ulrich/Wissel, Martin (1998): Mediale Politikvermittlung, politische Beteiligung und politische Bildung: Medienkompetenz als Basisqualifikation in der demokratischen Bürgergesellschaft. S. 408–427. In: Sarcinelli (1998).

Schäfers, Bernhard/Zapf, Wolfgang (Hg.) (1998): Handwörterbuch zur Gesellschaft Deutschlands. Opladen

Schenk, Michael (1998): Mediennutzung und Medienwirkung als sozialer Prozess. S. 387–407. In: Sarcinelli (1998).

Schranz, Mario (2005): Die Problematisierung des Service public in der Schweiz – Der Anfang vom Ende des neoliberalen Gesellschaftsmodells? In: Imhof, Kurt/Eberle, Thomas (Hg.), Zürich, S. 74–90.

Schmitt, Rüdiger (1990): Die Friedensbewegung in der Bundesrepublik Deutschland. Ursachen und Bedingungen der Mobilisierung einer neuen sozialen Bewegung. Opladen

Schmitt-Beck, Rüdiger (1990): Über die Bedeutung der Massenmedien für soziale Bewegungen. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Bd. 42, Opladen. S. 642–662.

Schmitt-Beck, Rüdiger/Pfetsch, Barbara (1994): Politische Akteure und die Medien der Massenkommunikation. Zur Generierung von Öffentlichkeit in Wahlkämpfen, in: Neidhardt, Friedhelm (1994).

Schui, Herbert/Blankenburg, Stephanie (2002): Neoliberalismus: Theorie, Gegner, Praxis. Hamburg

Schulz, Winfried (1997): Politische Kommunikation. Theoretische Ansätze und Ergebnisse empirischer Forschung. Opladen

Schwab, Klaus/Smadja Claude (1996): Start Taking the Backlash Against Globalization Seriously. In: The International Herald Tribune, 1.2.1996.

Sennett, Richard (1983): Die Tyrannei der Intimität. Frankfurt/Main

Smelser, Neil J. (Hg.): Handbook of Sociology. Newbury Park, USA

Soeffner, Hans-Georg, 1992: Die Ordnung der Rituale. Frankfurt/Main, S. 177–202.
Szyzka, Peter (Hg.) (1999): Öffentlichkeit. Diskurs zu einem Schlüsselbegriff der Organisationskommunikation. Opladen

Tobler, Stefan (2004): Aufstieg und Fall der New Economy. In: Imhof /Blum/Bonfadelli/Jarren, S. 231–261. Wiesbaden

Tilly, Charles 1978: From Mobilization to Revolution. Reading/Mass, USA

Ulrich, Peter (1997): Wider die totale Marktgesellschaft. Zur Ideologiekritik des neoliberalen Ökonomismus aus der Perspektive der integrativen Wirtschaftsethik. Beiträge und Berichte Nr. 78. Institut für Wirtschaftsethik. St. Gallen

Weber, Max (1989): Rationalisierung und entzauberte Welt. Schriften zu Geschichte und Soziologie. Leipzig

Wessler, Hartmut 1999: Öffentlichkeit als Prozess. Deutungsstrukturen und Deutungswandel in der deutschen Drogenberichterstattung. Opladen (Westdeutscher Verlag)

Wilke, Jürgen (2000): Auf langem Weg zur Öffentlichkeit: Von der Parlamentsdebatte zur Mediendebatte. In: Jarren, Otfried/Imhof, Kurt/Blum, Roger (Hg.): Zerfall der Öffentlichkeit. Opladen

Winter, Carsten (Hg.): Medienentwicklung und gesellschaftlicher Wandel. Beiträge zu einer theoretischen und empirischen Herausforderung. Wiesbaden

ANNEX

Codebook

ARTIKELAUSWAHL

0. Codierrelevanz

Definition: Dieser Arbeitsschritt entscheidet über die Codierrelevanz eines Artikels.

Konventionen: Um als codierrelevant zu gelten, muss der Artikel folgende Bedingungen erfüllen:

1. Er muss zwischen dem 1. Januar 1998 und dem 30. Juni 2005 erschienen sein.
2. Im Artikel wird auf das World Economic Forum verwiesen, sei es als «WEF», «Weltwirtschaftsforum» oder «World Economic Forum».
3. Das World Economic Forum oder das Annual Meeting (AM) des WEF ist primärer Berichterstattungsanlass.

Nicht codierrelevant sind :

1. Artikel, die kürzer als 3 Sätze sind, ausser im Blick erschienene Kurzmeldungen, die in der Regel kürzer sein können.
2. Erwähnungen des WEF in Inhaltsverzeichnissen auf der Frontseite.

FORMALE DIMENSIONEN

1. ID Nummer

Die Artikel werden bei der Erhebung durch das FileMaker-Programm automatisch durchnummeriert.

2. Erscheinungsdatum

Definition: Selbsterklärend

Variablenstruktur: Text

Codes/Ausprägungen: Datum: tt.mm.jjjj

3. Erscheinungsjahr

Codes/Ausprägungen: jjjj

4. Erscheinungsmonat

Codes/Ausprägungen:

Januar

Februar

März

April

Mai

Juni

Juli

August

September

Oktober

November

Dezember

5. Zeitung

Definition: Selbsterklärend

Codes/Ausprägungen:

NZZ

TA

Blick

SoZ

SoBli

NZZaSo

Wewo

6. Titel

Definition: Selbsterklärend

Variablenstruktur: Text

Codes/Ausprägungen: Titel und Untertitel

7. Artikeltypus

Definition: Mit dieser Variablen wird die journalistische Darstellungsform des Artikels erfasst.

Bemerkungen:

Agentur-/Kurzmeldungen sind als solche gekennzeichnet oder umfassen max. rund 5 Sätze. Hinweise (z.B. auf der Frontseite) auf weiter hinten gedruckte Artikel werden nicht erfasst.

Berichte/Reportagen sind umfassender, in der Regel persönlich gekennzeichnet und damit redaktionelle Eigenleistung. Sie können Hintergrundinformationen enthalten.

Gespräch/Interview/Porträt: Es werden Personen vorgestellt und ihre Aussagen/Meinungen/Positionen wiedergegeben. Dies kann in klassischer Frage/Antwortform (Interview) oder im Rahmen eines Artikels (Gespräch/Porträt) geschehen.

Red. Kommentar/Leitartikel/Red. Analyse: Spiegelt Meinung/Position des Journalisten.

Redaktionsexterner Forumsbeitrag/Gastkommentar/Gastanalyse/Kolumne: Stellungnahmen von redaktionsexternen Autoren.

Reden-, Publikations-, Dokumentauszug: Zitat aus grösserem, in anderem Umfeld erstmals publiziertem Zusammenhang.

Bestimmende Frage: Welcher journalistischen Gattung gehört der Artikel an?

Codes/Ausprägungen:

Agenturmeldung/Kurzmeldung

Bericht/Reportage

Gespräch/Interview/Porträt

Redaktioneller Kommentar/Leitartikel/Analyse

Redaktionsexterner Forumsbeitrag/Gastkommentar/Gastanalyse/Kolumne

Reden-, Publikations-, Dokumentauszug

Anderes

8. Artikelposition

Definition: Diese Variable erfasst, ob der Artikel auf der Frontseite erscheint oder nicht und indiziert dadurch die Relevanz, die dem Thema durch die Redaktion zugesprochen wird.

Bestimmende Frage: Ist der Artikel auf der Frontseite erschienen oder nicht?

Codes/Ausprägungen:

Front

Nicht Front

Inhaltliche Dimensionen auf Artekelebene

9. Artikelfokus

Definition: Diese Variable erfasst den zentralen Inhalt des Artikels. Sie gibt Auskunft ob der Artikel entweder Aspekte des AM/WEF oder der Kontroverse um das AM/WEF zum zentralen Inhalt hat.

→ Die Variablen Artikelfokus, Artikelfokus 2. Ebene, 3. Ebene sowie 4. Ebene hängen zusammen. Für die Pfadabhängigkeit vgl. Grafik Variablen.

Bemerkung: Die Variable dichotomisiert die zu analysierenden Artikel über das AM/WEF in Kontroverse-fokussierte und nicht Kontroverse-fokussierte Artikel.

Konventionen: Nach der Lektüre des Artikels wird bestimmt, ob der Schwerpunkt des Artikels der Kontroverse um das AM/WEF oder einem andern Aspekt des AM/WEF gewidmet ist.

Bestimmende Frage: Steht im Zentrum des Artikels ein Aspekt im Zusammenhang mit der Kontroverse um das AM/WEF oder aber ein Aspekt des AM/WEF, der keinen Zusammenhang mit der Kontroverse hat?

Ausprägungen/Codes:

Annual Meeting/WEF

Kontroverse um AM/WEF

10. Artikelfokus 2. Ebene

Definition: Nachdem mit dem Artikelfokus bestimmt wurde, ob es sich um einen Artikel über das AM/WEF handelt oder über die Kontroverse darüber, gibt diese Variable Auskunft über den jeweiligen Inhalt des Artikelfokus.

Bemerkungen: Die Ausprägungen *Annual Meeting* sowie *WEF allgemein* erfassen Artikel über die Jahrestreffen in Davos sowie über die Institution World Economic Forum. *Nutzen / Schaden WEF/ AM* erfasst Artikel über den Wert des WEF / AM hinsichtlich seines Leitziels, zur Verbesserung der Welt beizutragen, aber auch über seinen Wert für die Schweiz, über seinen wirtschaftlichen Nutzen, etc. Die *Gegenveranstaltungen* sind Plattformen, an denen Alternativen zum bestehenden Wirtschaftssystem, das

Verhalten multinationaler wirtschaftlicher Akteure wie Konzerne u.ä. diskutiert werden. *Demonstrationen* umfasst sämtliche Aspekte der Demonstrationen, wie Vorbereitungen auf seiten der Polizei/Behörden sowie der Demonstranten, Verhandlungen, Demobilanzen sowie juristische Nachspiele inkl. polizeiliche Sicherheitsmassnahmen und Kontroversen um polizeiliche Massnahmen. *Aktionen gegen das WEF* erfasst einzelne Aktionen, wie Hackerangriffe, Plakataktionen, etc.

Sicherheit/Armeeinsatz allg. umfasst den gesamten Sicherheitsdiskurs in Zusammenhang mit dem AM, sowie die Kontroverse darum. Ausgenommen sind jene Sicherheitsfragen, die wegen der Terrorbedrohung seit dem 11. September aufgekomen sind bzw. für welche der Bund aus völkerrechtlichen Gründen verantwortlich ist. Diese werden unter *Sicherheit/Armeeinsatz Terrorgefahr* erfasst. *Vermittlungsbemühungen* umfasst Dialogangebote an die AM/WEF-Kritiker und Befürworter, den Auftrag an Peter Arbenz zur Entwicklung einer Deeskalationsstrategie, die Aktivitäten um die Stiftung «In the Spirit of Davos». Der Ausprägung *Medienberichterstattung* werden Artikel zugewiesen, welche die Medienberichterstattung über das WEF/AM thematisieren. *Open Forum* figuriert als eigene Ausprägung, weil das Open Forum aus der Kontroverse um WEF/AM entstanden ist, eine eigene Plattform darstellt, an der das WEF mitbeteiligt ist (neben dem Schweiz. Evangel. Kirchenbund und Brot für alle), nicht zu vermitteln sucht zwischen den WEF-Gegnern und dem WEF oder WEF-Befürwortern und – da das WEF in der Trägerschaft sitzt – keine Gegenveranstaltung zu AM/WEF darstellt.

Konventionen: Die Ausprägung *WEF allgemein* wird ausschliesslich dem Artikelfokus *Annual Meeting/WEF* zugeschlagen. Die Ausprägungen *Nutzen/Schaden WEF/AM*, *Gegenveranstaltungen*, *Demonstrationen*, *Aktion gegen das WEF*, *Sicherheit/Armeeinsatz allg.*, *Vermittlungsbemühungen*, *Open Forum* werden dem Artikelfokus *Kontroverse um AM/WEF* zugeschlagen. Die Ausprägungen *Annual Meeting*, *Sicherheit/Armeeinsatz Terrorgefahr*, *Medienberichterstattung* können beiden Artikelfoki zugeordnet werden.

Bestimmende Frage: Wovon handelt der Artikel konkret?

Ausprägungen/Codes:

Annual Meeting

WEF allgemein

Nutzen/Schaden WEF/AM

Gegenveranstaltungen

Demonstrationen

Aktion gegen das WEF

Sicherheit/Armeeinsatz allg.

Sicherheit/Armeeinsatz Terrorgefahr

Vermittlungsbemühungen

Medienberichterstattung

Open Forum

Anderes/Nicht bestimmbar

11. Artikelfokus 3. Ebene

Definition: Diese Variable führt eine weitere Differenzierung auf der inhaltlichen Ebene des Artikelfokus ein.

Bemerkungen: Die Ausprägung *Forumsalltag von Promis/Mix People-Forumsinhalte* bezieht sich ausschliesslich auf Artikel vom Blick, wo die Trennschärfe zwischen Human-Interest-Themen und politischer bzw. wirtschaftlicher Berichterstattung fließend ist.

Konvention: Geht es im Artikelfokus 2. Ebene um die *Medienberichterstattung*, wird die Erhebung des Artikelfokus nicht weiter differenziert, und somit kein Artikelfokus 3. Ebene erhoben.

Bestimmende Frage: Wovon handelt der Artikel konkret?

Ausprägungen/Codes:

Ziele/Inhalte/Teilnehmer

People/Ambiente/Party/Freizeit

Forumsalltag von Promis/Mix

People-Forumsinhalte

Organisation/Logistik

Exponenten WEF

Institution WEF

Regionale Meetings

Weitere WEF-Aktivitäten

Aktion gegen das WEF

Demovorbereitungen: Ankündigungen, Gesuche, Verhandlungen, etc.

Demoverlauf friedlich
 Demoverlauf gewalttätig
 Demo-Bilanz Behörden
 Bilanz Demoveranstalter/-teilnehmer
 Einschätzungen/Massnahmen der Behörden
 Kontroverse um Massnahmen der Behörden
 Gerichtsentscheid/Kontroverse um Gerichtsentscheid
 Atmosphärisches/Stimmung/Stimmungsmache/Angstmache
 Standortfrage
 Sicherheitskosten

Davoser WEF-Abstimmung

Debatte innerhalb WEF-kritischer Bewegung

Anderes/Nicht bestimmbar

12. Artikelfokus 4. Ebene

Definition: Mit dieser Variable werden einerseits die Kontroverse um die Massnahmen der Behörden weiter differenziert, andererseits die Debatte innerhalb der WEF-kritischen Bewegung.

Konvention: Diese Variable wird nur vergeben, wenn im Artikelfokus 1. Ebene die Ausprägung *Kontroverse um AM/WEF* codiert wurde und dient bei Bedarf der weiteren Differenzierung der im Artikelfokus 3. Ebene codierten Ausprägungen.

Ausprägungen/Codes:

KONTROVERSE UM MASSNAHMEN

Kontroverse um Demoverbot
 Kontroverse um Demobewilligung/Routen
 Kontrov. um Bewegungsfreiheit, Zugangskontrollen
 Jurist. Massnahmen gegen Polizei/Behörden
 Jurist. Massnahmen gegen Demonstranten
 Kontrov. um Fichen, Personendatenbanken

Diskussion um Kosten der Sicherheit
 Kontroverse um Sicherheitsdispositiv/Polizeiaufgebot
 Aufruf zu Dienstverweigerung

DISK. INNERHALB WEF-KRIT. BEWEGUNG

Pro/contra Fideris
 Pro/contra Absage an Gewalt
 Pro/contra Dialog mit WEF
 Pro/contra Teilnahme an Open Forum
 Streit innerh. Bewegung/Schuldfrage nach Fideris

Anderes/Nicht bestimmbar

13. AM-Teilnehmer aus der Schweiz

Definition: Diese Variable erfasst jene im Artikel aufgeführten Teilnehmer des AM aus der Schweiz und ordnet sie den Systemen Politik, Wirtschaft, Medien oder übrige gesellschaftliche Akteure zu. Damit soll erfasst werden, welchen Raum Schweizer Teilnehmer in der Berichterstattung über das AM einnehmen.

Bestimmende Frage: Welchem sozialen System gehört der Schweizer AM-Teilnehmer an?

Codes/Ausprägungen:

Politik
 Wirtschaft
 Medien
 Übrige gesellschaftliche Akteure
 Diverse

Anderes/Nicht bestimmbar

14. Thematisierungskontext AM-Teilnehmer aus der Schweiz

Definition: Diese Variable erfasst den thematischen Zusammenhang, in dem ein Schweizer AM-Teilnehmer genannt wird. Damit soll erfasst werden, in welchem Kontext die Schweizer AM/WEF-Teilnehmer dargestellt werden.

Bemerkung: Wird lediglich die Teilnahme ohne besonderen thematischen Zusammenhang erwähnt, wird dies mit der Ausprägung *Anderes/Nicht bestimmbar* erfasst.

Bestimmende Frage: In welchem Zusammenhang wird der Schweizer AM-Teilnehmer erwähnt?

Codes/Ausprägungen:

WEF-Thema
Persönliches
Treffen/Networking

Anderes/Nicht bestimmbar

15. Reputation AM/WEF

Definition: Die Variable erfasst die *gesamthaft im Artikel* dominierende Bewertung des WEF/AM.

Konventionen: Da die Erwähnung WEF, World Economic Forum bzw. Weltwirtschaftsforum eines der Auswahlkriterien darstellt, wird diese Ausprägung immer erhoben.

Bemerkung: Es werden hier nur auf das WEF/AM bezogene Wertungen codiert. Entscheidend für die Codierung der Darstellung/Bewertung ist der *Gesamteindruck* des WEF/AM, der im Beitrag beim Leser erzeugt wird. Im Falle eines Interviews oder Gesprächs wird die Bewertung von den Aussagen des porträtierten Akteurs abgeleitet.

Kritisch: Kritisch/negative Zuschreibung (z.B. mit Adjektiven) durch das Medium selbst oder durch Dritte in direkter oder indirekter Rede überwiegen.

Positiv: Positive Zuschreibung (z.B. mit Adjektiven) durch das Medium selbst oder durch Dritte in direkter oder indirekter Rede überwiegen.

Kontrovers: Positiv- und Negativzuschreibungen halten sich über den ganzen Beitrag die Waage, oder es herrscht ein leicht ironischer Tonfall.

Neutral: Das WEF/AM wird nicht bewertet.

Bestimmende Frage: Welcher Eindruck wird hinsichtlich dem WEF/AM *aufs Ganze gesehen* erzeugt?

Codes/Ausprägungen:

Kritisch
Positiv
Kontrovers
Neutral

16. Reputation AM/WEF-Kritiker

Definition: Die Variable erfasst die *gesamthaft im Artikel* dominierende Bewertung von WEF/AM-Kritikern. Werden AM/WEF-Kritiker nicht erwähnt, weist die Variable keine Ausprägung auf und wird entsprechend nicht erhoben.

Bemerkung: Es werden hier nur auf WEF/AM-Kritiker bezogene Wertungen codiert. Entscheidend für die Codierung der Darstellung/Bewertung ist der *Gesamteindruck* der WEF/AM-Kritiker, der im Beitrag beim Leser erzeugt wird.

Kritisch: Kritisch/negative Zuschreibungen (z.B. mit Adjektiven) durch das Medium selbst oder durch Dritte in direkter oder indirekter Rede überwiegen.

Positiv: Positive Zuschreibungen (z.B. mit Adjektiven) durch das Medium selbst oder durch Dritte in direkter oder indirekter Rede überwiegen.

Kontrovers: Positiv- und Negativzuschreibungen halten sich über den ganzen Beitrag die Waage, oder es herrscht ein leicht ironischer Tonfall.

Neutral: WEF/AM-Kritiker werden nicht bewertet.

Bestimmende Frage: Welcher Eindruck wird hinsichtlich von WEF/AM-Kritikern *aufs Ganze gesehen* erzeugt?

Codes/Ausprägungen:

Kritisch
Positiv
Kontrovers
Neutral

Inhaltliche Dimensionen auf Aussageebene

17. Aussageträger 1. Ebene

Definition: Diese Variable erfasst die Aussageträger und ordnet sie einem sozialen System bzw. der WEF-Organisation zu.

→ Die Variablen auf der Aussageebene hängen zusammen. Für die Pfadabhängigkeit vgl. Grafik Variablen.

Konventionen: Auf der Aussageebene bilden einzelne Artikelpassagen die Codiereinheit. Aussagen können Äusserungen in direkter oder indirekter Rede sein. Es können bis zu drei Aussagen und somit drei Aussageträger erhoben werden. Die Selektion der

zu codierenden Akteure und ihrer Aussage(n) verläuft entsprechend ihrer Erwähnung im Textfluss. Es werden die ersten drei Aussageträger erhoben. Aussagen in Titel und Untertitel werden nicht berücksichtigt. Die berichtserstattende Zeitung kann mittels der Ausprägung «Medien» ebenfalls als Aussageträger codiert werden, wenn die schreibende Person über die Rolle des Vermittlers agiert und als Urheber einer Aussage erkennbar wird.

Fragestellung: Welchem sozialen System gehört der Aussageträger an bzw. gehört er zur WEF-Organisation?

Ausprägungen/Codes:

Nicht etablierte politische Akteure

Etablierte politische Akteure

Wirtschaft

Medien

WEF-Organisation

Übrige gesellschaftliche Akteure

Anderes/Nicht bestimmbar

18. Aussageträger 2. Ebene

Definition: Diese Variable erfasst die Rolle des Akteurs im Rahmen der Kontroverse um das AM/WEF bzw. dessen Zugehörigkeit zum Subsystem des in der Variable Aussageträger 1. Ebene codierten sozialen Systems. Diese Variable dient der weiteren Differenzierung der mittels der Variablen Aussageträger 1. Ebene codierten Akteure.

Bemerkungen: Die Ausprägung *Gewerkschaftsvertreter* umfasst Gewerkschaftsvertreter, die weder Demo-Organisatoren noch Demo-Teilnehmer sind. Bei Parlamentariern und Vertretern politischer Parteien, die an einer Demo teilnehmen, hält sich der Codierer an die im Artikel angeführte Bezeichnung (Beispiel: «Ständerätin Christiane Brunner erklärte in Fideris.»: Frau Brunner wird als Ständerätin bezeichnet und entsprechend als «Parlamentarier» erhoben). Unter *Experten* werden Fachleute erfasst, die sich zur Kontroverse um AM/WEF äussern wie z.B. «Bewegungs»- oder Sicherheitsexperten. *Globalisierungskritiker/WEF-kritiker allg.* bezeichnet kritische Stimmen, die nicht weiter zugeordnet werden können.

Fragestellung: Welche Rolle in der Kontroverse um das WEF/AM nimmt der Aussageträger wahr bzw. welchem sozialen Subsystem gehört er an?

Ausprägung/Codes:

Demo-Organisatoren

Gegenveranstaltungs-Organisatoren

Demo-Teilnehmer allg.

Gegenveranstaltungs-Teilnehmer allg.

Globalisierungskritiker/WEF-Kritiker allg.

Parlamentarier/Polit. Parteien allg.

Parlamentarier/Polit. Akteure in Parlamentsdebatte/Delegiertenversamml./Fraktions-sitzung

Gewerkschaftsvertreter

Behörden

Gewerbe/Tourismus/Hotellerie

Bewohner Davos

Weitere NGOs

Kirchen/Wissenschaft

Kultur/Showbusiness

Experten

Berichterstattende Medien

Zitierte Medien

WEF-Organisation

WEF-Mitglied/AM-Teilnehmer

Träger/Ko-Organisatoren Open Forum Davos

Anderes/Nicht bestimmbar

19. Aussageträger 3. Ebene

Definition: Mit dieser Variablen werden die Ausprägungen *Demo-Organisatoren*, *Gegenveranstaltungs-Organisatoren*, *Parlamentarier/Polit. Parteien allg. bzw. Parlamentarier/Polit. Akteure in Parlamentsdebatte/Delegiertenversamml./Fraktionssitzung* sowie *Behörden* der Variablen Aussageträger 1. Ebene nochmals differenziert.

Bemerkungen: Zu den Bundesbehörden gehören sowohl am AM teilnehmende Bundesräte wie Armee/GWK. Zu den Kantonen/Städten gehören die jeweiligen Regierungen wie auch Polizeiverantwortlichen.

Fragestellung: Vertreter welcher Organisationen/Institutionen kommen zu Wort?

DEMO-ORGANISATOREN:

Anti-WTO-Koordination
Oltner Bündnis/Walter Angst
Anti-WEF-Bündnis
Gewerkschaften

GEGENVERANSTALTUNGS-ORGANISATOREN:

Das Andere Davos
DaDavos
Public Eye on Davos/Pro Natura/EvB
Attac
WSF

PARLAMENTARIER/POLIT. PARTEIEN/POLIT. AKTEURE:

SP/Juso/Grüne/AL
Bürgerliche

BEHÖRDEN:

Bund
Kantone/Städte/Gemeinde
Gerichte

Anderes/Nicht bestimmbar

20. Aussageträger Standort

Definition: Die Variable erfasst, ob der Aussageträger Teilnehmer des AM ist, also das AM aus eigener Anschauung kennt, eine WEF/AM-kritische Veranstaltung oder das Open Forum besucht.

Bemerkung: Tritt die berichtserstattende Zeitung als Aussageträger in Erscheinung, kann sie in ihrer Beobachter-/Kommentatorfunktion nicht den Teilnehmern einer Veranstaltung zugeordnet werden und erhält daher mit der Ausprägung *Medien: Standort Beobachter* einen eigenen Status. Kann mit Sicherheit gesagt werden, dass ein Aussageträger bei keiner Veranstaltung anwesend war, wird die Ausprägung *Keine Teilnahme* codiert.

Bestimmende Frage: Nimmt der Aussageträger teil am AM, an einer Gegenveranstaltung, an einer Demo, am Open Forum, am AM und/oder an der Demo oder einer Gegenveranstaltung?

Codes/Ausprägungen:

Nimmt am AM teil

Nimmt an Gegenveranstaltung teil

Nimmt an Demo teil

Nimmt an OF teil

Nimmt sowohl an AM u/o am Open Forum als auch an Demo u/o Gegenveranstaltung teil

Medien: Standort Beobachter

Keine Teilnahme

Anderes/Nicht bestimmbar

21. Position des Aussageträgers

Definition: Die Variable erfasst, was für eine Position (Haltung) der Aussageträger einnimmt.

Bemerkung: Die Variablen Position des Aussageträgers, Positionsobjekt und Positionsbegründung gehören zusammen. Die erste Variable erfasst die Position/Haltung, die folgende Variable das Objekt, auf das sich die Position/Haltung bezieht, die dritte Variable erfasst den Begründungszusammenhang. Die Zerlegung und entsprechende Codierung normativer Aussagen in Position, Positionsobjekt und Begründung ermöglicht deren Erfassung und Deutung in einer komplexen Struktur.

Bemerkungen: *Kritisch* heisst, dass die Aussage eine negative Stellungnahme beinhaltet, *Positiv* heisst, dass eine zustimmende Stellungnahme beinhaltet.

Bestimmende Frage: Beinhaltet die Aussage einen Positionsbezug für oder gegen ein Thema im Zusammenhang mit der Kontroverse um das WEF/AM?

Codes/Ausprägungen:

Kritisch zu

Positiv zu

Anderes/Nicht bestimmbar

Neutral zu

22. Positionsobjekt des Aussageträgers

Definition: Die Variable erfasst, zu welchen Themenbereichen der Aussageträger Position bezieht.

Bestimmende Frage: Worauf bezieht sich die Stellungnahme des Aussageträgers?

Codes/Ausprägungen:

WEF/Annual Meeting/Organisatoren

Open Forum

Mitglieder WEF/Teiln. Annual Meeting

Globalisierung/Neoliberalismus/Macht der Konzerne/Nord-Süd-Gefälle

Behördl. Massnahmen

Polizeil. Massnahmen/Polizeiführung/Aufgebot

Armeeinsatz

WEF-Kritikern/Bewegung/Demonstranten

Medienberichterstattung

Dialog

Gewalt

Anderes/Nicht bestimmbar

23. Positionsbegründung durch den Aussageträger

Definition: Die Variable erfasst den Begründungszusammenhang, welcher dem Positionsbezug für oder gegen das AM/WEF zugrunde liegt, sowie jenen Begründungszusammenhang, welcher dem Positionsbezug für oder gegen behördliche Massnahmen zugrunde liegt.

Bestimmende Frage: Wie begründet der Aussageträger seine Position zum Positionsobjekt *WEF/Annual Meeting/Organisatoren* bzw. zu den Positionsobjekten *Behördl. Massnahmen* sowie *Polizeil. Massnahmen/Polizeiführung/Aufgebot*?

Codes/Ausprägungen:

POSITION FÜR WEF/AM:

Internationale Diskussions- und Kontaktplattform

Förderlicher Zusammenschluss von Politik und Wirtschaft

Problemlöser/Problemlösungsinitiator

Instrument der Schweizer Aussenpolitik/Image Schweiz bzw. Davos/Schweizer Tradition als neutralem Gastgeber

Inklusion/Dialogoffenheit

Wirtschaftlicher Nutzen

POSITION GEGEN DAS WEF/AM:

Undemokratisch/Exklusion/Dialogverweigerung/Hinterzimmerpolitik/Geheimab-sprachen/Illegitimität/Intransparenz/Privatisierung der (Welt-)Politik

Undemokratischer Zusammenschluss von Politik und Konzernen

Förderung/Propagierung von Globalisierung und Neoliberalismus

Ablenkung von den echten Problemen

Zirkus, Party, Folgen- und Nutzlosigkeit

Zu teuer/Sicherheitsaufwand zu gross/Sicherheitsrisiko

Einschränkung der Bewegungsfreiheit/der Grundrechte

Private Veranstaltung

Ort, um Geschäfte zu machen

Kritik an WEF-Mitgliedsfirmen

Zulassung Medien selektiv

Teilnehmer nicht repräsentativ/Zu wenig Teilnehmer aus «übrige gesellschaftliche Akteure»

POS. GEGEN HALTUNG/HANDLUNG VON BEHÖRDEN/POLIZEI/GERICHT

Martialisches Aufgebot/»Bunker«/Einschränkung der Bewegungsfreiheit/Übertriebenes Verhalten/Provokation durch Polizei /Verletzung der Verhältnismässigkeit
Einschränkung der demokratischen Rechte/Unterdrückung von Meinungsäusserungsfreiheit/Versammlungsfreiheit

POS. FÜR HALTUNG/HANDLUNG VON BEHÖRDEN/POLIZEI/ARMEE/GERICHT:

Einhaltung rechtsstaatlicher Normen

Sachgerechtes, der Lage angemessenes Verhalten

Anderes/Nicht bestimmbar

Tabelle 23: Inhaltliche Dimensionen auf Articlebene

Fokus Level 1	Fokus Level 2	Fokus Level 3	Fokus Level 4	Fokus Level 5
Berichte über das AM/ WEF mit Bezug zur Kontroverse	Aktivitäten gegen das AM/WEF	Demonstrationen	Ziele/Inhalte/Teilnehmer	
			Ankündig./Gesuche/Vorber. Demonstranten	
			Demoverlauf friedlich	
			Demoverlauf gewaltsam	
			Jurist. Massnahmen gegen Demonstranten	Pro/contra Absage an Gewalt
			Debatten innerh. AM/WEF-krit. Bewegung	Pro/contra Akzeptieren Personenkontrollen
		Gegenveranstaltungen		Streit um Verantwortung nach «Fideris»
			Public Eye on Davos	
			World Social Forum	
	Sicherheit	Einzelaktionen gegen das AM/WEF	Einzelaktionen mit Gewalt	
			Einzelaktionen ohne Gewalt	
			Hackerangriff	
		Standortfrage allg.	Atmosphärisches/Stimmungs-/Angstmache	Rechtl./Schritte/Gericht, Entscheide gegen Polizei/Behörden
			Einschätzungen, Massnahmen der Behörden	Kontroversen um Demoverbot
			Sicherheitskosten	Kontroversen um Demobewilligung/Routen
		Öffentliche Sicherheit	Kontroversen um Massnahmen der Behörden	Kontroversen um Sicherheitsdispos/Polaufgebote
				Kontroversen um Fichen/Personendatenbanken
				Kontroversen um Bewegungsfrei./Zugangskontr.
Berichte über das AM/ WEF ohne Bezug zur Kontroverse	Vermittlung zwischen den Kontrahenten	Diverse Vermittlungsbemühungen		
			Open Forum Davos	
	Diskussion Nutzen/Scha- den AM/WEF	N/S-Diskussion in Zus. Standortfrage		
	Medienberichterstattung	Volksabstimmung in Davos		
	Annual Meeting	Ziele/Inhalte/Teilnehmer		
			Ambiente/Party/Freizeit	
			Organisation/Logistik	
			Forumsalltag von Prominenten	
			Portraits Exponenten WEF	
	WEF allgemein	Weitere WEF-Aktivitäten		
			Regionale Meetings	
			Institution WEF	
			Portraits Exponenten WEF	

Tabelle 24: Inhaltliche Dimensionen auf Aussageebene

Fokus Level 1	Fokus Level 2	Fokus Level 3
Etablierte politische Akteure	Parlamentarier/politische Parteien	SP/Juso/Gründe/AL
		Bürgerliche
		Bund
		Kantone/Städte/Gemeinden
Nicht etablierte politische Akteure	Behörden	Gerichte
		Anti-WTO-Koordination
		Gewerkschaften
		Anti-WEF-Bündnis
Wirtschaft	Demo-Organisationen	Oltner Bündnis/Walter Angst
		DaDavos
		World Social Forum
		Public Eye on Davos/Pro Natura/EvB
Medien	Demo-Teilnehmer allgemein	DaDavos
		Oltner Bündnis/Walter Angst
		Attac
AM/WEF-Organisation	Gegenveranstaltungs-Organisatoren	
Übrige gesellschaftliche Akteure	Gegenveranstaltungs-Teilnehmer	
	weitere NGOs	
	AM/WEF-Teilnehmer/-Mitglieder	
	Lokales Gewerbe/Tourismus	
	Kultur/Showbusiness	
	Kirchen	
	Träger/Ko-Organisationen Open Forum Davos	

Curriculum vitae

22. 9. 1957	Geboren in Emmen
1964–1969	Primarschule Emmen
1970–1977	Kantonsschule Reussbühl
1979–1984	Studium an der Universität Zürich: Soziologie, Publizistikwissenschaft, anthropologische Psychologie
1984	Lizentiat
1985–1988	Leiter Marketing Kommunikation Sony (Schweiz) AG
1989–1993	Projektleiter/Geschäftsführer Zentrum für neue Medien AG
1993–1998	Informationschef Eidg. Department für auswärtige Angelegenheiten
1998–2006	Partner Hirzel.Neef.Schmid Konsulenten AG
Seit 2007	Senior Partner Dynamics Group AG

Der Autor nimmt seit 1993 regelmässig teil am Annual Meeting des World Economic Forum. Seit 2000 berät er die Leitung des Forums.

